

Rechtsgeschichte des alten Spitals in Zürich, seiner Organisation und Entwicklung

DISSERTATION

DER RECHTS- UND STAATSWISSENSCHAFTLICHEN FAKULTÄT

DER UNIVERSITÄT ZÜRICH

ZUR ERLANGUNG

DER WÜRDE EINES DOKTORS BEIDER RECHTE

VORGELEGT VON

Elisabeth Wyder-Leemann

von Zürich

Genehmigt auf Antrag von Herrn Prof. Dr. H. Oppikofer



Zürich 1952

Dissertationsdruckerei Leemann AG.



Digitized by the Internet Archive
in 2026

Rechtsgeschichte des alten Spitals in Zürich, seiner Organisation und Entwicklung

DISSERTATION

DER RECHTS- UND STAATSWISSENSCHAFTLICHEN FAKULTÄT

DER UNIVERSITÄT ZÜRICH

ZUR ERLANGUNG

DER WÜRDE EINES DOKTORS BEIDER RECHTE

VORGELEGT VON

Elisabeth Wyder-Leemann

von Zürich

Genehmigt auf Antrag von Herrn Prof. Dr. H. Oppikofer



Zürich 1952

Dissertationsdruckerei Leemann AG.

Die Rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät gestattet
hierdurch die Drucklegung vorliegender Dissertation, ohne da-
mit zu den darin ausgesprochenen Anschauungen Stellung zu
nehmen.

Zürich, den 18. Juni 1949.

Der Dekan:
Prof. Dr. K. Käfer

DEM ANDENKEN MEINES VATERS GEWIDMET



Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VIII
-------------------	------

Geschichtlicher Überblick

I. Gründung des Spitals in Zürich	1
II. Seine Entwicklung bis zur Reformation	1
III. Reformationszeit	8
IV. Der Spital Zürich von der Reformation bis zur Helvetik	13
V. Der Spital Zürich während der Helvetik	16
VI. Ende des alten Spitals	18

Untersuchung der rechtlichen Verhältnisse

I. Das Spitalrecht des Mittelalters	20
A. Das mittelalterliche Spitalrecht im Gegensatz zum modernen Recht	20
B. Die Stellung des Spitalrechts im System des mittelalterlichen Rechts	21
1. Begriffe	21
2. Besonderheiten des Spitalrechts	24
3. Spitalformen des Mittelalters	25
II. Der Zürcher Spital in seiner ersten Entwicklungsphase	28
A. Die ursprüngliche Verfassung des Spitals	28
B. Verwaltung und Organisation	30
1. Der Rat	31
2. Die Pfleger	32
3. Der Spitalmeister	33
C. Kirchliche Verhältnisse am Spital	33
D. Die Spitalinsassen	34
III. Der Zürcher Spital vom 13. Jahrhundert bis zur Reformation	35
A. Verfassung	35

B. Verwaltung und Organisation	35
1. Der Rat	35
2. Die Pfleger	43
3. Der Spitalmeister	58
4. Die übrigen Spitalbeamten	65
C. Die kirchlichen Verhältnisse am Spital	70
1. Die kirchenrechtliche Stellung des Spitals	70
2. Der Spitalgeistliche	72
3. Der Spital als Patron der St. Peterskirche	77
D. Die ärztliche Fürsorge am Spital	80
1. Der Rat als aufnehmende Behörde und Kontrollorgan	80
2. Ärzte und Wundärzte am alten Spital	81
E. Das Recht der Spitalinsassen	83
1. Begriff der Pfründe	83
2. Arten von Insassen	84
3. Die Lebensordnung der Spitalinsassen	89
4. Das Erbrecht des Spitals	91
F. Die Ökonomie des Spitals	93
1. Allgemeines	93
2. Einkommen	94
3. Ausgaben	96
4. Zusammenfassung	97
IV. Der Zürcher Spital von der Reformation bis zu seiner Neuorgani- sation im Jahre 1785	98
A. Verfassung	98
B. Verwaltung und Organisation	99
1. Der Rat	99
2. Die Pfleger	101
3. Der Spitalmeister	103
4. Übrige Spitalbeamte	108
C. Die kirchlichen Verhältnisse am Spital nach der Reformation	110
1. Allgemeines	110
2. Die Prediger-Kirchgemeinde	110
3. Das Verhältnis zur Kirchgemeinde St. Peter	114
4. Der Spital und die Filialkirchen von St. Peter	117
5. Der Spitalfriedhof	118
D. Die ärztliche Fürsorge	119
E. Das Recht der Insassen	120
1. Arten von Insassen	120
2. Lebensordnung im Spital	136
3. Erbrecht des Spitals	138

F. Ökonomische Verhältnisse des Spitals	138
1. Allgemeines	138
2. Einkommen	140
3. Ausgaben	141
V. Die Neuorganisation des Spitals zu Ende des 18. Jahrhunderts . .	143
A. Einleitung	143
B. Organisation und Verwaltung	144
1. Grundsätzliches	144
2. Der Rat	145
3. Die Spitalpflege	146
4. Der Spitalmeister	149
5. Der Spitalschreiber	152
C. Ökonomie	152
VI. Schluß	157

Anhang

1. Bemerkungen zur ältesten urkundlichen Erwähnung des Spitals . .	161
2. Pfründerordnung vom Jahr 1528	163
3. Pflegerordnung von 1591	167
4. Auszug aus dem Gutachten der Spitalkommission betr. Vermehrung der Spitalpflege	168
5. Insassenstatistik	173
6. Übersicht über die Zehnten im Besitz des Spitals 1500—1750 . . .	175
7. Spitalrechnungen der Jahre 1500, 1550, 1600, 1650, 1700, 1750 . .	176
Literaturverzeichnis	188

Vorwort

Als im Jahr 1887 auf dem Platz der heutigen Zentralbibliothek ein altes Haus in Flammen aufging, verschwanden damit die letzten Überreste eines ursprünglich viel größeren Gebäudekomplexes, des alten Zürcher Spitals. Im Lauf einer über 650jährigen Entwicklung hatte sich eine anfänglich kleine Stiftung den immer wachsenden Bedürfnissen der Zeit angepaßt. Erstaunlich ist, daß sich dabei die rechtlichen Grundlagen kaum verändert haben. Wie diese gleichen Rechtsformen von jeder Zeit neu interpretiert worden sind, soll in dieser Arbeit gezeigt werden.

Geschichtlicher Überblick

I. Die Gründung des Zürcher Spitals¹

Der alte Spital in Zürich ist eine Stiftung der Herzöge von Zähringen. Die Stiftungsurkunde ist nicht erhalten, die Versuche, das genaue Gründungsjahr und die Person des Stifters zu ermitteln, stützen sich auf einen Registereintrag im Vatikanischen Archiv². Aus ihm ist folgendes zu entnehmen: Ein Herzog von Zähringen stiftete in Zürich einen Spital „pro suorum peccatorum remedio“, und dieser erhält im Jahr 1204 gegen Abgabe eines Guldens jährlich die apostolische Bestätigung.

II. Seine Entwicklung bis zur Reformation

Aus der ganzen ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts ist keine schriftliche Nachricht über den Spital erhalten, die über Organisation und Insassen des Spitals Aufschluß geben könnte: einzig im Kartular der Propstei werden nach 1228 Wachszinseinkünfte aufgeführt, worunter „de hospitale infra muros 1 libra“. Aus der Geschichte anderer Spitäler und aus den späteren Urkunden kann

¹ Im Urkundenmaterial des Spitalarchivs in den meisten Fällen *der* Spital genannt, entsprechend dem allgemeinen schweizerischen Wortgebrauch, vgl. schweiz. Idiotikon Bd. X S. 612ff. Diesem Sprachgebrauch folgt auch die vorliegende Arbeit, im Gegensatz zu einem großen Teil der Literatur über „das Spital“ (Duden).

² Bernoulli. Acta pontificorum Helvetica Bd. I S. 25 Nr. 34. UB Zürich Nr. 359 Bd. I S. 240, weitere Literatur siehe dort. Anhang S. 161ff.

man jedoch den Schluß ziehen, daß der Spital von Zürich durch das Aussterben der Zähringer (1218) unter den *Einfluß der Bürgerschaft* gekommen ist. Tatsächlich werden in den Urkunden aus der zweiten Hälfte des Jahrhunderts bereits bürgerliche Pfleger genannt³.

Der Besitz des Spitals wurde in dieser Zeit durch Schenkungen und letztwillige Verfügungen stark vermehrt. Es handelt sich dabei zum Teil um Vergabungen von Bürgern⁴, aber auch um Zuwendungen aus der Propstei, sei es in Form von Brot und Geldausteilungen im Spital als Auflage bei Schenkungen an die Propstei⁵, sei es als Strafsanktionen gegen säumige Chorherren zu Gunsten des Spitals⁶.

Während sich im 13. Jahrhundert die Entwicklung des Spitals aus einer kleinen Stiftung zu einer weitgehend unabhängigen, wohl-organisierten Anstalt vollzog, klärte sich erst um die Wende zum 14. Jahrhundert auch die kirchliche Stellung des Spitals. Bereits 1275 wird zwar der Bestand einer Spitalkapelle urkundlich erwähnt⁷, und 1279 gibt Papst Niklaus III. die Erlaubnis, einen eigenen Priester für den Spital anzustellen⁸, doch erst im Jahr 1302, nachdem Rat und Chorherrenkapitel die zur Bestellung einer Priesterpfründe nötigen Mittel zur Verfügung gestellt haben, ernennen Propst und Kapitel einen Spitalkaplan und setzen seine Verpflichtungen und Rechte fest⁹. Einen weiteren Fortschritt bringt die Vergabung der Frau Ida Leu, die dem Spitalkaplan ein Haus als Pfrundwohnung vermacht¹⁰. 1320 bestätigt eine Ordnung der Propstei den bisherigen Zustand: Im Spital amtet ein Kaplan, dessen Kollatur der Propstei zusteht¹¹.

³ Pfleger sind die obersten Verwalter der Stiftung, ähnlich heute noch Schul- und Kirchenpfleger.

⁴ UB Zürich Nr. 1509 Bd. IV S. 222, A. 1273; Nr. 871 Bd. II S. 332, A. 1253; Nr. 1206 Bd. III S. 293, A. 1263.

⁵ UB Zürich Nr. 1220 Bd. III S. 303, A. 1263.

⁶ UB Zürich Nr. 1088 Bd. III S. 183, A. 1263.

⁷ UB Zürich Nr. 1607a Bd. XII S. 108.

⁸ UB Zürich Nr. 1733 Bd. V S. 78.

⁹ UB Zürich Nr. 2667 Bd. VII S. 261.

¹⁰ UB Zürich Nr. 3172 Bd. IX S. 43.

¹¹ UB Zürich Nr. 3688 Bd. X S. 98.

Über den Zweck des Spitals, seine Insassen und die Aufnahmebedingungen finden wir die ersten Angaben in einer Urkunde aus dem Jahr 1323¹². In Form einer Übereinkunft zwischen Rat und Bürgern wird bestimmt, nur solche Personen in den Spital aufzunehmen, die nicht im Stande sind, sich durch Bettel selbst zu erhalten und solche, deren Aufenthalt im Spital diesem zum Vorteil gereicht. Neben den bezahlenden Pfründnern sollten also nur die Allerelendesten Aufnahme finden. Diese Bestimmung erscheint um so härter, als die finanziellen Verhältnisse des Spitals damals keineswegs schlecht standen: so gewährt z. B. der Spital dem Rat ein Darlehen von 25 Mark¹³, zu dessen Rückzahlung sich dieser mit „Giselschaft“ verpflichten muß. Vögelin, und nach ihm Wehrli, nennen noch ein zweites Darlehen von 85 Mark im Jahr 1348¹⁴. Daß der Spital im Jahr 1360 in der Lage war, von der Familie Brun den Kirchensatz von St. Peter um 3500 Gulden zu erwerben¹⁵, ist ein weiterer Beweis für seine gute finanzielle Stellung.

Im Jahr 1378 richteten die Spitalpfleger an den Papst das Gesuch um Inkorporation der St. Peterskirche in den Spital. Die Begründung durch die schlechte Finanzlage und die Klage über das durch Räuber und Tyrannen geschmälerte Einkommen des Spitals tönt angesichts der oben erwähnten Umstände allerdings nicht ganz glaubhaft¹⁶. Gleichwohl hat das Gesuch in Rom den gewünschten Erfolg, der Papst nimmt zwar die Inkorporation nicht selbst vor, gibt aber Auftrag dazu, und in einem langen Prozeß wird durch den Abt von Kappel die St. Peterskirche dem Spital einverleibt, und seinem Finanzhaushalt damit eine wichtige neue Einnahmequelle erschlossen¹⁷.

Es ist überhaupt interessant, zu beobachten, wie der Spital Zürich, größtenteils durch eigene Initiative und ein sorgfältig geplantes Vorgehen, immer größeren Einfluß auf das weltliche und geistliche Leben Zürichs erlangte.

¹² UB Zürich Nr. 3842 Bd. X S. 226.

¹³ UB Zürich Nr. 3846 Bd. X S. 229.

¹⁴ Wehrli, G. A., Die Krankenanstalten und öffentlich angestellten Ärzte und Wundärzte im alten Zürich. S. 9; Vögelin, Sal., Das alte Zürich, Bd. I S. 73.

¹⁵ C II 18 Nr. 385 StA Zürich.

¹⁶ C II 18 Nr. 466 StA Zürich.

¹⁷ C II 18 Nr. 466—481 StA Zürich.

Als Beispiel ist vor allem der Gnadenbrief König Wenzels von Böhmen aus dem Jahre 1384 zu nennen¹⁸, der dem Spital das Recht gibt, alle Insassen an liegendem und fahrendem Gut zu beerben. Reicke will zwar diesem Privileg wenig Bedeutung zumessen¹⁹, da in der Regel vermögliche Leute mit Grundbesitz diese Bestimmung beim Pfrundkauf wegbedungen hätten. Wir finden aber schon im Herbst des gleichen Jahres einen Schenkungsvertrag²⁰, bei welchem dem Schenker neben der lebenslänglichen Nutzung an den geschenkten Liegenschaften auch eine Pfründe versprochen wird, falls er dies wünschen sollte. Es wird nun ausdrücklich bestimmt, daß in diesem Fall sein ganzer Nachlaß an den Spital fallen solle. Eine ähnliche Bestimmung findet sich bei einem Kaufvertrag aus dem Jahr 1387, wo der von einem Hausbruder gekaufte Acker nach seinem Tode an den Spital fallen soll²¹. Dies ist immerhin eine Neuerung, die sich stark von den Pfrundverträgen der früheren Jahre²² unterscheidet und die wohl erst durch den Gnadenbrief König Wenzels rechtlich ermöglicht wurde.

Wehrli nennt als weitere Privilegierung des Spitals den Freiheitsbrief König Ludwigs des Bayern aus dem Jahr 1322. Im Urkundenbuch wird bereits auf die Unsicherheit dieser Überlieferung hingewiesen, der eine einzige Notiz Scheuchzers²³ zu Grunde liegt. Beim Betrachten der Archivbestände, vor allem bei einem Vergleich mit dem Gnadenbrief König Wenzels kommt man zur Überzeugung, daß es sich tatsächlich hier um einen Irrtum handeln muß. Ein solches, für die weitere Entwicklung des Spitals so wichtiges Dokument wäre sicher mehrfach kopiert worden, wie dies mit dem Privileg Wenzels geschah²⁴, und auch der Verlust des Originals wäre nur schwer zu erklären. Dazu kommt noch, daß der Gnadenbrief König

¹⁸ C II 18 Nr. 511a StA Zürich.

¹⁹ Reicke, S., Das deutsche Spital und sein Recht im Mittelalter, Bd. II S. 217.

²⁰ C II 18 Nr. 512b StA Zürich.

²¹ C II 18 Nr. 522 StA Zürich.

²² UB Zürich Nr. 4184 Bd. XI S. 150, A. 1328. UB Zürich Nr. 4309 Bd. XI S. 240, A. 1330.

²³ Stadtbibl. Scheuchzer Nr. 1044.

²⁴ Kopien H I Nr. 407 S. 67; H I Nr. 278 S. 27, StA Zürich; Bestätigung durch den Rat 1548 C II 18 Nr. 511b StA Zürich.

Wenzels darauf nicht Bezug nimmt, sondern als Neuerung auftritt.

Auch die Bürgerschaft der Stadt Zürich förderte den Spital auf verschiedene Art: bereits 1335 wurde im Interesse der Bürger ein Verbot gegen Grundbesitz in toter Hand erlassen, wovon jedoch Spital und Siechenhaus ausgenommen werden²⁵. Diese Ausnahme wird 1374 erneut bestätigt²⁶. 1417 wird dem Spital das Mühlenungelt erlassen²⁷, was bei seinem Mehlbedarf immerhin eine beträchtliche Ersparnis bedeutete.

Aus dem Jahre 1494 stammt die älteste noch im Original erhaltene Regelung der *inneren Organisation*²⁸. Der Rat gibt nämlich den Spitalpflegern und dem Spitalmeister das Recht, geringfügige Frevel und Scheltworte selbst zu bestrafen. Der Spitalmeister Ulrich Meyer, der diese Bestätigung verlangt hat, beruft sich dabei auf ältere Rechte und kann diese beweisen. Die älteste Pfründerordnung im Spitalarchiv aus dem Jahr 1553²⁹ bezieht sich wohl auf diese Strafordnung, wenn sie sagt „luth der freygheyt brieffen“ seien Pfleger und Meister zu Verhängung und Vollzug von Strafen berechtigt.

Verschiedene Urkunden legen Zeugnis ab von der Tätigkeit des Spitals als Eigentümer und Verwalter der *St. Peterskirche* und ihrer Filialen: 1472 bestellen die Spitalpfleger aus verschiedenen kleinen Stiftungen und Vergabungen eine Dos für einen neuen Altar in der St. Peterskirche und präsentieren dem Bischof von Konstanz den ersten Kaplan für diesen neuen, dem St. Georg geweihten Altar³⁰. 1498 wird den Einwohnern von Schlieren die Bestellung eines eigenen Leutpriesters zugesichert³¹; die tatsächliche Durchführung dieses Versprechens ließ jedoch noch ziemlich lange auf sich warten³².

²⁵ Zeller-Werdmüller, Stadtbücher Bd. I S. 64 Nr. 157.

²⁶ Zeller-Werdmüller, Stadtbücher Bd. I S. 245.

²⁷ C II 18 Nr. 648 StA Zürich.

²⁸ C II 18 Nr. 988 StA Zürich.

²⁹ H I 278/1 StA Zürich.

³⁰ C II 18 Nr. 923a u. b, 924, 925 StA Zürich.

³¹ C II 18 Nr. 996 StA Zürich.

³² Erneute Bestätigung 1511, C II 18 Nr. 1039, 1040 StA Zürich.

Interessant ist auch eine Urkunde aus dem Jahr 1419, die deutlich Bezug nimmt auf die päpstliche Bestätigung des Spitals aus dem Jahr 1204 und aussagt, daß die Abgabe von ein aureus jährlich dem Spital erlassen worden sei³³. Der Vertreter der Kirche, der Archidiakon von Chur, hat zur Untersuchung dieser Frage Abgeordnete des Rates beigezogen, leider ist aber nicht mehr feststellbar, auf Grund welcher Beweismittel der Entscheid gefällt wurde³⁴. Jedenfalls wurde seit dieser Zeit der strittige Goldgulden nie mehr entrichtet und der Spital erscheint damit wieder um einen Grad unabhängiger von Rom. Dies paßt überhaupt in den Rahmen der Entwicklung: mehr und mehr verschwindet das kirchliche Element, die anfangs klosterähnliche Anstalt wird immer mehr zum weltlichen, bürgerlichen Alters- und Kranken asyl. Eine Bestätigung dieser Entwicklung finden wir im Urkundenmaterial: Im 15. Jahrhundert werden hauptsächlich entgeltliche Rechtsgeschäfte beurkundet; Kauf, Verkauf, Tausch, Pacht, Lehensgeschäfte etc., und auch bei den Schenkungen und Vermächtnissen scheint es sich immer mehr um zielbewußte Unterstützung der Anstalt und ihrer Insassen zu handeln, im Gegensatz zu den „Seelgerätschenkungen“ und „Gottesgaben“ der früheren Zeit, die in erster Linie zum eigenen Seelenheil des Schenkers gestiftet worden waren. Im Urkundenmaterial des 15. Jahrhunderts findet sich zum Beispiel nur noch zweimal die Klausel, daß für den Spender irgendwelcher Vergabungen als Gegenleistung Gebete zu sprechen seien, eine früher häufige Bestimmung³⁵.

Die finanziellen Verhältnisse des Spitals dagegen verschlechterten sich während des 15. Jahrhunderts, was sicher einerseits durch das Anwachsen der Anstalt und ihrer Aufgaben, anderseits aber zu einem großen Teil durch Mißwirtschaft in verschiedenen Verwal-

³³ C II 18 665 StA Zürich.

³⁴ Zweifel, A., Von den Versorgungsanstalten für Arme, Kranke und Bresthafte im alten Zürich, legt den Text dieser Urkunde anders aus. Nach seiner Meinung bestreiten die Spitalpfleger, daß überhaupt je eine Zinspflicht bestanden habe, da vermutlich die betreffende Urkunde bereits damals nicht mehr vorhanden war. Nach dem Wortlaut der Urkunde scheint aber diese Auffassung kaum haltbar.

³⁵ C II 18 Nr. 591, A. 1404 u. C II 18 Nr. 913, 1467 StA Zürich.

tungszweigen verursacht wurde. Wir finden z. B. im Spitalarchiv Prozeßakten gegen ungetreue Spitalbeamte, die auf geradezu chaotische Zustände im damaligen Spitalbetrieb schließen lassen. Diese Akten sind zwar nicht datiert, da als Spitalmeister aber Beringer Winkler genannt wird, müssen sie in die Jahre zwischen 1480 und 1490 fallen³⁶.

Aus dem Anfang des 16. Jahrhunderts ist eine wichtige Urkunde erhalten: 1504 schließt der Spitalkaplan Ulrich Knoll mit der Propstei und dem Predigerkloster eine Übereinkunft betreffend Bestattung der im Spital versterbenden Personen. Dem Spital wird ein besonderer Teil des Predigerfriedhofes eingeräumt und gleichzeitig werden verschiedene Abmachungen getroffen über Zeit und Ort der Gottesdienste, Verteilung der Einkünfte, Erhebung von Gebühren etc.³⁷. Aus dieser Vereinbarung ist deutlich ersichtlich, daß sich der Spital im Lauf der Zeit erheblich vergrößert hat und die ursprüngliche Regelung der Bestattungen, wie der Gottesdienste in der Spitalkapelle den gesteigerten Anforderungen nicht mehr genügte. Die neue Ordnung sollte hier Abhilfe schaffen, wurde aber durch die Veränderungen infolge der Reformation hinfällig.

Daß der Spital vom Rat als „seine“ Anstalt betrachtet wurde, geht deutlich aus einem Ratsbeschluß von 1519 hervor, durch welchen im Spital ein Marstall von 4 Pferden errichtet wird, unter Bestellung eines besonderen Marstallers³⁸. Der Spital mit seinen weitläufigen Ökonomiegebäuden eignete sich natürlich dank seiner Lage mitten in der Stadt besonders gut für diesen Zweck, immerhin bedeutet es eine zusätzliche Belastung der Anstalt mit einer ihrem Hauptzweck vollständig fremden Aufgabe.

Wohl die auffälligste Erscheinung dieser Zeit ist der wirtschaftliche Niedergang des Spitals. Die in erneuten Strafuntersuchungen zum Ausdruck kommende Mißwirtschaft führt soweit, daß der einst so wohlhabende Spital beim Rat Darlehen aufnehmen muß, 100 Pfund im Jahr 1522, und bereits ein Jahr später wieder 400 Pfund³⁹.

³⁶ H II 2 I. Heft StA Zürich. 1480 Beringer Winkler erstmals Spitalmeister, dann nie mehr nachweisbar bis 1490.

³⁷ C II 18 Nr. 1015 StA Zürich.

³⁸ Egli, E., Aktensammlung zur Geschichte der Zürcher Reformation Nr. 89.

³⁹ Egli, E., a. O. Nr. 241 und Nr. 324.

Darlehen sind wohl nie das richtige Mittel, die finanzielle Lage einer schlecht rentierenden Anstalt zu bessern; so sieht sich denn die Zeit der Reformation immer noch vor dem schwierigen Problem, den Finanzhaushalt des Spitals ins Gleichgewicht zu bringen.

III. Reformationszeit

Obwohl der Spital schon bald nach der Gründung unter die Aufsicht des Rates kam, und, wie später noch zu zeigen sein wird, als Anstalt des öffentlichen Rechts zu betrachten ist, stand doch seine Selbständigkeit, nach modernen Recht würden wir sagen seine juristische Persönlichkeit, immer außer Zweifel. Dies kommt am deutlichsten in den Geldgeschäften zwischen Rat und Spital zum Ausdruck. Sowohl die Geldverleihungen vom Spital an den Rat im 14. Jahrhundert als auch die Unterstützung des Spitals durch den Rat im Anfang des 16. Jahrhunderts werden als Darlehen, als privatrechtliche Rechtsgeschäfte unter Gleichgestellten, betrachtet.

Auch die Zeit der Reformation änderte an dieser Grundauffassung nichts, obwohl damals der Staat an Bedeutung zunahm und zahlreiche neue Kompetenzen erhielt. So war z. B.

„der Staat bestrebt, das Armenwesen in seine Hand zu bekommen, als die Erkenntnis durchdrang, wie bedeutungsvoll eine geregelte Armenpflege für die Gesundung der sozialen Verhältnisse und für die Volkswirtschaft sei. Das Naturrecht übte auch auf die Gestaltung des Armenwesens seinen Einfluß aus. Die Idee von der Verpflichtung des Staates und der Gesellschaft gegenüber dem Einzelnen, der sich nicht selbst helfen kann, gewinnt Gestalt“⁴⁰.

Infolge dieser Tendenz wurde im Jahre 1525 eine Almosenordnung erlassen, die die Unterstützung der Hausarmen mit öffentlichen Mitteln vorsieht; den Spital ließ man in seiner bisherigen Selbständigkeit bestehen. Ohne seine rechtliche Stellung zu ändern,

⁴⁰ Denzler, A., Geschichte des Armenwesens im Kanton Zürich im 16. und 17. Jahrhundert, S. 20.

suchte man durch verschiedene Maßnahmen das Gleichgewicht in seinem Finanzhaushalt herzustellen.

In erster Linie wies man ihm ganze Wertkomplexe aus ursprünglich geistlichem Besitz zu, deren Bewirtschaftung ihm regelmäßige Einnahmen sichern sollte. Auch zur Behebung der ständigen Raumnot schien dieses Verfahren am raschesten und billigsten zum Ziel zu führen.

Die wichtigste dieser Zuwendungen war wohl die Übergabe sämtlicher Gebäude des Predigerklosters an den Spital⁴¹. Die Nähe der beiden Anstalten sollte die Verlegung bestimmter Gruppen von Spitalinsassen ins Predigerkloster ermöglichen, ohne die Verwaltung zu sehr zu komplizieren.

Ähnliche Motive waren wohl auch bestimmend bei der Einverleibung der „Sammlung“ in den Spital; so wurde das Haus der Schwestern von Konstanz an der Brunnegasse genannt⁴².

Bei der Zuweisung sämtlicher Besitzungen des reich dotierten Klosters Selnau wird dagegen eher die finanzielle Hilfe an den Spital im Vordergrund gestanden haben⁴³, ebenso bei der schon im September 1523 erfolgten Überlassung eines Teils der Einkünfte der Propstei an den Spital⁴⁴.

Noch eine kirchliche Gemeinschaft ging mit ihrem ganzen Vermögen an den Spital über: Das Haus der lustigen Brüder im Nessenal⁴⁵. Es handelte sich bei diesen Brüdern um eine Gemeinschaft von 7 bis 8 Laien, die sich ohne bestimmte Ordenszugehörigkeit der Krankenpflege widmeten. Es war naheliegend, den Spital als Nachfolger dieser Bruderschaft in ihren Besitz einzusetzen, da er auch den Nachteil der Aufhebung zu tragen hatte; infolge Wegfall ihrer Tätigkeit kamen die von ihnen betreuten Kranken mindestens zum Teil in den Spital⁴⁶.

⁴¹ Egli, a.O. Nr. 619; Nüscheler, A., *Gotteshäuser der Schweiz*, Bd. III S. 399 u. S. 448.

⁴² Nüscheler, a.O. S. 459 (in den Urkunden häufig auch „der Sammlig“ genannt).

⁴³ Nüscheler, a.O. S. 458.

⁴⁴ Egli, a.O. Nr. 426.

⁴⁵ Auch Essental, im heutigen Hirslanden, Zürich.

⁴⁶ Nüscheler, a.O. S. 471.

Neben diesen größeren Erwerbungen gelangten noch manche kleinere Vermögenswerte infolge der Reformation an den Spital: 1523 wurde das Schwesternhaus zu den Augustinern aufgehoben und der Erlös aus dem Verkauf des Hausrats dem Spital übergeben⁴⁷; 1525 erwarb er Zierrat und Gerätschaften der St. Barbara-Kapelle, die im gleichen Jahr niedergerissen wurde⁴⁸. Eine weitere Neuerung war die Zuweisung des Eckhauses an der Brunngrasse als Amtswohnung für den Spitalprädikanten⁴⁹.

Alle diese Zuwendungen waren jedoch nicht hinreichend, den Spital zu sanieren. Zwar lassen sich in den folgenden Jahren etliche Rechtsgeschäfte (Darlehen, Käufe) nachweisen, die das Vorhandensein von barem Geld in der Spitalkasse vermuten lassen, aber bereits 1528 wird wieder eine neue Spitalordnung aufgestellt, aus deren Vorschlägen zur Verbesserung der Vermögenslage auf die damaligen Mißstände geschlossen werden kann. In diesem Zusammenhang soll nur der Teil der Spitalordnung von 1528 betrachtet werden, in dem von den finanziellen Reformen die Rede ist, die übrigen Bestimmungen werden in einem andern Zusammenhang zu untersuchen sein. Eine erste Formulierung vom Februar des genannten Jahres fordert zur Sanierung der Finanzlage:

1. Ausscheidung von nicht Berechtigten aus dem Spital.
2. Beschränkung der Aufnahme auf Notfälle.
3. Pfründeraufnahme nur noch gegen genügende Bezahlung.
4. Besetzung der Spitalämter mit geeigneten Leuten.
5. Einschränkung von Ackerbau und Reben.
6. Verkauf oder Verleihung abseits gelegener Güter.
7. Nach Durchführung aller dieser Maßnahmen wenn nötig weitere Darlehen durch den Rat⁵⁰.

Bereits im März folgt eine zweite Fassung, die die erste bestätigt und darüber hinaus die Spitalbeamten unter Eid verpflichtet, im Interesse des Spitals zu handeln⁵¹.

⁴⁷ Egli, a.O. Nr. 429.

⁴⁸ Nüscher, a.O. S. 423.

⁴⁹ Nüscher, a.O. S. 430.

⁵⁰ Egli, a.O. Nr. 1363; H II 2 StA Zürich.

⁵¹ Egli, a.O. Nr. 1380.

Beim Betrachten dieser Ordnungen stellt man mit Genugtuung fest, daß die Fehler für den Niedergang am rechten Ort gesucht werden, besonders die Bestimmungen 5 und 6 sind volkswirtschaftlich sehr interessant: Der sehr umfangreiche Ökonomiebetrieb des Spitals, der eine große Zahl von Leuten beansprucht, soll zu größtmöglicher Rendite herangezogen werden, aber nicht durch Intensivierung des Anbaus, sondern durch Aufgabe aller nicht rentierenden Zweige und vor allem durch Beschränkung auf die einigermaßen zentral gelegenen Liegenschaften. Näherliegend waren die Bestimmungen 1—3, von denen hauptsächlich die erste in einem geordneten Betrieb eine Selbstverständlichkeit sein sollte. Die Besetzung der Spitalämter mit geeigneten Leuten scheint später noch oft Schwierigkeiten bereitet zu haben, wie spätere Strafuntersuchungen zeigen⁵².

Den zahlreichen neuen Einkünften, die der Spital der Reformation zu verdanken hat, stehen auch gewisse Einbußen gegenüber: Bisher hatte er nicht nur die alleinige Nutzung der Einkünfte der ihm inkorporierten St. Peterskirche und ihrer Tochterkirchen, sondern beerbte überdies die oft recht vermöglichen Geistlichen dieser Kirchen und ihrer Altäre. Dieses Erbrecht wurde 1526 aufgehoben. Durch die Reformation änderte sich die Stellung der Geistlichen grundlegend, sie sind nicht mehr nur Glieder der Kirche, sondern haben nun privatrechtliche Pflichten und Rechte, wie alle andern Personen. Dem Recht, eine Familie gründen zu dürfen, entspricht auch die Pflicht, für diese über den Tod hinaus zu sorgen. Die frühere Einschränkung des priesterlichen Erbrechts ließ sich deshalb nicht mehr aufrecht erhalten. Aber noch ein anderer Grund mag zu dieser Aufhebung geführt haben: sicher bestand die Gefahr des Pfrundkaufs und der Bestechlichkeit der Pfleger bei der Wahl des Priesters, solange der Spital als der zukünftige Erbe des betreffenden Priesters die Kollatur inne hatte.

Es soll im folgenden noch ein kurzer Überblick über die *Verwendung* der in der Reformation erhaltenen *Gebäude* gegeben werden⁵³:

⁵² H II 2 StA Zürich.

⁵³ Die folgenden Angaben sind, wo nichts anderes vermerkt ist, Wehrli, a.O. S. 10ff. entnommen.

Das ursprüngliche *Spitalgebäude* wird als Elendenherberge für durchreisende Bettler und Pilger eingerichtet und nach der darin stattfindenden Austeilung von Mus und Brot *Mushafen* genannt.

Die *Sammlung* an der Brunngasse wird *Siechstube* für innerlich Kranke und *Unterspital* für die Unterpfänder. Als 1551 dieses Gebäude an Froschauer verkauft wurde, errichtete man auf der Predigerhofstatt einen Neubau: die neue *Sammlung*.

Im *Predigerkloster* wurden Ober- und Unterpfänder untergebracht, teilweise wurde es auch als Ökonomiegebäude benutzt⁵⁴. Da der Spitalmeister und das Gesinde ebenfalls dort seine Wohnung hatten, nannte man dieses Gebäude auch *Amtshaus*.

Das *Kloster Selnau* sollte ursprünglich zur Unterbringung kranker Personen dienen: 1526 wird bereits seine Umwandlung in ein *Pestlazarett* in Erwägung gezogen, wozu es nach seiner Lage besonders geeignet war. Im alten Zürichkrieg waren jedoch die Gebäude stark beschädigt worden: sie wurden nach 1528 allmählich abgebrochen. Zur Zeit der Verwendung als Pestlazarett war bereits nur noch ein Wohngebäude vorhanden, das 1767 völlig niederbrannte und nicht wieder aufgebaut wurde⁵⁵.

Das *Haus der Lustigen Brüder* im Nesselthal wurde nach der Chronik Edlibachs⁵⁶ noch im Jahr der Übernahme durch den Spitalmeister weiterverkauft und dann abgerissen.

Das *Frauenkloster Ötenbach* wurde in der Reformationszeit ebenfalls aufgehoben. Es bestand das Projekt, die verschiedenen Abteilungen des Spitals in die weitläufigen Klostergebäude am Ötenbach zu verlegen⁵⁷. Da es jedoch an jenem Ort an fließendem Wasser fehlte und zudem auch größere Umbauten nötig geworden wären, entschied man sich für die andere Lösung, nämlich die Einbeziehung des Predigerklosters in den Spital. Der Ötenbach wurde in der Folge als *Blaternhaus* verwendet⁵⁸.

⁵⁴ Spitaltrotte in der Kirche! Vgl. Nüscheler a.O. S. 448.

⁵⁵ Wehrli, a.O. S. 33ff.

⁵⁶ M. d. a. G. i. Z. IV S. 274.

⁵⁷ H II 2, StA Zürich.

⁵⁸ Wehrli, a.O. S. 30ff.

IV. Der Spital Zürich von der Reformation bis zur Helvetik

Nach den großen Änderungen im Vermögensstand des Spitals zur Zeit der Reformation beginnt eine Epoche der steten, gleichmäßigen Entwicklung. Es sind immer die gleichen Quellen, die das Spitaleinkommen und Vermögen vermehren, und die gleichen Schwierigkeiten, die sich der Spitalpflege und dem Rat stellen. Die Gebefreudigkeit der Stadtbürger ist mit der Reformation nicht erloschen; aus anderen Motiven, aber in ähnlichem Ausmaß wird der Spital immer noch beschenkt. Es soll durch die Vergabungen an diese Anstalt nicht mehr die Sorge um das eigene Seelenheil beschwichtigt werden: es ist das Gefühl der Verantwortung für mittellose, kranke und alte Mitbürger, vielleicht auch Stolz auf diese Institution der Stadt und Einsicht in ihre Notwendigkeit — und im Lauf der Zeit wohl auch Tradition und das Bedürfnis, an Gebefreudigkeit andern Familien nicht nachzustehen, was nunmehr den Grund für diese Zuwendungen bildet. Vogel berichtet in seiner Chronik⁵⁹, daß in den Jahren 1636 bis 1829 dem Spital 266 440 fl. in 960 verschiedenen Legaten von Bürgern vermacht worden seien. Aber auch der Kampf gegen den andauernden Raummangel, gegen die Überfüllung der Anstalt und die damit zusammenhängenden Mißstände im Spital geht weiter. Neue Gebäude werden erworben und dem Spitalareal angegliedert, man erstellt selber Neubauten und immer wieder muß der Beamtenstab erweitert werden.

Charakteristisch für die Entwicklung nach der Reformation ist die engere Bindung des Spitals an die städtische Verwaltung; er wird in dieser Zeit recht eigentlich zum Spitalamt, ohne jedoch seine Selbständigkeit ganz einzubüßen. In den Akten dieser Zeit finden sich häufig Anzeichen für eine Koordination der verschiedenen Ämter: Der Spital erhält Subventionen aus staatlichen Kassen, aus dem Seckelamt, aus dem Täufergut⁶⁰ etc., die nicht mehr als privatrechtliche Darlehen, sondern als staatlicher Finanzausgleich zu betrachten sind. Auch ein reger Austausch von Naturalien zwischen den verschiedenen Ämtern beginnt sich anzubahnen.

⁵⁹ Vogel, F., die alten Chroniken oder Denkwürdigkeiten der Stadt und Landschaft Zürich.

⁶⁰ H I 629, H I 268 Bl. 341 u. H I 629, H I 263 Bl. 254 StA Zürich.

bei Mangel im Spital werden vom Rat wiederholt Bezüge vom Kornamt, Almosenamt etc. bewilligt, in vielen Fällen sogar befohlen. Hand in Hand mit dieser Entwicklung geht eine Ausdehnung des Aufgabenkreises. Durch einen Ratsbeschluß wird im 16. Jahrhundert der Spital auch den Kranken der Landschaft geöffnet, allerdings unter gewissen Einschränkungen, die später noch dargestellt werden. Schwere Belastungen für den Spital brachten die Pestjahre sowie immer wiederkehrende Epidemien von Ruhr und anderen Krankheiten. Während diese zunehmende Belastung des Spitals als eine natürliche Folge der Entwicklung und der Zeitumstände ganz dem Charakter der Anstalt angepaßt ist, sind andere Erweiterungen des Spitalzwecks festzustellen, die über den Rahmen eines Spitals hinausgehen: In den Jahren 1685 bis 1687 wurde Zürich, wie auch andere Schweizerstädte, von den Religionsflüchtlingen aus Frankreich und Piemont als Zufluchtsort gewählt. Anfänglich hatte nun der Spital den größten Teil der daraus entstehenden Kosten zu tragen: die französischen Flüchtlinge wurden im Selnau untergebracht und aus dem Spital verpflegt. Auch die Piemonteser bezogen den Unterhalt zum Teil vom Spital; als Unterkunft hatte man ihnen verschiedene Massenquartiere eingerichtet. Die zahlreichen Kranken unter diesen Vertriebenen mußten in den Spital aufgenommen werden und der entstehende Platzmangel für einheimische Kranke scheint zu verschiedenen Unstimmigkeiten geführt zu haben, wie aus einer Ratserkenntnis vom Jahr 1686 und einem Bericht der Spitalpflege an den Rat hervorgeht⁶¹. Eine andere Funktion des Spitals zeigt sich in den verschiedenen Kriegsjahren sehr deutlich: vor allem im Villmergerkrieg wird der Spital geradezu als Vorratskammer für eine eventuelle Belagerung der Stadt eingerichtet. Immer wieder finden sich auch sonst in Zeiten von Kriegsgefahr Ratserkenntnisse, die dem Spitalmeister befehlen, recht große Vorräte an Korn und Mehl aus der Landschaft in den Spital zu bringen und sie bei Verbrauch sofort zu ersetzen. Auch ein großer Teil der Feuerlöschgeräte der Stadt waren im Spital untergebracht, und der Spitalmeister hatte bei Feuerausbruch dieselben an Ort und Stelle bringen zu lassen.

⁶¹ H I 262 Bl. 214 StA Zürich.

Daß der Marstall der Stadt dem Spital angegliedert wurde, haben wir bereits festgestellt: 1708 wurde endlich eine saubere Trennung der beiden grundverschiedenen Verwaltungszweige durchgeführt⁶². Welche *Gebäude* unmittelbar nach der Reformation zum Spital gehörten, haben wir bereits gesehen. Schon 1580 mußte ein Neubau erstellt werden, der als Unterkunft für Pfründer, Elende und Kranke dienen sollte und in den Spitalakten Prestenberg oder Unterhaus genannt wird. Im eigentlichen Spitalareal stehen also im 16./17. Jahrhundert vier Gebäude, die Ökonomiegebäude nicht mitgezählt, nämlich:

1. Der *alte Spital*, nach den täglichen Speiseausteilungen auch *Mushafen* genannt; er dient als Unterkunft für arme gebrechliche Fremde und durchreisende Bettler und als Gefängnis.
2. Das *Großhaus* oder die *Sammlung* für Kranke und Pfründer.
3. Das *Oberhaus*, d. h. das ehemalige Predigerkloster, als Haus für Ober- und Unterpfründer; im vorderen Flügel befand sich die Wohnung des Spitalmeisters und die Unterkunft des Gesindes.
4. Das *Unterhaus* oder der *Prestenberg*, für Pfründer, elende und bresthafte Dauerinsassen.

1732 brannte unter schrecklichen Umständen der Mushafen ab, der Platz blieb lange Zeit unbenützt, dagegen wurde bereits zwei Jahre später das Neuhaus erstellt. Es folgt dann eine nicht mehr abbrechende Kette von Um- und Neubauten, die unter möglichster Beibehaltung und Verwendung der bestehenden Gebäude den Spital der Anforderung der neuen Zeit anpassen sollten, aber durch diese Bindung an das Bestehende nie eine großzügige Neuordnung bewirkten.

1741 wurde die Anatomie errichtet.

1794 ein Neubau anstelle des 1580 errichteten Unterhauses, nun Rekonvaleszentenhaus genannt.

1805 Umbau des Neuhauses.

1810 Einrichtung der Armenapotheke in der ehemaligen Spitalkapelle.

⁶² H I 264 Bl. 33 u. 35 StA Zürich.

1813 sollte der Bau eines besonderen Irrenhauses endlich die längst geforderte Absonderung der Geisteskranken von den übrigen Spitalinsassen ermöglichen: aber auch hier wurden von Anfang an zu wenig großzügige Lösungen gefunden, so daß nach relativ kurzer Zeit, nämlich im Jahr 1870, die heutige Irrenanstalt auf dem Burghölzli bezogen werden mußte⁶³.

Verschiedene Inventare⁶⁴ sowie die seit 1686 der Spitalrechnung beiliegende Statistik zeigen das stetige Anwachsen der Zahl der Spitalinsassen⁶⁵ und beweisen, wie nötig die baulichen Veränderungen jeweils waren. Daß die alte, seit dem 13. Jahrhundert kaum veränderte Spitalorganisation dem immer größer werdenden Aufgabenkreis nicht mehr gewachsen sein konnte, ist daher verständlich. Nach zahlreichen unbedeutenden „Reformationen“ im Spital wurde endlich 1785—1787 die so dringende Neuordnung der Verwaltung durchgeführt. Gleichzeitig wurde auch der Finanzhaushalt des Spitals, besonders der Betrieb der Landwirtschaft, einer gründlichen Revision unterzogen. Der Erfolg dieser Sanierungsversuche ist infolge der Unruhen und kriegerischen Ereignisse der folgenden Jahre schwer zu beurteilen, sicher wäre bei einer einigermaßen ruhigen Entwicklung eine wesentliche Besserung in Verwaltung und Finanzhaushalt des Spitals eingetreten.

V. Der Spital Zürich während der Helvetik

Mit der Trennung von Stadt und Kanton Zürich stellt sich erstmals die Frage, welchem der beiden Verwaltungskörper der Spital Zürich zuzuordnen sei. Weder aus der historischen Entwicklung noch aus den tatsächlichen Verhältnissen unmittelbar vor der Helvetik konnte eine eindeutige Lösung gefunden werden. Der ursprünglich vollständig unabhängige Spital war im Lauf des 13. Jahrhunderts bereits in eine gewisse Abhängigkeit vom Rat, also von der

⁶³ Näheres über die Gebäude vgl. Wehrli a.O. S. 10ff.

⁶⁴ H I 234; H II 1; H II 4; H I 311 S. 429 u. 465; H I 177d S. 153 u. 440 StA Zürich.

⁶⁵ Mitte des 17. Jahrhunderts bereits gegen 600 Insassen.

Stadtregierung, gekommen und im Lauf der weiteren Entwicklung wurde diese Bindung immer enger. Andererseits aber war der Einzugsbereich des Spitals nicht auf die Stadt beschränkt, da auch Kranke aus der Landschaft aufgenommen wurden. Auch ein Teil der Einkünfte stammte nicht aus der Stadt, sondern aus dem Kanton, seien es Legate oder Zinsen und Zehnten. Da bei der Ausscheidung von Staats- und Gemeindegut in erster Linie die Herkunft der betreffenden Vermögen entscheiden sollten⁶⁶, war bei den unklaren Verhältnissen im Spitalvermögensbestand dem freien Ermessen ein weiterer Spielraum gelassen. Der Tendenz der Zeit und der Auffassung der in der helvetischen Republik führenden Kreise entsprach eine möglichst weitgehende Begünstigung des Staates gegenüber der Gemeinde, andererseits setzten sich die Angehörigen der alten Stadtgeschlechter sehr für die Zuteilung an die Munizipalität ein. Ein aufschlußreicher Bericht über diese Fragen stammt, wenn auch anonym, aus der Feder des nachmaligen Staatsschreibers Lavater. Unter dem Titel: „Memorial der Gemeindevverwaltung von Zürich an die helvetische Regierung“ untersucht der Verfasser alle strittigen Rechte und Vermögensbestandteile in bezug auf ihren Ursprung und Charakter und sucht einen möglichst weitgehenden Anspruch der Stadt zu begründen.

Vor den zürcherischen Behörden fanden im Sommer 1798 langwierige Beratungen über diese Zuteilungsfragen statt, und es bedurfte der Mitwirkung Finslers, des Finanzministers der helvetischen Republik, um überhaupt eine Verhandlungsgrundlage zu finden. Nach mehreren vergeblichen Besprechungen, bei denen sich die Munizipalität unnachgiebig zeigte und geradezu extreme Forderungen stellte, wurde in der *Zessionsakte* vom 1. September 1788 der Stadt der größte Teil der strittigen Werte wenigstens provisorisch zugesprochen, unter anderem auch der Spital⁶⁷. Trotz dem

⁶⁶ Das Gesetz vom 3. April 1799 anerkennt als Gemeindegut, was die Gemeinde Zürich nach alten Dokumenten oder alten bewährten Geschichtsschreibern zur Zeit besessen hat, da sie noch eine für sich allein bestehende Gemeinde war usw. Vgl. Memorial der Gemeindeverwaltung von Zürich 1801 S. 8.

⁶⁷ Vgl. Rüttsche, P., Der Kanton Zürich und seine Verwaltung zur Zeit der Helvetik, S. 104/105.

Einspruch der Gegenpartei, vor allem Stadthalter Pfenningers, wurde diese Vereinbarung von Minister Finsler gutgeheißen und bestätigt.

Am 3. April 1799 wurde dann durch das bereits genannte Gesetz die rechtliche Grundlage für eine endgültige Lösung geschaffen. Diese Normen verschoben die ursprünglich für die Stadt vorteilhaften Ausscheidungskriterien zugunsten des Kantons: so ist interessant, daß Lavater als Verfechter der Stadtinteressen es nicht mehr wagte, schlechthin eine Zuteilung aller bereits provisorisch der Munizipalität zugesprochenen Vermögenswerte an die Stadt zu verlangen, sondern z. B. im Fall des Spitals eine Teilung zu gleichen Hälften vorschlägt. Bei der engen Verbundenheit der einzelnen Bestandteile konnte eine solche Teilung natürlich nicht ohne Schwierigkeiten durchgeführt werden, und es ist nicht verwunderlich, daß die Liquidationsurkunde von dieser Kompromißlösung absah. Mit der definitiven Zuteilung des Spitals an den Kanton, durch die Liquidationsakte von 1803, verlor die Stadt für immer den während so langer Zeit ausgeübten Einfluß auf den alten Spital. Noch im gleichen Jahr wurde die Spitalverwaltung gänzlich umgebildet und Verfassung, Organisation und viele Einzelbestimmungen einer gründlichen Revision unterzogen.

VI. Das Ende des alten Spitals

Mit der Neuordnung von Verfassung und Verwaltung in den Jahren 1803/1804 war der Spital in rechtlicher Beziehung den veränderten Verhältnissen angepaßt worden: die alten Gebäude konnten auf die Länge den neuen Anforderungen nicht mehr genügen. 1836 wurde deshalb die Errichtung des längst dringend nötigen Spitalneubaus beschlossen. Die Spitalverwaltung stellte das dem Spital gehörige Schönhausgut an der Rämistraße als Baugrund zur Verfügung, dazu reichliche Beiträge an die Erstellungskosten. Für die restlichen Mittel kam der Staat auf. Im Jahr 1839 konnte der Neubau bezogen werden, und im alten Spital im Predigerquartier, der noch verschiedenen Spezialzwecken diente (Irrenhaus, Gebäranstalt, Verwahrung von unheilbar Kranken aller Art etc.), begann

nun eine rasche Auflösung. 1848 wurde der Friedhof aufgehoben, 1867 die Unheilbaren in das 1862 aufgehobene Kloster Rheinau übergeführt, 1870 erfolgte der Bau der heutigen Irrenanstalt Burg-hölzli und die Einrichtung der Frauenklinik an der Universitäts-straße.

Von der ganzen großen Institution des Mittelalters, die aus eigenen Mitteln große Bedeutung im sozialen Leben der Stadt erlangt hatte, blieben nur noch einige veraltete Gebäude bestehen, deren Umbau sich nicht mehr lohnte; die finanziellen Mittel waren auf den neuen Spital übergegangen, alle Rechte der einst selbständigen Anstalt waren erloschen.

1873 kaufte die Stadt um 729 000 Fr. das ganze Spitalareal auf, 1887 wurde der alte Spital ein Raub der Flammen. Nachdem der Platz lange leer gestanden hatte, wurde 1915 auf dem Boden des ehemaligen Predigerklosters und Spital-Oberhauses die Zentralbibliothek der Stadt Zürich erbaut.

Untersuchung der rechtlichen Verhältnisse

I. Das Spitalrecht des Mittelalters

A. Das mittelalterliche Spitalrecht im Gegensatz zum modernen Recht

Aus der großen Zahl von mittelalterlichen Spitälern und ähnlichen Anstalten läßt sich ein eigentliches Spitalrecht herauskristallisieren, das seine eigenen Gesetzmäßigkeiten und charakteristischen Merkmale aufweist und sich deutlich von den benachbarten Rechtsgebieten, dem Anstaltsrecht und dem Stiftungsrecht, unterscheidet. Das moderne Recht kennt dagegen kein besonderes Spitalrecht mehr. Die Ursache für diesen Unterschied muß in der andersartigen Zielsetzung des modernen Rechts gesucht werden. Nicht mehr die Ausbildung von möglichst vielgestaltigen Rechtsformen, von denen jede für einen bestimmten Einzelfall die Ideallösung darstellt, wird angestrebt, sondern eine möglichst weitgehende Erfassung aller ähnlichen Fälle durch abstrakte Normen.

Aber auch die Grundlagen, auf die sich das moderne Stiftungs- und Anstaltsrecht aufbaut, sind völlig verschieden von denen des mittelalterlichen Rechts. Es sind vor allem zwei Probleme, die im modernen Recht das ganze Gebiet beherrschen, der Gegensatz zwischen öffentlichem und privatem Recht und die Frage nach der Rechtspersönlichkeit von Stiftung und Anstalt. Im mittelalterlichen Rechtsdenken nahmen diese beiden Fragenkomplexe, wo sie überhaupt auftraten, nur eine ganz untergeordnete Stellung ein.

- a) Der Unterschied zwischen öffentlichem und privatem Recht zieht sich durch das gesamte heutige Anstaltsrecht, eine Unterteilung

schaffend, die vielfach den tatsächlichen Verhältnissen nicht oder doch nur zu einem Teil entspricht. Diese Differenzierung, die dem Mittelalter fremd war, ist als Folge der starken Ausdehnung und Ausgestaltung der Staatsgewalt zu erklären, die eine besondere Regelung der öffentlich-rechtlichen Verhältnisse und als Gegenstück dazu auch eine Festlegung der Rechte der Einzelnen nötig macht.

- b) Die zweite Frage, die das moderne Stiftungs- und Anstaltsrecht beeinflusst, ja geradezu bestimmt, ist die Lehre von der juristischen Person. Herstammend aus dem römisch-rechtlichen Denken, das für jedes Recht auch einen Rechtsträger fordert, bildet sie einen schroffen Gegensatz zum alten deutschen Stiftungsrecht, bei dem die Frage nach dem Eigentümer am Stiftungsgut von ganz untergeordneter Bedeutung war.

Das Verständnis des mittelalterlichen Spitalrechts kann also nicht durch einen Vergleich mit dem modernen Recht gewonnen werden, sondern wird nur aus einer Darstellung der verschiedenen alten Formen entstehen können.

B. Die Stellung des Spitalrechts im System des mittelalterlichen Rechts

1. Begriffe

So wie uns das mittelalterliche Spitalrecht in den verschiedenen überlieferten Formen entgegentritt, ist es stets eine Synthese von zwei verschiedenen Elementen: dem Stiftungsrecht und dem Anstaltsrecht. Die starke Eigengesetzlichkeit des Spitalbetriebes bestimmt in weitgehendem Maße schon die Form der Gründung und die erste Gestaltung. Von den vielen Formen der Verwaltung, der Eigentumsverhältnisse etc. im Rahmen des allgemeinen Stiftungsrechts sind es nur wenige, die den Erfordernissen einer Anstalt genügen. Andererseits aber wirkt die Form der Errichtung oft noch lange Zeit auf das Wesen und die Gestaltung einer Anstalt ein. Im Einzelfall wird mehr die stiftungsrechtliche oder mehr die anstaltsrechtliche Komponente in den Vordergrund treten, je nach der

Gestaltung des betreffenden Spitals und je nach der Art der Fragestellung.

Pleimes, der vom allgemeinen Stiftungsrecht her an die Frage des Spitalrechts herantritt und in erster Linie die Entstehung behandelt, unterstellt folgerichtig den Spital unter der Bezeichnung „Anstaltsstiftung“ dem allgemeinen Stiftungsrecht¹. Reicke dagegen, der eher die Rechtsverhältnisse am bestehenden Spital untersucht, geht ganz vom Anstaltsrecht aus und stellt die Herkunft aus der Stiftung als weniger wichtige Einzelheit im Rahmen des Anstaltscharakters dar.

In der vorliegenden Arbeit, die nicht nur die Entstehung, sondern in erster Linie auch die weitere Entwicklung des Spitals Zürich zum Inhalt hat, mußte notwendigerweise ähnlich wie bei Reicke das Hauptgewicht auf die Darstellung des Anstaltscharakters gelegt werden. Zur Erklärung der Entstehung jedoch müssen unbedingt die Grundlagen des Stiftungsrechts verwendet werden, und es soll daher im folgenden eine kurze Übersicht über die hauptsächlichsten Formen des allgemeinen mittelalterlichen Stiftungsrechts gegeben werden.

Gemeinsam ist allen Stiftungen, denen des modernen Rechts wie denen des Mittelalters, das Bestreben, durch Einsatz materieller Güter auf möglichst lange Zeit ideellen Zwecken zu dienen. Die Wege zur Erreichung dieses Zieles sind jedoch außerordentlich verschieden. Eine Gliederung der Stiftungsformen kann nach zwei Gesichtspunkten erfolgen:

- a) nach den Eigentumsverhältnissen und der Art des Stiftungsgutes, und
- b) nach der Organisation der Verwaltung.

a) Die älteste und einfachste Form der Stiftung, die Pleimes *Auflagenstiftung* nennt², ist die einmalige Hingabe eines Vermögenswertes an eine vom Wechsel der Träger unabhängige Dauerperson, wie z. B. eine Kirche, eine Stadt oder Behörde, die dabei verpflichtet wird, ewig bestimmte Auflagen zu erfüllen. Ähnlicher Natur ist auch die *Erblaststiftung*², die eine Reallast an einem bestimmten

¹ Pleimes, D., Weltliches Stiftungsrecht, S. 7.

² Pleimes, D., a.O. S. 6.

Grundstück oder Erbgut zum Inhalt hat. Beide Formen, die Pleimes als *Verpflichtungsstiftungen*² zusammenfaßt, werden vom modernen Recht überhaupt nicht als Stiftung behandelt, da hier der Eigentümer des Stiftungsgutes eine vom Stiftungszweck unabhängige Dauerperson ist.

Eine Entwicklung bedeutet die Entstehung von Stiftungen, die nicht im Eigentum von Drittpersonen stehen und daher besser Gewähr bieten für genaue Innehaltung des Stifterwillens. Es wird also ein Vermögenswert für einen bestimmten Zweck zur Verfügung gestellt und die zur Durchführung der nötigen Handlungen erforderliche Verwaltung bestellt. Dieser Vermögenswert kann in einer ungegliederten Gütermasse bestehen, die nicht in einer direkten Beziehung steht zum Zweck der Stiftung, sondern ihr nur die nötigen Erträgnisse liefern muß, oder es kann sich um Gebäude handeln, die selbst einen Teil des Stiftungszwecks darstellen. Im ersten Fall spricht man von einer *Hauptgeld*-, im zweiten von einer *Anstaltsstiftung*³. Ein Spital, als Anstalt im gemeinrechtlichen Sinne, fällt also unter die Anstaltsstiftungen.

b) Die große Mannigfaltigkeit des Stiftungsrechts zeigt sich aber erst bei der Darstellung der verschiedenen Verwaltungsformen. Hier lassen sich in erster Linie Stiftungen unterscheiden, die durch eine eigens bestellte Organisation verwaltet werden, und solche, deren Verwaltung einer bestehenden Dauerperson anvertraut ist, nämlich⁴:

- α) die *abhängige* Stiftung, deren Verwaltungsträger durch eine Dauerperson ernannt werden;
- die *unabhängige* Stiftung, deren Verwalter sich durch Zuwahl selbst ergänzen;
- die *Erbenstiftung*, deren Verwaltung bestimmten Erben zusteht;
- die *Treuhänderstiftung*, deren Verwaltung einem Treuhänder zusteht;
- die *Eigenstiftung*, deren Nutznießer zugleich Verwalter ist.

³ Anstalt hier im Sinne des gemeinen Rechts, vgl. Definition von A. Heusler, Institutionen des deutschen Privatrechts, Bd. I S. 255.

⁴ Ausführliche Darstellung dieser verschiedenen Stiftungsformen bei Pleimes a.O.

β) Durch eine bestehende, stiftungsfremde Dauerperson verwaltet werden: Die *angelehnte Stiftung*, wobei die verwaltende Dauerperson an den Willen des Stifters gebunden ist, und die *Rahmenstiftung*, in der mehrere ursprünglich verschiedene Stiftungen zu einer einheitlichen Masse verschmolzen sind, zur Erleichterung der Verwaltung und unter weitgehender Loslösung vom ursprünglichen Stifterwillen. Im Bereich des Spitalrechts kommen außer der Rahmenstiftung, die sich naturgemäß durch das Bestehen von festen Einrichtungen zu einer Verschmelzung mit anderen Anstalten nicht eignet, wohl alle genannten Verwaltungsformen vor. Welche davon im Spital der Stadt Zürich vorlag, wird noch zu untersuchen sein.

2. Besonderheiten des Spitalrechts

Wie Kirche, Stift und Kloster war auch der Spital ursprünglich eine *kirchliche Anstalt* und wurde weitgehend nach kanonischem Recht gestaltet. Dieses bezog seinerseits die Grundlagen des Stiftungsrechts aus dem Justinianischen Recht, doch erst nach den Wirren des Eigenkirchenrechts entstand ein eigentlicher juristischer Stiftungsbegriff⁵.

Noch während des dauernden Einflusses der Kirche auf die Anstaltswohlfahrtspflege und vielfach gerade als Reaktion dagegen vermochten sich einzelne Spitalformen zur voll entwickelten Stellung eines freien Rechtssubjekts aufzuschwingen⁶. Im mittelalterlichen Spitalrecht liegt also geradezu eine Wurzel des heutigen Rechts der juristischen Person.

Dennoch wäre es ein verfehltes Unternehmen, das mittelalterliche Spitalrecht vom Begriff der juristischen Person her erklären und darstellen zu wollen. Wohl stellte sich auch das mittelalterliche Rechtsdenken den Spital irgendwie als rechtsfähige Einheit vor, die erwerben und veräußern, erben und besitzen kann. Diese Vorstellung hat sich jedoch durch die Notwendigkeit des Rechtsverkehrs erge-

⁵ Reicke, S., a.O. S. 286.

⁶ Reicke, S., Deutsches Spitalrecht S. 287, Gierke, O., Deutsches Genossenschaftsrecht Bd. II S. 546, 991ff.

ben, der im Verkehr mit einer solchen Anstalt irgend einen dauernden, vom Wechsel der natürlichen Personen unabhängigen Partner haben mußte. Wie verschieden diese Art von Personifizierung einer Anstalt von unserem heutigen Begriff der juristischen Person ist, mag am besten die Tatsache illustrieren, daß auch eine ursprünglich in ein übergeordnetes Stift, Kloster etc. vermögensmäßig eingebaute Anstalt, die zum Teil durch diese Mutteranstalt auch noch verwaltet wurde, trotz dieser Abhängigkeit als eigene rechtliche Persönlichkeit aufgefaßt werden konnte.

In diesen Fällen tritt sogar ganz besonders deutlich die Absicht hervor, den betreffenden Spital trotz der engen Abhängigkeit als eine von der Mutteranstalt zu trennende Person darzustellen und innerhalb der rechtlichen und weitgehend auch verwaltungstechnischen Einheit irgend eine begriffliche Abgrenzung vorzunehmen.

Ein Unterscheidung der verschiedenen Spitalformen muß also weniger auf die Tatsache abstellen, ob es sich um eine selbständige oder eine abhängige Anstalt handelt, sondern gerade die verschiedenen Arten von Abhängigkeit geben die ersten Anhaltspunkte zu einer Gliederung des Spitalrechts.

3. Spitalformen des Mittelalters

Reicke gliedert in seinem grundlegenden Werk über den mittelalterlichen Spital die fast unüberschbare Fülle von verschiedenen Spitälern in sechs Hauptgruppen.

a) Der klösterliche Spital

Wie schon die Bezeichnung andeutet, ist dieser Spital einem Kloster eingegliedert und untersteht dessen voller Verfügungsgewalt. Die oberste Verwaltung sowie die Vertretung des Spitals gegen außen steht dem Abt zu, der einen Unterverwalter, oft in der Person eines geeigneten Klosterinsassen, ernennen kann. Ein eigenes Vermögen hat der Spital in dieser Stellung in der Regel nicht.

b) Der Stiftsspital

Ähnlich wie der klösterliche Spital einem Kloster ist der Stiftsspital einem Chorherrenstift eingeordnet. Das Kapitel 141 der

Aachener Regel verlangt als Nebenaufgabe von den Kanonikern die Ausübung anstaltlicher Wohltätigkeit, zudem den Einsatz eines Zehntels des gesamten Einkommens zur Erhaltung des Stiftsspitals. Der Spital ist Bestandteil der Stiftskirche und in die Gebäudeanlage aufgenommen wie Refektorium, Dormitorium etc. In der obersten Leitung konkurrieren der Bischof und die Kapitelsorgane.

c) Der bruderschaftliche Spital

Das Charakteristikum des selbständigen bruderschaftlichen Spitals ist die gemeinsame Hingabe einer Mehrheit von Personen, meist Laien, an Spitaldienst und klösterliches Leben, ohne eigentliche Ordenszugehörigkeit, eventuell unter Anlehnung an die Augustinerregel. An der Spitze der Spitalbruderschaft steht als Hauptorgan des Spitals der Spitalmeister mit ähnlichen Kompetenzen wie ein Klostervorsteher. Es liegt also juristisch ein Zwischending zwischen einer Korporation und einer Anstalt vor. Je nach Zeit und Ort stand bald mehr die korporative, bald mehr die anstaltliche Seite im Vordergrund.

Eine weitere Mischform entstand durch Eingliederung eines bruderschaftlichen Spitals in ein Kloster oder Stift oder, noch häufiger, durch bruderschaftliche Neuorganisation eines klösterlichen oder stiftischen Spitals. Wesentlich ist in beiden Fällen die Abhängigkeit einer Korporation von einer kirchlichen Anstalt. Immerhin erreichte die Spitalbruderschaft in der Regel eine gewisse Abtrennung des Spitals, sowohl räumlich als rechtlich, vom Kloster oder vom Stift.

Häufig findet sich auch in den bürgerlichen Spitälern eine Spitalbruderschaft, wo sie den Stab von Beamten und Angestellten ersetzen.

d) Der Spital der nichtritterlichen Spitalorden

Auch hier liegt eine Korporation vor in Verbindung mit einer Anstalt. Der Unterschied zu den bruderschaftlichen Formen liegt in der Eingliederung in einen Ordensverband und der sehr oft damit verbundenen Exemption vom regionalen Pfarrverband. Die vier Hauptorden sind der *Heilig-Geistorden*, der den allgemeinen Dienst an Armen und Kranken zur Pflicht erhebt, der *Antonierorden*, der

sich in erster Linie der Pflege der vom Antoniusfeuer⁷ befallenen widmete, die *Kreuzträger mit dem roten Stern*, vor allem in Osteuropa verbreitet, und endlich die einzige Klerikervereinigung für Spitaldienst, die Chorherren vom heiligen Grabe zu Jerusalem oder, wie sie häufiger genannt werden, *Sepulkriner*. Allen ist gemeinsam, daß die ursprüngliche Hauptaufgabe, der Spitaldienst, im Lauf der Zeit mehr und mehr zu Gunsten des ausschließlichen Kirchengdienstes vernachlässigt und schließlich ganz aufgegeben wurde.

e) *Der Spital der Ritterorden*

Die Organisation der ritterlichen Ordensspitäler zeichnet sich aus durch die gänzliche Einordnung in die straffe, zentralisierte Hierarchie des Ordens und die daraus sich ergebende Abhängigkeit des Spitals von einer Kommende, ähnlich der Unterordnung eines klösterlichen Spitals unter das betreffende Kloster. Der Komtur ist Inhaber der obersten Verfügungsgewalt über den Spital, vertritt diesen nach außen und bestellt den Hospitalaren, den Unterverwalter. Als hauptsächliche Ritterorden können hier genannt werden die *Johanniter*, der *Deutschritter-Orden* und die *Lazariter*. Die letzteren widmeten sich besonders der Pflege der Aussätzigen, die beiden anderen Ritterorden der allgemeinen Krankenpflege. Alle drei wurden ursprünglich nicht für den Ritter-, sondern für den Spitaldienst gegründet, der aber wie bei den nichtritterlichen Orden mehr und mehr in Vergessenheit geriet.

f) *Der bürgerliche Spital*

Mit dem Heranwachsen der Städte genügten die bisherigen Krankenanstalten nicht mehr, besonders, da in den kirchlichen Anstalten immer mehr der Sinn für Krankenpflege verloren ging. Die neu entstandenen Gemeinwesen mußten selbst für die Errichtung genügender Spitäler sorgen. Dies geschah einerseits durch zahlreiche private Stiftungen von seiten der Bürger, anderseits aber, besonders für größere Anstalten, durch die Stadt selbst. Um

⁷ Creutz, R., St. Antonius . . . und das Antoniusfeuer, Bonner Z. f. Theol. u. Seelsorge Bd. IV 1927 S. 257, und Kobert, R., Zur Geschichte des Mutterkorns, Histor. Studien a. d. Pharmakologischen Inst. d. kaiserl. Universität Dorpat I Halle 1889 S. 1ff.

der Stadt den nötigen Einfluß gewähren zu können, wurde eine neue Art der Spitalverwaltung gefunden, die durch eine Teilung der Verwaltungskompetenz sowohl das Interesse der Stadt, als auch das des Spitals wahren konnte: die sogenannte *Pflegschaftsverfassung*. Neben die untergeordnete Verwaltungsstelle des Spitalmeisters, die in allen bisherigen Spitalformen bestand, und die Aufsicht durch eine übergeordnete Gewalt, wie sie bei klösterlichem und stiftischem sowie auch beim Spital der Ritterorden in ausgedehntem Maße bestand, tritt als dritter Verwaltungsträger die Pflegschaft. Sie entzieht einerseits dem Amt des Spitalmeisters einen Teil seiner Kompetenzen, anderseits übt sie an Stelle der übergeordneten Gewalt einen Teil der Aufsichtsbefugnisse aus und wird im Lauf der Zeit zur entscheidenden Verwaltungsstelle im bürgerlichen Spital.

Auch Reicke⁸ nennt als wichtigstes Merkmal des bürgerlichen Spitals die Dreiteilung der Leitungsgewalt zwischen Rat, Pflegschaft und Spitalmeister. Von untergeordneter Bedeutung ist es dabei, ob die innere Organisation bürokratisch oder bruderschaftlich aufgebaut war. Vielfach wurde dann diese Form der Pflegschaft von Stadtgemeinden dazu benützt, auf ursprünglich von kirchlichen Anstalten oder Orden abhängige Spitäler einen gewissen Einfluß zu gewinnen, der meistens zu einer Umwandlung des klösterlichen, des Stifts- oder des Ordensspitals in eine bürgerliche Anstalt führte.

II. Der Spital Zürich in seiner ersten Entwicklungsphase

A. Die ursprüngliche Verfassung des Spitals Zürich

Da für den Spital weder eine Stiftungsurkunde erhalten ist, noch genügendes Urkundenmaterial genauen Aufschluß gibt über die erste Zeit nach der Gründung, sind wir auf Vermutungen angewiesen über die rechtliche Gestalt des Spitals in seinen Anfängen.

Als sicher kann angenommen werden, daß es sich in Zürich weder um ein klösterliches, noch um einen Spital eines Ritterordens

⁸ Vgl. Reicke, a.O. Bd. II S. 53ff.

gehandelt hat, da dafür die Voraussetzungen fehlen. Es bestand in Zürich keine Kommende eines Spitalritterordens, noch ein Kloster, von dem der Spital hätte abhängen können⁹.

Eher denkbar wäre eine Abhängigkeit des Spitals von der Propstei Großmünster, welche ja nicht nur die Seelsorge im Spital inne hatte, sondern auch Eigentümerin des Spitalareals war, wie aus der Zinspflicht des Spitals an die Propstei hervorgeht¹⁰. Auch die häufige Begünstigung des Spitals von Seiten der Propstei könnte eine solche Vermutung begründen¹¹. Gegen eine Abhängigkeit spricht in erster Linie der Wortlaut der Urkunden: Fratres kann sich sicher nicht auf die Chorherren beziehen, noch prior auf den Propst. Auch die räumliche Entfernung des Spitals vom Großmünster deutet auf seine selbständige Stellung. Unglaublich müßte übrigens auch die Tatsache erscheinen, daß ein Herzog von Zähringen einen von ihm gestifteten Spital dem Großmünster unterstellt habe. Vor allem aber muß hier auf eine Untersuchung von 1291 verwiesen werden, die eindeutig die Zugehörigkeit des Spitals zur Propstei verneint¹². Es wird hier ausdrücklich gesagt, daß sich die Rechte der Propstei dem Spital gegenüber beschränken auf den jährlichen Grundzins nach Erbpachtrecht und auf die Leutpriesterfunktion und die damit verbundenen Einkünfte.

Von den nichtritterlichen Spitalorden kommt nur der Heilig-Geistorden in Betracht, und der später für den Spital Zürich allgemein übliche Name Heiliggeist-Spital legt den Gedanken nahe, daß zwischen diesem Orden und dem zürcherischen Spital eine Beziehung bestanden haben könnte. Wir haben jedoch sichere Indizien dafür, daß dies nicht der Fall war. Einmal sind Papsturkunden aus den Jahren 1291 und 1295 erhalten, die für diese Jahre eine vollständige Aufzählung aller Spitäler dieses Ordens enthalten¹³. Zürich

⁹ Das in unmittelbarer Nähe gelegene Predigerkloster entstand erst nach dem Spital, ca. 1230.

¹⁰ UB Zürich Nr. 2157 Bd. VI S. 135.

¹¹ UB Zürich Nr. 1088 Bd. III S. 183, A. 1259; Nr. 1220 Bd. III S. 303, A. 1263; Nr. 1316 Bd. IV S. 30, A. 1266.

¹² UB Zürich Nr. 2152, 2153, 2155, 2156, 2157, Bd. VI S. 131ff; Nr. 2157a Bd. XII S. 137.

¹³ Reicke, a.O. Bd. I S. 168 u. 169.

wird darin nicht genannt. Aber auch zeitlich ist eine Zugehörigkeit zu diesem Orden kaum anzunehmen: Der Spital Zürich wurde im Jahre 1204 bereits vom Papst bestätigt, im gleichen Jahre jedoch wurde die Hauptniederlassung des Ordens, der Spital St. Spiritus in Sassia in Rom, erst ausgebaut.

Der Spital Zürich muß demnach entweder als selbständige bruderschaftliche oder als bürgerliche Anstalt aufgefaßt werden. Das Bestehen einer Bruderschaft ist aus den Urkunden nachweisbar, doch kann nicht mit Sicherheit entschieden werden, wann der Einfluß der Stadt auf den Spital eingesetzt hat. Am ehesten ist wohl anzunehmen, daß der Stifter, Herzog Berchtold von Zähringen, den neuen Spital nicht der Aufsicht des Rates unterstellt hat¹⁴, sondern ihn entweder als ganz unabhängige Anstalt errichtet und organisiert hat, oder, noch wahrscheinlicher, ihn der Aufsicht seiner Familie unterstellt hat. Dann wäre auch der Übergang des Aufsichtsrechtes an den Rat durch das Aussterben der Zähringer leicht zu erklären und auf das Jahr 1218 anzunehmen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß in den ersten Jahrzehnten nach der Gründung ungefähr folgende rechtliche Situation vorlag:

Der Spital Zürich war eine selbständige Anstaltsstiftung, errichtet durch die Zähringer und wahrscheinlich bis zu deren Aussterben unter ihre Aufsicht gestellt. Im Innern ist eine bruderschaftliche Verfassung anzunehmen mit einem Spitalmeister an der Spitze, der die allgemeine Leitung inne hatte. Nach dem Aussterben der Stifterfamilie ist eine bürgerliche Oberaufsicht festzustellen in Form einer Pflerschaft und mit Aufsichtsrecht des Rates.

B. Verwaltung und Organisation

Während wir über die früheste Zeit und ihre Ausgestaltung von Verwaltung und Organisation gar nichts mehr feststellen können,

¹⁴ Über die Entstehung des Rates ist man noch nicht im klaren; er mochte zur Zeit der Spitalgründung zwar schon bestanden haben, wahrscheinlich aber mit sehr geringen Kompetenzen. Als Behörde nachweisbar ist er erst seit 1220; vgl. Bauhofer, A., das Stadtgericht von Zürich, S. 20.

lassen sich um die Mitte des 13. Jahrhunderts bereits die wesentlichen Grundzüge erkennen. Die von Reicke als für die Pflegschafftsverfassung charakteristisch bezeichnete Dreiteilung der Verwaltungsmacht zwischen Rat, Pfleger und Spitalmeister ergibt sich z. B. aus der Schenkungsurkunde von 1253 bereits ganz deutlich: Alle drei Verwaltungsträger werden in der Urkunde genannt; der Rat der Stadt, die Pfleger und die Brüder, deren Oberhaupt die Funktion des Spitalmeisters hatte¹⁵. Eine genaue Verteilung der Kompetenz läßt sich jedoch aus den spärlichen Quellen dieser ersten Zeit nicht ersehen, und alle Aussagen über diesen Punkt müssen mit äußerster Vorsicht gemacht werden.

1. Der Rat

Er beurkundet in dieser ersten Zeit alle Schenkungen von Bürgern an den Spital. Wenn man dem Wortlaut der Urkunden Glauben schenken darf, so geschieht dies jedoch auf Gesuch der betreffenden Schenker zur Erhöhung der Rechtssicherheit und nicht im Sinne einer zwingenden Formvorschrift, die die Mitwirkung des Rates als des obersten Spitalorgans zur Gültigkeit des betreffenden Rechtsgeschäfts fordert. Zur Unterstützung dieser Auslegung lassen sich die Urkunden anführen, in denen nicht beliebige Privatpersonen, sondern die Propstei oder deren Angehörige den Spital begünstigen¹⁶. In allen diesen Fällen findet man weder eine Mitwirkung des Rates als Urkundsperson und Siegler, noch ist seine Zustimmung zu diesem Rechtsgeschäft sonst erwähnt. Dies ist sicher damit zu erklären, daß die Beurkundung durch die Propstei genügende Rechtssicherheit bot und daher die Beurkundung durch den Rat, welche die gleiche Bedeutung hatte, wegfallen konnte. Über sonstige Beteiligung des Rates an der Verwaltung des Spitals sind uns keinerlei Belege erhalten. Vermutlich stand schon damals die Ernennung der Pfleger, wie es allerorts üblich war, dem Rat zu, sowie vielleicht auch eine gewisse Kontrolle des Rechnungswesens. Immerhin aber scheint der Spital in dieser ersten Periode vom Rat ziemlich unabhängig gewesen zu sein.

¹⁵ UB Zürich Nr. 871 Bd. II S. 332.

¹⁶ UB Zürich Nr. 1088 u. 1220, Bd. III S. 183 u. 303; Nr. 1316 Bd. IV S. 30.

2. Die Pfleger

Die Spitalpfleger waren die *handelnden Organe* des Spitals. Bereits 1253 stimmen sie neben den „Brüdern und Armen“ einem Vertrag zu und übernehmen zusammen mit den Brüdern die Verpflichtung, verfallene Zinsen an die Propstei zu entrichten¹⁷. Sie werden aber nicht, wie dies sonst häufig geschieht, irgendwie mit der Person der Anstalt identifiziert, ja sie erscheinen nicht einmal als Organ, wo es sich lediglich um die passive Entgegennahme von Schenkungen handelt. Diese werden z. B. nicht an die Pfleger zuhanden des Spitals gerichtet, wie dies in späterer Zeit üblich wurde, sondern an die *Domus Hospitalis*, an die Brüder, an die Armen etc. Nur wo von seiten des Spitals eine aktive Handlung erforderlich ist, treten die Pfleger in Funktion.

In der einzigen Urkunde der frühesten Zeit, welche Namen und *Zahl* der Pfleger erwähnt, erscheinen vier Pfleger¹⁷. Diese Zahl ist für den damals noch nicht sehr großen Spital überraschend hoch. Auch über die *Bestellung der Pfleger* sind keine schriftlichen Belege erhalten, es kann jedoch in Analogie zu andern Spitälern und aus der späteren Entwicklung angenommen werden, daß ihre Ernennung dem Rat zustand.

Alle vier Pfleger von 1253 sind *Bürger* der Stadt, wie auch später nur Stadtbürger als Pfleger erscheinen: jedoch ist von diesen vier Bürgern nur einer im Rat nachweisbar, im Gegensatz zur späteren Zeit, wo die Pfleger zugleich auch im kleinen oder großen Rat sitzen. Die Ratszugehörigkeit scheint also ursprünglich keine Voraussetzung zur Erlangung des Pflageramtes gewesen zu sein.

Über die *Amtsdauer* finden wir eine einzige Andeutung in einer Urkunde von 1273¹⁸, die bestimmt, daß die Verpflichtung zur Erfüllung einer Auflage beim Tod eines Pflegers auf dessen Nachfolger übergehen soll. Da es sich nicht um eine persönliche Verpflichtung der Pfleger, sondern um eine Obliegenheit kraft ihres Amtes handelt, folgt aus dieser Bestimmung, daß der Pfleger auf Lebenszeit sein Amt ausübte, wenn man nicht annehmen will, der Pfleger hatte nach Ablauf der Amtsdauer noch weiterhin, was sicher

¹⁷ UB Zürich Nr. 871 Bd. II S. 332.

¹⁸ UB Zürich Nr. 1509 Bd. IV S. 22.

unbegründet wäre. Es läßt sich aber nicht feststellen, ob eine einmalige Wahl auf Lebenszeit vorliegt, oder ob es üblich war, die bisherigen Pfleger nach Ablauf einer bestimmten Amtsdauer zu bestätigen.

3. *Der Spitalmeister*

Am wenigsten wissen wir über die Stellung des Spitalmeisters der ältesten Zeit. Wir finden ihn in den Urkunden nur zweimal¹⁹, beidemale in Schreiben der päpstlichen Kanzlei. Da in beiden Fällen eine Mitwirkung der Pfleger fehlt, liegt die Vermutung nahe, dem Spitalmeister als dem Oberhaupt der Spitalbruderschaft sei vor allem der Verkehr mit den kirchlichen Instanzen, vielleicht sogar ganz allgemein die kirchliche Betreuung der Insassen zugeteilt gewesen. Im übrigen wird analog zu anderen Spitälern auch in Zürich der Spitalmeister die Leitung des eigentlichen Spitalbetriebs und die untergeordneten Verwaltungsfunktionen inne gehabt haben.

Über Bestellung, Amtsdauer und Persönlichkeit des Spitalmeisters ist uns nichts überliefert. Höchstens darf als sicher angenommen werden, daß er Laie war, da sonst eine Pastorisation des Spitals durch die Propstei sinnlos wäre.

C. Die kirchlichen Verhältnisse im Spital Zürich

Als *pia causa* nimmt der Spital Zürich die Stellung einer kirchlichen Anstalt und damit eine ganz bestimmte Stufe in der kirchlichen Hierarchie ein. Entscheidend für seine Stellung in der kirchlichen Organisation ist sein Verhältnis zu der ihm übergeordneten Pfarrkirche, dieses muß daher in erster Linie untersucht werden.

Zu Anfang des 13. Jahrhunderts finden wir in Zürich nur drei Kirchen mit Leutpriesteramt: Im Fraumünster erstreckt sich die Pastorisation nur auf die Insassen des Klosters; das von Fraumünster abhängige Leutpriesteramt zu St. Peter umfaßt die ganze Stadt links der Limmat, das Großmünster hatte die Seelsorge für den ganzen Stadtteil rechts der Limmat inne sowie diejenige für die umliegenden Gemeinden bis zur Glatt²⁰.

¹⁹ UB Zürich Nr. 359 Bd. I S. 240, A. 1204; Nr. 1735 Bd. V S. 79, A. 1279.

²⁰ Vgl. Vögelin, Altes Zürich, S. 260 S. 578.

Der Spital gehörte demnach in den Seelsorgebezirk des Großmünsters und ist rechtlich als kirchliche Anstalt Filiale, die Propstei Mutterkirche. Der Spital war anfangs vollständig abhängig vom Großmünster, nicht nur die cura animarum, auch das divinum officium wurde von der Propstei aus besorgt. Wann die Spitalkapelle erbaut wurde, ist nicht genau bekannt, 1275 wird sie erstmals erwähnt, und zwar als Kaplanei des Großmünsters²¹.

Der Spital genoß also in der ersten Zeit seiner Entwicklung keinerlei Exemption und war trotz eigener Kapelle dem ordentlichen Pfarrverband völlig eingegliedert.

D. Die Spitalinsassen

Auch über die Insassen des Spitals ist das Urkundenmaterial wenig aufschlußreich. Es läßt sich lediglich feststellen, daß im Spital einerseits die Bruderschaft zur Pflege der Kranken tätig war, anderseits pflegebedürftige Insassen vorhanden sein mußten. Aus dem Wortlaut der Urkunden kann nicht auf die Art dieser Pflegebedürftigen geschlossen werden, da Ausdrücke wie arme Leute, pauperes, miseres etc., wie sie in den Urkunden vorkommen, sowohl eigentliche Arme, als auch Kranke, Alte und sonst Hilfsbedürftige bedeuten können. Aus der Stellung des Spitals als pia causa jedoch läßt sich vermuten, daß es sich vorwiegend um mittellose Kranke und Gebrechliche gehandelt haben muß, deren Pflege ohne Entgelt als Werk christlicher Nächstenliebe übernommen wurde. Ob daneben schon damals bezahlende Pfründer aufgenommen wurden, wie dies erstmals 1323 erwähnt wird²², kann nicht festgestellt werden. Ebenso bleibt man völlig im Ungewissen über die Ordnung im Spital, die Ansprüche, Rechte und Pflichten der Insassen, die Aufgaben der Bruderschaft, die Regelung der Disziplin etc. Bei der Verschiedenheit dieser Fragen von Ort zu Ort, können auch aus den Verhältnissen in andern Spitälern keine Schlüsse gezogen werden, wie dies für die Verwaltung und Organisation möglich war.

²¹ UB Zürich Nr. 1607a Bd. XII S. 108.

²² UB Zürich Nr. 3842 Bd. X S. 226.

III. Der Spital Zürich vom 13. Jahrhundert bis zur Reformation

A. Verfassung

Während die Verfassung der ersten Zeit eine Mischform war, bestimmt einerseits durch die Pflegschaft und damit durch den Einfluß der Bürgerschaft, anderseits durch die bruderschaftliche Organisation im Innern, ist die spätere Spitalverfassung als eine rein bürgerliche Pflegschaftsverfassung zu verstehen.

Eine Verfassungsurkunde ist uns auch aus dieser Zeit nicht erhalten, doch läßt sich aus dem reichlichen Urkundenmaterial vieles rekonstruieren, während andere Fragen nicht mehr gelöst werden können. Wir müssen uns deshalb darauf beschränken, die wichtigsten Punkte einzeln zu untersuchen und aus dem Resultat auf die Grundzüge der damaligen Verfassung schließen.

B. Verwaltung und Organisation

1. Der Rat

Der Einfluß des Rates auf die Spitalverwaltung tritt in zwei Formen auf: *Direkt* beteiligt sich der Rat an der Spitalverwaltung durch Regelung der Verfassung und der Organisation sowie durch Ernennung der Spitalbeamten; ferner entscheidet er in Streitigkeiten und über die Aufnahme von Kranken und Pfründern etc. Aber auch ein *indirekter* Einfluß des Rates auf den Spitalbetrieb kann festgestellt werden: Die vom Rat eingesetzten Beamten bleiben ihm rechenschaftspflichtig und gehören in der Regel sogar selbst dem Rat an; als Träger der freiwilligen Gerichtsbarkeit wirkt zudem der Rat bei den meisten wichtigen Rechtsgeschäften des Spitals mit.

Es sollen nun im folgenden die einzelnen Kompetenzen des Rates im Rahmen der Spitalorganisation näher untersucht werden, soweit sie sich aus dem vorhandenen Urkundenmaterial rekonstruieren lassen.

a) Die Regelung der Verfassung

Trotzdem uns keine eigentliche Verfassungsurkunde erhalten ist, kann mit Sicherheit gesagt werden, daß grundsätzlich der Rat ermächtigt war, Bestimmungen über Zweck, Organisation sowie Rechte und Pflichten der Insassen und Beamten zu erlassen. Die Bestätigung dafür finden wir in einzelnen Ratsbeschlüssen:

Das Übereinkommen von Rat und Bürgern über den Spital aus dem Jahre 1323 kann, wenn auch nicht formell, so doch materiell als Verfassungsbestimmung, nämlich als Regelung des *Zwecks* der Anstalt aufgefaßt werden²³: Sie soll der unentgeltlichen Aufnahme von schwer kranken, armen Leuten bis zu ihrer Heilung und der entgeltlichen Aufnahme von pflegebedürftigen, alten Bürgern auf unbestimmte Zeit dienen.

Der Rat ist es auch, der um die Mitte des 16. Jahrhunderts den Zweck des Spitals erweitert und auch auf die Kranken der Landschaft ausdehnt. Einzelheiten über die Organisation finden sich zerstreut in verschiedenen Ratsbeschlüssen. In einer Pfründerordnung vom Jahr 1553²⁴ werden beispielsweise neben der Aufnahme von Pfründern und deren Rechten und Pflichten auch die Teilung der Verwaltungsmacht zwischen Pflegern und Meister, die Aufsichtstellung des Rates sowie gewisse Kompetenzen der drei Organe geregelt.

b) Die Ernennung der Spitalbeamten

Wie über die Spitalverfassung nichts Direktes erhalten ist, so auch über die Ernennung der Beamten. Daß der Rat dafür zuständig war, kann als erwiesen betrachtet werden: Ende 14./anfangs 15. Jahrhundert entstanden z. B. zwei Urkunden mit der ausdrücklichen Formulierung: „eines rats Zürich heißens wegen pflegerre“²⁵. Im Wappenbuch der Spitalbeamten²⁶, das allerdings erst im 17. Jahrhundert entstanden ist, aber auf ältere Quellen zurückgeht

²³ UB Zürich Nr. 3842 Bd. X S. 226.

²⁴ H I 278 StA Zürich, Anhang S. 163.

²⁵ (= auf Geheiß des Rates Pfleger) C II 18 Nr. 548 u. H I 2 S. 404 StA Zürich.

²⁶ H I 424 StA Zürich.

werden die Pfleger als „Verordnete des Rats“ bezeichnet. Über die Art und Weise der Bestellung jedoch ist uns nichts bekannt, es lassen sich nur Vermutungen aufstellen²⁷.

c) Gerichtliche Funktionen des Rats

In seiner Funktion als oberstes Gericht der Stadt hat der Rat eine weitere Möglichkeit, an der Leitung des Spitals teilzunehmen. Zahlreiche Entscheide des Rates, über Streitigkeiten des Spitals mit Dritten, sowie auch strafrechtliche Untersuchungen und Disziplinarstrafen gegen ungetreue Beamte sind uns erhalten²⁸.

Nach der Pfründerordnung von 1553 sind Streitigkeiten unter den Spitalinsassen zuerst den Pflegern und dem Meister vorzutragen, ihr Entscheid kann an den Rat weitergezogen werden²⁹. Auch kleinere Straffälle innerhalb des Spitals können durch die Pfleger und Meister geahndet werden, wogegen alle schwereren Fälle durch den Rat selbst in erster Instanz beurteilt werden³⁰. Während in der Regel der Rat als Plenum urteilte, kann in einzelnen Fällen, die eine eingehende Untersuchung verlangten, eine Behandlung durch einzelne Ratsmitglieder festgestellt werden³¹.

d) Die Aufnahme von Pfründern

Grundsätzlich waren zur Aufnahme der Pfründer die Pfleger, nicht der Rat zuständig. In den Spitalakten finden sich besonders zur Zeit der Reformation anlässlich verschiedener Sanierungsversuche wiederholt Bestimmungen, die dem Rat das Aufnehmen von Pfründern untersagen und immer wieder wird die ausschließliche Kompetenz der Spitalpflege bestätigt. Um so seltsamer sind deshalb die Fälle, in denen doch wieder der Rat über die Vergebung von Pfrundstellen entscheidet. Es sind dies häufig Fälle, bei denen aus irgend einem Grund der Pfrundschilling ganz oder zum Teil erlassen wird oder doch Zahlungserleichterungen bewilligt werden³². Da

²⁷ Siehe unter 3 dieses Abschnittes: S. 46.

²⁸ H I 2 StA Zürich.

²⁹ H I 278 StA Zürich.

³⁰ C II 18 Nr. 988, A. 1494 StA Zürich.

³¹ C II 18 Nr. 996, A. 1498 StA Zürich.

³² Vgl. C II 18 Nr. 820 u. H I 7 Bl. 168 StA Zürich; ebenso auch später, nach der Reformation: H I 263 Bl. 39 StA Zürich.

dieses Vorgehen mit dem damals geltenden Recht in Widerspruch steht, kann die Aufnahme von Pfründern durch den Rat nur als Kompetenzüberschreitung erklärt werden.

e) Die Aufnahme von Kranken

Im Gegensatz zu den Pfründern, deren Aufnahme als eine weitgehend finanzielle Frage den Pflegern überlassen bleibt, wurden die Kranken durch den Rat aufgenommen. Sie hatten sich mit den vorgeschriebenen Ausweispapieren über Krankheit, persönliche und finanzielle Verhältnisse, die in der Regel durch den Ortspfarrer auszustellen waren, vor dem versammelten Rat einzufinden. Daß dort nur eine sehr summarische Untersuchung in bezug auf Krankheit sowohl als auf die finanziellen Fragen vorgenommen werden konnte, ist selbstverständlich. Es mögen daher mancherlei Mißstände aufgetreten sein, bis um die Mitte des 16. Jahrhunderts eine eigene Aufnahmebehörde, die sogenannte große Gschau, geschaffen und die Aufnahme der Patienten samt der damit verbundenen Untersuchung in einen besonderen Raum im Spital, die sog. Gschaustube, verlegt wurde.

f) Vermögensverwaltung und Abschluß von Rechtsgeschäften

Ein großer Teil aller Spitalurkunden sind vom Rat ausgestellt. Es gilt nun, die Bedeutung dieser Ratsmitwirkung zu untersuchen. Dabei sind drei Möglichkeiten auseinander zu halten:

1. Der Rat schließt selbst in seiner Eigenschaft als Organ des Spitals das betreffende Rechtsgeschäft ab.
2. Der Vertragsabschluß erfolgt durch Pfleger oder Meister, der Rat genehmigt das Geschäft und beurkundet es.
3. Der Rat beurkundet in seiner Eigenschaft als öffentliche Urkundsperson ein bereits ohne seine Genehmigung gültig abgeschlossenes Rechtsgeschäft.

Es sollen nun die einzelnen Vertragstypen daraufhin untersucht werden, welche Bedeutung der Ratsmitwirkung zukommt. Je nachdem, ob die eine oder andere Kategorie vorherrscht, wird man zur Überzeugung gelangen, daß der Rat zum selbständigen Abschluß von Rechtsgeschäften befugt war, daß seine Zustimmung in wich-

tigen Fällen erforderlich war zur Gültigkeit eines Geschäfts, oder ob er nur als Urkundsperson einen gewissen indirekten Einfluß geltend machen konnte.

Im urkundlich belegten Rechtsverkehr des Spitals dominieren bis zum Beginn der Reformation die verschiedenen Formen von *unentgeltlichen Zuwendungen*, sei es als Schenkungen, sei es als letztwillige Verfügungen. Bereits bei diesem einen Vertragstypus finden wir die verschiedensten Formen der Beurkundung: Bei größeren Vergabungen ist es sehr oft der Rat, der die Urkunde ausstellt³³. Weisen jedoch persönliche oder sachliche Beziehungen auf Abtei oder Propstei, so finden wir die Äbtissin oder den Propst als Aussteller³⁴ und eine Mitwirkung des Rates fehlt dann meistens, ohne daß dafür seine Genehmigung erwähnt würde. Sind die Stifter aus ritterbürtigem Geschlecht, so kann die Beurkundung durch den Rat ebenfalls fehlen³⁵. Die letztwillige Verfügung einer Klosterschwester wird als einziger Fall durch den Schultheißen beurkundet³⁶. Bei Vergabungen von geringem Wert fehlt oft eine Beurkundung durch den Rat; die Pfleger oder die Schenker selbst siegeln dann die Urkunde. Besonders die Tatsache, daß die Ratsmitwirkung fehlt in Fällen von Beurkundung durch die Äbtissin oder den Propst, ergibt sich meines Erachtens deutlich, daß der Rat auch in den andern Fällen nicht als Organ des Spitals, sondern als Urkundsperson auftritt. Ein schönes Beispiel von zwei gleichartigen Fällen, in denen einmal der Rat urkundet, einmal die Äbtissin als Lehensherrin des betreffenden Grundstücks, sind die beiden Verkäufe von Grundstücken in Oerlikon und am Zürichberg durch Konrad Schwend im Jahre 1300³⁷. Beide Rechtsgeschäfte liegen nur ca. 3 Wochen auseinander, Vertragspartner ist jedesmal der Spitalpfleger Werner Biberli, so daß sicher beide Arten der Beurkundung einander gleichwertig sein müssen. Da bei der Beurkundung durch

³³ Bei den Urkunden des 13. Jahrhunderts regelmäßig, außer bei den nachstehenden Ausnahmen; Beispiele erübrigen sich.

³⁴ UB Zürich Nr. 2571 Bd. VII S. 167, A. 1300; Nr. 2693 Bd. VII S. 294, A. 1303.

³⁵ UB Zürich Nr. 3616 Bd. X S. 30, A. 1319; H I 2 Bl. 417 StA Zürich.

³⁶ C II 18 Nr. 417 StA Zürich.

³⁷ UB Zürich Nr. 2543 Bd. VII S. 141 u. 2547a Bd. XII S. 154.

die Äbtissin weder eine Mitwirkung des Rates, noch seine Zustimmung zu diesem Rechtsgeschäft erwähnt wird, ergibt sich, daß auch bei entgeltlichen Rechtsgeschäften, wie Kauf, Verkauf und Tausch eine Zustimmung oder Mitwirkung des Rates zur Gültigkeit nicht erforderlich ist, wenn die vorgeschriebene Form für das betreffende Geschäft auf andere Weise erfüllt ist. Wir finden daher fast gleich häufig Beurkundungen durch die Äbtissin, den Propst und andere Lehensherren wie solche durch den Rat: für Grundstücke außerhalb der Stadt amtet in der Regel der betreffende Vogt als Urkundsperson. Kauf und Verkauf sowie Schenkung oder Vermächtnis von Zinsen und Gülten werden selten durch den Rat bestätigt; als Geschäfte geringerer Bedeutung sind sie durch Urkunden des Empfängers oder des Ausstellers genügend gesichert. Verleihungen von Spitalgrundstücken erfolgen in der Regel durch die Pfleger, neben denen besonders in späterer Zeit auch Spitalmeister und Hausbrüder genannt werden: eine Mitwirkung des Rates scheint auch hier nicht erforderlich gewesen zu sein. Sehr deutlich dagegen zeigt sich die Funktion des Rates als Urkundsperson bei verschiedenen Verträgen über Wegrechte, bei Baumsatzverträgen etc., bei denen wieder das gleichwertige Nebeneinander von Beurkundungen durch den Rat, durch einen allfälligen Lehensherrn oder durch die Pfleger selbst feststellbar ist³⁸.

Während also eine Kompetenz des Rates zur Mitwirkung bei der Verwaltung des Spitalvermögens im allgemeinen nicht bestand, sind in den Spitalakten zwei Fälle eines sehr energischen Eintretens des Rates als Vollstreckungsbehörde zugunsten des Spitals erhalten³⁹. Im ersten Fall beschlagnahmt der Rat das Guthaben eines gewissen Schüpfers, der dem Spital eine Buße zu zahlen schuldig ist, bei seinem Schuldner Hartmann und gewährt diesem Sicherheit und Anerkennung seiner Zahlung an den Spital als Leistung an den Gläubiger. Im zweiten Fall setzt der Rat zwei Schuldnern des Spitals eine Frist, innerhalb welcher sie ihre Schuld „an uns (den Rat) und den Spital“ samt Zinsen und Kosten zu bezahlen haben.

³⁸ Durch Probst: UB Zürich Nr. 2946 Bd. VIII S. 219; durch Rat: UB Nr. 2964 Bd. VIII S. 233; durch Pfleger: UB Nr. 3169 Bd. IX S. 41.

³⁹ Zeller-Werdmüller, A. 1335 Nr. 126 S. 270 u. A. 1376 Nr. 248 S. 47.

g) *Indirekter Einfluß des Rates durch Aufsicht über die Beamten*

Wie die anderen Staatsbeamten hatten auch Spitalmeister, Schreiber und die übrigen höheren Unterbeamten im Spital bei Amtsantritt einen Eid abzulegen, der sie unter anderem verpflichtete, so im Interesse des Spitals zu handeln „wie sie es vor Gott und dem Rat verantworten können“. In welcher Form sich diese Rechenschaft dem Rat gegenüber manifestierte, läßt sich nicht genau feststellen. Denkbar ist, daß anläßlich der alljährlichen Rechnungslegung durch den Spitalmeister und der dabei im Spital stattfindenden Visitation auch ein kurzer Rapport über die wichtigsten Vorgänge im Spital während des Berichtsjahres und über das Verhalten der Spitalbeamten abgelegt wurde. Auf alle Fälle kamen alle Verfehlungen von Spitalbeamten vor den Rat und wurden durch diesen abgeurteilt.

Die wichtigste Gelegenheit zur Kontrolle über den Spital und damit zur indirekten Einflußnahme bildete unbestreitbar die alljährliche Rechnungslegung des Spitalmeisters vor dem Rat, die seit 1343 durch Einträge in die Seckelamtsabrechnungen, und seit 1496 durch die im Spitalarchiv liegenden Rechnungen und zugehörigen Abschiede urkundlich belegt ist⁴⁰. Der Rat begnügte sich dabei nicht mit einer mehr oder weniger zur Formsache gewordenen oberflächlichen Bestätigung; alle Indizien sprechen dafür, daß jeweils eine genaue Überprüfung stattfand: So war die Rechnung zuerst nicht dem Plenum des Rates, sondern einem Ausschuß, bestehend aus den Spitalpflegern und vier weiteren Verordneten, vorzulegen; auch die immer wieder auftretenden Wünsche des Rates nach einer spezifizierten Abrechnung über besonders wichtige Gebiete der Rechnung legen Zeugnis ab vom lebhaften Interesse des Rates an den ökonomischen Vorgängen im Spital und vom Bestreben, die alljährliche Rechnungslegung nicht zu einer bloßen Formsache werden zu lassen.

h) *Fälle von Vertretung des Spitals durch den Rat bei Geschäften mit dem Ausland* finden sich beim Spital Zürich nicht. Wir können im Gegenteil feststellen, daß der Spital in seinen Geschäften mit dem Papst und dessen Vertretern, den Bischöfen, Kollatoren etc. immer

⁴⁰ H I 629 u. H II 22 u. A 45, I, Seckelamt, Abrechnungsheft 1 StA Zürich.

in eigener Person auftritt und sich alle diese Personen direkt an ihn wenden⁴¹. Auch die einzige königliche Urkunde im Spitalarchiv, der Freibrief König Wenzels von 1384, spricht nicht von einer Vertretung des Spitals durch den Rat⁴².

Zusammenfassend kann also gesagt werden, daß sich der Spital Zürich weitgehender Unabhängigkeit vom Rat erfreute: von den damals gewöhnlich dem Rat vorbehaltenen Geschäften übte dieser nur die wichtigsten tatsächlich aus: Regelung der Verfassung, Ernennung der Beamten, Aufnahme der Kranken, ausnahmsweise auch Aufnahme von Pfründern. Auch bei den Vermögensgeschäften ist eine weitgehende Unabhängigkeit vom Rat festzustellen: selten wirkt der Rat direkt mit, eine Bewilligungspflicht ist nicht anzunehmen, es scheint nicht einmal eine obligatorische Beurkundung durch den Rat zu bestehen. Die Ratsaufsicht und indirekte Mitwirkung des Rats an der Spitalverwaltung besteht vor allem in der alljährlichen Rechnungsprüfung und in der Ausübung der gerichtlichen Funktionen.

Im Gegensatz zu den Verhältnissen in den meisten deutschen Städten hat der Rat am Spital Zürich eine so geringe Mitwirkungsbefugnis, daß man sich fragen kann, ob er überhaupt noch als Verwaltungsträger, als Organ aufzufassen oder ob er ausschließlich übergeordnete Aufsichtsbehörde sei. Es gibt darauf nur eine richtige Antwort: Der Rat der Stadt Zürich ist gleichzeitig Organ und Aufsichtsbehörde des Spitals. In seiner Funktion als Organ nimmt er beispielsweise die Aufnahme der Kranken vor, und auch die häufigen Aufnahmen von Pfründern sind eher eine Überschreitung der Organkompetenz, als ein zu weitgehendes Eingreifen der Aufsichtsbehörde. Demgegenüber hat der Rat unzweifelhaft Kontrollfunktion bei der Rechnungsprüfung, der Beaufsichtigung der Beamten etc. Auch hier finden wir also die für das mittelalterliche Rechtsdenken charakteristische Lösung des et-et, die Kombination von zwei Rechtsformen, die, nach modernem Recht unvereinbar, den Anforderungen der damaligen Zeit genügte und der herrschenden Auffassung voll entsprach.

⁴¹ UB Zürich Nr. 2152/53, 2155—57 Bd. VI S. 131ff, A. 1291; C II 18 Nr. 466, 468—72, 474, 475, 477—481a, A. 1378/79 StA Zürich.

⁴² C II 18 511a u. b, StA Zürich, vgl. S. 4.

2. Die Pfleger

a) Rechtsnatur des Pflegeramtes

Weit deutlicher als beim Rat tritt bei der Spitalpflege die Organfunktion in Erscheinung. Gerade weil jener in erster Linie Aufsichtsstelle ist, liegt der größte Teil der Verwaltungskompetenzen bei den Pflegern, um so mehr, als der dritte Verwaltungsträger, der Spitalmeister, eine ziemlich untergeordnete Stellung einnimmt.

Bei der Spitalpflege liegt vor allem die eigentliche Willensbildung und die Vertretung nach außen; mochte anfänglich der Spitalbruderschaft ein recht bedeutendes Mitspracherecht zustehen, so läßt sich später während längerer Zeit keine Beteiligung der Spitalinsassen an der Spitalverwaltung nachweisen. Erst seit Beginn des 15. Jahrhunderts lassen sich wieder Formulierungen wie: „Die Pfleger, Hausbrüder und Spitalmeister gemeinsam“ feststellen⁴³.

Neben dieser Stellung als Spitalorgan sind die Pfleger aber auch Beamte, da der Spital trotz seiner rein privatrechtlichen Herkunft einen Teil der öffentlichen Verwaltung darstellt. Während in den Geschäften des Spitals mit Dritten, zum Teil sogar im rechtsgeschäftlichen Verkehr zwischen Spital und Rat, in erster Linie die Funktion der Spitalpfleger als Organ erkennbar wird, zeigt sich in den Beziehungen der Spitalpflege zum Rat ebenso deutlich das Beamtenverhältnis. Es betrifft alle Fälle, in denen der Rat als Aufsichtsbehörde auftritt: Bei der Rechnungslegung, aber auch bei der Ernennung und der Vereidigung der Spitalpflege.

b) Bezeichnungen

In den lateinischen Urkunden werden die Pfleger in der Regel als „procuratores“⁴⁴ oder, fast ebenso häufig, als „gubernatores“⁴⁵ bezeichnet, so vor allem in den Urkunden aus der Kanzlei des Klosters Kappel. Vereinzelt finden sich auch Ausdrücke wie „administratores“⁴⁶, „yconomici“ und „magistri“⁴⁷. In den deut-

⁴³ C II 18 Nr. 664, 682, A. 1419, 1422 StA Zürich.

⁴⁴ UB Zürich Nr. 871 II S. 332, A. 1253.

⁴⁵ C II 18 Nr. 466—481, A. 1378/79 StA Zürich.

⁴⁶ UB Zürich Nr. 871 Bd. II S. 332, A. 1253.

⁴⁷ UB Zürich Nr. 3095 Bd. VIII S. 347, A. 1311.

sehen Urkunden treten neben die allgemein gebräuchliche Bezeichnung „Pfleger“ ganz selten Ausdrücke wie „Schaffner“⁴⁹ und „Fürweser“⁵⁰. Während in Deutschland für die Pfleger auch die Bezeichnung „Spitaler“ gebraucht wurde, ist damit im Zürcher Sprachgebrauch die Gesamtheit der Spitalinsassen gemeint⁵¹.

c) Zahl der Pfleger

Reicke⁵² nennt Zürich als Beispiel für Spitäler mit vier Pflegern und bezieht sich dabei auf die Urkunde von 1253⁵³. Tatsächlich ist aber die Zahl der Pfleger im Spital Zürich sehr schwankend: sie variiert ohne feststellbare Ursache von eins bis vier. Bei genauer Untersuchung aller in Frage kommender Urkunden lassen sich immerhin einzelne Zeitabschnitte abgrenzen, innerhalb derer die Pflegerzahl konstant bleibt.

Am häufigsten lassen sich zwei Pfleger nachweisen. Bis zur Brunsschen Revolution 1336 schwankt die Pflegerzahl von eins bis drei, in der ganzen folgenden Periode bis 1470 werden immer zwei Pfleger genannt. Zwei Ausnahmen, in denen nur ein Pfleger auftritt, lassen sich durch Verhinderung des andern Pflegers erklären.

In den folgenden 30 Jahren bis ca. 1500 tritt die Pflege wieder mit einer wechselnden Zahl von Mitgliedern auf, etwa gleich oft zwei, drei und vier Pfleger. Eine gesetzliche Grundlage für diese Schwan-

⁴⁹ C II 18 Nr. 498, A. 1381 StA Zürich.

⁵⁰ C II 18 Nr. 514, A. 1385 StA Zürich.

⁵¹ Zeller-Werdmüller, Bd. I S. 4 Nr. 4, H I 2 BL 305 StA Zürich, A. 1314; fraglich ist diese Auslegung dagegen in UB Zürich Bd. VI Nr. 2336, A. 1295: Die beiden „Spitaler“ handeln wie Pfleger als Vertreter des Spitals, es finden sich jedoch in den Urkunden keinerlei Anhaltspunkte dafür, daß die beiden, Lütold Gnrser und Heinrich Bilgeri, Pfleger gewesen seien. Am wahrscheinlichsten scheint die Vermutung, die beiden seien Pfründer und aus irgend einer Ursache mit der Erledigung dieser Sache betraut worden. Das schweiz. Idiotikon (Bd. X S. 614ff) kennt allerdings beide Bedeutungen, „Spitaler“ im Sinne der *Spitalinsassen* und der *Spitalvorsteher*, Pfleger oder Meister; ferner auch in der Bedeutung: Grundhörige des Spitals und ganz allgemein „Spitaler“ = einfältiger, blöder Mensch. Der Wortlaut der genannten Urkunden weist jedoch klar auf die Bedeutung Spitalinsassen hin.

⁵² Reicke, S., Bd. II S. 76.

⁵³ UB Zürich Nr. 871 Bd. II S. 332.

kungen ist nicht bekannt, auch dauert es nicht lange, bis wieder die frühere Doppelpflegschaft hergestellt ist, die sich jedoch nur bis zur Reformation halten kann.

Vier Pfleger, wie dies Reicke als die Regel annimmt, finden sich äußerst selten, einmal in der bereits genannten Urkunde von 1253, dann nie mehr bis 1493, 1494, 1496.

Während der Reformation scheint die Pflegerzahl durch eine Ratserkenntnis oder Spitalordnung auf drei erhöht worden zu sein, wozu meist noch der Spitalmeister als vierter Vertreter zugezogen wird. Dies ist wohl der Zustand, den Wehrli ins Auge faßt, wenn er die Spitalpflege definiert als „Ratskommission von vier Mitgliedern des kleinen und des großen Rats“⁵⁴.

d) Wahlfähigkeit

Von den vier ersten bekannten Spitalpflegern ist einer im Rat des gleichen Tages aufgezählt, die andern stammen aus Bürgergeschlechtern. Es scheint also ursprünglich nur die Bürgereigenschaft, nicht aber die Ratszugehörigkeit Voraussetzung zur Erlangung des Pflegeramtes gewesen zu sein. Dieser Zustand wurde jedoch bald geändert, unsicher bleibt, ob durch ausdrückliche Rechtsnorm oder durch Gewohnheitsrecht; in der ganzen folgenden Zeit finden wir nur Ratsmitglieder als Spitalpfleger. Bis zur Reformation gehörten die meisten Pfleger dem kleinen Rat, wenige dem großen Rat an⁵⁵. Es darf also die Regel aufgestellt werden, daß seit der 2. Hälfte des 13. Jahrhunderts die Ratszugehörigkeit für die Wahlfähigkeit als Pfleger Voraussetzung war. Eine Bestätigung dieser Vermutung liefert das Wappenbuch⁵⁶ und das Stammbuch⁵⁷ der Spitalbeamten, da diese beiden Bücher die Spitalpfleger geradezu nach ihrer Zugehörigkeit zum kleinen oder zum großen Rat einteilen. Trotzdem diese Bücher erst viel später zusammengestellt wurden, dürfen sie als sichere Quelle angesehen werden, da ein Vergleich

⁵⁴ Wehrli, G. A., a. O. S. 20.

⁵⁵ Im großen Rat: Hans Hertli 1489, Bilgeri Wyss 1501, Heinrich Leemann 1503 und Johann Usteri 1509.

⁵⁶ H I 424 StA Zürich.

⁵⁷ H I 407 StA Zürich.

der beiden Bände mit den Daten und Tatsachen der Originalurkunden ihre Wirklichkeitstreue weitgehend bestätigt.

Seit der Brunschen Revolution finden sich, der Zusammensetzung des Rates entsprechend, auch zahlreiche Zunftmeister unter den Spitalpflegern. Es handelt sich jedoch nicht um die in zahlreichen deutschen Städten vorkommende Abhängigkeit des Spitals von einer Zunft oder Innung⁵⁸. Zwar treten in beiden Fällen Zunftmeister als Spitalpfleger auf, bei den deutschen Städten sind sie jedoch Pfleger kraft ihrer Eigenschaft als Zunftmeister der dem Spital übergeordneten Zunft, in Zürich dagegen werden die Zunftmeister in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Rats zur Pflegerschaft berufen.

Ziemlich häufig finden sich auch Bürgermeister unter den Spitalpflegern:

	Pfleger	Bürgermeister
Johannes Maness	1367	1393
Pantaleon ab Inkenberg	1395—1426	1411, 1422
Felix Maness	1423—1432	1430—1434
Rudolf Stüssi	1439—1441	1430—1441, 1443
Konrad Schwend	1493—1496	1489—1499
Heinrich Göldli	1493—1496	1476—1485
Rudolf Escher	1508—1513	1499

Aus der Gegenüberstellung der Daten ergibt sich jedoch deutlich, daß die Verbindung dieser zwei Ämter eine rein zufällige sein muß: Ein Ratsmitglied wird einerseits in die Spitalpflege berufen, anderseits zum Bürgermeister gewählt, ohne daß eines dieser Ämter notwendige Folge des andern wäre, wie dies Reicke⁵⁹ für verschiedene deutsche Städte nachgewiesen hat.

Aus ihrer Ratszugehörigkeit ergibt sich eo ipso, daß die Pfleger des Spitals *Laien* sein müssen.

e) Bestellung der Spitalpflege

Wie bereits oben ausgeführt wurde, stand die Ernennung der Pfleger ohne irgendwelche Einschränkung dem Rat zu. Obwohl uns eine Spitalverfassung nicht erhalten ist, darf mit Sicherheit ange-

⁵⁸ Beispielsweise der Spital St. Georg in Magdeburg von den Seidenkrämern; Reicke, S., Bd. II S. 80, 81.

⁵⁹ Reicke, S., a.O. Bd. II S. 78.

nommen werden, daß der *kleine Rat* die Pfleger wenn möglich aus seinem Kreise, sonst aus dem großen Rat ernannte⁶⁰. Eine andere Form wäre auch sachlich undenkbar: Eine Mitwirkung der Stifterfamilie kam nach dem Aussterben der Zähringer 1218 nicht mehr in Frage; eine Selbstergänzung der Pflege ist nach dem vorliegenden Urkundenmaterial ebenfalls nicht anzunehmen. Für die spätere Zeit sind ferner in den Ratsmanualen verschiedene Belege für die Ernennung der Pfleger durch den kleinen oder durch den kleinen und großen Rat erhalten.

f) *Amtsantritt*

Wie andere Beamte jener Zeit hatten auch die Spitalpfleger bei Antritt ihres Amtes einen Eid abzulegen. Wir haben zwar weder den Wortlaut dieses Eides, noch eine direkte Vorschrift über dessen Ablegung unter den Urkunden, doch wird gelegentlich, besonders wo es sich um Erfüllung von Auflagen bei Schenkungen handelt, auf diesen Eid Bezug genommen und der Pfleger „bei seinem Eid“ zu dieser oder jener Handlung verpflichtet⁶¹.

g) *Amtsdauer*

Bei wenigen Fragen vermißt man die Kenntnis einer ausführlichen Spitalverfassung so sehr wie bei der Untersuchung der Amtsdauer der Pfleger. Die sich aus den Urkunden ergebenden Zahlen schwanken zwischen einem und 32 Jahren! Es ist fraglich, ob die Pfleger, der Amtsdauer des Rates entsprechend, jeweilen nur ein halbes Jahr im Amt waren, ob sie für längere Zeit, ein Jahr oder noch mehr gewählt und dann wieder bestätigt wurden, oder ob das Pflegamt auf unbestimmte Zeit übernommen wurde. Mit Sicherheit kann nur gesagt werden, daß es nicht lebenslänglich zu sein brauchte; so kann ein ehemaliger Spitalpfleger noch jahrelang nach seinem Rücktritt aus der Spitalpflege im Rat figurieren. Ob es sich in diesen Fällen um einen Rücktritt aus wichtigen Gründen oder um einfachen Ablauf der Amtsdauer handelt, kann heute nicht

⁶⁰ C II 18 Nr. 548 u. H I 2 Bl. 404 StA Zürich.

⁶¹ C II 18 Nr. 75 StA Zürich.

mehr festgestellt werden. Jedenfalls dürfte kaum eine Entlassung vorliegen, da der ehemalige Pfleger nach wie vor im Rat bleiben kann.

h) Ehrenamt

Reicke⁶² hat festgestellt, daß das Pflegeramt in der Regel ein Ehrenamt war und nicht honoriert wurde. Daß dies auch für den Spital Zürich zutrifft, bestätigen nicht nur die Spitalrechnungen, in denen jegliches Honorar an die Pflege fehlt, es liegt sogar eine sehr aufschlußreiche Ratserkenntnis aus dem Jahr 1550⁶³ vor, die ausdrücklich bestätigt, daß die Pfleger bisher keinerlei Entschädigung für ihre Mühe und Arbeit erhielten. Leider scheint der Idealismus der Zürcher Bürger zu wenig groß gewesen zu sein, da sich der Spitalmeister beklagt, daß die Pfleger nur zögernd und ungern ihre Zeit dem Spital widmen, da dann ihre tägliche Ratsentschädigung verloren gehe! Es wird daher beschlossen, daß jedesmal, wenn die Pfleger auf Verlangen des Spitalmeisters einen ganzen Morgen im Spital zu tun haben und damit eine Ratssitzung versäumen, sie dort ein Mittagessen und zwei Batzen Sitzungsgeld erhalten sollen.

i) Stellung der Pfleger untereinander

Nach dem vorhandenen Urkundenmaterial darf geschlossen werden, daß die Pfleger einander gleichgestellt waren. Es fehlen alle Anzeichen für eine Vormachtstellung eines Pflegers vor den andern. Die Aufzählung der Pfleger in den Urkunden folgt der allgemein üblichen Reihenfolge entsprechend dem Stand oder der Amtswürde. Befindet sich ein Bürgermeister unter den Pflegern, steht sein Name stets an erster Stelle, ihm folgen die Ritterbürtigen, dann die andern Mitglieder des kleinen Rats, zuletzt allfällige Mitglieder des großen Rats⁶⁴. Fehlen solche Unterschiede, so wird in der Regel zuerst der Amtsältere genannt; daß es sich dabei aber nicht um

⁶² Reicke, S., a.O. Bd. II S. 87.

⁶³ H I 257 Bl. 14 StA Zürich.

⁶⁴ Z.B. C II 18 Nr. 987, A. 1494 StA Zürich. Die Pfleger des Spitals, Bürgermeister Konrad Schwend, Ritter; Heinrich Göldli, Ritter; Felix Keller der alte, beide des Rats und Hans Härtli, sowie die Hausbrüder gemeinsam.

einen Rangunterschied innerhalb der Pflegerschaft handelt, ergibt sich aus der gelegentlichen Umkehrung dieser Reihenfolge⁶⁵.

Auch eine Verteilung der Kompetenzen innerhalb der Spitalpflege scheint nicht stattgefunden zu haben, wenigstens läßt das Quellenmaterial nirgends den Schluß zu, daß eine bestimmte Art von Geschäften diesem oder jenem Pfleger speziell zugeordnet sei. Eine Arbeitsteilung innerhalb der Pflege kann trotzdem stattgefunden haben, ohne jedoch die rechtliche Stellung der Pfleger und die Ausgestaltung der Spitalordnung zu beeinflussen. Am deutlichsten kommt diese Tatsache in der Gestaltung der Vertretung zum Ausdruck: fast ausnahmslos treten für den Spital sämtliche zu jener Zeit im Amt befindlichen Pfleger auf. Es liegt also eine typische Kollektivvertretung vor, und zwar auch bei minder wichtigen Geschäften, die der Sache nach recht gut von einem Pfleger allein erledigt werden könnten. Fälle von Einzelvertretungen sind ziemlich selten und treten dann oft gruppenweise auf, so daß der Schluß nahe liegt, es handle sich nicht um eine grundsätzliche Einzelvertretung, sondern um eine vorübergehende Abwesenheit des zweiten Pflegers⁶⁶.

k) Kompetenzen der Spitalpflege

1. *Vertretung.* Wie bereits gezeigt wurde, sind die Pfleger Träger der wichtigsten Verwaltungsfunktionen. Sie besorgen fast den ganzen rechtsgeschäftlichen Verkehr, sie vertreten namentlich den Spital beim Abschluß der mannigfaltigsten Verträge mit Dritten, vor Schiedsgerichten, vor dem Rat und den kirchlichen Instanzen. Die Formulierung dieser Vertretung lautet dabei meistens: „X und Y, beide Pfleger des Spitals, kaufen, verkaufen, verleihen, empfangen etc. für den Spital . . . “. Bei Verleihungen von Grundeigentum an den Spital wird immer diese Form gewählt; das in Frage stehende Grundstück wird vom zuständigen Lehensherrn den Pflegern zu-

⁶⁵ Vgl. z.B. 1340—1344 Rudolf Glarner und Berchtold Erishaupt; von 26 Fällen werden sie 23mal in dieser Reihenfolge genannt, da Rudolf Glarner der Ämtältere ist, 3mal in umgekehrter Reihenfolge.

⁶⁶ 1293—1302 tritt Werner Biberli als alleiniger Pfleger auf, 1334/35 Johannes Füschi.

handen des Spitals, der domus hospitalis oder der Armen im Spital verliehen.

Gelegentlich stößt man im Urkundenmaterial auf Abweichungen von dieser gebräuchlichsten Form der Vertretung, die zum Teil charakteristisch sind für eine bestimmte Zeit, zum Teil beschränkt auf gewisse Arten von Rechtsgeschäften.

Schon im 13. Jahrhundert und immer wieder bis in die Zeit nach der Reformation kommen Rechtsgeschäfte vor, bei denen jede Angabe einer Vertretung fehlt. Diese Form finden wir nur bei einseitig belastenden Rechtsgeschäften und bei der Entgegennahme von Schenkungen und letztwilligen Verfügungen ohne Auflagen. Als Empfänger tritt der Spital selbst oder die Gesamtheit der Insassen auf. Er wird dabei als „hospitale“, „domus hospitalis“, „hospitale intra muros“ und seit 1293 auch als „Spital des Heiligen Geistes“ bezeichnet. Die Spitalpfleger werden in Urkunden, die von privaten Spendern oder von Propstei oder Abtei ausgestellt wurden, gelegentlich (aber nicht immer) unter den Zeugen genannt, in den Ratsurkunden tritt in der Regel mindestens einer der Pfleger in der Ratsliste auf. Die übrigen Fälle, und es sind deren nicht wenige, zeigen deutlich, wie stark bereits in früher Zeit die Vorstellung von der eigenen Rechtspersönlichkeit des Spitals war.

Sobald bei einer Schenkung Auflagen zu erfüllen sind, läßt sich eine Vertretung des Spitals durch seine Organe nicht mehr vermeiden. Gewöhnlich nehmen die Pfleger die Schenkung zuhanden des Spitals in Empfang und verpflichten sich zur Erfüllung der Auflagen. Als Variante davon wird ziemlich häufig die Schenkung an den Spital gerichtet und den Pflegern nur die Erfüllung der Auflage überbunden. Auch diese Form läßt sich im Quellenmaterial bis ins 13. Jahrhundert zurückverfolgen.

Bis gegen Ende des 14. Jahrhunderts treten die Pfleger immer als alleinige Vertreter des Spitals auf, auch bei wichtigen Rechtsgeschäften. Um diese Zeit machte sich das Bedürfnis geltend, bei Veräußerungsgeschäften, vor allem bei Verkauf und Verleihung von Spitalgut, die Verfügungsgewalt der Spitalpflege zu beschränken. Eine analoge Entwicklung läßt sich übrigens auch in anderen Spitälern feststellen, wo für diese Art von Rechtsgeschäften die Mitwirkung eines zweiten Spitalorgans, in der Regel des Rats, verlangt

wurde⁶⁷. In Zürich ist es nicht der Rat, sondern die Gesamtheit der Hausbrüder, die zu den wichtigsten Veräußerungen die Zustimmung geben muß, ein schönes Beispiel dafür, wie bewußt und wie weitgehend zu jener Zeit die Unabhängigkeit des Spitals vom Rat gewahrt wurde. Im Lauf des 15. Jahrhunderts bürgerte sich die Mitwirkung der Hausbrüder beim Abschluß von Rechtsgeschäften mehr und mehr auch bei weniger wichtigen Geschäften ein. Ob allerdings die Formulierung: „die Pfleger und Hausbrüder des Spitals gemeinsam kaufen, verkaufen etc.“ der tatsächlichen Verteilung der Verwaltungsbefugnis im Spital entsprach, ist fraglich. Bei einer Betrachtung der Spitalordnung kommt man eher zur Überzeugung, daß es sich hier lediglich um eine formale Zustimmung handelt.

Die Mitwirkung des Spitalmeisters, als des dritten Spitalorgans, im rechtsgeschäftlichen Verkehr, und seine Vertretungsbefugnis werden im Zusammenhang mit seinen übrigen Funktionen in einem besonderen Abschnitt zur Darstellung kommen.

2. *Siegelführung.* Mit der Frage der Vertretung ist das Recht zur Siegelführung eng verbunden. Die für den Spital handelnden Pfleger haben auch das Recht, die von ihnen abgeschlossenen Rechtsgeschäfte zu unterzeichnen, in unserm Fall zu siegeln. Es bestehen dabei drei Möglichkeiten:

1. Besiegelung mit den Privatsiegeln der Pfleger,
2. Besiegelung mit dem Spitalsiegel,
3. Besiegelung mit dem Spitalsiegel und den Privatsiegeln der Pfleger.

In Zürich kommen alle drei Formen vor, die erste nur sehr selten, rechtlich aber gleichwertig wie die beiden andern⁶⁸.

Die älteste Form der Besiegelung ist diejenige mit dem Spitalsiegel allein. Im Jahr 1293 bestätigt der Spitalpfleger Werner Biberli eine Schenkung des Ritters Pfung und die darauf lastende Verpflichtung des Spitals zu entsprechenden Jahrzeitfeiern. Er siegelt

⁶⁷ Reicke, S., a.O. Bd. II S. 65.

⁶⁸ C II 18 Nr. 610 StA Zürich, A. 1410.

im Namen „des Spitals und der Armen“ mit dem Spitalsiegel⁶⁹. Leider ist dasselbe stark beschädigt, doch läßt sich immer noch die ungefähre Gestalt erkennen. Es handelt sich um ein rundes abhängendes Siegel aus gelbem Wachs, mit einem Durchmesser von 3,3 cm. Das Bild besteht aus einer auf einem Kreuz liegenden Schwurhand, mit der Umschrift: ... TALIS. I. ...⁷⁰.

Dieses Spitalsiegel hat sich in fast unveränderter Form erhalten, bald etwas größer, bald etwas kleiner, mit gelegentlicher Modifizierung der Umschrift, so zum Beispiel im Jahre 1312: S^t.OSPI-TALIS^t. DE^t. TUREGO^t.⁷¹.

Mit dem Aufkommen der Privatsiegel bei den bürgerlichen Geschlechtern treten dann neben dem Spitalsiegel sehr häufig, ja sogar in der Regel, die Siegel der Pfleger auf, erstmals im Jahre 1341⁷².

3. *Vermögensverwaltung.* Wohl die wichtigste Aufgabe der Spitalpflege ist die Verwaltung des Spitalvermögens. Während die kleineren, laufenden Geschäfte Sache des Spitalmeisters sind, besorgen die Pfleger alle größeren, außerordentlichen. Eine genaue Abgrenzung der Kompetenzen ist nicht möglich, sie scheinen nicht scharf getrennt gewesen zu sein. Besonders am Beispiel der Verwertung von Verfallspfändern und der Einziehung von verfallenen Zinsen ist dies deutlich erkennbar: Bald ist in den Urkunden ausdrücklich der Spitalmeister als dafür berechtigt erklärt, bald ist eine Zuständigkeit der Pfleger vorgesehen⁷³. Ähnlich ist es auch bei anderen Rechtsgeschäften, die in der Regel durch die Pfleger, gelegentlich aber auch durch den Spitalmeister abgeschlossen werden.

Ein interessantes Beispiel für die weitreichende Kompetenz der Spitalpfleger bildet eine Urkunde von 1323⁷⁴. Der Rat von Zürich bestätigt darin, von den Spitalpflegern namens des Spitals ein Darlehen von 25 Mark empfangen zu haben und verpflichtet sich zur

⁶⁹ UB Zürich Nr. 2238 Bd. VI S. 200.

⁷⁰ „HOSPITALIS SIGILLUM“.

⁷¹ UB Zürich Nr. 3169 Bd. IX S. 41.

⁷² C II 18 Nr. 251 StA Zürich.

⁷³ Spitalmeister: 1502, 1513, 1518, 1519, 1522; Pfleger: 1510, 1513, 1516, H I 6/135, 7/103, 7/83, 7/383; H I 7/6, 7/290, 7/178 StA Zürich.

⁷⁴ UB Zürich Nr. 3846 Bd. X S. 229.

Rückzahlung auf einen bestimmten Termin. Sollte die Zahlung nicht erfolgen, so sollen die Pfleger ermächtigt sein, das Geld bei Juden oder andern Geldverleihern aufzunehmen und den vollen Betrag, Kapital samt Unkosten und Zinsen, vom Rat zu fordern.

Im allgemeinen scheinen die Kompetenzen im Spital Zürich im Vergleich zu andern Orten mehr auf die unteren Instanzen verlagert zu sein: Was vielerorts dem Rat vorbehalten ist, fällt in Zürich unter die Aufgaben der Spitalpflege. Kompetenzen der Spitalpflegen stehen hier dem Spitalmeister zu, so vor allem die Bewirtschaftung der Spitalgüter und die Einbringung, Lagerung und Verwendung ihrer Erzeugnisse. Eine Hauptaufgabe der Spitalpflege im Rahmen der Vermögensverwaltung ist deshalb die Aufsicht und Kontrolle über den ganzen Spitalbetrieb und die Unterbeamten, insbesondere den Spitalmeister. Die jährliche Spitalrechnung ist vom Spitalmeister zuerst den Pflegern zu unterbreiten, denen noch einige weitere Ratsherren zugeordnet werden, und erst nach genauer Prüfung wird sie an den versammelten kleinen und großen Rat mit Antrag zur Genehmigung und allfälliger Kritik weitergeleitet.

4. *Ernennung des Spitalpersonals.* Der Spitalpflege kam vielerorts eine sehr große Bedeutung zu, da sie ermächtigt war, fast sämtliche Beamten innerhalb des Spitals zu ernennen⁷⁵. Dieser Einfluß ist in Zürich wesentlich geringer: wie wir bereits gesehen haben, wurde der Spitalmeister durch den Rat selbst ernannt, die Wahl der Unterbeamten, vor allem des Schreibers, Keller-, Korn- und Bau-meisters, war gemeinsame Sache der Spitalpflege und des Spitalmeisters, und die unteren Amtleute, die Abwarte, Köchinnen etc. wurden sogar ausschließlich durch den Spitalmeister in den Dienst genommen⁷⁶.

5. *Aufnahme von Pfründern und Aufsicht über alle Spitalinsassen.* Wie bereits bei der Untersuchung der Ratskompetenzen festgestellt wurde, finden sich Aufnahmen von Pfründern sowohl durch den Rat als durch die Pfleger. Es kann jedoch kein Zweifel bestehen, daß grundsätzlich die Pfleger allein dazu berechtigt waren. In allen

⁷⁵ Reicke, S., a.O. Bd. II S. 93.

⁷⁶ H II 1 u. 2 StA Zürich, Amts- und Spitalordnungen.

„Neuordnungen“ und „Verbesserungen“ tritt immer wieder die Forderung auf, daß Pfründer nur noch durch die Pflege aufgenommen werden sollten, da diese allein die genügende Übersicht über den Zustand des Spitals, aber auch über die Vermögensverhältnisse der Aufzunehmenden haben könne. Eine Aufnahme durch den Rat scheint in erster Linie dann vorgekommen zu sein, wenn aus irgend einem Grund der Pfrundschilling nicht entrichtet werden konnte oder wenigstens eine Ermäßigung gewährt werden mußte⁷⁷. Daß die Aufnahme von Pfründern immer wieder zu Kompetenzüberschreitungen durch den Rat geführt hat, ergibt sich ebenfalls deutlich aus den genannten Reformbestrebungen. Trotzdem scheint nie eine ernsthafte Diskussion entstanden zu sein darüber, daß grundsätzlich die Pflege und nicht der Rat zuständig sei.

Jeder neu aufgenommene Pfründer hatte nach Verlesung der Spitalordnung in Anwesenheit der Pfleger und des Meisters einen Eid abzulegen und zu geloben, die Spitalordnung zu beachten und den Pflegern und Meistern gehorsam zu sein. In der Spitalordnung ist diese Gehorsamspflicht zudem ausdrücklich bestätigt⁷⁸. Zu dieser Aufsichtsstellung der Pfleger im Spital ist auch ihre Kompetenz zur Verhängung von Strafen gegen unbotmäßige Spitalinsassen unumgänglich nötig, die die Pfleger in die Lage bringt, ihren Geboten und Verboten die gebührende Nachachtung zu verschaffen. Nach einer Ratserkenntnis von 1494⁷⁹ wird dem Rat die Aburteilung von schweren Straffällen im Spital vorbehalten, und den Pflegern und Meistern die Behandlung aller kleinen straf- und zivilrechtlichen Fälle überlassen. Wichtigere Zivilstreitsachen werden gleichfalls durch die Pfleger entschieden, können aber an den Rat weitergezogen werden. Neben Buße und Haft, zu welchen später auch noch Körperstrafen treten, stehen den Pflegern vor allen Dingen Strafen zur Verfügung, die den Genuß der Pfründen betreffen: Entzug des Weins oder Beschränkung der Pfründe auf Mus und Brot, Wasser und Brot etc. scheinen häufige Maßnahmen gewesen zu sein⁸⁰. Während die unmittelbare Aufsicht über den Lebenswandel der Spital-

⁷⁷ C II 18 Nr. 820 u. H I 7 Bl. 168 StA Zürich.

⁷⁸ H I 278 StA Zürich.

⁷⁹ C II 18 Nr. 998, A. 1499 StA Zürich.

⁸⁰ H I 216—237 StA Zürich.

insassen der Natur der Sache entsprechend in erster Linie dem Spitalmeister übertragen war, so hatten in der Regel die Pfleger alle Entscheidungen grundsätzlicher Natur zu treffen: ihnen stand das Recht zu, den Pfründern die Heirat zu bewilligen oder zu verweigern, sie konnten Einzelhaft, ja sogar Kettenstrafen verhängen, wenn ihnen dies nötig schien. Interessanterweise findet man nirgends Anhaltspunkte dafür, daß die Pfleger auch befugt waren, für die Befolgung der geistlichen Pflichten durch die Spitalinsassen zu sorgen. Es mag dies mit der grundsätzlichen Trennung von Spital und Spitalkapelle, der weltlichen Anstalt und der dazu gehörigen Kirche, zusammenhängen, die sich erst mit der Reformation grundlegend änderte.

6. *Austeilungen von Armenspenden.* Bei zahlreichen Vergabungen und Schenkungen werden dem Spital Leistungen zugunsten seiner armen Insassen auferlegt, wie vor allem Geld-, Brot- und Weinausteilungen, bestimmte Gerichte an vorgeschriebenen Tagen etc. Die Ausrichtung dieser Spenden wird sehr verschieden geregelt, am häufigsten wurden die Pfleger ermächtigt, die Spende in Empfang zu nehmen und zur Verteilung zu bringen⁸¹. In vielen Fällen ist nicht mehr erkennbar, wer zur Verteilung berufen war, in andern werden Spitalmeister, Kaplan oder Mitglieder der Stifterfamilie unter ausdrücklichem Ausschluß der Pfleger mit der Ausrichtung der Spenden betraut⁸². Eine weitere Möglichkeit bestand darin, daß die Pfleger den Spitalmeister beauftragten⁸³. Es sei hier noch auf eine ganz einmalige Form einer Vergabung zugunsten des Spitals hingewiesen⁸⁴. Der Kaufmann Hugo Thya errichtete 1346 eine selbständige Stiftung zugunsten der Armen im Spital und im Siechenhaus. Er kaufte zu diesem Zweck vom Spital eine Gült von jährlich 9 Pfund in Geld und 6 Eimer Wein um 192 Pfund, und bestimmte, daß diese Leistungen zeit seines Lebens an ihn, nach seinem Tode an drei eigens ernannte „Stiftungs-Pfleger“ entrichtet werden sollten. Für die Zukunft seiner Stiftung sorgte Thya in

⁸¹ C II 18 Nr. 591, 364, A. 1404 u. 1357, StA Zürich.

⁸² C II 18 Nr. 908, A. 1466, StA Zürich.

⁸³ C II 18 Nr. 959, A. 1485, StA Zürich.

⁸⁴ C II 18 Nr. 297 u. 298 StA Zürich.

äußerst kluger Weise durch genaue Regelung dieser „Pflegschaft“. Bei Wegfall eines Stiftungs-Pflegers sollen sich die beiden übrig gebliebenen auf einen Nachfolger einigen (also Selbstergänzung!), werden sie nicht einig, soll der Rat zur Ernennung befugt sein. Ferner wird dem Rat ein allgemeines Schutz- und Aufsichtsrecht eingeräumt. Für den genannten Betrag sollen jeden Fronfastenfreitag den Dürftigen im Spital 30 Schilling und Wein, den Sondersiechen 6 Schilling und Wein gereicht werden zur Aufbesserung ihres Mahls. Ferner soll jeder der „Stiftungs-Pfleger“ zur Steigerung seines Eifers 2 Schilling erhalten. Als Gegenleistung sollen für Thya Jahrzeitfeiern gehalten werden. Bürgermeister, Rat und Zunftmeister beurkunden diese Stiftung und versprechen ihr ihren Schutz. Die Spitalpfleger stellen ein Revers aus und bestätigen und anerkennen ihre Verpflichtungen. Damit ist allen Spitalorganen jeder Einfluß auf diese Stiftung entzogen.

7. *Verwaltung der inkorporierten St. Peterskirche und der Kirche von Schlieren.* Mit der 1378 erfolgten Inkorporation der St. Peterskirche fiel den Spitalpflegern ein weiterer großer Aufgabenkreis zu. Die Bindung von St. Peter an den Spital scheint sehr eng gewesen zu sein und die Pfleger scheinen es mit ihren Aufsichtsrechten über die Geistlichen, alle ihre Rechtsgeschäfte mit Dritten und überhaupt über das ganze Kirchengut sehr genau genommen zu haben. Während allem Anschein nach der Spitalkaplan, der im gleichen Abhängigkeitsverhältnis von der Propstei stand wie die Geistlichen von St. Peter vom Spital, ohne ausdrückliche Zustimmung oder gar Mitwirkung seiner geistlichen Vorgesetzten mit Dritten Verträge abschloß⁸⁵, die zum Teil sogar seine Pfründe betrafen, wurden alle Rechtsgeschäfte der Kapläne von St. Peter durch die Pfleger beurkundet und ihre Genehmigung darin ausdrücklich erwähnt⁸⁶.

Mit der Kontrolle über die Geistlichen war jedoch die Rechtsbefugnis der Pfleger über die inkorporierte Kirche nicht erschöpft: Sie verwalteten tatsächlich ihr Kirchengut, bestellten daraus bei

⁸⁵ C II 18 Nr. 950 u. 997, H I 7 Bl. 54 u. 189 StA Zürich, A. 1481 u. A. 1499.

⁸⁶ C II 18 Nr. 703, 760, 960 H I 163 StA Zürich, A. 1426, 1433, 1485.

Bedarf neue Pfründen⁸⁷, gründeten neue Altäre⁸⁸, präsentierten die neu zu bestellenden Geistlichen dem Bischof⁸⁹, regelten die Verpflichtungen der Kapläne und Frühmesser zu St. Peter in geistlichen und weltlichen Belangen⁹⁰ und bestimmten endlich bis ins einzelne, wie der Nachlaß der Geistlichen zu verwenden sei, insbesondere welcher Anteil davon an den Spital fallen, und über wie viel der Betreffende selbst verfügen dürfe⁹¹.

Zur Verwaltung der St. Peterskirche gehörte überdies auch das Patronat über die Filialkirche Schlieren, die ihrerseits der St. Peterskirche inkorporiert war und deren rechtliches Schicksal teilte. Dabei bereitete besonders eine Frage Schwierigkeiten und führte zu Differenzen zwischen der Spitalpflege und den Bewohnern von Schlieren: die Größe des Kirchsprengels von St. Peter führte in der Gemeinde Schlieren zum dringenden Bedürfnis nach einem eigenen Priester. Die Spitalpflege zeigt sich diesem Wunsch gegenüber ziemlich ablehnend, und erst unter Mitwirkung von Abgeordneten des Rates kam schließlich eine Einigung zustande⁹², die 13 Jahre später noch einmal bestätigt wurde durch den Leutpriester von St. Peter, die Spitalpflege und den Rat⁹³; einige Tage später erfolgt dann auch die Genehmigung durch den Bischof⁹⁴.

1) Zusammenfassung

Die Rechte und Pflichten der Spitalpflege, so wie sie sich aus den alten Ordnungen und aus den zahlreichen Einzelurkunden ergeben, bilden den besten Maßstab für die rechtliche Stellung des Spitals. Alle die verschiedenen Elemente der Spitalverfassung, die Aufsichtsrechte des Rates, die starke Eigenpersönlichkeit der Anstalt sowie ihre unabhängige Stellung innerhalb der kirchlichen Hierarchie kommen in der Gestaltung der Pflugschaft zum Ausdruck. Deutlich sieht man hier die rein weltliche Organisation des

⁸⁷ C II 18 923a u. b, 924, 925 StA Zürich.

⁸⁸ Nüscheler, a.O., S. 377.

⁸⁹ C II 18 923a u. b StA Zürich.

⁹⁰ C II 18 923a u. b StA Zürich.

⁹¹ C II 18 760, 923a u. b, 1005a u. b StA Zürich.

⁹² C II 18 996 StA Zürich.

⁹³ C II 18 1039 StA Zürich.

⁹⁴ C II 18 1040 StA Zürich.

Spitals, die den kirchlichen Behörden keinerlei Möglichkeit liefert zu einer Mitwirkung an der Spitalverwaltung und ihre Einflusssphäre beschränkt auf die Spitalkapelle. Auch das Recht der Spitalinsassen wird weitgehend bestimmt durch die Kompetenzen der Spitalpflege, wie noch zu zeigen sein wird.

3. Der Spitalmeister

a) Entwicklung

Von allen drei Verwaltungsträgern war die Stellung und Bedeutung des Spitalmeisters im Lauf der Entwicklung den größten Änderungen unterworfen. Der Rat und die Spitalpflege hatten grundsätzlich immer die gleiche Aufgabe: Oberaufsicht der eine, Besorgung der wichtigsten Verwaltungsgeschäfte die andere. Der Spitalmeister dagegen war ursprünglich in erster Linie Vorsteher der Bruderschaft; infolge seiner Aufgabe, für das körperliche und seelische Wohlergehen der Brüder zu sorgen, wurde er einerseits Hausvorstand und Verwaltungsträger im innern, anderseits Vertreter des Spitals gegenüber der Kirche, wie wir dies für das 13. Jahrhundert festgestellt haben. Nach Aufhebung der Bruderschaft blieb ihm zwar die Besorgung der laufenden Verwaltungsgeschäfte und die Fürsorge für die Spitalinsassen; seine Stellung als Vorsteher der Bruderschaft jedoch, welche ihm seinerzeit das entscheidende Gewicht gegeben hatte, fiel dahin, und ein Absinken zu einem den Pflegern völlig unterstellten Beamten war die Folge. Während ziemlich langer Zeit finden sich überhaupt keine Fälle mehr von Vertretung des Spitals durch den Spitalmeister, später unterzeichnet er gelegentlich mit den Pflegern und Hausbrüdern zusammen die Rechtsgeschäfte des Spitals, und nur ausnahmsweise findet man ihn allein als Bevollmächtigten des Spitals.

b) Bezeichnungen

Ähnlich wie der Terminus „Pfleger“ bei weitem dominiert, sind auch beim Spitalmeister andere Bezeichnungen selten. Gelegentlich scheint eine gewisse Verwischung der Begriffe vorzuliegen, so wird z. B. ein gewisser Hans Bleuler in einer Urkunde von 1419⁹⁵ als

⁹⁵ Kopie H I 131 Bl. 37; Regest H I 393 Bl. 75 StA Zürich.

Zinspfleger bezeichnet, in der gleichen Stelle aber wird er auch „der vorgenannt Herr spitalmeister“ genannt. Im gleichen Jahr⁹⁶ nennt ihn eine andere Urkunde sogar schlechthin Pfleger des Spitals. Da beide Dokumente aus nichtzürcherischen Kanzleien stammen, darf man diesem Abweichen von der Normalform wohl nicht allzuviel Gewicht beimessen.

c) Zahl

Da der Spitalmeister zugleich als Hausvorsteher amtet, ist eine Mehrheit von Spitalmeistern wohl nur bei sehr großen Spitalern anzunehmen. Um so überraschender ist die Tatsache, daß verschiedene Kopien einer Urkunde im Spitalarchiv⁹⁷ übereinstimmend neben dem Spitalmeister Hans Ochsner noch einen „Untermeister“ Wernli Teck nennen. Dieses Auftreten von zwei Meistern nebeneinander ist ganz einmalig und kommt auch in Zürich sonst nie mehr vor. Wie ist diese Urkunde zu deuten? Da das Original aus dem Jahr 1517 nicht erhalten ist, kann nur vermutungsweise gesagt werden, daß es sich höchstwahrscheinlich um einen Schreibfehler oder eine falsche Lesung der Originalurkunde handeln muß. Aus den Spitalrechnungen ergibt sich nämlich die Tatsache, daß gerade um jene Zeit Hans Ochsner seinen Vorgänger Wernli Teck im Amt abgelöst haben muß. Der Zeitpunkt der Amtsübernahme ist zwar nicht genau bekannt, doch kann aus dem Abrechnungstermin von St. Verena (1. September) geschlossen werden, daß damals, am 28. April, Hans Ochsner bereits im Amt war. Damit ist es aber sehr naheliegend, daß Wernli Teck nicht als „Unter-“ sondern als „alter“ Spitalmeister bezeichnet wurde. Auf diese Weise ist auch die Übereinstimmung zu den Spitalrechnungen und den übrigen Dokumenten des Spitalarchivs hergestellt, die alle auf nur einen Spitalmeister schließen lassen⁹⁸.

⁹⁶ Kopie H I 131 Bl. 40; Regest H I 393 Bl. 75 StA Zürich.

⁹⁷ Kopien: H I 131 Bl. 50, 149; H I 235 Bl. 1; Regest: H I 393 Bl. 100, StA Zürich.

⁹⁸ Eine gelegentliche Verwendung von Plural-Formen, wie „den Pflegern und Meistern“ etc. umfaßt wohl eher die Gesamtheit der aufeinanderfolgenden Spitalmeister.

d) Wahlfähigkeit

Die Spitalmeister gehörten wie die Pfleger dem Rat an. Im Wappenbuch wird dabei nicht unterschieden zwischen großem und kleinem Rat, doch ist auch hier beim Vergleich der Ratslisten als Regel eine Zugehörigkeit des Spitalmeisters zum kleinen Rat festzustellen. Sehr häufig scheinen Zunftmeister das Spitalmeisteramt erworben zu haben, aber auch einzelne Ritter finden sich darunter⁹⁹. Wie bei den Pflegern ist auch bei den Spitalmeistern der geistliche Stand durch das Erfordernis der Ratszugehörigkeit im vornherein ausgeschlossen.

e) Besetzung

Die Ernennung des Spitalmeisters erfolgte durch den Rat, und zwar ursprünglich bei der Ablegung der Rechnung vor dem vereinigten großen und kleinen Rat. Wir finden daher in den Abschieden bis zur Reformation nach der Gutheißung der Rechnung auch die Bestätigung oder Entlassung des Spitalmeisters und den Vermerk einer allfälligen Neuwahl.

f) Amtsantritt

Die besondere Stellung des Spitalmeisters als Insasse der Anstalt wird besonders deutlich manifestiert durch den Unterschied zwischen dem Amtsantritt eines Pflegers und dem des Spitalmeisters. Der Pfleger hat dabei lediglich einen Eid abzulegen und von einem bestimmten Zeitpunkt an den Sitzungen der Spitalpflege beizuwohnen, ohne daß seine persönlichen Verhältnisse sich im geringsten ändern, ohne daß er seinen Wohnsitz, seine bisherige Beschäftigung, seine Ratsstelle aufzugeben braucht. Beim Spitalmeister dagegen tritt zu diesem Eid als bei weitem wichtigeres Merkmal des Amtsantritts die tatsächliche Übersiedlung in den Spital samt seiner ganzen Familie und die Aufgabe eines allfällig vorher ausgeübten Berufes. Bis zum Jahr 1634 war es beispielsweise dem Spitalmeister nicht gestattet, gleichzeitig dem kleinen Rat anzugehören. Der Einzug des neuen Spitalmeisters war verbunden mit einer feierlichen Amtsübergabe, d. h. der Übertragung aller Rechte und Pflichten,

⁹⁹ Ritter Johannes Meyer von Knonau, Ritter Heinrich Meyer etc.

vor allem aber auch aller Vorräte in den verschiedenen Spitalabteilungen und, als Dokumentation der erlangten Verfügungsgewalt, der Übergabe der Schlüssel an den neuen Spitalmeister in Gegenwart der Spitalpfleger und der zur Rechnungsabnahme bestimmten Ratsmitglieder, des späteren Rechenrates. Für die Übergabe der Vorräte und ihre wertmäßige Anrechnung war ein besonderes Inventar maßgebend, das unter der Bezeichnung „Zahler“ später alljährlich der Rechnung beigelegt wurde.

Im Gegensatz zu vielen andern Spitälern wurde in Zürich die rechtliche Stellung des Spitalmeisters nicht beschränkt¹⁰⁰. Er behielt seine volle Rechts- und Handlungsfähigkeit, sein Nachlaß verfiel nicht dem Spital, und er konnte bei Lebzeiten beliebig über sein Vermögen verfügen ohne eine Mitwirkung der Spitalpflege.

g) Amtsdauer

Während wir über die Amtsdauer der ersten Periode gar nichts haben feststellen können, ergibt sich aus den frühesten erhaltenen Spitalrechnungen eindeutig, daß Ende des 15. Jahrhunderts bis zur Reformation der Spitalmeister alljährlich gewählt wurde, wobei eine Bestätigung des bisherigen Inhabers sehr häufig, ja geradezu die Regel war. Bis zur Jahrhundertwende wurde dies alljährlich ausdrücklich bestätigt¹⁰¹; in den folgenden Jahren deutet nur noch der regelmäßig wiederkehrende Ausdruck „als er das vergangene Jahr Spitalmeister gewesen“ auf die Beschränkung der Amtsdauer auf ein Jahr. In der Reformationszeit scheint man dieses System, das zu häufigem Wechsel führte, als unzweckmäßig empfunden und abgeändert zu haben; im Jahr 1547 findet sich nämlich in einem Abschied zur Spitalrechnung die Stelle: „als nach myner Herrnsatzungen Meister Rudolf Kambli das Spitalamt sechs Jar verwaltet“. Interessant ist auch, daß anfänglich Beginn und Ende des Amtsjahres starken Schwankungen unterworfen waren. Leider fehlt in den Spitalrechnungen und den zugehörigen Abschieden meistens jegliche Angabe über die zeitliche Begrenzung des Rechnungsjahres.

¹⁰⁰ Reicke, S. a.O., Bd. II S. 101: Der Spitalmeister ist in der Regel Pfründer des Spitals mit allen Rechtsfolgen der Verpfründung.

¹⁰¹ 1501: „und ist ir meinung, daß Dietrich Kumber lenger spitalmeister syn und hinfür als bishar dem spital das best tuon solle“, H II 22 StA Zürich.

Aus den sehr verschiedenen Abrechnungsdaten (in der Regel im Sommer, um St. Verena oder Bartholomäus, gelegentlich aber auch im Herbst oder sogar erst im März des folgenden Jahres!) und aus den eben so verschiedenen Daten des Amtsantritts durch den neuen Spitalmeister kann jedoch auf eine ziemlich willkürliche Festsetzung des Rechnungsjahres geschlossen werden. Die einzigen authentischen Angaben finden sich in den Spitalrechnungen des Spitalmeisters Heinrich Thomann 1526 - 1534¹⁰², die sich laut Notiz immer auf die Zeit von Bartholomäus bis wieder zu Bartholomäus (24. August) beziehen. Erst seit dem Jahr 1548 scheint man das Rechnungsjahr der Spitalmeister dem Kalenderjahr angepaßt zu haben¹⁰³.

Ob im Laufe dieses Amtsjahres eine vorzeitige Entlassung oder ein Rücktritt vom Amt möglich war, ist nach dem vorhandenen Urkundenmaterial nicht zu entscheiden: infolge der kurzen Amtsdauer war das Bedürfnis nach außerordentlichen Beendigungsmöglichkeiten wahrscheinlich nicht groß. Bei Tod des Spitalmeisters wurde oft eine frühzeitige Neuwahl vorgenommen¹⁰⁴, aber es finden sich auch häufig Fälle, wo die laufende Amtsperiode durch die Erben des Spitalmeisters versehen und von ihnen Rechnung abgelegt wurde¹⁰⁵.

h) Besoldung

Im Gegensatz zu den Pflegern scheint der Spitalmeister von jeher eine Entschädigung für seine Dienste empfangen zu haben. Anfänglich mag diese in erster Linie in der freien Station im Spital bestanden haben. Während der Spitalmeister seine Wohnung ursprünglich im Gebäude des alten Spitals hatte, stellte man ihm nach der Reformation ein Eckhaus an der großen Brunnengasse zur Verfügung, und seit 1552 befand sich die Wohnung des Spitalmeisters im ehemaligen Predigerkloster¹⁰⁶. Die Kost des Spitalmeisters war besser als die der allgemeinen Pfründer; in den Spital-

¹⁰² H I 629, Jahrg. 1526—1534 StA Zürich.

¹⁰³ H I 629, Jahrg. 1548 StA Zürich.

¹⁰⁴ H I 629, Jahrg. 1660 Spitalmeister Schaufelberger StA Zürich.

¹⁰⁵ H I 629, Jahrg. 1669 Spitalmeister Scheuchzer StA Zürich.

¹⁰⁶ Vögelin, S., Das alte Zürich, Bd. I S. 440ff.

rechnungen findet sich zum Beispiel regelmäßig eine größere Summe, die für Fische „für des Spitalmeisters Tisch“ ausgelegt wurde. Auch die Tatsache, daß immer wieder in den Ordnungen und Reformationen der Kreis der Berechtigten eingeschränkt werden mußte, zeigt deutlich, daß der Spitalmeistertisch gut bedacht war.

Neben der freien Station bezog der Spitalmeister auch eine Entlohnung in Geld. Wie groß diese ursprünglich war, wissen wir nicht, sie scheint jedenfalls nicht fest bestimmt gewesen zu sein, wie sich aus einer Bemerkung im Abschied zur Spitalrechnung von 1501 ergibt¹⁰⁷. Später stabilisierte sich die Besoldung auf einen festen Lohn von 80 Pfund jährlich zuzüglich 20 Pfund an die Spitalmeisterin: später wurde die Entschädigung noch verschiedentlich erhöht¹⁰⁸.

Besondere Entschädigungen für außerordentliche Leistungen, besonders gute Verwaltung etc. scheinen bis zur Reformation nie ausgerichtet worden zu sein.

i) Kompetenzen

Die Hauptkompetenzen des Spitalmeisters ergeben sich aus seiner Stellung als verantwortlicher Leiter der Spitalgemeinschaft: Er hat vor allem die laufenden Geschäfte zu erledigen. Ihm obliegt also die Versorgung der ganzen Anstalt mit Lebensmitteln, durch Ankauf (Fleisch), durch Einziehung von Naturalzinsen und Zehnten (Getreide, Eier, Hühner, Wein), oder aus Eigenproduktion des Spitals (Gemüse, Obst, Getreide, Fleisch). Seine Aufgabe ist aber auch die Kontrolle über die Verwendung dieser Güter durch die unteren Spitalbeamten, die Bäcker, Kellermeister etc. Beim Spitalmeister liegt die ganze Rechnungsführung, er nimmt unter Mithilfe des Schreibers das Inventar auf, stellt die Spitalrechnung auf und legt sie den Pflegern und dazu verordneten Ratsmitgliedern vor, er beauftragt den Schreiber, die nötigen Bücher anzulegen über den Spitalbesitz, seine Rechte und Einkünfte. Der Spitalmeister zieht

¹⁰⁷ H II 22 StA Zürich.

¹⁰⁸ Seit 1575 (Wahl von Gabriel Kippenhahn) 100 + 20 Pfund, seit 1680 (Spitalmeister Schellenberg) verdoppelt, also total 240 Pfund an Spitalmeister und Frau; ohne eine erklärende Ratserkenntnis, auch in den Ratsmanualen ist nichts darüber enthalten. Vgl. S. 104.

in der Regel die verfallenen Zinsen ein und entrichtet anderseits allfällige Passivzinsen. Er ernennt alle Unteramtleute, soweit sie nicht durch die Spitalpflege gewählt werden, insbesondere die Krankenwärter, Dienstboten und alle für die Landwirtschaft benötigten Knechte und Mägde¹⁰⁹. Überhaupt ist die Verwaltung des Wirtschaftsbetriebes ausschliesslich Sache des Spitalmeisters, er erteilt dem für diese Materie zuständigen Baumeister die nötigen Anweisungen, er kann im Rahmen der Agrargesetze jener Zeit bestimmen, welche Früchte angebaut, wann mit den Hauptarbeiten begonnen werden soll, und er teilt dem Baumeister die nötigen Leute zu und überwacht die Ausführung seiner Befehle. Ebenso untersteht ihm die ganze Forstwirtschaft, die Beschaffung von Brenn- und Bauholz für den Spital, die Aufsicht über die Forstbeamten, und nur durch gelegentliche Ratserkenntnisse wird seine Befugnis in dieser Materie etwas beschränkt¹¹⁰.

Im Innern der Anstalt obliegt ihm in erster Linie die Aufrechterhaltung der Disziplin, die Aufsicht über die Besorgung der Kranken, die Zuweisung von Arbeit an die arbeitsfähigen Insassen und die Kontrolle über die Unterbeamten und Diensten. Besonders diese letztere Aufgabe scheint schwer erfüllbar gewesen zu sein. Verschiedene Untersuchungen im Spital, die ein Eingreifen des Rats nötig machten, beweisen die Machtlosigkeit mancher Spitalmeister gegenüber den eingerissenen Mißständen, trotz ihren sehr weit reichenden disziplinarischen Befugnissen (Beschränkung der Pfründe, völliger Entzug bis zu acht Tagen und sogar Einsperrung)¹¹¹.

Seiner Stellung nach ist der Spitalmeister Vermittler zwischen den Spitalinsassen einerseits und den Pflegern und dem Rat anderseits. Alle Klagen sind an ihn zu richten, Mißstände, Beschädigungen, disziplinarische Vergehen ihm zu melden: er leitet diejenigen Fälle, welche seine Kompetenzen überschreiten, weiter. Eine Umgehung dieses „Instanzenzuges“ wird geradezu unter Strafe gestellt¹¹².

¹⁰⁹ Vgl. unter 2. Die Spitalpflege, S. 53.

¹¹⁰ Vorschriften über Bezugsquellen, z.B. Holz von andern Ämtern, H I 257 Bl. 205 StA Zürich.

¹¹¹ H II 2, 1. Heft. StA Zürich.

¹¹² H I 278, Heft 1, StA Zürich.

Ausnahmsweise wirkt der Spitalmeister auch im rechtsgeschäftlichen Verkehr mit, die Fälle, in denen er allein handelt, sind jedoch selten: einige Verleihungen¹¹³ an den Spitalmeister zuhanden des Spitals, seltener Kauf¹¹⁴ oder Verkauf¹¹⁵ durch den Spitalmeister. Häufiger ist seine Mitwirkung, besonders seit dem 16. Jahrhundert beim Abschluß von Rechtsgeschäften durch die Pfleger. Seine Stellung wird aber immer als eine untergeordnete gekennzeichnet, so wird er stets an letzter Stelle hinter den Pflegern genannt. Ziemlich zahlreich erscheinen dagegen die Fälle, in denen der Spitalmeister bei Streitigkeiten für den Spital auftritt. Diese Vertretungsbefugnis ist vermutlich vor allem auf seine größere Kenntnis der betreffenden Verhältnisse und seinem leichteren Einblick in die Bücher und Rechnungen des Spitals zurückzuführen, die ihn besser als die Pfleger geeignet machen, die Interessen des Spitals zu vertreten¹¹⁶.

Nicht zu den Kompetenzen des Spitalmeisters gehörte die Aufnahme von Pfründern. Dazu waren gemäß der Spitalordnung nur die Pfleger, und nach den tatsächlichen Verhältnissen in Ausnahmefällen auch der Rat befugt. Da sich immer wieder Gesuchsteller an den Spitalmeister um Aufnahme in den Spital wenden, da er von allen Verwaltungsträgern der am leichtesten erreichbare ist, muß wiederholt verfügt werden, daß der Spitalmeister ohne Wissen und Bewilligung von Rat oder Pflegern niemanden in den Spital aufnehmen dürfe. Dagegen werden die frisch aufgenommenen Personen durch die Pfleger und den Rat in der Regel an den Spitalmeister gewiesen, der für ihre Unterbringung, ihre Verpflegung sorgen und das von ihnen mitgebrachte Vermögen, sei es Geld oder Fahrnis, in Verwahrung nehmen muß.

4. Die übrigen Spitalbeamten

a) Der Schreiber

Schon sehr früh scheint der Spital über einen eigenen Schreiber verfügt zu haben, eine Tatsache, die leicht verständlich ist angesichts der ausgedehnten Güter, der zahlreichen Zinsen, Zehnten und son-

¹¹³ UB Zürich IX Nr. 3385 C II 18 Nr. 726, 737, 943 StA Zürich.

¹¹⁴ H I 131 Bl. 40; C II 18 Nr. 947 StA Zürich.

¹¹⁵ C II 18 Nr. 848 StA Zürich.

¹¹⁶ C II 18 Nr. 988, 1000, 1026, 1027, 1055, 1063 StA Zürich.

stigen Gefälle, deren schriftliche Aufzeichnung unumgänglich nötig war. Seine Stellung und seine Kompetenzen sind klar und eindeutig: Er war Spitalbeamter, dem Spitalmeister unterstellt und empfang von allen drei Verwaltungsträgern Befehle zur Ausführung von Arbeiten. Seine Aufgabe war die Führung der Kanzleigeschäfte, Erledigung der Korrespondenz, Anlegung und Führung von Kopialbüchern, Urbarien etc., Sammlung von wichtigen Spitaldokumenten aller Art, sowie die buchtechnische Reinschrift der alljährlichen Abrechnung des Spitalmeisters, alles unter Anleitung und Kontrolle des Spitalmeisters. Als regulären Lohn bezog der Spitalschreiber 200 Pfund jährlich und hatte das Recht auf Beköstigung, nicht aber auf Wohnung im Spital. Daneben erhielt er vom Rat zusätzliche Belohnungen für größere Arbeiten, wie Neuanlegung von Urbarien, Registern etc., sowie bei Inventar und Übergabeprotokoll beim Amtsantritt eines neuen Spitalmeisters, und endlich empfing er gleich den Pflegern eine Entschädigung pro Sitzung, in gleicher Größe wie die der Pfleger, die ebenfalls später in ein Neujahrs-geschenk umgedeutet wurde. Die Amtsdauer des Spitalschreibers ist nicht feststellbar; bis zur Reformation scheint sie befristet gewesen zu sein, da 1528 bei der Neuwahl des Spitalschreibers neben 8 neuen Kandidaten auch der alte Spitalschreiber sich um das Amt bewirbt¹¹⁷. Die Ernennung des Spitalschreibers stand den Pflegern und dem Spitalmeister gemeinsam zu¹¹⁸, dagegen wurden Erhöhungen des Gehalts, persönliche Zulagen etc. immer durch den Rat erteilt.

b) Die Spitalmeisterin

Eine in der inneren Verwaltung fast ebenso wichtige Stellung wie der Spitalmeister hatte dessen Ehefrau, die gleichfalls in einem Beamtenverhältnis zum Spital stand. Bei der Übernahme des Amtes hatte sie, entsprechend dem Eid des Spitalmeisters, ein Handgelübde abzulegen und getreuliche Besorgung aller ihr zufallenden Geschäfte zu versprechen. Es sind dies vor allem die üblichen Pflichten einer Hausfrau, die der Ausdehnung des Spitalbetriebes entsprechend von großer Bedeutung sind.

¹¹⁷ H II I StA Zürich.

¹¹⁸ Vgl. unter 2. Die Pfleger, k) Kompetenzen S. 53.

Der Spitalmeisterin unterstehen alle weiblichen Diensten, Krankenwärterinnen sowie die Köchinnen; sie ist verantwortlich für den Verbrauch der Vorräte in der Küche, sowie auch für die Verwendung von Stoffwaren, Garn, Lichtern, über welche Materien sie ihrem Mann Rechenschaft zu geben verpflichtet war. In den Spitalrechnungen wird immer wieder auf die „Handrodel“ der Frau Spitalmeisterin verwiesen, diese selbst sind uns leider nicht mehr erhalten. Daß sie auch für die Pflege der Spitalinsassen zu sorgen und oft auch selbst dabei mitzuhelfen hatte, ist aus zahlreichen Extrabelohnungen für solche Dienste zu ersehen¹¹⁹. Als besondere Vergünstigung wurde der Spitalmeisterin allein das Brennen von Drusen und Kirschen, das sonst im Spital streng untersagt war, erlaubt, allerdings mit der Auflage, im Bedarfsfall dem Spital von diesen Produkten abzugeben.

Welch große Bedeutung der Tätigkeit der Spitalmeisterin zugemessen wurde, mag am besten die Tatsache illustrieren, daß der Tod der Frau ein Grund war für vorzeitigen Rücktritt des Spitalmeisters vom Amt¹²⁰. Daß die Spitalmeisterin einen von der Besoldung ihres Mannes unabhängigen Lohnanspruch hatte, wurde bereits gezeigt, ähnlich wie er erhielt auch die Frau zu Ende der Amtsdauer den sog. Abzug, nämlich 30 Pfund.

Während die Spitalmeisterin im Innern der Anstalt ähnliche Kompetenzen hatte wie ihr Mann, nur beschränkt auf den Wirkungskreis der Hausfrau, hatte sie gar keine Vertretungsbefugnis nach außen, es fehlten ihr ferner der Beisitz in der Spitalpflege und die Disziplinargewalt über die Spitalinsassen. Im Gegensatz zum Spitalmeister, der Verwaltungsträger, Organ der Anstalt war, nahm die Spitalmeisterin nur die Stelle eines Unterbeamten ein.

c) Die übrigen Unterbeamten

Die in kleineren Spitälern unmittelbar dem Spitalmeister übertragenen einzelnen Verwaltungsgebiete mußten im Spital Zürich

¹¹⁹ Extrabelohnungen z.B. für aufopfernde Pflege, für zusätzliche Mühe und Arbeit etc. in den Jahren 1612, 1634, 1746, vgl. Spitalrechnung der betr. Jahre, H I 629 StA Zürich.

¹²⁰ Z.B. Spitalmeister Kippenhahn, Rücktritt nach Tod der Frau; er selbst wird später noch oft zu Pflegersitzungen zugezogen. H I 629, A. 1584 StA Zürich.

schon früh an verschiedene Unterbeamte verteilt werden, da der Spitalhaushalt für den Spitalmeister allein zu groß und zu unübersichtlich wurde. Alle diese Unterbeamten wurden durch die Spitalpfleger und den Spitalmeister ernannt und hatten bei Amtsantritt ihren Vorgesetzten einen Eid abzulegen, der sie verpflichtete, ihre Obliegenheiten getreulich zu erfüllen und von allen außerordentlichen Vorfällen den Pflegern und dem Meister Mitteilung zu machen. Auch eine ausdrückliche Gehorsamspflicht dem Spitalmeister gegenüber war in diesem Eid festgelegt. Diese Beamten waren besoldet, die meisten hatten zudem Kost und Logis im Spital selbst oder in dem Spital zugehörnden Gebäuden. Über die Amtsdauer ist weder in den diesbezüglichen Ordnungen, noch in den Eiden etwas ausgesagt: alle Anzeichen sprechen dafür, daß die betreffenden auf Lebenszeit ernannt wurden. Die Kompetenzen der einzelnen waren recht verschieden: Die Pflichten und Rechte des *Kornmeisters* als Verwalter aller Vorräte, des *Bäckers* und seiner Gehilfen und des *Kellermeisters* sind schon in der Bezeichnung enthalten: jeder von ihnen verwaltete sein „Departement“ nicht selbständig, sondern unter ziemlich genauer Kontrolle des Spitalmeisters. Wie nötig eine solche Überwachung war, zeigen die gelegentlichen Strafuntersuchungen¹²¹, sowie auch die Anmerkungen des Rechenrates zu den Spitalrechnungen, die immer wieder genauere und detailliertere Abrechnung durch diese Unterbeamten und gründlichere Aufsicht durch den Spitalmeister fordern. Dem *Baumeister* waren nicht die Bauten im Spital, sondern der sogenannte Gütergewerb, d. h. die Landwirtschaft, unterstellt. Mit den vom Spitalmeister bestimmten Leuten, die sich aus Knechten, Tagelöhnern, Hauskindern und in Zeiten der Hauptarbeiten nach Bedarf auch weiteren Spitalinsassen zusammensetzten, hatte er die ihm befohlenen Arbeiten zur vorgeschriebenen Zeit zu erfüllen. Auch seine Kompetenzen sind also durch das Bestimmungsrecht des Spitalmeisters weitgehend beschränkt und umfassen nur noch die Verteilung der Arbeiter, die Ausführung der Arbeit im Detail und die Beaufsichtigung der ihm Untergebenen. Die größte Selbständigkeit unter den niederen Spitalbeamten scheint

¹²¹ H II 2, A. ca. 1480—1500 StA Zürich.

der *Müller* genossen zu haben¹²². Diese Unabhängigkeit mag zum Teil aus der räumlichen Entfernung der Spitalmühle vom Spital stammen, sowie aus der persönlichen Stellung der Müller, die den Meistertitel führten. Vor allem aber lag der Grund wohl in der Tatsache, daß in der Spitalmühle auch das Getreide anderer Ämter, vor allem des Almosenamtes, sowie von Privatleuten gemahlen wurde, so daß der Tätigkeitsbereich des Müllers nicht auf die Geschäfte des Spitals beschränkt war. In dem Moment, wo ein gewisser Verkehr mit Drittpersonen unvermeidlich ist, muß aber auch ein Minimum an Selbständigkeit gewährt werden. Daß diese größere Freiheit leichter zu Mißbräuchen führte, zeigen zahlreiche Untersuchungen betr. Untreue und Fahrlässigkeit des Spitalmüllers.

Kompetenzen geringeren Umfanges hatten *Siechmeister*, *Stubenmeister*, *Broträter*, *Siechmutter*, *Brudermeister* etc.¹²³. Es scheint sich dabei um Krankenpfleger mit besonderen Aufsichtskompetenzen zu handeln, deren Wirkungskreis in der Regel auf den betreffenden Raum (Sammlung, Knechtestube, Siechstube etc.) beschränkt war. Die Bezeichnungen wechseln häufig, und die Angaben im Quellenmaterial sind so spärlich, daß daraus weder ihre Anzahl noch ihre genauen Kompetenzen entnommen werden können. In bezug auf die Besoldung, Amtseinsetzung und Rechtsstellung im Spital unterschieden sie sich nicht von den übrigen Krankenwärtern. Ihre Kompetenzen und Pflichten bestanden vermutlich in erster Linie in der Sorge für gerechte Verteilung der Pfrundleistungen an die einzelnen Insassen, in der Aufrechterhaltung der Disziplin und in der monatlichen Bericht- und Rechnungserstattung an den Spitalmeister über Zahl und Unterbringung der ihnen unterstellten Insassen, allfälligen Wechsel, Eintritt und Entlassung derselben und über Empfang und Verbrauch von Brot und anderen Lebensmitteln.

¹²² Das Amt des Müllers ist allerdings erst nach der Reformation entstanden; es soll aber nicht aus dem Zusammenhang mit den übrigen Unterbeamten herausgerissen werden. In den Akten ist erstmals 1643 ein Spitalmüller nachweisbar. Vorher hatten die Spitalmeister selbst die Oberaufsicht über die Spitalmühle, die durch Müllerknechte besorgt wurde. So ist auch die Vereinbarung des Spitalmeisters mit den Vertretern der Müllerzunft verständlich, die 1484 vorschreibt, daß der jeweilige Spitalmeister die Mitgliedschaft der Müllerzunft erwerben müsse. Vgl. H I 257 Bl. 4 StA Zürich.

¹²³ Gelegentlich in den Spitalrechnungen erwähnt, H I 629 StA Zürich.

C. Die kirchlichen Verhältnisse am Spital Zürich

1. Die kirchenrechtliche Stellung des Spitals

Wie bereits ausgeführt wurde¹²⁴, läßt sich eine gewisse Selbständigkeit des Spitals in kirchlicher Beziehung erst zu Ende des 13. Jahrhunderts feststellen, also zu einer Zeit, wo die weltliche Organisation bereits die endgültige Form der Pfluggschaftsverfassung erreicht hatte.

Der Spital, der zwar seit 1275 nachweisbar eine eigene Kapelle hatte, wurde in offener Pastorisation von seiner Mutterkirche, dem Großmünster, mit Seelsorge und Gottesdienst versehen. Erst 1279 ergriff der Spital die Initiative zur Erreichung einer gewissen Selbständigkeit auch in kirchlichen Belangen. Durch die Bittschrift an Papst Nikolaus III. sollte nicht nur der Meßdienst im Spital einem eigenen Priester übertragen werden, sondern das Gesuch, das Bezug nimmt auf die mangelhafte Seelsorge und ungenügende Versorgung mit den Sakramenten, sollte mindestens eine partielle Exemption von der Mutterkirche erreichen. Trotz Erlaubnis durch den Papst wird erst 1302 diese Frage geregelt¹²⁵. In diesem Jahr dotieren Rat und Propstei die Spitalkapelle mit 100, bzw. 20 Mark, und das Kapitel bestimmt in einer umfassenden Ordnung die Stellung der Kapelle und des Kaplans gegenüber der Mutterkirche. Die Exemption der Spitalkapelle wird nur gerade soweit ausgedehnt, als es die Notwendigkeit erfordert: Von der Leutkirche werden nur diejenigen Kranken eximiert, die nicht zur Kirche gehen können; alle andern Spitalinsassen unterstehen nach wie vor der Pastorisation durch die Pfarrkirche Großmünster.

Der Umfang der Exemption wird also personell stark beschränkt, inhaltlich ist sie eine fast vollständige. Kein einziges Sakrament wird ausdrücklich dem Leutpriester des Großmünsters vorbehalten. Daß die Exemption nicht eine totale ist, zeigt sich in der Gehorsamspflicht des Spitalkaplans gegenüber dem Kapitel und in der Regelung der finanziellen Verhältnisse. Die Propstei erhält sämtliche Einkünfte der Spitalkapelle, sowohl den Inhalt des Opferstocks als auch alle andern freiwilligen Zuwendungen.

¹²⁴ Vgl. S. 2, S. 34.

¹²⁵ UB Zürich VIII Nr. 2667.

Es ist hier übrigens noch eine Unklarheit zu untersuchen: Am Anfang der Ordnung von 1302 betont das Kapitel, daß die Spitalkapelle in seinem Kirchspiel liege und ihm „eigentlich zugehöre“. Während die erste Behauptung ohne weiteres zutrifft, muß der zweiten eine ganze Reihe von Urkunden entgegengehalten werden¹²⁶. Diese stellen gleichsam die Prozeßakten dar über einen Streit zwischen Spital und Großmünster, ob der Spital dem Großmünster inkorporiert sei oder nicht. Der Streit wird schließlich durch Schiedsrichter dahin entschieden, daß keine Inkorporation vorliege¹²⁷. Salomon Vögelin¹²⁸ sieht nun darin einen Gegensatz zu der Behauptung des Kapitels im Jahr 1302. Bei genauer Betrachtung findet sich jedoch eine Lösung dieses scheinbaren Widerspruchs: Der Inkorporationsstreit von 1291 bezieht sich auf den Spital als solchen, der nach damaliger Auffassung selbst eine kirchliche Anstalt ist. Als Hauptargument wurde dabei von den Verfechtern der Inkorporation angeführt, daß der Spital dem Chorherrenstift zinspflichtig sei und alle Einnahmen der Spitalkapelle durch die Propstei bezogen würden. Beide Argumente wurden von den Schiedsrichtern nicht als schlüssig betrachtet für die Inkorporation des Spitals: das eine sei lediglich ein Grundzins, das andere entspreche den Rechten einer Pfarrkirche. Wenn man nun eine Trennung durchführt zwischen Spital und Spitalkapelle, wird das Problem auf einfachste Weise gelöst: Der Spital selbst ist der Propstei gemäß dem Urteil von 1291 nicht inkorporiert, wohl aber die Spitalkapelle, weshalb auch die Ordnung von 1302 vollständig richtig auf die Spitalkapelle beschränkt formuliert ist. Daß eine solche Trennung von Spital und Spitalkapelle tatsächlich gerechtfertigt ist und den damaligen Zuständen entspricht, zeigt die Regelung der Verwaltung, die deutlich die Trennung widerspiegelt: Einerseits die rein weltliche, bürgerliche Spitalverwaltung mit den drei Verwaltungsträgern Rat, Pfleger- und Spitalmeister, ohne Mitspracherecht irgend einer kirchlichen Instanz, anderseits die ausschließlich durch die Propstei kontrollierte Verwaltung der Spitalkapelle, bei der weder Meister, Pfleger, noch selbst der Rat irgend welchen Einfluß geltend machen können.

¹²⁶ UB Zürich VI Nr. 2153, 2155—2157, XII 2157a.

¹²⁷ UB Zürich VI Nr. 2157.

¹²⁸ Vögelin, S., Das alte Zürich, S. 71.

Wie Reicke¹²⁹ betont, bedeutet die Einräumung von Gottesdienst und Seelsorge einen Eingriff in das Pfarrecht und eine Einbuße von nutzbaren Rechten für den Pfarrer. Mit der Bewilligung einer Spital-exemption wird deshalb in der Regel eine Entschädigung an die Pfarrkirche vereinbart. Im Gegensatz zu der im allgemeinen üblichen Form der einmaligen Entschädigung in Grundstücken oder der jährlichen Rente in Geld oder Natura, finden wir in Zürich die regelmäßige Abgabe der Oblationen an die Propstei. Die Hälfte davon ist nach Vereinbarung Einkommen des Spitalpriesters und wird diesem nach Ablieferung des Ganzen ausbezahlt. Rechtlich ist dies wohl so zu verstehen, daß das Großmünster einen dinglichen Anspruch auf den ganzen Ertrag hat, der Kaplan nur einen obligatorischen auf Auszahlung eines wertmäßig bestimmten Anteils. Gleich wie die Altaroblationen werden auch andere Gaben der Gläubigen behandelt.

Zusammenfassend kann man also feststellen, daß die Spitalkapelle, vom Spital weitgehend unabhängig, bis zum Jahr 1302 der Propstei vollständig inkorporiert war und in offener Pastorisation durch sie versehen wurde. In diesem Jahr erlangte sie einen eigenen Priester mit gottesdienstlichen und seelsorgerischen Kompetenzen für die Kranken. Es handelt sich dabei um eine partielle Exemption; personell und finanziell blieb eine starke Bindung an die Propstei bestehen, die auch die Kollatur innehatte.

2. Der Spitalgeistliche

a) Seine Rechtsstellung

Dem Verhältnis der Spitalkapelle zur Propstei entsprach die Rechtsstellung des Spitalgeistlichen. Da er im Spital sowohl Gottesdienst als Seelsorge für die Kranken übernehmen mußte, kam nur ein geweihter Priester in Frage. Der nur partiellen Exemption entsprach die unbeschränkte Kollatur des Chorherrenstifts ohne irgend ein Mitspracherecht des Rates oder der Spitalpflege¹³⁰.

¹²⁹ Reicke, S., a.O. Bd. II S. 144.

¹³⁰ Vgl. Pleimes, D., a.O. S. 135.

Eine gewisse Selbständigkeit des Spitalkaplans wurde jedoch gewährleistet durch das Bestehen einer eigenen Pfründe; er ist damit nicht nur ein Hilfspriester des Leutpriesters am Großmünster¹³¹, sondern hat ein eigenes Einkommen, einen eigenen Pflichtenkreis.

b) Bezeichnungen

Reicke¹³² hat für Deutschland eine ganze Reihe von Bezeichnungen für den Spitalgeistlichen festgestellt. In Zürich wird regelmäßig nur eine davon verwendet: In lateinischen Urkunden wird er als *capellanus*, in den deutschen als Kaplan bezeichnet. Nur in zwei Fällen kommt daneben die Bezeichnung Leutpriester vor, die ja nur beschränkt zutrifft¹³³.

c) Zahl

Trotzdem die Spitalkapelle mehrere Altäre umfaßte, einen Dreifaltigkeits-, einen St. Anna-Altar und andere, ist für die Zeit vor der Reformation nur ein Spitalkaplan nachweisbar. Wenn man die Beschränkung seiner Tätigkeit auf die kranken Spitalinsassen berücksichtigt, so gelangt man zur Überzeugung, daß ein Priester vollständig genügen mußte.

d) Persönliche Voraussetzungen

Diese werden in der Urkunde von 1302 sehr genau aufgezählt: Der Spitalkaplan muß ein ehrbarer, geeigneter¹³⁴ Priester sein, ohne eine andere Priesterpfründe und ohne Chorherrenstelle. Ferner muß er sich bei Übernahme der Kaplanei verpflichten, in Zürich Wohnsitz zu nehmen. Die Pfründe entspricht also durchaus den Normen des kanonischen Rechts.

e) Präsentation

Prinzipiell ist das Chorherrenkapitel sowohl zur Präsentation, als zur Investitur des Spitalgeistlichen berechtigt. In der Ordnung von 1302 ist besonders die erstere genau geregelt. Durch die Dotation

¹³¹ Vgl. Pleimes, D., a.O. S. 155/156 „Mietpriester“.

¹³² Reicke, S., a.O. S. 152.

¹³³ UB Zürich Nr. 3466 Bd. IX S. 309; Nr. 3616 Bd. X S. 30, A. 1317 u. 1319.

¹³⁴ Lateinisch „idoneus“.

der Pfründe mit 100 Mark hatte sich der Rat das Recht gesichert, den ersten Spitalkaplan vorzuschlagen. Es wurde jedoch ausdrücklich die Einmaligkeit dieser Berechtigung betont. Für jede spätere Neubesetzung wurde ein besonderer Präsentationsmodus vorgesehen:

Je der Rangälteste der Priester, Diakone und Subdiakone im Chorherrenkapitel haben gemeinsam innert 8 Tagen nach Freiwerden der Pfründe dem Plenum der residierenden Chorherren einen neuen Spitalkaplan vorzuschlagen und zu beschwören, daß dieser den verlangten Voraussetzungen entspreche. Im Fall von Uneinigkeit, von Verweigerung des Eides oder von nachträglicher Feststellung einer unrichtigen Präsentation wird durch die Gesamtheit der residierenden Chorherren eine Wahl vorgenommen.

Eine Anfechtung der durch die drei Rangältesten vorgenommenen Präsentation kann stattfinden, muß aber innert 8 Tagen nach der Präsentation vor dem versammelten Chorherrenkapitel begründet werden. Mißlingt es, die Richtigkeit der Anfechtung zu beweisen, so ist der Anfechtende, wenn er Chorherr ist, durch den Propst zu bestrafen, sonst durch die ordentlichen Gerichte.

Erfolgt innert der 8 Tage keine Anfechtung, oder kann eine solche nicht hinlänglich begründet werden, so ist nach Ablauf dieser Frist die Einsetzung des vorgeschlagenen Kaplans vorzunehmen.

Um die Einhaltung dieses Präsentationsmodus zu gewährleisten, wird ferner bestimmt, daß diese Ordnung beim Begräbnis des Spitalkaplans dem versammelten Kapitel vorgelesen werden soll, d. h. in dem Moment, wo alle an der Wahl interessierten Chorherren anwesend sind.

f) Institution

Auch die Einsetzung des präsentierten Geistlichen in das Amt als Spitalkaplan ist ausdrücklich der Propstei vorbehalten¹³⁵. Bei der Institution hat sich der neugewählte Spitalkaplan eidlich zu verpflichten, die Bestimmungen dieser Ordnung einzuhalten und Propst und Kapitel gehorsam zu sein.

¹³⁵ In der deutschen Übersetzung (C II 18 Nr. 96b StA Zürich) „lihung oder fürsehung“ genannt.

g) Inhalt der Pfründe

Wie ist nun die vermögensrechtliche Seite dieser Pfründe gestaltet? Bereits wird, der allgemeinen Entwicklung folgend, das Pfrundgut nicht der Propstei geschenkt, sondern ausdrücklich die neu errichtete Pfründe damit dotiert. Es ist also rein vermögensrechtlich eine gewisse Selbständigkeit der Pfründe festzustellen.

Als Grundeinkommen des Spitalkaplans diene in erster Linie der Ertrag der von Rat und Propstei bestellten Dos von 120 Mark, was einem Jahresgehalt von ungefähr 15 Pfund entspricht. Als veränderliches zusätzliches Einkommen sind sodann Vergabungen durch Private vorgesehen, soweit sie ausdrücklich für die Pfründe bestimmt sind. Ein weiterer, zwar nicht fest bestimmter, aber doch mit ziemlicher Sicherheit eingehender Teil des Einkommens war der Anspruch auf die Hälfte der der Propstei abgelieferten Altaroblationen, Jahrzeitstiftungen etc..

Interessant ist, daß für die Spitalpfründe eine obere Grenze von 10 Mark jährlich bestimmt wurde; was diese Summe überstieg, mußte der Kaplan den Dürftigen im Spital zukommen lassen.

Über die Verwaltung des Pfrundgutes wurden dem Spitalkaplan genaue Vorschriften gemacht: Zuwendungen an barem Geld z. B. sind in Liegenschaften anzulegen. Von allen Rechtsgeschäften, die das Pfrundgut betreffen, mußte der Kaplan das Kapitel benachrichtigen: ohne Erlaubnis der Propstei durfte das bestehende Vermögen der Pfründe nicht verändert werden. Insbesondere waren dem Spitalgeistlichen Verkauf, Verleihung oder Zerstückelung des Pfrundgutes streng verboten. Die Spitalkapelle erscheint dabei ganz aus dem übrigen Spitalorganismus herausgelöst. Auch bei ausschließlich vermögensrechtlichen Fragen, wie der Anlage von Zuwendungen und der Verwaltung des Kirchengutes besitzt die weltliche Spitalverwaltung, d. h. Rat, Pflugschaft und Meister, keinerlei Mitspracherecht.

h) Beendigungsgründe

Der ganze Präsentationsmodus ist deutlich für den Fall aufgestellt, daß die Spitalpfründe durch Tod des Kaplans frei wird. Immer wieder wird als Stichtag für Fristablauf, zur Bestimmung der zu-

ständigen Chorherren, zur Verlesung der Ordnung etc. der Begräbnistag des bisherigen Spitalgeistlichen genannt.

An einer anderen Stelle wird dagegen ausdrücklich gesagt, daß die Spitalpfründe freiwerden könne durch Tod, Aufgabe oder „heimlich öffentliche entwihung“. Eine Aufgabe der Kaplanei wird vor allem dann in Frage kommen, wenn der bisherige Inhaber Gelegenheit hat, eine andere, reicher dotierte Pfründe zu beziehen, bei Wegzug, bei Eintritt in ein Kloster oder Chorherrenstift. Unter dem Freiwerden der Pfründe durch heimlich öffentliche entwihung ist wohl strafweiser Entzug bei Verstoß des Kaplans gegen die Vorschriften zu verstehen. Es werden in der Ordnung selbst verschiedene solche Fälle genannt, so führt z. B. Veräußerung, Verleihung etc. von Pfrundgut ohne Bewilligung der Propstei zum Entzug der Kaplanei. Zudem wird generell der Spitalgeistliche dem Chorherrenkapitel zu Gehorsam verpflichtet und dem Propst die Verhängung von Strafen gegen einen ungehorsamen Kaplan zugestanden. Bei schweren Verstößen wird als Strafe in erster Linie die Enthebung der Pfründe vorgesehen gewesen sein.

i) Rechte und Pflichten

Die Rechte des Spitalkaplans waren durch die Abhängigkeit der Spitalkapelle vom Großmünster stark beschränkt, dagegen sind in der Ordnung von 1302 zahlreiche Pflichten aufgezählt und geregelt. An erster Stelle sind die *allgemeinen Obliegenheiten* eines Kaplans zu nennen:

Der Spitalgeistliche hat täglich in der Spitalkapelle eine Messe zu lesen; bei Verhinderung durch Krankheit oder andere wichtige Gründe muß er für einen Stellvertreter sorgen. Er hat die ihm aufgetragenen Jahrzeitfeiern und Seelenmessen pünktlich einzuhalten und in Verbindung mit den Jahrzeiten vielfach die Verteilung von Gottesgaben an die Spitalinsassen vorzunehmen.

Durch die speziellen Erfordernisse des Spitalbetriebes bedingt ist die Pflicht, bei den Kranken im Spital auch *seelsorgerische Funktionen* auszuüben. Während die gesunden Diensten und Pfründer nach wie vor zur Pfarrkirche Großmünster gehören, bilden die kranken Spitalinsassen, die nicht mehr zur Kirche gehen können, einen eigenen Pfarrverband. In bezug auf diesen werden dem Spital-

kaplan weitgehend die Pflichten eines gewöhnlichen Leutpriesters auferlegt: Er hat hier Beichte zu hören und sämtliche Sakramente zu erteilen, die in einem Spital in Frage kommen können. (Eheschließung wird nicht ausdrücklich ausgenommen, kommt aber bei schwerkranken Spitalinsassen kaum in Frage.) Zu den Sakramenten tritt als weitere Aufgabe des Spitalpriesters die kirchliche Bestattung.

Eine andere Gruppe von Pflichten ist bedingt durch die *Abhängigkeit von der Propstei*: Der Spitalkaplan, obwohl selbst nicht Chordherr, ist zur Teilnahme am Chordienst im Großmünster verpflichtet. Aber auch dem Leutpriester persönlich ist der Spitalkaplan Gehorsam schuldig, so hat er z. B. auf dessen Aufforderung sieben Wochen im Jahr, nämlich zwei vor Weihnachten, drei vor Ostern und zwei vor Pfingsten im Großmünster Beichte zu hören. Ebenfalls ein Ausdruck der Abhängigkeit von der Pfarrkirche ist die bereits erwähnte Regelung der finanziellen Verhältnisse.

Die letzte Verpflichtung des Spitalkaplans ist die Residenzpflicht. Aus dieser ursprünglichen Verpflichtung wurde mit der Vergabung der Frau Ida Leu, die im Jahr 1312 ihr Haus „am Wasser“ zur Wohnung des Spitalkaplans vergabte¹³⁶, ein Vorrecht, das bis zur Reformation ein Bestandteil der Spitalpründe blieb.

3. *Der Spital als Patron der St. Peterskirche*

Das mittelalterliche Rechtsempfinden unterscheidet sich wohl kaum in einem andern Gebiet so stark von der modernen Auffassung wie im Recht der Eigenkirchen und dem Patronatsrecht. Diese Verschiedenheit zeigt sich deutlich auch in den Rechtsverhältnissen des Spitals Zürich.

Dem Spital, einer Anstalt des kirchlichen Rechts, bestätigt durch den Papst und diesem abgabepflichtig, ist die ganz von der Großmünsterkirche abhängige Spitalkapelle angegliedert, auf die die Spitalverwaltung trotz engster Beziehungen keinerlei Einfluß hat. Aber damit nicht genug, der Spital seinerseits ist durch päpstlichen Entscheid und unter Mitwirkung des Abtes von Kappel zur „Mutterkirche“ der viel älteren Pfarrkirche St. Peter bestellt worden, der

¹³⁶ UB Zürich IX Nr. 3172.

ihrerseits die Kirche von Schlieren sowie die Kapellen von Altstetten und Leimbach inkorporiert sind. Es ergibt sich also, schematisch dargestellt, ungefähr folgendes Bild:

Propstei Großmünster

↓
Spitalkapelle ————— Spital

↓
Pfarrkirche St. Peter

↓
↓ Kirche Schlieren
↓ Kapelle Altstetten
↓ Kapelle Leimbach

Es ist klar, daß es nicht kirchliche, sondern weltliche, vor allem ökonomische Gründe waren, die zu einer solchen Verschachtelung von kirchlichen Anstalten führten. Daraus wird auch weder von kirchlicher noch von weltlicher Seite ein Geheimnis gemacht: Die Spitalpfleger richten an den Papst das Gesuch um Inkorporation der St. Peterskirche mit der Begründung, daß der Spital zur Erfüllung seiner Aufgabe eines größeren, sicheren Einkommens bedürfe. Diesem Gesichtspunkt entspricht auch die Behandlung des Gesuches durch den Papst, den Bischof von Konstanz und den Abt von Kappel. Es wird bei der stattfindenden Untersuchung festgestellt, daß das Bedürfnis des Spitals nach neuen Finanzquellen bestehe, irgendwelche Bedenken geistlicher Natur werden von keiner Seite geäußert (!), und die hauptsächlichste Schwierigkeit im ganzen Prozeß scheint die Weigerung des bisherigen Leutpriesters zu St. Peter, Ulrich Pfung, zu sein, an den festgesetzten Verhandlungen zu erscheinen¹³⁷.

Im Gegensatz zur Regelung der Rechtsverhältnisse zwischen Großmünster und Spitalkapelle, die organisch entstanden sind aus dem Verhältnis der Pfarrkirche zu der von ihr betreuten Anstalt, die im Lauf der Zeit eine gewisse Selbständigkeit erlangt hat, ist der Inhalt der Inkorporationsbestimmungen von St. Peter ganz will-

¹³⁷ C II 18 Nr. 466, 468, 470—72, 474, 475, 477—481a StA Zürich.

kürlich durch Rechtsakt der zuständigen kirchlichen Instanzen festgelegt worden, in Anlehnung an die allgemein üblichen Formen von Inkorporation.

Der Spital hat auf Grund dieser Rechtssetzung einerseits das Präsentationsrecht für den Leutpriester, den sogenannten „ständigen Vikar“, anderseits sämtliche Vermögensrechte inne.

Während bei der Spitalpfründe die Kollatur ganz und ungeteilt der Propstei zusteht, sind hier drei verschiedene Rechtssubjekte an der Bestellung des Priesters beteiligt: Zuerst erfolgt eine Wahl durch die Gemeinde, wie sie von altersher üblich war, dann wird der betreffende Kandidat von den Spitalpflegern dem Ortsordinarius präsentiert und von diesem endlich die Investitur vorgenommen.

Die Vermögensrechte werden von den Pflegern ausgeübt: Sie haben dem Leutpriester aus den Besitzungen und Einkünften der Kirche eine angemessene Pfründe zu bestellen und den Rest zuhanden des Spitals einzuziehen. Der Leutpriester muß von seinem Einkommen, das er im übrigen selbst verwaltet, die Gebühren an den Bischof und einen jährlichen Zins von $12\frac{1}{2}$ gl. an den Spital bestreiten. Er ist, ähnlich wie der Spitalkaplan dem Kapitel, den Pflegern verantwortlich und gehorsamspflichtig. Die rein kirchlichen Verpflichtungen gegenüber der Mutterkirche, wie beispielsweise der Chordienst, das Beichtehören etc. des Spitalkaplans in der Propstei, fallen natürlich für den Geistlichen an der Peterskirche weg.

Neben dem Leutpriester amtieren in St. Peter noch Kapläne, die zu einer Bruderschaft zusammengeschlossen sind. Noch deutlicher als beim Leutpriester ist bei diesen Hilfsgeistlichen die Abhängigkeit vom Spital. Sie werden von den Pflegern, ohne Mitspracherecht der Gemeinde, ernannt und sind denselben gehorsamspflichtig. Zahlreiche Urkunden zeigen, daß die Aufsicht des Spitals über diese Geistlichen, besonders bei allfälligen Veräußerungsgeschäften, tatsächlich durchgeführt wurde¹³⁸.

Der Einfluß des Großmünsters auf die Spitalkapelle und den Kaplan scheint im Vergleich mit dem Verhältnis zwischen Spital und St. Peter eher kleiner, so sind z. B. verschiedene Urkunden erhalten, in denen der Spitalkaplan entgegen der Ordnung ohne jeg-

¹³⁸ C II 18 Nr. 703, 760, 1005a u. b; H I 160/163 StA Zürich.

liche Mitwirkung durch die Propstei Rechtsgeschäfte abschließt, die sich unmittelbar auf seine Pfründe beziehen¹³⁹. Auch Verwaltungshandlungen und Ordnungen der Propstei, welche die Verhältnisse in der Spitalkapelle betreffen, sind selten, während zahlreiche Dokumente von der Verwaltungstätigkeit der Spitalpfleger in der Kirche von St. Peter zeugen¹⁴⁰.

Im übrigen sei hier verwiesen auf die Darstellung der Verhältnisse von St. Peter bei Salomon Vögelin, der auch die Beziehungen zum Spital eingehend berücksichtigt¹⁴¹, sowie die beiden Untersuchungen über die Geschichte der Gemeinde St. Peter von K. Furrer und A. v. Orelli^{142, 143}.

D. Die ärztliche Fürsorge am Spital Zürich

Da dieser ganze Fragenkomplex von G. Wehrli¹⁴⁴ sehr eingehend untersucht und beschrieben worden ist, soll hier nur ein allgemeiner Überblick gegeben und für alle näheren Angaben auf die Darlegungen Wehrlis verwiesen werden.

Die ärztliche Besorgung am Spital läßt sich einteilen in die mehr organisatorische Tätigkeit, die bis zur Reformation vom Rat, später von einer eigens dafür eingerichteten Behörde, der großen Gschau, ausgeübt wurde, und die tatsächliche ärztliche Behandlung der Spitalinsassen durch die in der Anstalt amtierenden Ärzte.

1. Der Rat als aufnehmende Behörde und Kontrollorgan

Bereits 1323 bestimmte der Rat in der schon mehrfach genannten Übereinkunft zwischen Rat und Bürgern, was für Kranke in den Spital aufgenommen werden sollten: über die Art der Aufnahme jedoch finden sich keine allgemeinen Bestimmungen. Zahlreiche erhaltene Dokumente belegen, daß vor der Reformation die Kranken

¹³⁹ C II 18 Nr. 950, 969, 997, 1035; H I 4 Bl. 499; H I 6 Bl. 354; H I 7 Bl. 54 StA Zürich.

¹⁴⁰ C II 18 931a, 923a u. b, 996, 1040 StA Zürich.

¹⁴¹ Vögelin, S., Das alte Zürich, I S. 473ff.

¹⁴² Orelli, A. v., Geschichte der Kirchgemeinde St. Peter.

¹⁴³ Furrer, K., Geschichte der Kirche und Gemeinde St. Peter.

¹⁴⁴ Wehrli, G., Die Krankenanstalten und die öffentlich angestellten Ärzte und Wundärzte.

vor dem versammelten Rat zu erscheinen hatten und durch diesen in eine der Krankenanstalten eingewiesen wurden. Seit 1551 kann dann eine eigens errichtete Behörde, die große Wundgschau, nachgewiesen werden, die die immer mehr anwachsende Zahl von Kranken an besonderen „Gschautagen“ untersuchte¹⁴⁵. Aber ähnlich wie bei den Pfründern fanden auch bei den Patienten noch in späterer Zeit immer wieder Einweisungen durch den Rat in den Spital statt.

Das mit der Kompetenz zur Aufnahme verbundene Aufsichtsrecht über die Spitalinsassen scheint weder vom Rat, noch später von der Gschau in befriedigender Weise ausgeübt worden zu sein; immer wieder laufen von Seiten der Spitalpflege und vor allem des Spitalmeisters Klagen ein über zu viel „unnützes“ Volk im Spital. Bei allen Reformprojekten steht die Entlassung der geheilten Spitalinsassen ohne Pfründe an vorderster Stelle¹⁴⁶, und bei einer vom Rat angeordneten „Razzia“ im Spital werden durch die Gschau und eine besondere Kommission von 65 untersuchten, ursprünglich wegen Krankheit eingelieferten Spitalinsassen 13 als geheilt entlassen¹⁴⁷.

In diesem Rahmen sind auch die Maßnahmen des Rates zur Vermeidung von Epidemien zu nennen, vor allem die Anweisungen, das Selnau als Absonderungshaus einzurichten, um den Spital von ansteckenden Krankheiten freizuhalten. Eine Kontrolle der Tätigkeit des Spitalarztes durch den Rat ist vor der Reformation nicht nachweisbar, es steht nicht einmal fest, wer zur Ernennung desselben kompetent war.

2. Ärzte und Wundärzte am alten Spital

Kennzeichnend für die mittelalterliche Auffassung eines Spitals, der in erster Linie als Versorgungsanstalt und Wohltätigkeitsinstitut betrachtet wurde, und nur als notwendige Folge davon auch als Krankenhaus, ist die geringe Aufmerksamkeit, die der ärztlichen Versorgung der Spitalinsassen geschenkt wurde. Bis 1513 findet sich in den Spitalakten keinerlei Erwähnung eines Arztes oder Wundarztes. Es läßt sich deshalb auch nicht vermutungsweise etwas aussagen über die ärztliche Betreuung der Spitalinsassen in der ersten Entwicklungsperiode des Spitals. Zum erstenmal wird 1513 ein am

¹⁴⁵ Vgl. Wehrli, G., a.O. S. 76.

¹⁴⁶ H II 2 StA Zürich.

¹⁴⁷ H II 1 StA Zürich.

Spital tätiger Wundarzt unter der Bezeichnung „Spitalscherer“ erwähnt, und die älteste erhaltene Pflichtordnung für denselben datiert von 1551. Dieser Spitalscherer, der sich später unter der Bezeichnung I. Spitalarzt mit dem obersten Stadtarzt und dem Stadtschnittarzt sowie dem Arzt am Oetenbach in die Behandlung der Spitalinsassen teilte, scheint ursprünglich den ganzen ärztlichen Dienst am Spital allein versehen zu haben. Neben der eigentlichen medizinischen und chirurgischen Behandlung hatte er auch das Rasieren der Insassen, das Schröpfen, Zähne ziehen, zu Ader lassen etc. zu besorgen. Bezeichnend für die untergeordnete Stellung dieses Scherers ist die Tatsache, daß er der Aufsicht des Spitalmeisters unterstellt war. Dieser hatte zu überprüfen, ob der Scherer seinen Pflichten nachkomme und ihn widrigenfalls den Pflegern zu verzeigen. Die Besoldung des Spitalscherers war mannigfach zusammengesetzt: Neben einem festen Gehalt, das vom Seckelamt, später vom Almosenamnt ausbezahlt wurde, bezog er aus dem Spital eine jährliche Zuteilung von Kernen und Wein sowie eine Entschädigung für jeden behandelten Patienten.

In der ältesten erhaltenen Pflichtordnung des ersten *Stadtarztes* oder *Archiaters* wird festgesetzt, daß derselbe die innerlich Kranken im Spital, die in der sogenannten Siechstube untergebracht waren, zu besorgen habe. Seit wann diese Kompetenzerteilung durchgeführt wurde, läßt sich mangels schriftlicher Quellen nicht bestimmen. Schon von 1450 an wird zwar die Siechstube als Aufenthaltsort der Kranken im Spital erwähnt, daß aber schon damals die ärztliche Behandlung ihrer Insassen einem besonderen Arzt übertragen war, ist kaum anzunehmen.

Zeitlich ebenso unbestimmt ist das erste Auftreten des *Stadtschnittarztes* im Spital. Die erste Ordnung über seine Tätigkeit, die ihm bereits sämtliche Bruch-, Stein- und Staroperationen im Spital zuweist, stammt aus dem Jahr 1552. Dem Wortlaut nach handelt es sich nicht um die Einführung einer Neuerung, sondern eher um die Festlegung des bisher üblichen Zustandes. Es ist aber kaum anzunehmen, daß diese Unterscheidung und der Vorbehalt der wichtigen und schwierigen Operationen gegenüber dem Spitalscherer sehr alt sei.¹⁴⁸

¹⁴⁸ Aus Mangel an geeigneten Persönlichkeiten wurden gelegentlich die zwei Ämter zusammengelegt, wie das der Fall war bei *Jacob Rütt*, einem

Dem *Blaternarzt am Oetenbach* war die Behandlung der Grindkranken¹⁴⁹ im sogenannten Grindstübli übertragen. Auch hier versagen die Quellen über den zeitlichen Beginn fast vollständig. Die Stelle eines Arztes am Oetenbach wurde 1528 geschaffen, eine Tätigkeit desselben im Spital ist jedoch erst 1639 nachweisbar bei einer Regelung der Kostenverteilung für die Grindstube zwischen Spital, Almosenamt und Oetenbach¹⁵⁰.

Im Hinblick auf den allgemeinen Zustand des Spitals vor der Reformation kann vermutet werden, daß die Aufteilung der ärztlichen Kompetenzen unter vier verschiedene Ärzte und Chirurgen in der Zeit unmittelbar nach der Reformation erfolgt sei, in jener Zeit also, wo man durch verschiedene Reformen den Spital den Anforderungen der neuen Lehre anzupassen suchte.

E. Das Recht der Spitalinsassen

1. Begriff der Pfründe

Die primäre Aufgabe jedes Spitals ist die Aufnahme hilfsbedürftiger Personen, ihre Beherbergung und Beköstigung. Im Gegensatz zu den Elendenherbergen, wo diese Aufnahme grundsätzlich immer nur kurzfristig ist, dauert der Aufenthalt in einem Spital in der Regel länger, entweder auf unbestimmte Zeit, z. B. bis zu erfolgter Heilung, oder lebenslänglich. Ausnahmsweise kann eine Aufnahme in den Spital auch für eine bestimmte Zeit erfolgen, z. B. für einen

bekannten Chirurgen und „Steinschneider“, der gleichzeitig als Stadtschnittarzt und als Stadtarzt für innere Krankheiten, Geburtshilfe und Hebammenunterricht angestellt war. Das Buch, das er seinem Unterricht zu Grunde legte: „Ein lustig Trostbüchle von den empfangknussen und geburten der Menschen ... jren vilfaltigen zufällen und verhindernussen ... zu trost allen gebärenden frowwen und eigentlichen Bericht der Hebammen“ erlangte europäische Berühmtheit und wurde ins lateinische, holländische, englische etc. übersetzt. Rütt wurde im Rheintal um 1500 geboren, war 1525 bereits in Zürich nachweisbar. 1552 erfolgte seine Wahl zum Archiater und Polyater. Neben seiner beruflichen Tätigkeit verfaßte Rütt auch geistliche und weltliche Volksspiele sowie poetische, astronomische und astrologische Schriften. Er starb im Jahre 1558. Vgl. Biogr. Lexikon der hervorragenden Ärzte aller Zeiten und Völker, 4. Bd. S. 414, Berlin, Wien 1932.

¹⁴⁹ Verschiedene nicht venerische Hautkrankheiten wie Schorf, Krätze etc.

¹⁵⁰ H I 258 Bl. 202ff StA Zürich.

Monat oder ein Jahr. Reicke¹⁵¹ faßt alle diese Formen von Spitalaufenthalt zusammen unter den Begriff der Pfründe. Im Gegensatz zum heutigen Recht, wo ein Verpfändungsvertrag immer ein gewisses aleatorisches Element enthält, da einer festen Pfrundsumme eine unsichere Dauer der Verpfändung (Lebenszeit) entgegensteht, betrachtet dies Reicke nicht als begriffsnotwendig und unterstellt seinem Pfründbegriff auch andere Vertragstypen, z. B. Aufnahme von Patienten auf eine feste Zeit gegen eine bestimmte Einkaufssumme oder Aufnahme gegen Bezahlung pro Zeiteinheit, das sogenannte Tischgeld. Damit lassen sich alle Insassen eines Spitals unter den Begriff der Pfründer subsumieren, was für eine Untersuchung der Rechtsverhältnisse innerhalb des Spitals eine wesentliche Vereinfachung bedeutet.

Im Spital Zürich läßt sich diese Terminologie jedoch nicht verwenden, da hier von jeher die Bezeichnung Pfründer nur für eine bestimmte Klasse von Spitalinsassen verwendet wurde. Ähnlich wie im modernen Recht sprach man von Pfrundvertrag nur dort, wo eine Aufnahme auf Lebenszeit gegen eine bestimmte Entschädigung stattfand. Die Gruppe von Kranken, die mit oder ohne Bezahlung auf eine bestimmte oder doch bestimmbare Zeit angenommen wurden, und die gnadenhalber auf Lebenszeit angenommenen Unheilbaren wurden als die eigentlichen Siechen, Dürftigen oder Armen des Spitals den Pfründern gegenübergestellt, die ihrerseits in der Regel als Hausbrüder bezeichnet wurden.

Der Begriff „Pfründer“ soll daher nur dort zur Anwendung gelangen, wo tatsächlich Pfründer nach zürcherischem Sprachgebrauch gemeint sind.

2. Arten von Insassen

Während in den späteren Jahrhunderten ein differenziertes System von Spitalinsassen bestand, wobei in erster Linie auf den Gesundheitszustand abgestellt wurde¹⁵², läßt sich für die Zeit vor der Reformation keine strenge Gliederung nachweisen.

¹⁵¹ Reicke, S., a.O. Bd. II S. 188.

¹⁵² Pfründer = Gesunde, Patienten = heilbare Kranke, Hauskinder und Kostgänger = unheilbar Kranke, die ersteren unentgeltlich, die letzteren gegen Tischgeld aufgenommen.

Als Ausgangspunkt für die Untersuchung der damaligen Gruppierung der Spitalinsassen dient in erster Linie die älteste Regelung des Spitalzwecks, die bereits mehrfach genannte Übereinkunft von Rat und Bürgern aus dem Jahr 1323¹⁵³. Es wird hier ausdrücklich gesagt, daß in den Spital nur aufgenommen werden sollen:

1. Arme Leute, die so krank und elend sind, daß sie sich nicht selbst durch Betteln erhalten können.
2. Solche, sie „kämen mit Geld oder ohne, von denen es den Pflegern scheint, es sei für den Spital vorteilhafter, sie einzulassen, als sie auszuschließen, die sollen sie aufnehmen“.

Damit erhält man zwei Klassen von Insassen, die sich auch im Urkundenmaterial der vorreformatorischen Zeit immer deutlich unterscheiden: einerseits die bezahlenden Pfründer, in der Regel als Hausbrüder bezeichnet, andererseits die unentgeltlich aufgenommenen Schwerkranken, die Sieche, Dürftige oder Arme genannt werden¹⁵⁴.

a) Die Hausbrüder

Wie bereits ausgeführt wurde, wurden die Hausbrüder grundsätzlich nur gegen Bezahlung, den sogenannten Einkauf, aufgenommen. Dieser konnte in verschiedenster Weise erfolgen: die gebräuchlichste Form war eine *einmalige Leistung*, der sogenannte Pfrundsilling. Soweit sich aus den wenigen erhaltenen Urkunden ersehen läßt, handelte es sich in der Regel um eine Übergabe von Grundeigentum. Schon 1316 und auch später immer wieder¹⁵⁵ finden sich ausdrücklich als Einkaufssumme in eine Pfründe Übergaben von liegendem Gut an den Spital. Interessant ist dabei, daß in frühester Zeit diese Zahlung als eigener Vertrag aufgefaßt und beurkundet wurde; in der Regel als Schenkung oder Vergabung. Über die Pfrundleistung des Spitals bestand daneben eine besondere Urkunde, häufig wohl in Form eines Reverses, auf die gelegentlich in den Schenkungsbriefen

¹⁵³ UB Zürich Nr. 3842 Bd. X S. 226.

¹⁵⁴ C II 18 Nr. 591 StA Zürich.

¹⁵⁵ UB Zürich Nr. 3429 Bd. IX S. 275; UB Zürich Nr. 4184 Bd. XI S. 150, A. 1328. UB Zürich Nr. 4309 Bd. XI S. 240, A. 1330.

hingewiesen wird¹⁵⁶. Es ist sehr wohl denkbar, daß deshalb manche der „Schenkungen“ an den Spital im Grunde genommen Verpfändungsverträge oder richtiger Bestandteil von solchen sind.

Ausnahmsweise findet sich neben der Entschädigung in Grundeigentum auch eine Zahlung in barem Geld¹⁵⁷ oder eine jährliche Rente in Geld oder Naturalien, womit bereits die Grenze des eigentlichen Verpfändungsvertrages überschritten wird¹⁵⁸.

Als Ergänzung tritt neben diese Einkaufssummen immer die für den Spital wohl ebenso interessante Anwartschaft auf das gesamte Vermögen des Eintretenden¹⁵⁹.

Die *Aufnahme* erfolgte grundsätzlich auf Lebenszeit, eine vorzeitige Beendigung war nur bei schlechtem Verhalten des Pfründers in Form einer fristlosen Ausweisung aus dem Spital unter Verfall der gesamten bezahlten Pfrundsumme vorgesehen¹⁵⁸, eventuell auch in Form eines Austrittes unter Rückerstattung der Pfrundsumme, z. B. bei Verheiratung des Pfründers¹⁶⁰.

In der Pfründerordnung vom Jahr 1553¹⁶¹ wird ausdrücklich die *Beurkundung* jeder Verpfändung verlangt. Ursprünglich scheinen in diesem Schriftstück die Leistungen des Spitals genau festgehalten worden zu sein, unter Nennung der genauen Zuteilung von Brot, Fleisch, Wein etc., sowie der Kammer oder Stube. In Zeiten der Not führten diese Pfrundbriefe dann oft zu Streitigkeiten, indem sich die Pfründer auf die Erfüllung der zugesagten Leistungen versteiften, wenn bei Fehljahren die Zuteilungen eingeschränkt werden mußten. Es wurde deshalb 1528 vom Rat erkannt, daß in den Pfrundbriefen keine detaillierten Angaben gemacht und ferner ein Ersatz z. B. der Fleischration durch andere Speisen vorbehalten werden sollte¹⁶². Bereits in der Mitte des 15. Jahrhunderts wurden *Ober- und Unterpfründer* unterschieden: so verspricht der Rat dem Stadtknecht

¹⁵⁶ Verleihung von Gütern als Gegenleistung für Pfrundgewährung, „ein pfriende mit essene und trinkene und ein sunderlich gemacht, als die brieve wohl bewiesent, die ihme darüber geben sind“, C II 18 Nr. 215 StA Zürich.

¹⁵⁷ C II 18 Nr. 822 StA Zürich, A. 1445.

¹⁵⁸ Zeller-Werdmüller, Bd. I Nr. 4 S. 4.

¹⁵⁹ C II 18 512a u. b StA Zürich, A. 1384.

¹⁶⁰ Egli, Akten Nr. 1363.

¹⁶¹ Vgl. Anhang S. 164.

¹⁶² H I 257 Bl. 139 StA Zürich.

Jakob Drybein und seiner Ehefrau Beli als Belohnung für seine guten Dienste zwei obere Pfründen im Spital¹⁶³. Die Grenzen zwischen den beiden Arten von Pfründen waren jedoch nicht fest, da der Inhalt jeder Pfründe von Fall zu Fall, der Gegenleistung, den Verhältnissen im Spital und den Wünschen des Pfründers entsprechend, ziemlich frei geregelt wurde. Grundsätzlich bestand der Hauptunterschied in einer besseren Verpflegung, d. h. größeren Zuteilungen von Fleisch und Wein. In einem durch den Rat genehmigten Sanierungsprojekt von 1528 wird noch eine 3. Art von Pfründern genannt: *Die Auspfründer*. Wehrli¹⁶⁴ gibt dazu die Erklärung, daß diese Klasse von Pfründern ihre Pfründe außerhalb des Spitals, z. B. als Lehensleute auf einzelnen Höfen, verzehrten. Im Urkundenmaterial des Spitalarchives findet sich ein einziger Fall, daß eine Pfründerin einen Arbeitsraum außerhalb des Spitals zugewiesen bekommt, und es wird dabei ausdrücklich betont, daß sie trotzdem zu den Mahlzeiten im Spital anwesend sein muß¹⁶⁵. Die Pfründerordnung von 1553 sah ursprünglich Auspfründen vor, indem sie bestimmt, daß keiner seine Pfründe außerhalb des Spitals „nießen“ dürfe, „im werde dann die ußhin ze kouffen gegeben“¹⁶⁶. Diese Stelle wurde jedoch bei einer Neuredaktion, vermutlich schon 1569, gestrichen: in allen späteren Ordnungen bleibt es beim Verbot der Auspfründen^{166a}. Das gänzliche Ausscheiden einer Klasse von Pfründern aus der im übrigen so streng abgeschlossenen Spitalgemeinschaft mußte für die damalige Auffassung untragbar erscheinen. Es kann uns deshalb nicht verwundern, daß auch diese vorübergehende Gestattung von Auspfründen nur für Ausnahmefälle gedacht und tatsächlich nur selten bewilligt wurde.

Ein Privileg der Hausbrüder scheint die *Mitwirkung bei rechtsgeschäftlichen Handlungen der Spitalpflege* gewesen zu sein; seit dem 15. Jahrhundert erscheint immer wieder die Formulierung „die Pfleger, Meister und Hausbrüder gemeinsam“ kaufen, verkaufen etc.

¹⁶³ C II 18 Nr. 820, A. 1445 StA Zürich.

¹⁶⁴ Wehrli, G., a.O. S. 16.

¹⁶⁵ H I 257 Bl. 178, A. 1595 StA Zürich.

¹⁶⁶ Vgl. Anhang S. 164.

^{166a} H I 265 Bl. 109, A. 1709 StA Zürich, ausdrückliches Verbot von Auspfründen.

Interessanterweise ist dieses Recht auf Teilnahme am Rechtsverkehr in den Pfründerordnungen nicht festgelegt, auch in der Pflegerordnung von 1591¹⁶⁷ findet sich keine Spur davon, im Gegensatz zu der obligatorischen Beiziehung des Spitalmeisters bei gewissen Geschäften. Es ist daher zu vermuten, daß es sich bei der Mitnennung dieser Hausbrüder lediglich um eine Formsache handelt, der keine materielle Mitwirkungsbefugnis entspricht.

b) Die Dürftigen

Im Gegensatz zu den Pfründern wurden die Dürftigen unentgeltlich aufgenommen. Besonders in den Ratserkenntnissen späterer Zeit findet sich immer wieder die Formulierung „gnadenhalber zu Mues und Brot“. Dieser Unentgeltlichkeit entspricht anderseits das dringende Bedürfnis dieser Leute, irgendwie versorgt zu werden, sei es wegen geistiger oder körperlicher Krankheit, Alter etc. Im Gegensatz zu Salomon Vögelin¹⁶⁸ möchte ich annehmen, daß nicht die bezahlenden Pfründer, sondern diese Mittellosen, Bedürftigen die anfänglich wichtigste Kategorie von Spitalinsassen waren, denn nur an diesen wurde eigentlich die ursprüngliche Bestimmung des Spitals, die Ausübung christlicher Nächstenliebe um des Seelenheils des Stifters willen, praktisch wirksam. Auch noch im 14. und 15. Jahrhundert werden Vergabungen *ad pias causas* in der Regel an die Dürftigen im Spital, an die *pauperes hospitalis* etc. gerichtet. Gottesgaben in Geld sollen an sie verteilt und Jahreszinse zur Verbesserung ihres Mahls verwendet werden.

Die *Aufnahme* erfolgte durch den Rat, und es wurden an die Bedürftigkeit und an die Würdigkeit sehr große Anforderungen gestellt. Sobald eine dieser beiden Voraussetzungen nicht mehr erfüllt war, erfolgte (oder sollte es wenigstens nach der Spitalordnung) die Ausweisung aus dem Spital. Daß die Praxis gelegentlich zu wenig streng war, ergibt sich aus den Reformvorschlägen, wo immer wieder die Ausscheidung der „unnützen Leute“ aus dem Spital an erster Stelle steht¹⁶⁹.

Verpflegung und Beherbergung scheinen äußerst bescheiden ge-

¹⁶⁷ H I 257 Bl. 141ff StA Zürich, Anhang S. 167.

¹⁶⁸ Vögelin, S., Das Heilig-Geistes-Hospital in Zürich.

¹⁶⁹ H II 2 StA Zürich.

wesen zu sein: die Kost bestand in „Mues“ und Brot, wozu als Belohnung für Arbeitsleistungen eventuell weitere Zugaben bewilligt wurden. Aus zahlreichen Inventaren ergibt sich, daß nicht genügend Betten für alle Spitalinsassen vorhanden waren; da die Pfründer jeder ein eigenes Bett mitzubringen hatten und dazu in der Regel auch in der Lage waren, mußte sich der Mangel an Schlafstellen besonders bei den Dürftigen auswirken.

Dem Mangel an Interesse an diesen ökonomisch nicht „rentierenden“ Spitalinsassen entsprechend, ist uns keine Ordnung über ihre Verhältnisse erhalten. Sicher ist, daß ihre Aufnahme formlos erfolgte. Für eine eigentliche Einteilung in Untergruppen fehlen die Anhaltspunkte, doch wurden vermutlich schon früh die Kranken nach Möglichkeit in der sogenannten Siechstube von den andern abgesondert. Im übrigen kann wohl die Pfründerordnung weitgehend auch auf die übrigen Spitalinsassen angewendet werden, soweit es sich um allgemeine Bestimmungen über das Verhalten im Spital handelt.

Nachdem nun die Unterschiede zwischen den beiden Hauptgruppen von Spitalinsassen gezeigt wurden, sollen im folgenden Abschnitt die allen Spitalbewohnern gemeinsamen Rechtsverhältnisse untersucht werden.

3. Die Lebensordnung der Spitalinsassen

Ganz allgemein kann festgestellt werden, daß mit der Aufnahme in den Spital der Lebenskreis des Betreffenden fast ganz auf die Anstalt beschränkt wurde. Ein großer Teil der Bestimmungen in der Pfründerordnung¹⁷⁰ bezieht sich auf die *Eingliederung* der Spitalbewohner in den *Anstaltsorganismus*. In erster Linie wird eine generelle Gehorsamspflicht gegenüber Pflegern und Meister festgesetzt, der anderseits die weitgehenden Kompetenzen dieser Organe entsprechen: Streitigkeiten unter den Insassen werden durch sie entschieden, Strafen werden von ihnen über Pfründer und Dürftige verhängt, „luth der freygheyt-brieffen“, Klagen von und über Spitalinsassen sind an sie zu richten etc. Die Pfleger sind ferner befugt, ein Aufsichtsrecht über die Vermögensverwaltung der Spitalbewohner

¹⁷⁰ Vgl. Anhang S. 163.

auszuüben: da der ganze Nachlaß dem Spital verfangen ist, wird jede Veränderung, die ohne die ausdrückliche Bewilligung der Pfleger erfolgt, als nichtig erklärt. Geld darf von den Pfründern nur an den Spitalmeister ausgeliehen werden, dieser wird jedoch verpflichtet, dafür den landesüblichen Zins zu entrichten.

Auch eine gewisse *Mitverantwortlichkeit* der Insassen am *Ergehen der Anstalt* wird in der Spitalordnung begründet: jeder Pfründer und wohl auch jeder Dürftige ist durch seinen Eid verpflichtet, beobachtete Mißbräuche und Schädigungen des Spitals unverzüglich dem Spitalmeister anzuzeigen.

Neben diesen Bestimmungen allgemeiner Natur finden sich in der genannten Pfründerordnung zahlreiche Gebote und Verbote. An erster Stelle sind dabei die Vorschriften zu nennen, die den Spitalbewohner zu einem ehrbaren Lebenswandel verpflichten. So werden langes Aufsitzen nach dem Nachtessen, besonders in Gesellschaft von Pfründerinnen, das Trinken, in späteren Ordnungen auch das Spielen, Schnupfen und Tabaktrinken, verboten. Auch Einladung von Gästen in den Spital sowie die Teilnahme an Gastereien außerhalb des Spitals über das Läuten der Betzeitglocke hinaus sind untersagt: die Spitalinsassen sollen tagsüber nicht in der Stadt umhersitzen, um nicht andere zum Müßiggang anzuregen. Jeder Ausgang aus dem Spital muß dem Spitalmeister angezeigt werden und ist nur bis zum Abendläuten erlaubt. Ist ein Pfründer bei einer Mahlzeit nicht anwesend, so verliert er seinen Anspruch darauf: Ausbleiben über Nacht führt außerdem zu strenger Bestrafung. Fluchen, Streiten, unzünftig Reden und vor allem Sittlichkeitsdelikte werden streng geahndet, in der Regel mit Pfrundentziehung, bei besonders schweren Fällen tritt dazu eine Verfolgung durch die ordentlichen Gerichte. Verheiratung ohne Bewilligung der Pfleger wird als schweres Sittlichkeitsdelikt behandelt. Um schweren Folgen von Streitereien vorzubeugen, wird den Spitalinsassen das Tragen von Waffen verboten, mit Ausnahme derjenigen, die als Unterbettelvögte Dienst leisten und deshalb der Waffen bedürfen¹⁷¹.

¹⁷¹ Um dem überhand nehmenden Bettlerunwesen beizukommen, wurde unter einem „Bettelvogt“ eine besondere Polizei aufgestellt, die alle landesfremden Bettler von der Stadt fernzuhalten hatte. Ihre Mitglieder wurden Unterbettelvögte genannt. H I 257 Bl. 86 StA Zürich.

Alle Spitalinsassen, die dazu gesundheitlich fähig sind, haben täglich den Gottesdienst zu besuchen. Im Gegensatz zu andern Spitalern, wo während dieser Zeit alle Arbeit ruhen mußte, wurde anscheinend in Zürich auf das „labora“ mehr Gewicht gelegt als auf das „ora“, da für irgendwelche Arbeiten benötigte Spitaler vom Besuch der Messe dispensiert werden.

Zahlreiche Bestimmungen gelten sodann den verschiedenen Pflichten der Spitalinsassen. Sie haben vor allem in den Zeiten der landwirtschaftlichen Hauptarbeiten unentgeltlich, nur gegen Verabreichung einer zusätzlichen Zwischenverpflegung, mitzuhelfen, desgleichen auch bei den täglichen Arbeiten in Haus, Küche und Garten. Die Frauen werden zudem verpflichtet, für den Spital jährlich je vier Pfund Garn zu spinnen, die Männer haben den Wachtdienst im Spital und an Festtagen auch bei den Stadttoren zu besorgen.

4. Das Erbrecht des Spitals

Durch das Privileg König Wenzels von 1384 erhielt der Spital Zürich die rechtliche Erlaubnis, den Nachlaß aller im Spital versterbenden Personen kraft eigenen Erbrechts zu beanspruchen¹⁷². Dieses Spitalerbrecht ist ein absolutes, es schließt jede Berechtigung der natürlichen sowie allfälliger testamentarischer Erben aus und umfaßt den ganzen Nachlaß des Pfründers oder Dürftigen, Fahrnis und Grundeigentum, bereits eingebrachtes und noch außerhalb des Spitals befindliches Gut. Während bei den gnadenhalber zu Mues und Brot aufgenommenen Armen dieses Erbrecht gewöhnlich nur gerade die Kleider, eventuell noch einen bescheidenen Hausrat, wie Bett, Kasten etc., einbrachte, führte es bei den oft sehr wohlhabenden Pfründern zu bedeutenden Erwerbungen. In der Bestätigung des Pfrundkaufs wird daher in der Regel bereits vereinbart, daß der Nachlaß des Betreffenden, falls dieser im Spital sterben werde, der Anstalt verfallen solle. Aber nicht nur dasjenige Vermögen, welches bei Abschluß des Verpfändungsvertrages bereits vorhanden war, sondern auch allfällige spätere Erwerbungen durch Schenkung oder Erbgang wurde von dem Erbrecht des Spitals betroffen. Besonders im letzteren Fall, bei den sogenannten „ledigen Fällen“, standen

¹⁷² C II 18 Nr. 511a StA Zürich.

für den Spital oft wichtige Interessen auf dem Spiel: Vielfach besaß ja der aufzunehmende Pfründer noch kein oder nur ein kleines eigenes Vermögen, dagegen größere Anwartschaften.

Vom Fahrnis-Vermögen des Spitalinsassen ging beim Eintritt in die Anstalt ein Teil sofort in den Besitz des Spitals über (vor allem der mitgebrachte Hausrat). Die namentlich in späterer Zeit häufigen Inventaraufnahmen und Beschlagnahmen beim Tod eines Pfründers zeigen aber, daß nicht alle Fahrhabe unmittelbar beim Eintritt eingebracht werden mußte. In beiden Fällen ging das volle Eigentum erst mit dem Tod des Betreffenden an den Spital über: auch beim Grundeigentum muß als Zeitpunkt des Eigentumsüberganges der Tod des Pfründers betrachtet werden. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte dieser die volle Nutzung und ein, wenn auch durch die Bewilligungspflicht durch die Pfleger sehr beschränktes, Verfügungsrecht. Der Spital hatte ein dingliches Recht auf den ganzen Nachlaß und zu seinem Schutz das genannte Mitspracherecht bei allen substanzverändernden Verfügungen des Pfründers. Praktisch wurde wahrscheinlich die Verwaltung, einschließlich der Bezug des Nutzens, durch den Spital ausgeübt und lediglich der Ertrag dem Pfründer ausgehändigt.

Das Erbrecht des Spitals scheint uns nach heutigen Begriffen zu weitgehend und den Erben gegenüber ungerecht. Es ist möglich, daß bei Abschluß des Pfrundvertrages gelegentlich gewisse Teile des Vermögens den Erben vorbehalten wurden, wie Reicke¹⁷³ vermutet, obgleich sich im zürcherischen Quellenmaterial keine Anhaltspunkte dafür finden. Weitaus wahrscheinlicher aber scheint es, daß im Fall einer Verpfründung im Spital bereits zu Lebzeiten des Eintretenden, noch vor dem Eintritt in die Anstalt, eine Vermögensaufteilung besonders an allfällige Nachkommen erfolgte, da ja eine Fürsorge für die Familie und eine Verwaltung des Familienvermögens für den Eintretenden nicht mehr möglich war. Der Anspruch des Spitals bezog sich dann nur noch auf den Teil, der bei dieser Teilung dem Pfründer zugesprochen worden war, sowie allfällige spätere Erwerbungen. Auf diese Weise läßt sich auch das vollständige Schweigen der Urkunden leicht erklären: eine solche vorgängige Teilung war

¹⁷³ Reicke, S., a. O. Bd. II.

ausschließlich Sache der Familie und war bei Aufstellung des Verpfründungsvertrags bereits rechtskräftig abgeschlossen, so daß ein Vorbehalt zugunsten der Erben im sogenannten Pfrundbrief wegfallen konnte.

Wurden solche Vorsichtsmaßnahmen nicht getroffen, so gingen die Erben beim Tod des Pfründers leer aus. Es liegen Ratserkenntnisse vor, die sogar direkten Nachkommen des Erblassers gegenüber das Erbrecht des Spitals in vollem Umfange gutheißen, höchstens daß die Spitalpflege Anweisung erhält, „gnadenhalber und nicht nach Recht“ bei äußerster Bedürftigkeit den Erben einen geringen Betrag auszurichten.

F. Die Oekonomie des Spitals

1. Allgemeines

Während in Organisation und Verwaltung des Spitals schon nach relativ kurzer Zeit alle Merkmale der ursprünglichen Stiftung verloren gingen und der Einfluß des Rates Gestalt und Form stark beeinflusste, wirkte in der Ökonomie die Begründung als Stiftung, d. h. als vollkommen selbständige und unabhängige Rechtspersönlichkeit, noch jahrhundertlang nach. Noch zur Zeit der Reformation war es eine nicht zu diskutierende Selbstverständlichkeit, daß sich der Spital mittels seiner Landwirtschaft und seinen verschiedenen Einkünften aus Grundeigentum und Herrschaftsrechten, aus Pfrund- und Kostgeldern sowie freiwilligen Spenden Dritter ohne Zuschüsse des Staates selbst erhalten müsse. Die Art und Weise, wie das zu geschehen habe, die Details der Ökonomie, mußten vielfach geändert werden, da sich im Finanzhaushalt des Spitals immer wieder unhaltbare Zustände zeigten; nie jedoch wurde das Grundprinzip preisgegeben. Als zu Beginn der Reformation Barzuschüsse des Rates an den Spital unvermeidlich wurden, faßte man deshalb dieselben nicht als zusätzliches Einkommen des Spitals, als Subvention auf, sondern als rückzahlbare Darlehen.

Im Hinblick auf die Ökonomie bildete also für die ganze Zeit vor der Reformation der Spital eine geschlossene Einheit, die sich ohne staatliche Hilfe selbst zu erhalten hatte. Die verschiedenen

Unterabteilungen des Spitals, Landwirtschaft, Krankenhaus und Pfrundanstalt etc., mußten dabei in einem bestimmten Verhältnis zueinander stehen, das ein Gleichgewicht von Einnahmen und Ausgaben gewährleistete. Dieses oft gefährdete Gleichgewicht wieder herzustellen, war im Grunde die Aufgabe aller Spitalreformen vor und nach der Reformation, sei es durch Einschränkung der verbrauchenden Abteilungen, des eigentlichen Spitalbetriebes und der Pfrundanstalt, sei es durch Einschränkung der Kosten und Intensivierung der Produktion in der Landwirtschaft.

Im folgenden soll ein kurzer Überblick geboten werden über die wichtigsten Posten von Einnahmen und Ausgaben, wie sie sich in der Zeit vor der Reformation darstellen¹⁷⁴.

2. Das Einkommen

An erster Stelle der Geldeinnahmen werden in den Spitalrechnungen in der Regel die regelmäßigen jährlichen Einnahmen an Zinsen und Zehnten genannt. Die *Zinsen* können auf den verschiedensten Rechtsverhältnissen beruhen, es finden sich darunter Lehens-, Grund- und Bodenzinse, Zinse für ausgeliehenes Bargeld und von Schuldbriefen. Zum Teil wurden diese Rechtsverhältnisse und damit der Anspruch auf die Zinsen durch den Spital selbst begründet (z. B. bei den Darlehen und Lehenzinsen), zum Teil gelangten sie durch Kauf, Schenkung oder als Pfrundschilling an ihn (Schuldbriefe etc.). Auch die *Zehnten* entsprechen zum Teil den tatsächlichen Rechtsverhältnissen, so hat der Spital alle Zehnten der ihm inkorporierten St. Peterskirche inne¹⁷⁵, zum Teil wurden sie aber auch durch Vergabung oder Kauf erworben¹⁷⁶. Von Anfang an lag die wichtigste Einnahmenquelle in diesen beiden Titeln, da sie, wie noch zu zeigen sein wird, den weitaus größten und sichersten Ertrag lieferten.

Als zweite Gruppe von Einnahmequellen ist der Ertrag des *Spitals i. c. S.*, d. h. von Krankenhaus und Pfrundanstalt, zu be-

¹⁷⁴ Vgl. in der Tabelle der Spitalrechnungen diejenige vom Jahr 1500, Anhang S. 176.

¹⁷⁵ Altstetten, Enge, Leimbach, Schlieren.

¹⁷⁶ Vgl. Tabelle S. 175.

trachten. Der Natur der Sache nach ist hier beim Vergleich mit den Ausgaben keine Rentabilität, nicht einmal ein Gleichgewicht zu erwarten. Während die Pfrundsummen oft recht bedeutend waren und wenigstens annähernd die Kosten für den betreffenden Pfründer deckten, wurden alljährlich so viele Kranke und Bresthafte unentgeltlich aufgenommen, daß sich nie ein finanzielles Gleichgewicht ergeben konnte¹⁷⁷. Neben den Pfrund- und Leibdingkäufen bildeten freiwillige Zuwendungen durch Schenkung oder Vermächtnis in der Regel eine weitere ziemlich ergiebige Einnahmequelle des Spitals. Zufällig fehlen solche Zuwendungen im Stichjahr 1500 vollständig, in andern Jahren dagegen erreichen sie oft eine beträchtliche Höhe. Damit zeigt sich aber ein charakteristisches Merkmal dieser Gruppe von Einkünften: Während die Zinsen ziemlich konstant bleiben und somit einen sicheren, zum voraus annähernd bestimmbaren Einkommensbestandteil darstellen, ist diese zweite Gruppe von Einnahmen recht veränderlich. In manchen Jahren liegen viele Pfrundkäufe und Leibdingkäufe vor, in anderen wieder fast keine. Den einmaligen Einkaufssummen entsprechen ferner allmähliche, oft über viele Jahre verteilte Ausgaben, so daß sich kaum ein sicheres Bild zeichnen läßt über das tatsächliche Verhältnis von Einnahmen und Ausgaben der Kranken- und Pfrundanstalt.

Auch die dritte Gruppe, der *Ertrag der Landwirtschaft* einschließlich der verschiedenen *Mühlen*, liefert kein sicheres und regelmäßiges Einkommen, entsprechend dem stark schwankenden Ertrag in guten oder schlechten Jahren. Da auch der Ertrag der Zehnten von den gleichen Bedingungen abhängig ist, wird der Unterschied zwischen den verschieden ertragreichen Jahren recht beträchtlich. Mit seinen bedeutenden Verkäufen an Getreide und Wein¹⁷⁸ ist das Stichjahr 1500 im Hinblick auf den landwirtschaftlichen Ertrag ein überdurchschnittlich günstiges zu nennen¹⁷⁹.

¹⁷⁷ Im Lauf der Zeit schwanken diese Zahlen ziemlich stark, aber auch in Jahren mit ganz bedeutenden Erbanfällen und hohen Einkaufssummen wird schon allein der Geldbedarf des Spitals i.e.S., ganz abgesehen von den benötigten Naturalien, nicht gedeckt durch seine eigenen Einnahmen.

¹⁷⁸ Erlös aus verkauftem Korn 2672 Pfund, Wein 430, Hafer 123 etc.

¹⁷⁹ Vgl. Tabelle S. 176/7, dabei liefert jedoch die Landwirtschaft nur ca. 20—25%, der größte Teil, ca. 50%, geht in Form von Zinsen und die restlichen ca. 30% als Zehnten ein.

Unter *Allerlei* endlich faßt die Spitalrechnung die verschiedensten Einnahmen zusammen: Kleine Verkäufe von Holz, Eiern, Hühnern etc., Verkauf von hinterlassener Fahrhabe der verstorbenen Spitalinsassen, also Beträge, die zum Teil dem Spital, zum Teil der Landwirtschaft gutgeschrieben werden müßten. Ebenso verhält es sich mit dem Posten „*Bußen*“, wo es sich meist entweder um Strafen für kleine Wald- und Feldfrevel oder dann um die sogenannten Kopulationsbußen für sich verheiratende Spitalinsassen handelt. Eine ganz saubere Trennung der verschiedenen Abteilungen läßt sich deshalb kaum durchführen, doch sind diese kleinen Posten auf das Gesamtbild nicht von Einfluß.

3. Die Ausgaben

Dem von Jahr zu Jahr starke Schwankungen aufweisenden Einkommen des Spitals stehen ziemlich konstante Ausgaben gegenüber.

Als erste Gruppe werden auch hier die jährlich zu entrichtenden *Zinsen* genannt. Sie sind relativ klein und bestehen vor allem aus Abgaben für Grund und Boden nach Erblehenrecht. Erst in späterer Zeit, als der Spital gezwungen war, seinen Bedarf an Bargeld durch Aufnahme von Darlehen und Grundpfändern zu decken, wurden auch diese Zinsen bedeutend größer.

Die hauptsächlichsten Ausgaben, von deren Deckung Bestand oder Untergang des ganzen Spitals abhängt, sind die eigentlichen Spitalausgaben, d. h. der große *Verbrauch an Naturalien* für die ganze Anstaltsgemeinschaft, die stets anwachsenden *Geldausgaben* für Fleisch, Schlachtvieh, Butter, Käse, Salz, ferner für Stoff, Leder etc. und für Brennholz für die Bäckerei. Dazu kommen noch verschiedene *Löhne*:

1. die Besoldungen für die ständigen Spitalbeamten wie Spitalmeister, -schreiber, -scherer, sowie das Einkommen der dem Spital unterstellten Geistlichen und Kirchendiener,
2. die Löhne der Diensten und Krankenwärter im Spital,
3. die Entlohnungen der Handwerker, die zum Teil ständig, zum Teil periodisch (auf der Stör) und zum Teil nur gelegentlich für den Spital arbeiten.

Diesen allgemeinen Spitalausgaben, die alljährlich und unvermeidlich wiederkehren, stehen einige spezielle gegenüber, die auf der Einkommensseite ihre Gegenposten haben: Die *Gottesgaben*¹⁸⁰, die aus besonderen, dafür bestimmten Zuwendungen und deren Zinsen bestritten werden, und die *Leibgedinge*, denen entsprechende Leibdingzinse und Leibdingkäufe gegenüberstehen.

Die Ausgaben der *Landwirtschaft* sind nicht klar von denen des Spitalhaushalts abzugrenzen: einerseits wird ein Teil der landwirtschaftlichen Arbeiten ohne weitere Entlohnung von Spitalinsassen besorgt, somit sollte deren Unterhalt eigentlich zu Lasten der Landwirtschaft gehen, anderseits sind unter den Unkosten der Landwirtschaft auch solche enthalten, die eigentlich bei der Einbringung von Zinsen und Zehnten entstehen und deshalb dort belastet werden müßten. Da die Spitalrechnungen hier nicht immer sauber unterscheiden, konnte auch in den Darstellungen dieser Arbeit keine klare Abgrenzung gemacht werden. Der Verbrauch an Saatgut, verglichen mit dem Ertrag des folgenden Jahres und der nutzbaren Bodenfläche, sowie die Schwankungen der beiden erstgenannten Zahlen bei gleichbleibender Anbaufläche könnten einem Volkswirtschaftler interessante Hinweise geben über die Landnutzung in Zürich bis zurück ins 16. Jahrhundert.

Auch hier folgt noch eine Sammelgruppe von verschiedensten Ausgaben, kleine Löhne, Trinkgelder, kleine Anschaffungen für Haushalt und Landwirtschaft, Buchbinderarbeiten, sowie Einbußen an Naturalien durch Lagerung, Verderbnis etc.

4. Zusammenfassung

Für die Zeit vor der Reformation soll als Hauptmerkmal der Spitalökonomie nochmals die unbedingte Selbsterhaltung des Spitals hervorgehoben werden. Ohne Zuhilfenahme von staatlichen Geldern muß durch die beiden Haupteinnahmequellen aus Zinsen und Zehnten und aus der Landwirtschaft das Defizit des Spitals i. e. S. ausgeglichen werden, zum Teil durch Lieferung der benötigten Naturalien, zum Teil durch Verkauf der Überschüsse zur Deckung der Ausgaben an Bargeld.

¹⁸⁰ Verteilung von Geld an die Spitalinsassen, sowie Zulagen v. Fleisch, Fisch, Wein etc. zum üblichen Essen an bestimmten Tagen nach Anordnung d. Stifters.

IV. Der Spital Zürich von der Reformation bis zu seiner Neuorganisation im Jahre 1785

A. Verfassung

Wie bereits bei der geschichtlichen Übersicht¹⁸¹ ausgeführt wurde, begann mit der Reformation in Zürich eine Entwicklung, die auf allen Gebieten zu einer immer größeren Bedeutung und Machtstellung des Stadtreiments führte. Viele vorher privater Initiative oder kirchlicher Tätigkeit überlassene Gebiete vor allem der sozialen Fürsorge wurden verstaatlicht, die Stadtregierung immer mehr ausgebaut und ihre einzelnen Verwaltungszweige weitgehend koordiniert. Von dieser Entwicklung wurde der Spital nur zum Teil betroffen. Seine Selbständigkeit sowie die Form seiner bisherigen Pflugschaftsverfassung wurden grundsätzlich beibehalten. Innerhalb der scheinbar unveränderten Rechtsformen aber läßt sich auch im Spital die allgemeine Tendenz deutlich erkennen. Die Kompetenzen des Rates werden zwar nicht wesentlich vergrößert, aber intensiver ausgenützt, die Kontrolle der Pfluger und Spitalbeamten scheint enger geworden zu sein, und der Spital als Ganzes wird immer als *Spitalamt*, d. h. als Teil der Stadtverwaltung aufgefaßt. Vor allem zeigt sich diese Tendenz in der Regelung der finanziellen Verhältnisse; der Spital wird den andern Ämtern weitgehend gleichgeschaltet, er erhält größere, zum Teil regelmäßig ausgerichtete Beträge aus andern Abteilungen¹⁸² und auch Verschiebungen von Naturalien von Amt zu Amt, besonders von Wein, Korn und Holz, auf Anordnung des Rates werden häufig.

Unverändert dagegen bleibt der Zweck der Anstalt und weitgehend auch ihre innere Gliederung und der ganze Betrieb. Nach wie vor ist der Spital nicht nur Krankenhaus, sondern auch Armenhaus, Pfrundanstalt, Irrenhaus, Verwahrungsanstalt etc., in Verbindung mit einer weitläufigen eigenen Landwirtschaft. Als wesentliche Änderung kann an dieser Stelle nur die Ausdehnung des Anstaltszwecks auch auf Bewohner der Landschaft genannt werden, die durch Ratserkenntnis um die Mitte des 16. Jahrhunderts erfolgte¹⁸³.

¹⁸¹ Vgl. S. 8ff.

¹⁸² 3000—4000 Pfund jährlich aus dem Täufergut!

¹⁸³ Vgl. Chronik Vogel.

B. Verwaltung und Organisation

1. Der Rat

Trotz der immer deutlicher werdenden Eingliederung des Spitals in die allgemeine öffentliche Verwaltung erfahren die Kompetenzen des Rates keine wesentlichen Änderungen. Die Ausführungen über den Rat als Spitalorgan für die Zeit vor der Reformation¹⁸⁴ sind auch für diese neue Epoche gültig, mit Ausnahme der Aufnahme von Kranken und einigen kleinen Änderungen in der Vermögensverwaltung.

a) Die Aufnahme von Kranken nach der Reformation

Aus alten Gschauordnungen¹⁸⁵ ergibt sich, daß im Jahre 1551 eine eigene Behörde zur Untersuchung der Kranken und Einweisung in die verschiedenen Krankenanstalten der Stadt geschaffen wurde, die sogenannte *Große Gschau*. Ihre älteste Zusammensetzung ist nicht bekannt, auf alle Fälle umfaßte sie Ärzte, Wundärzte und Vertreter der Stadtregerung, seit 1623 auch Glieder der Spitalverwaltung und des Almosenamtes¹⁸⁶. In regelmäßig jeden Dienstag stattfindenden Sitzungen hatte sie in der sogenannten Gschaustube im Spital die Aufnahme begehrenden Personen zu untersuchen, ihre Ausweispapiere zu prüfen und die Gesuchsteller je nach Befund in eine der städtischen Krankenanstalten einzuweisen. Bürgermeister oder Stadthalter, bei denen sich der alten Regelung gemäß immer noch die Kranken meldeten, erhielten Auftrag, diese nicht mehr vor Rat, sondern an den „obersten Knecht“, d. h. den Weibel zu weisen, der seinerseits die Petenten an die große Gschau weiterleitet¹⁸⁷.

Erstaunlicherweise erging am 27. April 1569 eine Ratserkenntnis, die im Gegensatz zu den genannten Gschau-Ordnungen die bisherige Krankenordnung bestätigt und bestimmt, Kranke seien „vom Herrn Bürgermeister oder Stadthalter nach syner gelegenheit für

¹⁸⁴ Vgl. S. 35ff.

¹⁸⁵ H I 307 S. 110; H II 5 StA Zürich.

¹⁸⁶ Wehrli, a.O. S. 76ff.

¹⁸⁷ H I 177d S. 73ff StA Zürich.

Rath zu lassen, und welch dann von mynen Herren uf der verordneten Herren anzeig im spital oder oetenbach zu arzneen erkannt werden, daß sellich beschehe¹⁸⁸. Diese Regelung, die mit der Gschauordnung von 1551 in offensichtlichem Widerspruch steht, scheint sich auf den Zustand zwischen der Reformation und der Errichtung der Gschau zu beziehen. In dieser Zeit hatten nämlich die Kranken zwar noch vor Rat zu erscheinen, wurden dort aber bereits durch besondere Gschauherren untersucht und erhielten eine schriftliche Bestätigung über das Resultat dieser Untersuchung¹⁸⁹. Für diese Divergenz sind zwei Erklärungen möglich: Entweder wurde im Originalwortlaut der Erkenntnis von 1569, die noch verschiedene andere Fragen des Spitalbetriebes umfaßt, nur verwiesen auf die bestehende Krankenordnung, wobei dann bei der Ausfertigung aus Versehen auf eine ältere, bereits nicht mehr gültige Ordnung zurückgegriffen wurde; die zweite Möglichkeit wäre, daß sich die neue Regelung noch längere Zeit nicht durchzusetzen vermochte und sich das alte System noch daneben oder sogar als einzige übliche Form zu behaupten vermochte. Da sich in den Ratserkenntnissen jener Jahre sozusagen keine Einweisungen von Kranken finden, scheint ein falsches Zitat eher wahrscheinlich.

Mit der Aufnahme der Kranken wurde der Gschau auch das Kontrollrecht über die Kranken im Spital übertragen, das bisher der Rat innehatte. Daß auch die Gschau von dieser Befugnis zu wenig Gebrauch machte, zeigen die immer noch häufigen Klagen über bereits genesene Kranke im Spital. Näheres über die Gschaubehörde vgl. Wehrli S. 76ff.

b) Vermögensverwaltung

Bei der Durchsicht der Ratserkenntnisse seit der Reformation gewinnt man den Eindruck, daß der Rat, viel mehr als dies vorher geschehen war, in den Gang der Ereignisse eingreift. Bis ins kleinste wird oft dem Spitalmeister vorgeschrieben, wie er seine Pflichten zu erfüllen habe; die Lieferanten für Lebensmittel, die Verteilung von Wein an die einzelnen Insassen, die Haltung von Zug- und Schlachtvieh, alles wird ihm genau vorgeschrieben. Untersucht man

¹⁸⁸ H I 257 Bl. 65 StA Zürich.

¹⁸⁹ Vgl. Wehrli a.O. S. 77.

jedoch die zahlreichen Einzelfälle auf ihren rechtlichen Gehalt, so gelangt man zur Überzeugung, daß grundsätzlich an den alten Verhältnissen nichts geändert wurde. Nach wie vor besteht nirgends eine obligatorische Mitwirkung des Rates bei Rechtsgeschäften des Spitals, nicht einmal eine obligatorische Bewilligungs-, bzw. Genehmigungspflicht. Die Intensivierung der Mitwirkung des Rates bei der Spitalverwaltung ist somit nur durch umfassenderen Gebrauch der bisherigen Kompetenzen entstanden, vor allem durch eine viel weiter reichende Aufsicht über die Pflege und den Spitalmeister.

2. Die Pfleger

Wie beim Rat, so wurde auch bei der Spitalpflege in der Reformationszeit keine grundlegende Änderung durchgeführt. Die auffallendste Neuerung ist die Erhöhung und Stabilisierung der *Pflegerzahl* auf drei Mitglieder, die sich im Urkundenmaterial seit der Reformation bis zur Neuorganisation von 1785 unverändert feststellen läßt. Diese Neuregelung wird ferner bestätigt durch eine Pflegerordnung aus dem 16. Jahrhundert, die ihrer Wichtigkeit halber vollständig im Wortlaut in den Anhang aufgenommen worden ist¹⁹⁰.

Diese Ordnung ist als grundlegende Regelung des wichtigsten und typischsten Verwaltungsorgans zugleich der Schlüssel zur ganzen Spitalverwaltung, und dies nicht nur für das 16. Jahrhundert, sondern mit einiger Vorsicht lassen sich aus dieser Ordnung auch Schlüsse auf die vorreformatorische Zeit ziehen.

Neu scheint in dieser Ordnung die Bestimmung zu sein, daß ein Pfleger aus dem großen, zwei aus dem kleinen Rat gewählt werden müssen. Leider ist auch in dieser Ordnung über die Amtsdauer nichts ausgesagt; es wird lediglich festgestellt, daß die bisherigen Pfleger krankheits- oder altershalber ihr Amt niederlegen. Ob aber eine gewisse bestimmte Amtsdauer mit Wiederwählbarkeit oder eine Wahl auf unbestimmte Zeit vorliegt, läßt sich nicht entscheiden.

Auch zur Untersuchung der *Besoldung* der Spitalpflege müssen andere Quellen, vor allem die Spitalrechnungen, herangezogen werden. Dabei läßt sich eine sehr interessante Entwicklung feststellen:

¹⁹⁰ H I 257 Bl. 141ff StA Zürich, vgl. Anhang S. 167.

Grundsätzlich ist auch nach der Reformation das Amt eines Spitalpflegers ein nicht besoldetes Ehrenamt. Wie jedoch bereits angedeutet wurde¹⁹¹, mußte im Jahr 1550 auf Klage des damaligen Spitalmeisters über mangelndes Interesse der Spitalpfleger und über ihr unregelmäßiges Erscheinen zu den Pflegersitzungen eine kleine Entschädigung eingeführt werden. Jedesmal, wenn die Pfleger durch die Geschäfte des Spitals einen ganzen Morgen beansprucht wurden und deshalb die Ratssitzung und damit das dortige Sitzungsgeld versäumten, erhielten sie zwei Batzen und ein Mittagessen. Während sich diese Entschädigung während einiger Zeit alljährlich in der Spitalrechnung nachweisen läßt, und zwar genau pro Person und Sitzung ausgerechnet, wird sie zu Anfang des 17. Jahrhunderts allmählich als fester Jahresgehalt der Pfleger und des Schreibers aufgefaßt, und zwar im Betrag von je einer Silberkrone pro Person. Der Änderung des Geldwertes entsprechend steigt der Wert dieser insgesamt vier Silberkronen pro Jahr von 13 Pfund 12 Sch. bis gegen Ende des 17. Jahrhunderts auf 16 Pfund und erscheint um diese Zeit nicht mehr unter den übrigen Besoldungen, sondern — unter den Neujahrgeschenken. In dieser Form blieb sie bis zur Neuorganisation zu Ende des 18. Jahrhunderts unverändert erhalten. Eine ähnliche Entwicklung machte übrigens auch die Entschädigung an die Rechenherren durch: Im 16. Jahrhundert erhielt jeder Rechenrat 10 Sch. bei einer gewöhnlichen Abrechnung, bei einer Amtsübergabe, die in der Regel zwei Sitzungen beanspruchte, für die zweite 16 Sch. extra. Im Jahr 1607 erscheint dann erstmals ein besonderer Posten von 8 Pf. 19 Sch. „für das Rechenmal“, 1613 wird die Entschädigung pro Person auf 25 Sch. erhöht, das Rechenmal scheint sich bereits fest eingebürgert zu haben und kostet bereits ca. 25 Pf., 1621 sogar 34 Pf. Im folgenden Jahr wurde durch Ratsbeschluß die Verabreichung des Rechenmals als zu große Belastung des Spitalamts aufgehoben und dafür den Rechenräten eine Barentschädigung über den gewöhnlichen Rechenschilling hinaus zugesprochen. Bereits 1664 erscheint jedoch wieder ein neuer Ausgabenposten in Zusammenhang mit der alljährlichen Abrechnung: Verbraucht beim Augenschein einiger Rechenherren im Spital 27 Pf.

¹⁹¹ Vgl. S. 48.

12 Sch.: die übliche Entschädigung der Rechenherren, der sogenannte Rechenschilling, ist in der Zwischenzeit ebenfalls beträchtlich angewachsen und beträgt jetzt bereits 1 fl. pro Person, d. h. 2 Pf. Darüber hinaus scheint sich ein Abendtrunk eingebürgert zu haben, der sich aus den Spitalrechnungen nicht ersehen läßt, denn 1673 stößt man auf eine besondere Vergütung „86 Pf. für den abkennten Abendtrunk“. In dieser Form bleiben dann die alljährlichen Leistungen an den Rechenrat bis zur Neuorganisation von 1785 bestehen. Gegenüber den 11 Pf. von 1569 ist der Rechenschilling samt den „Zulagen“ auf rund 150 Pf. angewachsen¹⁹²!

Die *Kompetenzen* der Spitalpflege haben sich wenig geändert, grundsätzlich hat sie die gleichen Geschäfte zu erledigen wie in der Zeit vor der Reformation: Vertretung des Spitals, damit verbunden das Recht zur Beurkundung und Siegelung der Spitalverträge; Überwachung des Betriebes, der Insassen und der Beamten, ihre Ernennung und Entlassung; Aufnahme von Pfründern und Verwaltung des Spitalvermögens. Dagegen ist eine allgemeine Tendenz zur Einschränkung dieser Funktionen feststellbar, einerseits durch die bereits erwähnte größere Aktivität des Rates, anderseits durch eine Hebung des Ansehens und der Befugnisse des Spitalmeisters. In vielen Fällen, besonders im 18. Jahrhundert, erscheint der Spitalmeister geradezu als vollberechtigtes viertes Mitglied der Spitalpflege.

3. Der Spitalmeister

Aus den Spitalrechnungen, die seit Ende des 15. Jahrhunderts ziemlich vollständig erhalten sind, können über das Amt des Spitalmeisters zahlreiche Schlüsse gezogen werden, besonders in bezug auf die Amtsdauer und die Besoldung.

Die *Amtsdauer* war bis zum Ende des 17. Jahrhunderts schwankend, nachher ziemlich konstant 9 Jahre¹⁹³. Vogel nimmt in seiner Chronik als Beginn der 9jährigen Amtsdauer ohne Angabe einer Quelle das Jahr 1689 an; dieses Datum dürfte ziemlich genau stimmen, wie sich aus den Eintragungen der Spitalrechnungen ergibt. Schwieriger ist es, die Ursache der früheren Schwankungen zu er-

¹⁹² Vgl. die Spitalrechnungen der betr. Jahre, H I 629 StA Zürich.

¹⁹³ Vgl. Tabelle S. 105.

klären. Beim Übergang des Spitalamts von Rudolf Kambli auf Heinrich Thomann im Jahr 1547 wird ausdrücklich von Spitalmeister Kambli ausgesagt „als er nach miner Herren satzungen das ambt 6 jar verwaltet“. Wie die Tabelle zeigt, kamen jedoch ohne ersichtlichen Grund auch längere und kürzere Amtsperioden vor, so daß kaum aus dieser einen Stelle auf eine gesetzlich bestimmte Amtsdauer von 6 Jahren geschlossen werden kann¹⁹⁴. Maßgebend für eine Bestimmung der Amtsdauer sind nur die Spitalmeister, die nicht während der Amtszeit verstorben sind. Ein weiterer wichtiger Grund für die vorzeitige Aufhebung des Amtsverhältnisses bildete der Tod der Spitalmeisterin, z. B. bei Gabriel Kippenhan 1576—1583.

Die *Besoldung* des Spitalmeisters betrug, wie wir bereits gesehen haben, seit 1575 100 Pf. zuzüglich 20 Pf.¹⁹⁵ für die Spitalmeisterin und freie Station im Spital. Bei der ersten Jahresrechnung von Spitalmeister Hans Schellenberg im Jahr 1680 wurde diese Besoldung laut Spitalrechnung verdoppelt. Interessanterweise findet sich dafür nirgends eine rechtliche Grundlage; weder in der Sammlung von Ratserkenntnissen im Spitalarchiv¹⁹⁶, noch in den Ratsmanualen findet sich eine Erklärung für diese Gehaltserhöhung. Der Bucheintrag in der betr. Spitalrechnung¹⁹⁷ lautet: „120 Pf. verehrten mir m. gn. H. die verordneten Rechenherren, als ich min l. amtsrechnung abgelegt den 3. Juni nach altem bruch 120 Pf. gehören auch mir bestimmte belohnig“. Diese und ähnliche Formulierungen, die auf eine außerordentliche, freiwillige Zuwendung seitens der Rechenherren an den jeweiligen Spitalmeister schließen lassen, finden sich noch lange. Noch bis zum Ende des 18. Jahrhunderts lassen sich die beiden verschiedenen Teile des Spitalmeistereinkommens feststellen: Bei Wechsel im Spitalamt während eines Rechnungsjahres erhält der abgehende Spitalmeister 100 Pf. und seine Frau 20 Pf. (d. h. die ehemalige „verehrung“), dazu noch die Hälfte des ordentlichen Spitalmeistereinkommens von 120 Pf., also 60 Pf. Der neue Spital-

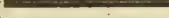
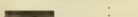
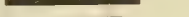
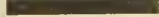
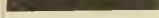
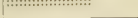
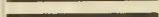
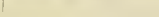
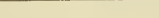
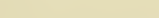
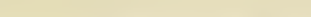
¹⁹⁴ Eine solche wäre zwar naheliegend und der Amtsdauer anderer Ämter entsprechend.

¹⁹⁵ Vgl. Anm. S. 179.

¹⁹⁶ H I 257ff StA Zürich.

¹⁹⁷ H I 629, A. 1680 StA Zürich.

Die Spitalmeister von der Reformation bis 1785 und ihre Amtsdauer

Name	Spitalmeister	Amtsdauer								
		2	4	6	8	10	12	14	16	18
Heinrich Thomann	1526—1534									
Hans Habersath	1535—1536									
Hans Lindiner	1537—1541									
Rudolf Kambli	1541—1546									
Heinrich Thomann	1547—1556									
Mathias Schwarzenbach	1557									
Jörg Stadler	1558—1564									
Heinrich Peyer	1565—1568									
Heinrich Trüb	1569—1574									
Gabriel Kippenhahn	1576—1583									
H. Jakob Kilchsperger	1584—1592									
H. Rudolf Wegmann	1593—1603									
Hans Bertschinger	1604—1611									
H. Balthasar Bodmer	1612—1618									
Caspar Schinz	1619—1625									
Hans Felix Trüb	1626—1634									
H. Heinrich Spöndli	1635—1651									
H. Rud. Schaufelberger	1652—1659									
H. Jakob Scheuchzer	1660—1669									
H. Heinrich Wegmann	1670—1678									
Hans Schellenberg	1679—1684									
J. Jakob Wolf	1685—1692									
H. Martin Wegmann	1693—1701									
H. Jakob Brunner	1702—1710									
Hans Rudolf Koller	1711—1717									
J. Georg Nüscherer	1718—1726									
J. Heinrich Thomann	1727—1735									
Johann Jakob Fries	1736—1740									
Johann Jakob Weiß	1741—1749									
Johann Caspar Meyer	1750—1758									
Johannes Weber	1759—1767									
H. Heinrich Hofmeister	1768—1786									

 Beendigung der Amtszeit durch Tod.

 Beendigung der Amtszeit durch Ablauf der Amtsdauer, durch Rücktritt, Entlassung oder aus unbekannten Gründen.

meister, der immerhin mehr als die Hälfte des Rechnungsjahres im Amt war, dagegen nur die andere Hälfte der Besoldung, d. h. 60 Pf.

Seit der Reformation lassen sich auch zahlreiche Nebeneinkünfte feststellen, die im Lauf der Zeit geradezu zu einem festen Bestandteil des Einkommens werden, wie vor allem der sogenannte Abzug. Es handelt sich dabei um eine einmalige Entschädigung an den abtretenden Spitalmeister und seine Frau von 100 + 30 Pf. Lebt einer der Ehegatten nicht mehr, so wird sein Anteil an seine Erben ausbezahlt. Während dieser „Abzug“ schon seit 1584¹⁹⁸ regelmäßig nachweisbar ist, erscheint seit 1660 eine neue Form von Entschädigung: Den Erben eines im Amt verstorbenen Spitalmeisters¹⁹⁹ werden die Auslagen für Arztkosten gedeckt, und zwar ursprünglich die effektiven Kosten auf den Heller genau, später wird eine Pauschalentschädigung für Arzt- und Apothekerkosten im Betrag von 180 Pf. eingeführt²⁰⁰.

Außer diesen regelmäßig auftretenden Zulagen finden sich außerdem noch Extrabesoldungen für außerordentliche Leistungen eines Spitalmeisters oder seiner Frau: Für Mehrarbeiten infolge von Neubauten 1581, 1608, 1609, 1616, 1622 je 50—200 Pf., für aufopfernde Pflege an die Spitalmeisterin 1612 150 Pf., 1746 60 Pf. etc., und als Einzelfall wird 1604 dem Spitalmeister H. Wegmann bei seinem Rücktritt eine besondere Zulage von 100 Pf. zugesprochen, weil er nie Wein getrunken und somit dem Spital viele Kosten erspart habe²⁰¹!

Daß bei dieser reichen Entlohnung das Amt eines Spitalmeisters ziemlich begehrt war, zeigt sich deutlich in drei Einträgen bei den Ratserkanntnissen des 17. Jahrhunderts. Am 12. Januar 1685 wird der neuernannte Spitalmeister Wolff von den „Herren Verordneten zu dem Kriegsfond“ freundlich, aber bestimmt daran erinnert, daß er an diesen Fonds einen von „m. gn. H. bestimmten Ehren-Bytrag von 50 Pf.“ zu entrichten habe. Er solle das Geld zu vorgeschriebener Zeit auf das Rathaus bringen; im übrigen beglückwünscht man ihn aufs herzlichste zu seiner Ernennung. Spitalmeister Wolff schien sich in seinem Amt bereits zu sicher zu fühlen, um dieser

¹⁹⁸ Übergang des Spitalamts von G. Kippenhahn auf H. J. Kilchsperger.

¹⁹⁹ In diesem Fall Spitalmeister Schaufelberger.

²⁰⁰ H I 629 Jahrg. 1670, 78, 85 etc. StA Zürich.

²⁰¹ H I 629 Jahrg. 1604 StA Zürich.

Mahnung Folge zu leisten, da noch eine zweite und sogar eine dritte Mahnung durch den Rat selbst ergingen, in immer schärfer klingender Befehlsform²⁰². Es ist dies der einzige Fall, der auf einen Erwerb des Spitalmeisteramts durch Bestechung schließen läßt, können doch diese Tatsachen kaum anders denn als Amtskauf gedeutet werden. Spätere Ratserkenntnisse an die Adresse von Spitalmeister Wolf zeigen übrigens deutlich, daß dieser auch in anderen Fällen alle Mittel anwendete, um seinen Willen durchzusetzen. So sind ihm Weigerungen nachweisbar, gewisse Personen in den Spital aufzunehmen²⁰³, ja sogar Entschuldigungen der Spitalpflege, wenn sie nicht im Sinne des Spitalmeisters handelt²⁰⁴!

Daß im allgemeinen das Spitalamt an den Meistbietenden verkauft wurde, ist nicht anzunehmen, im Gegenteil wurden vom Rat oft erhebliche Konzessionen gemacht, um besonders geeignet scheinende Männer für das Amt zu gewinnen. So wurde beispielsweise 1634 dem Zunftmeister Spöndli gestattet, auch nach Erlangung des Spitalamts sein Mandat im kleinen Rat weiterhin beizubehalten, entgegen den ausdrücklichen Rechtsnormen, weil er dem Rat für diesen Posten besonders tüchtig erschien. Dieselbe Vergünstigung wurde dann natürlich auch von seinen Nachfolgern im Spitalamt gefordert und blieb bis zur Spitalreform von 1785 allgemein üblich²⁰⁵.

Auch die *Kompetenzen* des Spitalmeisters wurden durch die Reformation nicht wesentlich geändert: dem Anwachsen des Spitalbetriebes entsprechend wuchs auch der Aufgabenkreis, ferner wurde das Ansehen des Spitalmeisters beträchtlich gehoben, nicht zuletzt durch einzelne hervorragende Persönlichkeiten, die das Amt bekleideten, wie z. B. Heinr. Thomann (1526—1534) und der bereits genannte Heinrich Spöndli (1635—1651). Der Spitalmeister erscheint nun nicht mehr wie zur Zeit vor der Reformation als ein der Pflege in allem unterstellter Beamter, sondern weit mehr als fast ebenbürtiger Mitarbeiter der Pfleger mit genau bestimmten, eigenen Kompetenzen. Wie weit dies der Fall war, mag eine Ratserkenntnis aus

²⁰² H I 262 Bl. 149, 178, 246 StA Zürich.

²⁰³ H I 262 Bl. 389 StA Zürich.

²⁰⁴ H I 262 Bl. 382 StA Zürich.

²⁰⁵ H II I StA Zürich, Gutachten betr. Spitalreform 1785.

dem Jahr 1704 zeigen. Beim Rücktritt von Spitalmeister Wegmann wird vom Rat bestimmt, daß er, um seine große Sachkenntnis und Erfahrung weiterhin dem Spital zukommen zu lassen, regelmäßig zu den Sitzungen der Spitalpflege beigezogen werden solle, wenn auch nur mit beratender Stimme und mit der ausdrücklichen Bestimmung, daß er bei Freiwerden einer Pflegerstelle nicht in diese nachrücken solle²⁰⁶.

4. Übrige Spitalbeamte

a) Der Schreiber

Soweit sich dies überhaupt feststellen läßt, wurden durch die Reformation die Rechte und Pflichten des Spitalschreibers kaum geändert, seine Kompetenzen bleiben die gleichen und wachsen einfach mit der allgemeinen Vergrößerung des Spitals. Eine geregelte Amtsdauer scheint nicht mehr zu bestehen, denn regelmäßig wird bei einem Wechsel im Spitalschreiber-Amt als Grund hohes Alter, Krankheit oder Tod des bisherigen Schreibers angegeben. Die Besoldung besteht nach wie vor in einem Fixum in Geld, neben das noch verschiedene Zulagen für besondere Arbeiten treten, z. B. Einrichtung neuer Urbarien und Bücher und ein gleiches Sitzungsgeld für die Teilnahme an den Pflegersitzungen, wie es die Pfleger selbst beziehen. Als Anpassung an den veränderten Geldwert wird nicht eine Erhöhung des Fixums vorgenommen, sondern dem einzelnen Schreiber persönliche Zulagen zugesprochen. Im 18. Jahrhundert endlich erhält der Schreiber noch eine Entschädigung in Natura für das Nachtessen, das er trotz seiner Berechtigung dazu nicht mehr im Spital einnimmt²⁰⁷.

b) Übrige Unterbeamte

Der stetigen Vergrößerung des Spitalbetriebs mußte natürlich auch eine entsprechende Zunahme des Beamtenstabes und der Diensten folgen, ebenso der Geldentwertung eine Steigerung der Löhne. Die rechtliche Stellung dieser Unterbeamten jedoch blieb sich gleich, unverändert auch die Art ihrer Bestellung und Entlassung, die Kontrolle durch die oberen Spitalorgane und im wesentlichen auch die Kompetenzen der einzelnen Unterbeamten.

²⁰⁶ H I 264 Bl. 136 StA Zürich.

²⁰⁷ H I 629 Jahrg. 1777 StA Zürich.

Nach einem Register aus dem Jahr 1600 waren damals an Unterbeamten und Diensten folgende Personen im Spital tätig²⁰⁸:

Männliche		Weibliche	
1	Baumeister	1	Kellermeisterin
1	Kornmeister	2	Köchinnen
1	Obermüller	1	Unterjungfrau
1	Untermüller		
1	Oberpfister		
1	Unterpfister		
1	Kellermeister		
2	Oberkarrer		
1	Oberster Werkmeister		
2	Sennen		
10	Knechte		
22	männliche	4	weibliche

an welche neben freier Station im Spital sowie Beiträgen an Naturalien und Kleidern (Schuhen) insgesamt 569 Pf. 18 Sch. bar ausbezahlt wurden.

Die erste Aufstellung über das Pflegepersonal i. e. S., die nach Gebäuden und Räumlichkeiten geordnet Auskunft gibt über Anzahl, Art und Besoldung der Krankenwärter, stammt aus dem Jahr 1736. In der Spitalrechnung dieses Jahres nämlich wird bemerkt, daß aus „Erkenntnus der Herren Pflegeren“ die „Brotväter und Abwarten“ nicht mehr wie bisher durch Austeilung von sogenannten Gottesgaben entschädigt werden sollten, sondern durch eine feste Besoldung, auszahlbar auf „Kilbi und Wiehnacht-Fronfasten“, und es folgt die erwähnte Aufstellung. Demnach waren in der eigentlichen Krankenpflege insgesamt 38 Personen tätig, zu einem Gesamtlohn von 155 Pf. 10 Sch., und zwar:

Männer		Lohn	Frauen		Lohn
3	Brotväter	je 6 Pf.	2	Köchinnen	je
4	Leser	je 1 Pf.	2	„Thorenmütter“	4-5 Pf.
9	Krankenwärter	3-5 Pf.	18	Krankenwärterinnen	
16	Männer		22	Frauen	

²⁰⁸ H I 629 Jahrg. 1600 StA Zürich.

Im Jahr 1750 ist die Zahl dieses Pflegepersonals bereits beträchtlich angewachsen und umfaßt 49 Personen, davon²⁰⁹:

Männer		Frauen	
4	Brotväter	2	Köchinnen
5	Leser	2	Thorenmütter
10	Krankenwärter	26	Krankenwärterinnen
19	Männer	30	Frauen

C. Die kirchlichen Verhältnisse am Spital nach der Reformation

1. Allgemeines

Da mit der Reformation die Auffassung des Spitals als Anstalt des kirchlichen Rechts erlöscht, ändern sich die kirchlichen Verhältnisse im Spital ziemlich stark. Vor allem werden Spital und Spitalkapelle aus der Hierarchie der katholischen Kirche herausgelöst und damit vom Großmünster weitgehend unabhängig. Die Kollatur der Propstei wird aufgehoben, dagegen bleibt der Spital grundsätzlich noch im Pfarrbezirk Großmünster. Im Gegensatz dazu wurde durch die Reformation die Inkorporation der Kirche St. Peter in den Spital nicht berührt und blieb, mit einigen Änderungen, bis zum Loskauf im Jahr 1832 bestehen.

Es sind daher im folgenden zwei Fragenkomplexe näher zu untersuchen, einerseits das Schicksal der Spitalkapelle und ihres Geistlichen in Verbindung mit der neu entstehenden Prediger-Kirchgemeinde und anderseits das Verhältnis des Spitals zur Kirche St. Peter und ihren ehemaligen Filialen.

2. Die Prediger-Kirchgemeinde

Mit der Aufhebung des Predigerklosters am 3. November 1524 hörte der Gottesdienst in der zugehörigen Klosterkirche auf. Da sie ausschließlich den Klosterinsassen gedient hatte, wurde das umliegende Quartier von dieser Aufhebung nicht berührt, es war nach

²⁰⁹ H I 629 StA Zürich.

wie vor im Großmünster pfarrgenössig. Die Stelle des Spitalpriesters wurde beibehalten, wie bisher hatte ein besonderer Geistlicher die Kranken im Spital zu besuchen und für sie Gottesdienste in der dazugehörenden Spitalkapelle zu halten. Seltsam mutet es uns heute an, daß im Jahr 1533 für diese Stelle ein „Doctor Andreas Bodenstein von Carlstadt, wol gelehrter mann, der sich wegen syner frömden sprach nicht zum Lütpriester eignet“²¹⁰ zum Spitalpfarrer ernannt wird. Ob nicht bei diesen vorwiegend alten, kranken Leuten die fremde Sprache ein ebenso großes Mißfallen auslöste wie in einer Gemeinde?

Bald wurde es üblich, daß ein Teil der Bewohner der beiden Wachten Niederdorf und Neumarkt den Gottesdienst in der Spitalkapelle statt im Großmünster besuchte; wegen Platzmangel wurde daher beschlossen, daß im Jahr 1544 die sonntägliche Predigt ins Chor der Predigerkirche verlegt werden solle. Der Geistliche erhielt nun den Titel: Prädikant zu den Predigern und im Spital²¹¹, hatte aber einstweilen nur gottesdienstliche Funktion, alle anderen kirchlichen Handlungen wie Taufen, Trauungen etc. blieben nach wie vor dem Pfarrer vom Großmünster vorbehalten²¹². Erst 1614 erfolgte eine vollständige Lostrennung vom Stift: eine vollberechtigte neue Kirchgemeinde wurde geschaffen. Nach dieser Neuordnung sind an der Predigerkirche ein Pfarrer und ein Helfer oder Diakon tätig, diesem wird ausdrücklich die Aufgabe zugewiesen, die Kranken im Spital zu besuchen und ihnen zu predigen. Der Pfarrer wird vom kleinen Rat, der Helfer von der Spitalpflege gewählt. Daß diese Pfarrwahl nicht durch die Gemeinde erfolgte, entspricht durchaus den damaligen Verhältnissen und war auch in den meisten anderen Kirchgemeinden so üblich. Es soll hier ein kurzer Überblick gegeben werden über die kirchlichen Verhältnisse im Kanton Zürich, für nähere Ausführungen sei auf die Arbeit von C. Pestalozzi verwiesen²¹³.

²¹⁰ Egli, F., a.O. Nr. 2002.

²¹¹ Nüscheler, A., a.O. S. 399ff.

²¹² v. Orelli, A., Geschichte der Kirchgemeinde St. Peter in Zürich, S. 31ff.

²¹³ Pestalozzi, C., Das zürcherische Kirchengut in seiner Entwicklung zum Staatsgut.

Wie im ganzen deutschen Rechtsgebiet war auch in Zürich das *Patronat* die Grundlage der gesamten Weiterentwicklung. Unter *Patronat* versteht man die Gesamtheit der Rechte und Pflichten eines bestimmten Dritten, des Patrons, an einer Kirche. Als wichtigste *Rechte* sind dabei zu nennen:

1. Die Kollatur oder wenigstens Präsentation des Geistlichen²¹⁴.
2. Der Bezug aller Einkünfte der betreffenden Kirche und der ihr zugehörenden Grundstücke, nachweisbare Rechte Dritter vorbehalten.
3. Verschiedene Ehrenrechte, wie Prozessionsrecht, Sitz im Chor, Recht, das Wappen in der Kirche anzubringen etc.²¹⁵.

denen als wichtigste *Pflichten* gegenüberstehen:

1. Als ursprüngliche Hauptpflicht, die das Patronat überhaupt erst begründete: Bau einer Kirche und Ausstattung derselben mit genügenden Mitteln (Dotation).
2. Verwaltung, Vertretung und Verteidigung der Kirche und ihres Vermögens.
3. Mindestens teilweise Unterhaltungspflicht für Kirche, Pfarrhaus und den Geistlichen, entsprechend dem mehr oder weniger großen Bezug von Einkünften.

Das Patronat als Ganzes war *res in commercio*: nach charakteristisch deutschrechtlicher Vorstellung an ein bestimmtes Grundstück gebunden und durch dieses verkörpert, wurde es mit diesem Rechtsobjekt und damit Gegenstand von Rechtsgeschäften unter Lebenden und von Todes wegen.

Als Patron konnten dabei alle nur denkbaren Rechtssubjekte auftreten: in erster Linie Klöster und Kirchen, die sehr oft das Patronat originär durch Stiftung neuer Kirchen erwarben, natürliche Personen, weltliche und geistliche Korporationen und endlich der Staat, der immer mehr die bestehenden Patronate an sich zog. Zum Teil

²¹⁴ Pestalozzi geht mit seiner Behauptung, daß im Kanton Zürich überall Kollatur, d.h. freie Besetzung ohne Mitwirkung des Bischofs bestanden habe, entschieden zu weit. Die Fälle von bloßer Präsentation waren sogar sehr häufig.

²¹⁵ Vgl. Pestalozzi S. 5.

fielen sie ihm eo ipso als Universalsuccessor der säkularisierten Klöster zu, zum Teil wurden sie, besonders zur Zeit der Reformation, bewußt erworben, um der neuen Lehre durch Einsetzung geeigneter Prediger möglichst überall Eingang zu verschaffen. Bei diesem Einzelerwerb stehen einander zwei Formen gegenüber: Der Ankauf von Patronaten umfaßte neben der Stellenbesetzung auch die Vermögensrechte, d. h. das Recht auf Bezug der Zehnten und Zinsen; der Erwerbende, in unserem Falle der Rat, hatte daher beträchtliche Zahlungen an den bisherigen Patron zu entrichten. Die zweite Form, die besonders in späterer Zeit üblich wurde, ist nicht ein Kauf, sondern eine Schuldübernahme durch den neuen Patron ohne Erwerb der ursprünglich dazu gehörenden Einnahmen. Der Staat übernimmt vom bisherigen Patron die Verpflichtung, für Pfarrer und Pfarrhaus und eventuell für die Kirche aufzukommen gegen Entrichtung einer sogenannten Loskaufsumme, die dem kapitalisierten Wert der durchschnittlichen Jahreskosten entspricht.

Der damaligen Tendenz folgend, auch rein kirchliche Angelegenheiten dem Staat zu unterstellen, übernahm dieser auch regelmäßig das Patronat an neugegründeten Kirchen, im Gegensatz zum alten kanonischen Recht, das dieses Recht der bisherigen Mutterkirche zuteilte.

Damit ist aber bereits ein doppelter Rechtsgrund für die Pfarrwahl an der Predigerkirche durch den Rat gegeben: Einerseits ist er Universalnachfolger aller Klöster, also auch Träger aller Rechte, die vom aufgehobenen Predigerkloster herrührten und nicht mit den Gebäulichkeiten an den Spital übergegangen waren, anderseits ist er nach allgemeinem Brauch auch Patron dieser neugegründeten Pfarrkirche.

Die starke Ratsabhängigkeit der neuen Kirchgemeinde zeigt sich nicht nur in der Pfarrwahl, sondern in ihrer ganzen Organisation. In den meisten Gemeinden unter dem Patronat des Rates besteht neben dem Beneficium, dem Pfrundgut, das in den Händen des Rates liegt und zur Besoldung des Geistlichen verwendet wird, ein Kirchengut im engeren Sinne, die *fabrica ecclesiae*. In Eigentum und Verwaltung der Kirchgemeinde, ist es bestimmt zur Bestreitung von Baukosten und der Auslagen für Gottesdienst und Schule etc. Zur Verwaltung dieses Kirchenguts bestand in der Regel nicht eine

eigene Stelle, sondern sie wurde dem Stillstand, der nachmaligen Gemeindekirchenpflege, überlassen. In der Gemeinde Predigern, die außer der sogenannten Stadtgemeinde (den beiden Wachten Niederdorf und Neumarkt) auch die Dörfer Fluntern, Ober- und Untersträß umfaßte, fehlte sowohl ein Kirchengut, als auch ein Gesamtstillstand. Jeder der vier Teile hatte einen eigenen Stillstand, dem jedoch ausschließlich kirchen- und sittenpolizeiliche Bedeutung zukam. Erst 1833 erfolgte dann durch das Gesetz über die kirchlichen Verhältnisse der Stadt Zürich und der dahin kirchengenössigen Landgemeinden eine Neuregelung, die der Kirchgemeinde das Recht brachte, Pfarrer und Sigrist zu wählen, während die Ernennung der sogenannten Katecheten und der Totengräber den vier Teilgemeinden und die Wahl des Helfers der Stadtgemeinde allein zustand. Nach wie vor blieben aber Kirche und Pfarrhaus Eigentum des Staates, und ein eigenes Kirchengut fehlte.

3. Das Verhältnis des Spitals zur Kirchgemeinde St. Peter

Wie bereits angedeutet, ließ die Reformation die Inkorporation der St. Peterskirche samt ihren Filialen in den Spital unverändert bestehen, unverändert blieb damit auch das Verhältnis des Spitals zur Kirchgemeinde St. Peter. Nach wie vor bleibt diese berechtigt, ihren Seelsorger, den Pfarrer von St. Peter, selbst zu wählen²¹⁶, sie verwaltet ferner das Kirchengut i. e. S., die *fabrica ecclesiae*, während das ehemalige Pfrundgut, das *beneficium*, im Eigentum und unter der Verwaltung des Spitals steht, noch vermehrt durch Aufhebung von zwei Kaplaneipfründen, die ebenfalls an den Spital fallen. Aus dem Ertrag dieses Kapitals und den dazu gehörenden jährlichen Einkünften hat der Spital die Besoldung der Geistlichen, des Sigrists und des Totengräbers zu bestreiten, während das Kirchengut zur Deckung der Baukosten an der Kirche und den Häusern des Helfers und des Totengräbers, sowie zur Bestreitung der Kosten für Gottesdienst und Schule dienen muß. Einen weiteren Beitrag an die Besoldung der beiden Geistlichen leistete in späterer Zeit der Staat, als sich zeigte, daß das Einkommen des ehemaligen

²¹⁶ Als einzige Ausnahme im Kanton Zürich vom oben dargestellten Patronatsrecht.

Leutpriesters nicht für einen reformierten Geistlichen mit seiner ganzen, oft zahlreichen Familie ausreiche.

An der St. Peterskirche bestanden nach der Reformation folgende Ämter:

1. Der Pfarrer (an Stelle des früheren Leutpriesters)
2. Der Diakon oder Helfer (statt der früheren Kaplane)
3. Der Sigrist
4. Der Totengräber
5. Die Katecheten, die seit 1661 die Erteilung der Kinderlehre in den Ausgemeinden sowie die Nachmittagspredigt in der St. Peterskirche an Festtagen zu übernehmen hatten²¹⁷.

Als kirchliche Gemeindebehörde amtierten, als ganz einmalige Ausnahme, zwei Stillstände, von denen der kleinere die eigentliche Aufsichts- und Verwaltungsbehörde darstellte. Er bestand aus dem jeweiligen Kirchenpfleger als Präsidenten, drei Herren aus dem kleinen Rat, drei Herren aus dem großen Rat, drei aus der Bürgerschaft und 5 Vorgesetzten aus den Ausgemeinden (Wiedikon, Enge und Sihlgemeinde) und den beiden Geistlichen. Zum größeren Stillstand gehörten neben den Mitgliedern des engeren Stillstandes auch alle in der Kirchgemeinde wohnhaften oder dort begüterten Mitglieder des kleinen Rates, der Pfleger des Siechenhauses St. Jakob an der Sihl, der Spitalmeister und der Stadtschreiber. Diese Behörde hatte alle wichtigeren Geschäfte, die Abnahme der Kirchengutsrechnung, die Vorbereitung von Wahlen etc. zu erledigen²¹⁸.

Wie besonders in der Arbeit von Konrad Furrer²¹⁹ immer wieder betont wird, führte die Unterstellung der Kirche St. Peter unter den Spital und die damit verbundene finanzielle Abhängigkeit der Geistlichen von der Spitalpflege oft zu Streitigkeiten. Im Jahr 1832 wurde daher endlich eine klare und saubere Lösung gefunden durch die Abtrennung der Kirchgemeinde vom Spital. Jedes Mitspracherecht der Spitalpflege, aber auch alle finanziellen Verpflichtungen des Spitals hörten damit auf, gleichzeitig wurde auch die Beitragspflicht des Staates an die Besoldung der beiden Geistlichen losgekauft. Als

²¹⁷ In der Regel Theologiestudenten.

²¹⁸ v. Orelli, a.O. S. 12.

²¹⁹ Furrer, K., Geschichte der Kirche und Gemeinde St. Peter Zürich.

Gegenwert für diese nicht mehr geleisteten Beiträge mußte eine Abfindungssumme an die Kirchgemeinde St. Peter entrichtet werden, über deren Höhe noch ein letzter Streit entbrannte zwischen Kirchgemeinde einerseits und Spital und Staat anderseits. Die Beträge der bisher geleisteten Zahlungen waren unbestritten und betrugen:

Besoldung von	Staat				Spital		
	Geld g	Korn Mütt	Hafer Mlter	Wein Eimer	Geld g β	Korn Mütt	Hafer Mlter
Pfarrer	120	50	10	28	47.8	20	4
Diakon	5	8	—	16	47.8	20	4
Sigrist					40	22	6
Totengräber					36	18	2
total	125	58	10	44	170.16	80	16

Auch die Art der Kapitalisierung dieser Zahlungen bereitete keine Schwierigkeiten, da allgemein ein Zinsfuß von 4% üblich war. Der eigentliche Streit drehte sich um die Bewertung der Naturalbeiträge. Wie es im Lauf der Spitalgeschichte oft festgestellt werden kann, drang auch hier die Ansicht des Spitals als des mächtigeren durch, um so mehr, als diesmal noch der Staat auf seiner Seite stand. Der Ansatz der Spitalpflege und des Rates wurden gegenüber einem bedeutend höheren Vorschlag der Kirchgemeinde als anwendbar erklärt. Es wurden demnach berechnet:

1 Mütt Korn	=	8.—	Fr. alter Währung
1 Malter Hafer	=	10.—	Fr. „ „
1 Eimer Wein	=	8.—	Fr. „ „
Beitrag des Spitals total	23 426.—	Fr.	„ „
Beitrag des Staates total	25 400.—	Fr.	„ „
Im Ganzen	48 826.—	Fr.	„ „

Konrad Furrer nennt einen bedeutend höheren Betrag; vermutlich hat er noch weitere, damals erfolgte Rückkäufe von Pflichten des Staates gegen St. Peter miteinbezogen.

Mit dieser Ausscheidung fand eine jahrhundertealte, nach unserem heutigen Rechtsempfinden völlig unangebrachte Vermischung von kirchlichen und weltlichen Interessen ihr Ende.

4. Der Spital und die ehemaligen Filialkirchen von St. Peter

Bei der Übernahme von St. Peter durch den Spital im Jahr 1379 gehörten der Mutterkirche St. Peter drei Filialkirchen an: Die Kirche von Schlieren und die Kapellen von Altstetten und Leimbach. Da sich die Verhältnisse dieser Tochterkirchen in der Folge recht verschieden gestalteten, sollen sie hier kurz angedeutet werden²²⁰.

a) *Leimbach*

Es handelt sich hier nach den Angaben Nüschelers um eine 1314 erstmals erwähnte, dem St. Aegidius geweihte Kapelle, die vor allem als Gotteshaus für die Burg Manegg und die Lehenhöfe der Familie Manesse bestimmt war. Es wurde darin von einem eigenen, der Pfarrkirche St. Peter unterstellten Kaplan die Messe gelesen, bis nach Verfall der Burg Manegg und teilweiser Aufgabe der Lehenhöfe die Kapelle mit dem Rest der Höfe²²¹ an das Kloster Selnau verkauft wurde. Durch die Säkularisation gelangte die Kapelle dann an den Spital und wurde endlich im Jahr 1555 in bereits zerfallenem Zustand durch die Spitalpflege weiterverkauft, ohne daß sie je wieder als Gotteshaus gedient hätte.

b) *Schlieren*

Schon 1245 wird der Bestand einer Kirche in Schlieren urkundlich belegt und durch Schiedsrichter als Filiale von St. Peter bezeichnet²²². Die Kirche wurde durch den Leutpriester von St. Peter in offener Pastorisation versorgt, bis kurz vor der Reformation der Wunsch nach einem eigenen Leutpriester in Schlieren immer dringender wurde. 1498 wurde unter Vermittlung des Rates durch die Spitalpflege die Bestellung eines eigenen Leutpriesters gestattet, 1511 obrigkeitlich bestätigt und die Lostrennung von St. Peter vollzogen²²³. Während ursprünglich der Gemeinde das Recht zur Pfarr-

²²⁰ Die nachfolgenden Angaben sind teils Nüscher, Gotteshäuser der Schweiz, teils der Geschichte von St. Peter von v. Orelli entnommen.

²²¹ Als bekanntester davon der Höckler, der bis ins 19. Jahrhundert dem Spital gehörte.

²²² UB Zürich Nr. 619 Bd. II S. 125.

²²³ C II 18 Nr. 996 u. 1039 StA Zürich.

wahl eingeräumt wurde, war es seit der Reformation der Rat, welcher die Besetzung des Amtes vornahm. Die Vermögensrechte wurden dabei dem bisherigen Patron, dem Spital, belassen, so daß in den Spitalrechnungen regelmäßig einerseits der Zehnten von Schlieren, anderseits die Besoldung des dortigen Pfarrers und Baukosten für Kirche und Pfarrhaus zu finden sind. Der Spital war jedoch nicht allein zur Instandhaltung dieser Gebäude verpflichtet; bei größeren Renovationsarbeiten finden sich in den Spitalakten immer wieder Belege dafür, daß auch die Grafschaft Baden, auf deren Territorium Schlieren lag, einen Teil dieser Kosten zu tragen hatte. Bei den zwischen dem Spital und Baden entstehenden Streitigkeiten über die Höhe der beidseitigen Leistungen mußte gewöhnlich der Rat vermittelnd eingreifen, oft unter Übernahme eines Teils der Kosten²²⁴.

c) Altstetten

Ähnlich wie bei Schlieren hatte auch in Altstetten der Spital als Patron der Mutterkirche St. Peter die Patronatsrechte an der dortigen Kapelle inne. Auch hier erfolgte früh eine Loslösung von St. Peter, wobei die einzelnen Teile des ehemals ganzen Patronatsrechts in verschiedene Hände gelangten. Im Jahr 1529 wurde der Gemeinde ein eigener Pfarrer bewilligt, dessen Ernennung dem Rat zustand, der aber, im Gegensatz zu Schlieren, auch von diesem besoldet wurde. Die Baupflicht an Kirche und Gemeinde wurde dagegen bei Gründung der neuen Pfarrstelle vertraglich der Gemeinde überbunden, da die Zehntenrechte weiterhin dem Spital verblieben und der Rat daher keine entsprechenden Einkünfte erwerben konnte. Für die Unterhaltskosten haftete auf diese Weise die *fabrica ecclesiae*, subsidiär die Gemeinde.

5. Der Spitalfriedhof

In engem Zusammenhang mit den andern kirchlichen Verhältnissen steht auch die Frage des eigenen Kirchhofrechts. Dem Spital Zürich war schon früh, im Jahre 1504, im Kirchhof des Predigerklosters ein Begräbnisrecht für seine Insassen eingeräumt worden.

²²⁴ H I 265 Bl. 201 u. H I 266 Bl. 75 StA Zürich.

Als dieser Raum zu klein wurde, mußte im Jahr 1541 der Spitalgarten zur Erweiterung des Predigerfriedhofs benutzt werden. Mit der Zeit wurde aber der Zustand eines gemeinsamen Begräbnisplatzes für den Spital und die immer mehr anwachsende Kirchengemeinde Predigern unhaltbar, und 1629 wurde erkannt, daß der bisherige Kirchhof nur noch für die Predigergemeinde reserviert sein solle; für den Spital sei vor der Stadt, bei St. Leonhard, ein neuer, eigener Friedhof zu errichten²²⁵. Auch die sogenannten Ausgemeinden Fluntern, Ober- und Unterstraß bekamen Weisung, eigene Begräbnisstätten anzulegen.

D. Die ärztliche Fürsorge

Im Abschnitt über die Kompetenzen des Rates²²⁶ wurde bereits die Entstehung und Funktion der Gschaubehörde geschildert. Eine kurze Darstellung der Funktionen der verschiedenen Ärzte am Spital, die auch für die Zeit nach der Reformation Gültigkeit hat, steht im Abschnitt über die ärztliche Fürsorge im Spital vor der Reformation²²⁷, so daß hier nur noch einige wenige Bemerkungen anzubringen sind²²⁸.

Eine gewisse Änderung gegenüber der früheren Zeit ergibt sich in der Rechtsstellung des Spitalarztes. Während derselbe unter der Bezeichnung Spitalscherer ursprünglich ganz in die Spitalverwaltung eingegliedert und dem Spitalmeister und den Pflegern rechenschaftspflichtig war, unterstand er später nur noch der großen Wundgschau und ihrem Präsidenten, dem ersten Stadtarzt, sowie dem Rat, dem er nach erfolgter Ernennung seinen Eid abzulegen hatte. Seine Besoldung trug ursprünglich das Seckelamt, durch eine Erkenntnis von 1558 wurde sie dem Almosenamt auferlegt²²⁹. Im Jahr 1639 wurde eine Neuregelung getroffen über die Verteilung verschiedener Lasten

²²⁵ H I 258 Bl. 85 StA Zürich.

²²⁶ Vgl. S. 99.

²²⁷ Vgl. S. 81ff.

²²⁸ Für genauere Angaben vgl. Wehrli, G., a.O.: Allg. ärztl. Verhältnisse am Spital S. 18, Stadtarzt S. 39, Stadtschnittarzt S. 50, Spitalarzt S. 61, Blaternarzt am Oe. S. 76, Wundgschau S. 76.

²²⁹ H I 257 Bl. 22 StA Zürich.

auf die in Frage kommenden Ämter. Dabei wird erkannt, daß der Spitalmeister Besoldung und Kontrolle über Stadt- und Spitalarzt und die Stadtapotheke übernehmen solle, unter nachheriger Vergütung der Auslagen durch das Barfüßeramt²³⁰.

Verschiedene Ratserkenntnisse des 18. Jahrhunderts befassen sich ferner mit der im Jahr 1741 erbauten Anatomie, dem sogenannten „Collegium anatomicum“; so wird 1756 verfügt, daß die Leichen von Malefizanten und im Spital verstorbenen, unentgeltlich aufgenommenen Patienten und Hauskindern der Anatomie zu überlassen und erst nach erfolgter Sektion kirchlich zu bestatten seien. Des weiteren sollen die Leichen aller Personen, die im Spital an unerkannten Krankheiten sterben, in der Anatomie untersucht werden, jedoch nur soweit es zur Feststellung der Todesursache nötig ist und nur im Beisein der Ärzte. Um allfälligen Einsprachen der Verwandten vorzubeugen, wird den Spitalbeamten und dem Pflegepersonal bei Strafe verboten, ohne ausdrücklichen Befehl des Spitalmeisters den Tod eines Spitalinsassen seiner Familie bekanntzugeben. Erst nach erfolgter Sektion wurden die Anverwandten und Freunde benachrichtigt und zur Bestattung eingeladen²³¹. Im Jahr 1770 wird dazu als Ergänzung bestimmt, daß die Leichen von Handwerkern, die einer Zunft oder Innung angehören, nicht der Anatomie übergeben werden dürfen²³². Zahlreich sind auch die Fälle, in denen der Rat die Körper von Selbstmördern und unbekannten Personen der Anatomie zuweist²³³.

E. Das Recht der Insassen

1. Arten von Insassen

Ein reicheres Quellenmaterial sowie die größere Mannigfaltigkeit der Verhältnisse gestatten und erfordern eine weitergehende Differenzierung zwischen den verschiedenen Gruppen von Spitalinsassen, die im folgenden einzeln untersucht werden sollen.

²³⁰ H I 258 Bl. 202 StA Zürich.

²³¹ H I 268 Bl. 497 StA Zürich.

²³² H I 269 Bl. 95 StA Zürich.

²³³ H I 268ff. StA Zürich.

a) Pfründer

Wie schon vor der Reformation, lassen sich auch später zwei Hauptgruppen von Pfründern unterscheiden: Die *Ober- und Unterpfründer*. Wehrli²³⁴ unterteilt diese weiter wie folgt, anhand der verabreichten Lebensmittelrationen:

Oberpfründer 1. Kl.	4 Brote	7 Maß Wein	7 $\frac{1}{2}$ Fleisch	5 β f. Gemüse
Oberpfründer 2. Kl.	2 Brote	3 $\frac{1}{2}$ Maß Wein	3 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ „	2.6 β „
Unterpfründer 1. Kl.				
Unterpfründer 2. Kl.	3 Brote	7 Stotzen Wein	3 $\frac{3}{4}$ $\frac{1}{2}$ „	5 β „
Mus- u. Brotpfründer	3 Brote	—	—	5 β „

Diese Einteilung wird den tatsächlichen Verhältnissen im Spital kaum gerecht; viel richtiger scheint die Darstellung einer Untersuchungskommission über die Verhältnisse im Spital vom Jahr 1685, die die 99 zur Zeit im Spital weilenden Pfründer ohne Unterteilung in verschiedene Klassen aufzählt wie folgt:²³⁵

Oberpfründer		Unterpfründer	
à 7 Brote pro Woche	7	à 10 Brote pro Woche	1
à 6 Brote pro Woche	11	à 8 Brote pro Woche	1
		à 7 Brote pro Woche	20
		à 6 Brote pro Woche	53
		à 5 Brote pro Woche	6
total Oberpfründer	18	total Unterpfründer	81

Es ergibt sich also sowohl für Ober- ($6\frac{3}{4}$) als auch für Unterpfründer ($6\frac{1}{4}$) ein Durchschnitt von 6—7 Broten pro Woche, der durch persönliche Vereinbarung, wahrscheinlich bei Abschluß des Pfrundvertrages, eventuell auch durch spätere Änderungen, beliebig bestimmt werden konnte; ähnliche Schwankungen sind auch bei der Wein- und Fleischezuteilung festzustellen. Es darf daher wohl als sicher angenommen werden, daß bei so labilen Verhältnissen eine Klassierung der Pfründer nach ihrer Verpflegung nicht stattgefunden hat. Der Hauptunterschied zwischen Ober- und Unterpfrün-

²³⁴ Wehrli, G., a.O. S. 16.

²³⁵ H I 177d Bl. 379ff. StA Zürich.

dem liegt vielmehr in der Art der Unterkunft: so wird in den Inventaren und Verzeichnissen immer wieder unterschieden zwischen „Unterpfrund“ und „Oberpfrund“ und deren Bewohner, eine weitere Gliederung kann nirgends nachgewiesen werden.

Entsprechend der uneinheitlichen Verpflegung der Pfründer innerhalb derselben Gruppe sind auch bei der Höhe der Pfrundschillinge große Unterschiede festzustellen. Anfangs des 18. Jahrhunderts mußte eine Ratskommission die „Rentabilität“ der Pfründer untersuchen: sie gelangte zu dem Resultat, daß die scheinbar hohen Pfrundschillinge immer noch nicht genügten, um die Selbstkosten des Spitals zu decken. Aus dem Material dieser Erhebungen ist vor allem eine interessante Aufstellung erhalten über die Zahl der aufgenommenen Pfründer in den Jahren 1661—1700, sowie die von ihnen bezahlten Einkaufssummen. Es seien aus dieser Liste nur die Jahre 1661, 1670, 1680, 1690 und 1700 wiedergegeben, sowie das Jahr 1662, das die durchschnittlich höchsten Pfrundschillinge aufweist²³⁶. Demnach wurden bezahlt (Angaben in Pfund):

	1661	1662	1670	1680	1690	1700
neu aufgen. Pfründer	17	14	10	11	12	8
durchschnittl. Pfrundsch.	578	931	673	762	563	797
total bezahlt	9832	13033	6730	8380	7000	6376

So interessant diese Zusammenstellung auch sein mag, so ist zu den daraus abgeleiteten Schlußfolgerungen jener Kommission doch zu sagen, daß sie zwei wesentliche Elemente nicht berücksichtigte:

1. Das Anfallsrecht des Spitals, das zu den einbezahlten Pfrundschillingen eine wesentliche Ergänzung bildet und sicherlich bei einer großen Zahl der zu niederen Einkaufssummen zum voraus miteinkalkuliert wurde, und
2. die oft sehr kurze Lebensdauer der Pfründer, die bei der Annahme von besonders alten oder kranken Personen der Grund zu einer gewissen Reduktion der Einkaufssumme gewesen sein mag und die natürlich ein gewisses spekulatives Element in sich schließt.

²³⁶ H I 177d Bl. 553ff. StA Zürich.

Zu beachten ist übrigens, daß trotz dem Gutachten dieser Kommission, wonach die Pfründer für den Spital eine Belastung bedeuteten, weder die Einkaufssummen wesentlich erhöht, noch die Zahl der Pfründer beschränkt oder doch an die Verhältnisse der aufzunehmenden Pfründer strengere Anforderungen gestellt wurden. Erst im Jahre 1764 und wohl kaum mehr im Zusammenhang mit dieser Untersuchung erging eine Ratserkanntnis, die die Aufnahme von Pfründern stark beschränkte, indem bestimmt wurde²³⁷:

1. Es sollten keine gesunden Pfründer mehr aufgenommen werden.
2. Kranke und Bresthafte sollten nur auf die zur Heilung benötigte Zeit und nur gegen ein festes Kostgeld angenommen werden.
3. Es dürfen nur Kranke und Bresthafte über 50 Jahre und solche, die ihren Pfrundsilling voll bezahlen, auf Lebenszeit angenommen werden. (Es wird auf einen Tarif verwiesen.)

Diese Erkanntnis von „Rät und Burgern“ hatte übrigens auch für den Spital Winterthur Geltung und brachte damit die schon längst notwendige Koordination der beiden Krankenanstalten²³⁸.

Trotzdem aus verschiedenen Formulierungen geschlossen werden kann, daß die Unterbringung der Ober- und Unterpfründer nach gewissen einheitlichen Gesichtspunkten erfolgte²³⁹, ist anhand der Inventare festzustellen, daß fast alle Gebäude des Spitals Pfründer beherbergten. Ursprünglich war kurz nach der Reformation vom Rat bestimmt worden, daß alle Pfründer im ehemaligen Predigerkloster untergebracht werden sollten, und zwar die Oberpfründer im Patres-Stübli, die Unterpfründer in der Convent-Stube²⁴⁰. Infolge der stets anwachsenden Zahl von Pfründern mußten dieser Klasse von Insassen immer wieder Räumlichkeiten überlassen werden, die ursprünglich für andere Zwecke bestimmt gewesen waren: so finden wir z. B. eine Ratserkanntnis, die anordnet, daß eine für Pilger und Durchreisende erbaute Kammer, die inzwischen mit Pfründern besetzt worden war, wieder für den ursprünglichen Zweck

²³⁷ H I 177d S. 793 StA Zürich.

²³⁸ Vgl. H I 258 Bl. 35 StA Zürich; Verbot für Spital Winterthur, nur wohlhabende Landbürger aufzunehmen unter Strafandrohung.

²³⁹ Vgl. Formulierungen wie: die von der oberen Pfrund etc.

²⁴⁰ Bestätigung durch Ratserk. v. 4. Okt. 1554, H I 257/31 StA Zürich.

freigemacht werde, „damit durch diese nun in den Ställen untergebrachten Übernachtler der Stadt weder Feuersgefahr, noch üble Nachrede entstehe²⁴¹“. Ähnlich auch im Jahr 1752, wo von einer besonderen Kommission festgestellt wird, daß die eigens für Tob-süchtige erbauten sogenannten „Taubkammern“ wieder für diese freibehalten und die zur Zeit darin befindlichen Pfründer in die — Patientenstube gebracht werden sollten²⁴²!

Die Abgrenzung der Pfründer gegenüber den andern Klassen von Spitalinsassen ist aus obenstehenden Gründen ziemlich schwierig. Die Terminologie des Urkundenmaterials ist unsicher und schwankend, so werden vielfach die zu Mus und Brot angenommenen Insassen als gemeine Pfründer, vielfach aber auch als Patienten oder Hauskinder bezeichnet. Die Verpflegung ist nicht einheitlich, auch der Ort der Unterbringung kann oft nicht als Merkmal betrachtet werden, so muß im Einzelfall immer auf den betreffenden Verpfündungsvertrag abgestellt werden. Wenn dieser, wie in den meisten Fällen, nicht mehr erhalten ist, kann höchstens Art und Höhe der Entschädigung Aufschluß geben über den Charakter des vorliegenden Rechtsverhältnisses.

b) Patienten

Von allen Spitalinsassen haben die Patienten die klarste Stellung, sie lassen sich am besten von den andern Kategorien nach grundsätzlichen Merkmalen unterscheiden. Während bei den Pfründern neben der rechtmäßigen Form der Aufnahme durch die Spitalpflege auch häufig Aufnahmen durch den Rat vorkommen, der Sinn und Zweck ihres Aufenthaltes ein recht verschiedener sein kann und, wie bereits gezeigt wurde, auch alle äußerlichen Merkmale unsicher sind, herrschen bei den Patienten viel stabilere Verhältnisse. *Patienten sind diejenigen Spitalinsassen, welche zur Behandlung irgend eines heilbaren körperlichen oder seelischen Leidens durch die Gschau für die Dauer dieser Behandlung gegen ein festes Tischgeld oder unentgeltlich in den Spital aufgenommen wurden.* Nicht Patienten sind demnach:

²⁴¹ H I 257 Bl. 99, A. 1586 StA Zürich.

²⁴² H I 268 Bl. 275 StA Zürich.

1. alle unheilbaren Kranken im Spital
2. alle auf Lebenszeit angenommenen Personen
3. alle diejenigen, welche einen einmaligen Pfrundschilding, unabhängig von der Dauer ihres Aufenthaltes, bezahlt haben.

Der Gschau fiel die Aufgabe zu, die sich bei ihr anmeldenden oder ihr vom Rat zugeschickten Personen auf ihren Gesundheitszustand zu untersuchen; dabei hatte sie in erster Linie Simulanten und ansteckend Kranke auszuseiden. Um Epidemien im Spital zu vermeiden, wurden grundsätzlich alle mit übertragbaren Krankheiten behafteten Personen in besondere Anstalten (z. B. ins Selnau) oder mit den nötigen Weisungen zu ihrer Behandlung in ihre Heimatgemeinden geschickt. Daß die Notwendigkeit einer Absonderung der ansteckend Kranken erst relativ spät eingesehen wurde, mag die Tatsache zeigen, daß noch 1564 Pestkranke nur dann ins Selnau gebracht werden sollten, wenn im Spital für sie kein Platz mehr vorhanden sei²⁴³. Bereits 1596 jedoch wurde durch Ratserkenntnis bestimmt, daß keine Pestkranken mehr in den Spital gebracht werden dürften und die Krankenwärter im Selnau zur Vermeidung einer Verschleppung der Krankheit dort verpflegt und untergebracht werden sollten²⁴⁴. Eine ähnliche Entwicklung ist auch bei Ruhrepidemien feststellbar: 1669 wurde noch die Aufnahme in den Spital gestattet, allerdings nur im Notfall, wenn keine andere Unterkunftsmöglichkeit bestand²⁴⁵, 1691 wurde ein allgemein gültiges, strenges Verbot der Aufnahme von Ruhrkranken in den Spital erlassen²⁴⁶. Im Jahr 1706 endlich regelte dann eine Ratserkenntnis grundsätzlich die Unterbringung aller ansteckend Kranken²⁴⁷:

1. Fremde mit ansteckenden Krankheiten sollen nach Möglichkeit an der Grenze zurückgewiesen werden.
2. Im Land erkrankte Fremde sollen zur Untersuchung in den Spital, bei Vorliegen einer ansteckenden Krankheit in den Oetenbach gebracht werden.

²⁴³ H I 257 Bl. 48 StA Zürich.

²⁴⁴ H I 257 Bl. 84 u. 236 StA Zürich.

²⁴⁵ H I 260 Bl. 367 StA Zürich.

²⁴⁶ H I 263 Bl. 75 u. 77 StA Zürich.

²⁴⁷ H I 264 Bl. 321 StA Zürich.

3. Einheimische mit übertragbaren Krankheiten sollen in ihren Heimatgemeinden gepflegt werden.
4. Ansteckend kranke Knechte und Mägde sollen wenn möglich durch ihre Dienstherrschaft gepflegt werden, ist dies nicht möglich, sollen sie ebenfalls nicht in den Spital, sondern ins Blatternhaus am Oetenbach gebracht werden.
5. Bei Epidemiegefahr soll das Selnau als Lazarett eingerichtet werden.

Nach dem Brand im Selnau wurde das Haus zum Schimmel als Absonderungsspital bei Epidemiegefahr verwendet; der Spitalmeister wurde angewiesen, jeweils das für 43 Patienten Platz bietende Gebäude bezugsfertig einzurichten²⁴⁸.

Eine weitere Aufgabe der Gschaubehörde war die Abklärung der finanziellen Verhältnisse der aufzunehmenden Patienten. Zu diesem Zweck hatte jeder Gesuchsteller ein Zeugnis des zuständigen Pfarrers über seine Familienverhältnisse und seine ökonomische Lage mitzubringen. Diese Zeugnisse scheinen nicht immer ganz zuverlässig gewesen zu sein, so beklagt sich im Jahr 1599 Spitalmeister Wegmann, man bekomme von den Geistlichen oft keine brauchbaren Angaben und schlägt vor, in Zukunft den zuständigen Landvogt um Auskunft zu ersuchen²⁴⁹. Während bedürftige Stadtbürger unentgeltlich aufgenommen wurden, hatten Bürger der Landschaft ein wöchentliches Tischgeld zu entrichten, das 16 Schillinge bis 3 Pfund betragen konnte. War der Patient selbst dazu nicht in der Lage, so waren seine Angehörigen zur Zahlung verpflichtet, und bei Fehlen von solchen oder bei deren Mittellosigkeit mußten Gemeinde oder Kirche den Spitalaufenthalt vergüten. Zu einer Erlassung der Kostenentschädigung war die Gschau nicht befugt, doch konnten solche Fälle an den Rat gewiesen werden.

Besondere Schwierigkeiten bereitete zu allen Zeiten die Ausweisung der Patienten aus dem Spital. Bei der unzweckmäßigen Hospitalisierung, die Gesunde und Kranke, Heilbare und Unheilbare fast völlig gemischt unterbrachte, konnten sich geheilte Patienten oft noch längere Zeit im Spital aufhalten, bis sie bei einer ge-

²⁴⁸ H I 269 Bl. 432 u. 270 Bl. 81 StA Zürich.

²⁴⁹ H I 257 Bl. 195 StA Zürich.

legentlichen „Razzia“ entdeckt und dann unweigerlich weitergeschickt wurden²⁵⁰.

Die Unterkunft der Patienten im Spital war, wie die aller übrigen Insassen, recht fragwürdig. Es bestand zwar das Bestreben, gewisse Arten von Krankheiten von den leichteren Fällen und den Gesunden abzusondern, die Hautkranken in der sogenannten Grindstube²⁵¹, die Epileptischen in irgend einem besonderen Raum²⁵², die Tobsüchtigen in den Taub-Kammern, zeitenweise jedoch auch in den jeder Beschreibung spottenden Loch-Kammern, die feucht, unheizbar und dunkel waren, so daß im Winter unter den dort untergebrachten Personen sogar Todesfälle durch Erfrieren vorkamen²⁵³. Durch das stete Anwachsen der Insassenzahlen wurden jedoch diese Reformbestrebungen immer wieder illusorisch: sogar die Trennung von Männern und Frauen war nicht konsequent durchgeführt, und wegen „ärgerlichen Unwesens“ wurde beispielsweise im Jahr 1656 die Absonderung der Frauen in eine besondere Weiberstube verlangt²⁵⁴. Das 1734 erbaute Neuhaus sollte ursprünglich ausschließlich der Aufnahme von armen, kranken und bresthaften Personen dienen; 1736 bestimmt der große Rat, daß unter Mitwirkung der Verordneten zur Gschau festgelegt werden solle, wo die durch die Gschau aufgenommenen Kranken (d. h. die Patienten) und wo „andere spitalmäßige Personen“ zu placieren seien²⁵⁵. Trotzdem sind auch später noch Patienten in andern Gebäuden und andere Spitalinsassen in den für Patienten vorgesehenen Räumen des Neuhauses.

In der den Spitalrechnungen beigelegten Statistik wird in den Jahren 1750—1756 ausnahmsweise neben der Gesamtzahl der Insassen per 1. Januar und der Todesfälle des betreffenden Jahres auch die entsprechende Zahl für die Patienten allein angegeben²⁵⁶. Es ist dabei interessant, festzustellen, daß die Patienten zu jener

²⁵⁰ H I 258 Bl. 15 H II 2 StA Zürich.

²⁵¹ H I 268 Bl. 375, A. 1752 StA Zürich.

²⁵² H I 261 Bl. 415, A. 1677 StA Zürich.

²⁵³ H I 268 Bl. 375, A. 1752 StA Zürich.

²⁵⁴ H I 259 Bl. 287 StA Zürich.

²⁵⁵ H I 267 Bl. 337 StA Zürich.

²⁵⁶ H I 629, Jahrg. 1750—56, StA Zürich.

Zeit rund $\frac{1}{7}$ der Gesamtinsassenzahl ausmachten. Wenn trotzdem durchschnittlich etwa die Hälfte aller Todesfälle auf die Patienten entfällt, scheint die Sterblichkeit unter den Patienten auf den ersten Blick sehr groß. Eine weitere Angabe in dieser Statistik bringt dafür die Erklärung: Es werden jährlich durch die Gschau 600—700 Personen in den Spital aufgenommen, wovon unzweifelhaft der größte Teil Patienten waren²⁵⁷. Damit wird aber das Bild ein wesentlich anderes:

Im Jahr 1751 wurden beispielsweise am 1. Januar 99 Patienten im Spital verzeichnet, sowie 677 Neuaufnahmen und 73 Todesfälle, am 1. Januar 1752 109 Patienten. Von den 667 während des Jahres aus dem Spital ausgeschiedenen Personen ($99 + 677 - 109$) sind also gemäß dieser Statistik 73 gestorben, die restlichen 594 Personen dagegen konnten als mehr oder weniger geheilt entlassen werden oder wurden in andere Anstalten versetzt.

Wesentlich mehr Beachtung als früher wurde nun der Ernährung der Patienten geschenkt. So hatten beispielsweise die behandelnden Ärzte die Pflicht und das Recht, neben den eigentlichen Medikamenten auch eine besondere Kost zu verordnen, wo ihnen dies nötig schien. Von dieser Möglichkeit scheint indessen nicht sehr häufig Gebrauch gemacht worden zu sein; am meisten wurde die Zuteilung von Wein und Fleisch variiert, bald zur Stärkung erhöht, bald als schädlich reduziert oder ganz entzogen²⁵⁸.

Eine besondere Gruppe von Patienten sind die zur Geburt in den Spital gewiesenen Frauen. Als einzige Ausnahme brauchten sie nicht unbedingt durch die Gschau aufgenommen zu werden; es kamen auch recht häufig Einweisungen durch den Rat oder durch das Ehegericht vor. Dem Spitalmeister dagegen wurde immer wieder untersagt, ohne Wissen des Rates oder Untersuchung durch die Gschau schwangere Frauen in den Spital aufzunehmen²⁵⁹. Es handelte sich bei den Aufnahme begehrenden Frauen in der Regel um unverheiratete oder verwitwete Personen, die weder bei Verwandten, noch

²⁵⁷ Von den übrigen Insassen wurden die Pfründer nie durch die Gschau aufgenommen, die Hauskinder und Kostgänger hatten wenig Wechsel, da sie auf Lebenszeit aufgenommen wurden. Vgl. auch S. 173.

²⁵⁸ H I 257/73; H I 268/569 StA Zürich.

²⁵⁹ H I 264 Bl. 156 StA Zürich.

bei ihrer Dienstherrschaft eine Unterkunft für die Zeit der Geburt finden konnten, und um Fremde aller Art. Die durch den Rat Eingewiesenen waren meist bereits irgendwo in Haft, sei es im Wellenberg, sei es im Oetenbach oder im sogenannten neuen Turm, und wurden dann zur Geburt in den Spital versetzt und nachher wieder an den früheren Ort zurückgebracht. Diese Gefangenen wurden im Spital in der Regel von den übrigen Insassen abgesondert und vielfach, um ein Entweichen zu verhindern, an Ketten gelegt! Die Entbindung erfolgt regelmäßig nicht durch den Spitalarzt, sondern durch besondere vereidigte Hebammen, die häufig bei außerehelichen oder in Ehebruch erzeugten Kindern die Mutter während des Geburtsaktes über den Kindsvater zu befragen hatten.

Ebenfalls eine Sonderstellung unter den Patienten nehmen die Angehörigen gewisser Zünfte und Innungen ein, die kraft Vereinbarung ihrer Organisation mit dem Almosen- und Spitalamt bei Erkrankung Anspruch auf ein Freibett im Spital haben, trotzdem sie nicht Stadtbürger sind ²⁶⁰.

c) Hauskinder

Die Hauskinder sind im Gegensatz zu den Patienten *Unheilbare aller Art*, die ähnlich wie die Patienten *unentgeltlich oder gegen ein kleines Tischgeld pro Zeiteinheit auf Lebenszeit* in den Spital aufgenommen werden. Wie bei allen kranken Spitalinsassen hatte auch hier, analog zu den Patienten, eine Untersuchung durch die Geschau zu erfolgen, die gleichzeitig die finanziellen Verhältnisse des Gesuchstellers prüfen mußte. Es handelte sich bei diesen Hauskindern um Leute mit Gebrechen aller Art, die ein vollwertiges Leben im Sozialverband ausschließen oder doch erschweren können: Stumme, Blinde, Lahme, Krüppel, alle Arten Geisteskranker und Geisteschwacher und, fast am häufigsten, Epileptische. Ihrer eigenen, meist beschränkten Urteilsfähigkeit entsprechend wurden diese Personen gewöhnlich durch ihre Familie oder durch den Pfarrer der betreffenden Gemeinde zur Aufnahme angemeldet. Das Gesuch wurde dabei meistens an den Rat gerichtet, der auch grundsätzlich über Aufnahme oder Verweigerung derselben zu entscheiden hatte:

²⁶⁰ Schneider und Schuhmacher: H I 257 Bl. 65 StA Zürich.

die nachfolgende Untersuchung durch die Gschau war damit lediglich eine Kontrolle des Gesundheitszustandes zur Verhinderung der Verschleppung von ansteckenden Krankheiten und eine Prüfung der finanziellen Fragen. Wie bei den Patienten, wurden auch bei den Hauskindern Stadtbürger unentgeltlich, Kantonsbürger gegen ein bescheidenes wöchentliches Tischgeld oder einen Leibdingzins von 6—10 Pfund pro Jahr aufgenommen. Der Andrang zu diesen Hauskinderplätzen war dementsprechend sehr groß, und immer wieder ergingen Ratserkenntnisse an die Landpfarrer mit der Ermahnung, nur in dringenden Fällen Leute für diese Plätze anzumelden.

d) *Kostgänger*

Die Kostgänger nehmen eine Zwischenstellung ein zwischen den Hauskindern und den Pfründern. Wie die ersteren sind sie *unheilbar Kranke*, mit den verschiedensten Gebrechen an Leib und Seele; wie die letzteren werden sie *gegen eine angemessene Entschädigung* angenommen. Wehrli²⁶¹ nennt als durchschnittliche Zahlung 70—100 fl. Tischgeld pro Jahr. Die Aufnahme in den Spital erfolgte nach der Untersuchung der Gschau wie bei den Pfründern durch die Pfleger, die alle Einzelheiten der Verpflegung und Unterbringung etc. zu regeln hatten. Konnte die geforderte Entschädigung nicht entrichtet werden, so wurde das Gesuch unweigerlich abgewiesen, eventuell unter Vertröstung auf eine Hauskinderstelle.

Die Grenzen zwischen dieser Kategorie von Spitalinsassen zu den Hauskindern und den Pfründern waren so fließend, daß in vielen Fällen kaum eine Entscheidung getroffen werden kann, welches dieser Verhältnisse vorliege. Auch in den Spitalakten erlangten diese Kostgänger nie eine große Bedeutung, sie wurden in der Regel zu den Pfründern oder zu den Hauskindern gezählt.

e) *Arrestanten, Arbeitsscheue, Liederliche*

Schon vor der Reformation wurde der Spital gelegentlich als Gefängnis, besonders für lebenslängliche Einschließungen, verwendet; auch später blieb diese Funktion als Verwahranstalt für allerlei asoziale Elemente erhalten. Während Wellenberg und neuer Turm

²⁶¹ Wehrli, G., a.O. S. 15.

vorwiegend für Untersuchungsgefangene²⁶² und der Oetenbach als Gefängnis und Zuchthaus dienten, wurden in den Spital alle Fälle gebracht, die sicher verwahrt werden sollten, und doch, meist mangels eines bestimmten strafbaren Tatbestandes, nicht zu einer Freiheitsstrafe verurteilt werden konnten. Ferner wurden Delinquenten, oft infolge bedeutender finanzieller Leistungen seitens ihrer Verwandten, nach erfolgter Verurteilung in den Oetenbach zu lebenslänglichem Spitalaufenthalt begnadigt! Es soll also im folgenden nicht die Rede sein von den Insassen der vorgenannten Strafanstalten, die vorübergehend infolge Erkrankung in den Spital und nach erfolgter Heilung wieder zurückversetzt werden, sondern von den strafweise dauernd im Spital verwahrten Personen.

Durch *ihre Familien eingewiesen* wurden vor allem liederliche Personen, Trinker, Arbeitsscheue und zänkische und hypochondrische Menschen. Die Aufnahme begehrende Familie hatte für sie eine angemessene Entschädigung zu entrichten, die in der Regel derjenigen eines Unterpfänders entsprach.

Weitaus häufiger jedoch sind die *Einweisungen durch den Rat*, zum Teil aus den oben angeführten Gründen, zum Teil handelte es sich sonst um unerwünschte Elemente, die man irgendwo sicher verwahrt wissen wollte: Gotteslästerer, Angehörige von Sekten, besonders mißliebige Gegner der Regierung, ehemalige Gefangene, die man nach Verbüßung ihrer Strafe aus Furcht vor einer eventuellen Rache nicht in Freiheit setzen wollte etc.²⁶³ Das gemeinsame Merkmal bei allen diesen Personen besteht in der Unfreiwilligkeit ihres Spitalaufenthaltes, und bei Durchsicht des reichen Aktenmaterials kommt man zur Überzeugung, daß in der Großzahl dieser Fälle die zwangsweise Versorgung nicht unserem Rechtsdenken entspricht. Vielfach handelt es sich um ein Verschwindenlassen von mißliebigen Personen ohne Untersuchung und Urteil, durch einfache Ratserkenntnis auf Antrag ihrer Gegner und auf deren Kosten. Das wirft ein bedenkliches Licht auf den Stand der damaligen Justiz. Es soll hier ein besonders typischer Fall ausführlich dargestellt werden;

²⁶² An beiden Orten wurde zur Erlangung von Geständnissen die Tortur angewendet.

²⁶³ H I 257 Bl. 26, 73, 275 etc. StA Zürich.

besonders aus der Mitte des 17. Jahrhunderts liegen in den Spitalakten Dutzende von gleichartigen Fällen.

Hans Jakob Redinger, ehemaliger Pfarrer von Urdorf, wurde am 5. Dezember 1666 wegen schlechten Verhaltens (ohne nähere Begründung) auf Wunsch seiner Frau und einiger Ratsherren in den Spital eingewiesen und sollte dort laut Ratserkenntnis an Bande gelegt werden²⁶⁴. Zu diesem „Urteil“ schrieb Redinger: „Ich will lieber bei guter Vernunft eines gwaltätigen Todes sterben, als im Spital wegen der unerhörten Ungerechtigkeit und unerträglichen Ellends unsinnig werden²⁶⁵!“. Es folgen sich nun unzählige Ratserkenntnisse, die immer wieder anordnen, daß Redinger von jedem Verkehr mit der Außenwelt abgeschnitten und ihm jede Gelegenheit zum Schreiben entzogen werden solle, und die überdies ihn und alle diejenigen, die ihm beim Herstellen oder Überbringen von Bittschriften behilflich sind, mit Strafe bedrohen. Auf Gesuch Redingers wurde 1671 durch den Spitalgeistlichen, die Pfleger und den Spitalmeister ein Verhör Redingers vorgenommen, das jedoch ohne Einfluß auf den weiteren Gang der Dinge blieb. Immer wieder wird der Spitalmeister angewiesen, Redinger schärfer zu bewachen und knapper zu halten. Öftere Gesuche Redingers um Entlassung aus dem Spital und Wiederaufnahme des ehelichen Zusammenlebens mit seiner Frau werden sowohl von dieser als auch vom Rat abgelehnt. Ein interessantes Detail aus diesem Zusammenhang ist auch das Versprechen des Rates, Redinger aus dem Spital zu entlassen, falls er nachweisbar für immer ins Ausland gehe²⁶⁶. Ungefähr zwei Monate später, als sich Redinger bereit erklärt, die Stadt zu verlassen, wird diese Zusicherung wieder rückgängig gemacht, unter Androhung von Strafverschärfungen bei Versendung neuer Bittschriften²⁶⁷. Zweimal gelingt Redinger eine Flucht aus dem Spital: 1673 kommt er auf der Flucht nach Baden bis nach Wipkingen, wird dort aufgehalten und in den Spital zurückgebracht, und auch ein zweites Entweichen 1680 bringt ihm die ersehnte Freiheit nicht.

²⁶⁴ H I 260 Bl. 247 StA Zürich.

²⁶⁵ Schweiz. Idiotikon Bd. X S. 612.

²⁶⁶ H I 261 Bl. 212 StA Zürich.

²⁶⁷ H I 261 Bl. 214 StA Zürich.

Noch 1686, also volle 20 Jahre nach seiner Einweisung, ist Redinger immer noch gegen seinen Willen, im Spital²⁶⁸!

Sehr bedenkeneregend sind auch die zahlreichen „Versorgungen“ vermöglicher Witwen und Waisen gegen deren Willen, wenn nötig sogar mit Gewalt, mit der Begründung, sie würden sonst ihr Vermögen verschleudern. Es sei besser, sie in den Spital zu bringen, solange das Geld noch vorhanden sei, nachher müßte man sie umsonst aufnehmen²⁶⁹! Ist das wirklich nur „väterliche“ Besorgnis des Rates um das Wohlergehen der Schwachen unter seinen Bürgern?

Alle diese zwangsweise in den Spital eingelieferten Personen wurden ziemlich einheitlich behandelt: Sie wurden, wenn möglich in Einzelgewahrsam, an Bande oder sogar an Ketten gelegt unter Entzug aller Möglichkeiten, mit der Außenwelt in Verbindung zu treten. Vor allem wurde dem Spitalmeister untersagt, ihnen Schreibmaterial zu verschaffen oder irgendwelchen Personen den Zutritt zu ihnen zu gestatten. Daß diese Maßnahmen gelegentlich bei besonders heftigem Widerstand eines Inhaftierten ziemlich schwierig durchführbar waren, zeigen die zahlreichen Ratserkenntnisse über diesen Gegenstand²⁷⁰.

Im übrigen wurde großes Gewicht gelegt auf eine religiöse Beeinflussung dieser Leute: sie wurden häufig besucht durch sogenannte „Gelehrte“, meistens angehende Theologen, und durch den Spitalgeistlichen. Diesem oblag es, diese Häftlinge auf ihren Glauben, ihre religiösen Ansichten zu prüfen, ihnen ihre verwerfliche Handlungsweise vorzuhalten und sie zu Reue und eifrigem Gebet zu bewegen. Gleichzeitig hatte er die Spitalpflege oder den Rat zu informieren über das Resultat seiner Untersuchungen und Vorschläge zu machen über die weitere Behandlung dieser Leute. Bei Widersetzlichkeit, sei es gegen die Anstaltsordnung, gegen den geistlichen Zuspruch oder bei Schmähungen gegen die Obrigkeit, standen den Spitalbeamten zahlreiche Disziplinarstrafen zur Verfügung: Verschärfung der Gefangenschaft durch Anlegung von Banden oder Ketten, schlechtere Unterkunft, Abzüge an der Kost; Körperstrafen

²⁶⁸ H I 262 Bl. 264 StA Zürich.

²⁶⁹ H I 257 Bl. 99 u. 119 StA Zürich.

²⁷⁰ Beispiele in fast allen Bänden der Erkenntnisse u. Akta.

aller Art, von der Anlegung von Halseisen, Schellenbändern etc. bis zur öffentlichen Züchtigung an der Stud.

Als Mittel zur eigentlichen Erziehung und Besserung wurde neben dem geistlichen Zuspruch vor allem die Arbeit betrachtet, und besonders bei Einweisung liederlicher, arbeitsscheuer Frauen wurde der Spitalmeister gewöhnlich beauftragt, diese wenn nötig mit Zwang zur Arbeit anzuhalten.

f) Pilger, Bettler, Durchreisende aller Art

Während alle andern Insassen für kürzere oder längere Zeit Glieder der Spitalgemeinschaft wurden und mit oder gegen ihren Willen irgendwie in die Anstaltsordnung eingegliedert werden mußten, handelte es sich bei dieser letzten Art lediglich um Verpflegung, allenfalls um einmalige Beherbergung im Spital. So ist es verständlich, daß die Hauptquelle für die Untersuchung dieser Funktion des Spitals nicht in den Spitalakten und Ordnungen, sondern eher in den Mandaten über die Maßnahmen gegen den Straßenbettel etc. zu finden ist, neben einigen wenigen Ratserkenntnissen, die dem Spitalmeister Verhaltensmaßregeln diese fremden Übernachtler betreffend erteilen.

Wie bereits erwähnt wurde²⁷¹, mußte im Jahr 1586 die für diese fahrenden Leute reservierte sogenannte Bruderstube im Spital von den darin befindlichen Pfründern geräumt werden, da sich mangels einer andern geeigneten Unterkunft der Mißbrauch eingeschlichen hatte, diese Leute in den Stallungen des Spitals unterzubringen. Besonders für Pilger und andere Durchreisende mag dieses gemeinsame Quartier mit allerhand fahrendem Volk eine Härte bedeutet und Anlaß zu allerlei Reklamationen gegeben haben, und es wird denn auch in der betreffenden Ratserkenntnis befürchtet, daß durch die fremden Übernachtler der gute Ruf des Spitals und damit der ganzen Stadt beeinträchtigt werde. Hauptsächlichster Beweggrund für die Schaffung einer besseren Unterkunftsmöglichkeit war allerdings wohl eher die Angst, daß durch unvorsichtiges Umgehen dieser

²⁷¹ Vgl. S. 124.

Leute mit dem Licht im Stall der Stadt schwere Feuersgefahr entstehen könnte²⁷².

Ein Mandat von 1610 betreffend fremde und einheimische Bettler regelt auch deren Aufnahme oder Abweisung im Spital. Die als sogenannte Unterbettelvögte bei den Toren postierten Pfründer sollen nur schwache, alte und kranke Bettler in die Stadt lassen und sie direkt in den Spital führen, ebenso auch fremde Handwerksgesellen: alles andere Bettelvolk soll zurückgewiesen werden. Im Spital wurden die Leute dann mit der gewohnten Armenkost, Mues und Brot, verpflegt und wenn möglich sofort weitergeschoben, unter ausdrücklichem Verbot des Wiederkommens. War dies nicht mehr am gleichen Tag möglich, so durften die Betreffenden die Nacht im Spital zubringen, mußten aber am nächsten Tag die Stadt wieder verlassen. Trotzdem konnten sich immer wieder einzelne von diesen Landfahrern im Spital festsetzen und sich längere Zeit ohne ersichtlichen Grund dort aufhalten. So wurde beispielsweise im Jahr 1621 eine besondere Kommission bestellt zur Kontrolle und Untersuchung der Fremden im Spital, die den Auftrag hatte, alle Gesunden unter ihnen fortzuschicken; den Alten und Gebrechlichen soll dabei gnadenhalber eine Wegzehrung mitgegeben werden: die Transportunfähigen sollen wegen Platzmangel im Spital ins Selnau gebracht und dort bis zu ihrer Wiederherstellung gepflegt werden²⁷³. 1639 wurde dann wegen dauernder Raumnot im Spital die Bruderstube ins Selnau verlegt und damit auch aus der Spitalrechnung und Spitalverwaltung ausgeschieden und dem Almosenamt zugeteilt. Wegen der damit verbundenen Beschränkung der Kost (es wurde an alle fremden Übernachtler nur noch Wasser und Brot ausgeteilt) ließ der Andrang zu diesen Plätzen rasch nach, und bereits 1651 verfügte der Rat, daß beide Häuser im Selnau geschlossen und das Inventar, soweit es dort verwendbar sei, in den Spital genommen werden solle²⁷⁴. Allfällige Durchreisende mußten deshalb wieder wie früher in den Spital aufgenommen und dort verpflegt werden. Die dortige Bruderstube ist denn auch tatsächlich noch im 18. Jahr-

²⁷² H I 257 Bl. 99 StA Zürich.

²⁷³ H I 258 Bl. 202ff. StA Zürich.

²⁷⁴ H I 259 Bl. 166 StA Zürich.

hundert nachweisbar als Aufenthaltsort für fremde Übernachtler und gelegentlich auch zur Absonderung von ansteckend Kranken in Zeiten von Epidemien, wo ja gemäß Mandat keine fremden Bettler in die Stadt gelassen wurden²⁷⁵.

Während der Zeit unmittelbar nach der Reformation diente der Spital nicht nur den fremden Bettlern als Zufluchtsort, sondern es wurde dort auch an die sogenannten Hausarmen, d. h. bedürftige Leute der Stadt, das „Almosen“, bestehend aus Mus und Brot, ausgeteilt. Von dieser Armenspeisung erhielt das ursprüngliche Hauptgebäude des Spitals den Namen „Mushafen“. Später wurde diese Austeilung im ehemaligen Augustinerkloster und damaligen Almosenamt vorgenommen, um den Spital zu entlasten.

2. Die Lebensordnung im Spital

Trotzdem in der Zeit nach der Reformation die Zahl der Insassen stetig anstieg²⁷⁶ und auch die Art der Insassen differenzierter und vielgestaltiger wurde, änderte sich die Lebensweise im Spital nicht wesentlich. Die wichtigsten Grundzüge blieben bis ins 19. Jahrhundert unverändert: Vollständige Eingliederung in die Anstaltsgemeinschaft unter starker Beschränkung der persönlichen Freiheit, wenn auch unter Beibehaltung von Rechts- und Handlungsfähigkeit des Einzelnen. Unverändert blieben auch die scharfen und sehr weit gehenden Gebote und Verbote, die Gehorsamspflicht gegenüber Spitalpflege und Spitalmeister, verbunden mit der Pflicht zur Arbeitsleistung, von der nur die Pfründer ausdrücklich ausgenommen waren.

Als neu ist hier nur eine Änderung im Eheschließungsrecht zu erwähnen: grundsätzlich bleibt es zwar den Spitalinsassen, besonders den Pfründern, verboten, sich zu verehelichen, außer mit Erlaubnis durch die Spitalpflege und gegen Entrichtung einer sogenannten Kopulationssteuer von 20 Pfund²⁷⁷. Unerlaubter Eheschluß wird nach wie vor gleich wie schwere Sittlichkeitsdelikte mit Entzug der Pfründe bestraft²⁷⁷. Es sind jedoch einige Fälle in den Spitalakten

²⁷⁵ H I 268 Bl. 25 StA Zürich.

²⁷⁶ Vgl. die statistischen Tabellen im Anhang S. 173/174.

²⁷⁷ H I 257 Bl. 12 StA Zürich.

nachweisbar, wo Eheschluß einem Pfründer nicht nur ohne weiteres gestattet, sondern vom Rat geradezu angeordnet wird. Meist handelt es sich dabei um ältere, gebrechliche Spitalinsassen, für die „von Amtes wegen“ eine entsprechende Ehegefährtin gesucht wird. So soll beispielsweise auf Grund einer Ratserkenntnis „der blinde Heini Murer aus dem Wellenberg in den Spital genommen und mit einer alt betagten Pfründerin verheiratet werden“. Durch seinen Bruder soll für diese Vergünstigung ein entsprechender Pfrundschilding bezahlt werden²⁷⁸.

Eine starke Gefährdung der Anstaltsdisziplin bestand in der ungenügenden Trennung von Männern und Frauen, von Verheirateten und Unverheirateten: neben den häufigen Berichten und Klagen über Sittlichkeitsdelikte aller Art finden sich in den Spitalakten deshalb auch immer wieder Vorschläge, wie diesen Mißständen abgeholfen werden könne²⁷⁹. Trotzdem sind noch im Jahr 1752 in der Abteilung für Hautkranke, der sogenannten Grindstube, Männer und Frauen promiscue untergebracht²⁸⁰!

Im Ausbau und in der Gestaltung der Arbeitspflicht der Spitalinsassen läßt sich in der Zeit nach der Reformation eine stete Entwicklung verfolgen. Während ursprünglich die Leute ganz unregelmäßig bei Bedarf zu den verschiedensten Arbeiten verwendet wurden, vor allem in den landwirtschaftlichen Hauptarbeiten wie Heuet und Ernte, daneben aber auch ganz willkürlich zu Küchendienst, Mithilfe im Garten etc., wurde im Lauf der Zeit der Versuch gemacht, die Arbeitskraft der Spitalinsassen systematischer zu organisieren und in einen eigenen Betrieb zusammenzufassen. Unter der Aufsicht eines obersten Werkmeisters wurde vorerst in verschiedenen Werkstuben allerlei für den Bedarf des Spitalbetriebes hergestellt, bis dann mit der Errichtung der sogenannten Fabrik²⁸¹ unter der Aufsicht der Spitalpflege zu Ende des 18. Jahrhunderts diese Entwicklung ihren Höhepunkt und Abschluß erreichte. Im Spitalarchiv ist leider wenig Material über diesen Betrieb erhalten, wenigstens für die frühere Zeit, da über Produktion und Verbrauch

²⁷⁸ H I 261 Bl. 521 u. 262 Bl. 32, A. 1679, 1680 StA Zürich.

²⁷⁹ H I 259 Bl. 287 StA Zürich.

²⁸⁰ H I 268 Bl. 371 StA Zürich.

²⁸¹ H I 314 StA Zürich.

keine besondere Rechnung geführt und die entsprechenden Anordnungen nicht durch den Rat, sondern durch Spitalmeister und Pflege von Fall zu Fall und wohl häufig ohne schriftliche Festlegung getroffen wurden.

3. Das Erbrecht des Spitals

Eine ähnliche Entwicklung wie bei manchen anderen Teilen der Spitalordnung²⁸² läßt sich auch im Erbrecht feststellen: Es bestanden eindeutige alte Ordnungen, die das Erbrecht des Spitals ausführlich darstellten und bestätigten, und trotzdem gerieten einzelne Bestandteile davon in Vergessenheit und wurden während langer Zeit nicht mehr geltend gemacht. Im Jahr 1632 wurde dann vom Rat erkannt, daß bei der Annahme von Pfründern wieder die „ledigen Fälle“ vorbehalten werden sollen, wie dies den früheren Ordnungen entspricht, seither aber vernachlässigt wurde. Als ledige Fälle werden dabei die Anwartschaften der eintretenden Pfründer bezeichnet, auf die der Spital einen Anspruch hat, falls der Erbgang in die Dauer des Spitalaufenthaltes des betreffenden Pfründers fällt²⁸³. Immerhin wird darauf hingewiesen, daß im Einzelfall bei genügend großer Einkaufssumme dieses Erbrecht des Spitals abbedungen werden kann. Das Erbrecht des Spitals in bezug auf die im Spital versterbenden Pfründer und anderen Insassen blieb unverändert; daß es für den Spital eine recht bedeutende Einnahmequelle wurde, zeigen die Tabellen auf Seite 178ff.

F. Die ökonomischen Verhältnisse des Spitals

1. Allgemeines

Wie bereits festgestellt wurde, führte die Reformation mit ihrer Betonung der Staatsgewalt zu einer stärkeren Einbeziehung des Spitals in die allgemeine Verwaltung, ohne ihm jedoch seine Selbständigkeit ganz zu nehmen. Im Finanzhaushalt des Spitals zeigt sich das vor allem in häufigen Verschiebungen von Naturalien und Geld von einem Amt zum andern; immer wieder wird durch Rats-

²⁸² Vgl. die Aufnahme von Pfründern und Patienten durch den Rat.

²⁸³ H I 258 Bl. 104 StA Zürich.

erkenntnis ein Amt angewiesen, von einem andern gewisse Güter zu beziehen oder ihm solche abzutreten. Bei allen diesen Verschreibungen wird jedoch genau Rechnung geführt über Ein- und Ausgänge, und die so entstandenen Guthaben werden ähnlich einem heutigen Kontokorrent verzinst, mit anderen Leistungen verrechnet und von Zeit zu Zeit nach erfolgter gegenseitiger Rechnungsstellung in Geld oder in Natura ausgeglichen²⁸⁴. Die Selbstverständlichkeit, mit welcher diese Transaktionen vorgenommen wurden, zeigt sich fast am deutlichsten in den seltenen abweichenden Ratsbeschlüssen: Im Jahr 1605 wird beispielsweise der Spital angewiesen, Darlehen aufzunehmen zur Deckung des Bedarfs an Bargeld, da zur Zeit in keinem anderen Amt flüssige Mittel verfügbar seien.

Von diesen Geschäften, die Gegenverpflichtungen begründen, sind die Staatsbeiträge zu unterscheiden, die zu Ende des 17. und besonders im 18. Jahrhundert häufig, ja geradezu regelmäßig an den Spital ausbezahlt werden. Diese Zuwendungen sind nicht rückzahlbar und somit auch unverzinslich; es besteht aber auch kein Anrecht des Spitals auf ihre Entrichtung. In Jahren von finanziellen Schwierigkeiten in der Staatskasse²⁸⁵ können sie ohne weiteres ausfallen. In der Regel werden diese Beiträge dem Täufergut entnommen, seltener einem anderen Amt oder dem Seckelamt selbst. Daß diese staatliche Hilfe dringend nötig war zur Weiterführung des Spitalbetriebes, zeigt sich übrigens bei Betrachtung der Spitalrechnungen²⁸⁶.

In bezug auf die äußerliche Darstellung der Spitalrechnungen ist zu bemerken, daß sie, der allgemeinen kulturellen Entwicklung entsprechend, immer sorgfältiger redigiert und vor allem besser gegliedert werden. So wird beispielsweise zu Ende des 17. Jahrhunderts eine Einteilung in Untergruppen durchgeführt, die erstmals einen einigermaßen klaren Überblick gewährleistet²⁸⁷. Für die vorliegende Arbeit war jedoch diese Art der Unterteilung aus zwei Gründen nicht geeignet:

²⁸⁴ H I 629, Jahrg. 1630, 1631 etc. StA Zürich.

²⁸⁵ Z. B. im 2. Villmerger Krieg.

²⁸⁶ Vgl. die Tabellen Anhang S. 178ff.

²⁸⁷ *Einnahmen*: Zinsen, Zehnten, Frucht und Wein, Erlös aus Frucht und Wein, Erlös aus anderem, allerlei Einnahmen. *Ausgaben*: Jährliche

1. Im Lauf der Zeit wurde die Einteilung verschiedentlich geändert und gewisse Posten bald hier und bald dort gebucht.
2. Es wurde nicht sauber unterschieden zwischen den einzelnen Teilen der Spitalverwaltung, den verbrauchenden wie Kranken- und Pfrundanstalt einerseits und der Landwirtschaft und dem Zinsen- und Zehntenwesen anderseits.

Eine erfreuliche Neuerung in der Darstellung ist auch die Tatsache, daß von dieser Zeit an jeder Spitalrechnung die Summen aller Einnahmen und Ausgaben sowie der Saldo per 1. Januar des folgenden Jahres beigelegt werden. Eine eigentliche Bilanz fehlt jedoch nach wie vor.

2. Das Einkommen

Wie schon vor der Reformation sind auch später noch Zinsen und Zehnten die wichtigsten Einnahmequellen. Auch bei den Zinsen fällt eine immer genauere Unterscheidung der verschiedenen Arten von Zinsen auf; während der Eintrag im 16. Jahrhundert in der Regel nur lautet: jährliche Zinsen laut Zinsbuch, werden später gesondert aufgeführt: Grund- und Bodenzinsen, Erblehen-, Geld- und Gültzinse, Zinsen von Schuldbriefen und von laufenden Schulden, von Darlehen an Lehnslente, Lehnens- und andere Zinsen an Lehnshöfen und -Gütern, Haus- und Bodenzinse, Fortifikationslehnenszinse. Ebenfalls unter den Zinsen werden die Leibdingzinsen aufgeführt, die jedoch als Entschädigung für Inanspruchnahme des Spitals in unserer Einteilung nicht zu den Zinsen, sondern zu den Einnahmen des Spitals i. e. S., d. h. der Kranken- und Pfrundanstalt, gerechnet werden.

Trotzdem bei den Zinsen wie auch bei den Zehnten²⁸⁸ immer wieder Veränderungen eintreten, sind doch diese Gruppen von Einnahmen ziemlich konstant und wachsen stetig an, so daß sie als der wichtigste und sicherste Einkommensbestandteil zu werten sind. Die hier feststellbare Steigerung der Beträge ist allerdings nicht als

Zinsen, Belohnungen, Gottesgaben, Hausverbrauch, Baukosten an Häusern und Gütern, Handwerker nach Zünften geordnet, Zehnten- und Herbstkosten, Ausgaben an Frucht und Wein, Allerlei. H I 629 StA Zürich.

²⁸⁸ Vgl. Tabelle S. 187.

absoluter Einnahmenzuwachs zu betrachten: er ist weitgehend der Geldentwertung zuzuschreiben.

Die Einnahmen des Spitals i. e. S. setzen sich wie vor der Reformation zusammen aus den Ankaufsummen für Pfründen und Leibgedinge, aus Leibdingzinsen, Tischgeldern und Miete für Kammern aus Zuwendungen von Dritten durch Testament, Vermächtnis oder Schenkung und endlich aus den ererbten Beträgen im Spital verstorbener Personen und den sogenannten ledigen Fällen, beide zusammengefaßt unter der Bezeichnung „ererbte“. Obwohl alle diese Einzelposten im Lauf der Zeit gewaltig anwachsen, können doch die Einnahmen des Spitals i. e. S. nicht Schritt halten mit dem Ansteigen der entsprechenden Ausgaben, so daß das durchschnittliche Defizit des Spitals i. e. S. im Lauf der Zeit stetig zunimmt.

Ziemlich schwankend sind die Resultate aus eigener Produktion und der Erlös aus verkauften Produkten; diesen Zahlen der Tabelle darf als zufälligen und nicht immer dem Durchschnitt entsprechenden Angaben nicht zuviel Gewicht bei gemessen werden.

Für den Sammelposten der diversen Einnahmen gilt das früher Gesagte auch für die Zeit nach der Reformation: neu sind die unter diesem Titel eingetragenen Staatsbeiträge.

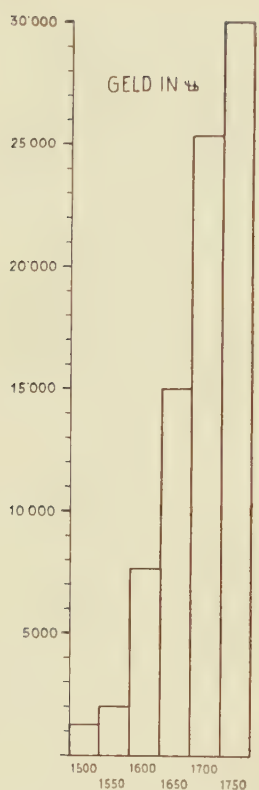
3. Die Ausgaben

Im Verhältnis zum allgemeinen Wachstum der Ausgaben bleiben die jährlichen Zinsen sehr klein; regelmäßig, wenn ein vorübergehendes stärkeres Anwachsen dieses Postens feststellbar ist, handelt es sich um Zinsen für aufgenommene Darlehen. Man kann also anhand dieser Beträge geradezu feststellen, wann es dem Spital an Bargeld mangelte²⁸⁹.

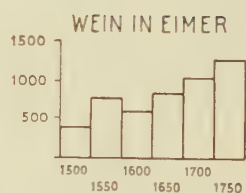
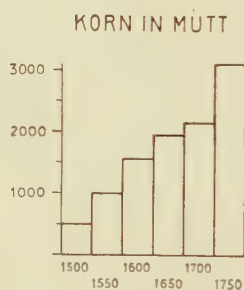
Die Kosten des landwirtschaftlichen Betriebes vermehrten sich um ein beträchtliches, die stärkste Entwicklung ist jedoch bei den Ausgaben für den Spitalbetrieb festzustellen (siehe Tabelle S. 143).

Für die graphische Darstellung des Verbrauchs im Spital wurde neben dem Geldbedarf der Verbrauch von Wein und Korn gewählt, weil diese beiden Produkte damals weit mehr als heute die Grundlage der Ernährung bildeten. So schrieb beispielsweise schon Thomas Platter im Jahr 1530: „Gott sei Lob, wie arm wir auch immer ge-

²⁸⁹ H I 629 Jahrg. 1700 StA Zürich.



Jahresverbrauch des Spitalhaushaltes an
Bargeld, Korn und Wein 1500—1750



wesen sind, kann ich mich doch nicht erinnern, als wir anfangen zu haushalten, daß wir je ohne Wein und Brot gegessen haben“.

Während, wie bereits ausgeführt wurde, die Einnahmen des Spitals i. e. S. stark variieren und immer wieder große Differenzen zwischen den einzelnen Jahren auftreten, läßt sich bei den Ausgaben eine ziemlich konstante Zunahme beobachten, besonders deutlich beim sogenannten „Hausverbrauch“, das sind Unkosten im Spital ohne Gottesgaben, Löhne und Baukosten etc. Immerhin ist auch hier ein Teil der erschreckend großen Zunahme als Folge der Geldentwertung und der steigenden Preise zu erklären: die eigentliche Vergrößerung des Spitalbetriebes ist am besten ersichtlich beim Verbrauch an Naturalien, vor allem an Korn.

Einnahmen und Ausgaben des Spitals i. e. S.

Jahr	Einnahmen	Ausgaben	Differenz
	℔	℔	℔
1500	1 100	2 600	− 1 500
1550	5 000	4 900	+ 100
1600	9 100	10 500	− 1 400
1650	21 000	20 500	+ 500
1700	12 000	26 100	− 14 100
1750	28 300	57 500	− 29 200

4. Zusammenfassung

Im Lauf des 16. bis 18. Jahrhunderts ist eine ziemlich stetige Zunahme der Ausgaben festzustellen, mit der der Zuwachs an Einnahmen immer weniger Schritt zu halten vermag. Trotz den staatlichen Subventionen sind besonders im 18. Jahrhundert immer wieder große Defizite feststellbar, so daß das Bedürfnis nach einer umfassenden Umgestaltung des Spitals vor allem im Hinblick auf seine finanziellen Verhältnisse verständlich wird.

V. Die Neuorganisation des Spitals zu Ende des 18. Jahrhunderts

A. Einleitung

Wie aus den obigen Ausführungen deutlich hervorgeht, blieben die Rechtsverhältnisse am Spital von der Mitte des 13. Jahrhunderts bis zum 18. Jahrhundert ohne nennenswerte Umgestaltungen. Die rechtliche Stellung, die Grundzüge der Verwaltung und Organisation sowie auch das Leben im Innern der Anstalt wurden nie wesentlich geändert.

Demgegenüber ist ein starkes Anwachsen des Spitals festzustellen; statt 130 Insassen im Jahr 1378 sind es zu Ende des 18. Jahrhunderts durchschnittlich 650; statt einem einzigen Haus, dem ursprünglichen Spital, später Mushafen genannt, benötigt man einen ganzen Gebäudekomplex²⁹⁰.

²⁹⁰ Oberhaus = ehem. Predigerkloster, Unterhaus, Sammlung, Mushafen

Diesem Anwachsen des gesamten Betriebes mußte notwendigerweise eine Anpassung der Rechtsverhältnisse folgen. Während langer Zeit suchte man sich mit kleinen, partiellen Änderungen im Rahmen der bisherigen Gestalt zu behelfen. Daß dieses System nie zu einer befriedigenden Lösung führte, zeigen die zahlreichen Klagen der Spitalverwaltung über Mißstände im Spital und die ebenso häufigen Reformvorschläge von ad hoc gebildeten Sanierungskommissionen.

Eine solche mit der Untersuchung der Verhältnisse im Spital und der Ausarbeitung von Reformvorschlägen beauftragte Kommission²⁹¹ war es schließlich, die im Frühjahr 1785 den Rahmen der altergebrachten Ordnung sprengte und auf den Gebieten von Verwaltung und Organisation großzügige Änderungen vorschlug. Mit der Durchführung dieser Neuorganisation aber war zugleich die Entwicklung des alten Spitals abgeschlossen, da im Jahre 1803 im Zusammenhang mit der Besetzungszeit und der Helvetik abermals eine Umgestaltung, diesmal aber auf ganz anderer Grundlage erfolgte. Wenn später auch die alten Bezeichnungen vielfach erhalten blieben, so entsprach doch ihr rechtlicher Gehalt nicht mehr dem früheren. Aus diesem Grunde soll die vorliegende Arbeit mit der Darstellung dieser letzten Form der Pflugschaft abgeschlossen werden. Trotzdem die alten Gebäude in gewissem Sinne eine Kontinuität der Entwicklung vortäuschen, entsteht doch mit der Neuorganisation von 1803 ein neues Gebilde, das in rechtlicher Beziehung nur noch wenig mit dem alten Spital und seiner Verfassung und Organisation gemeinsam hat.

B. Organisation und Verwaltung

1. Grundsätzliches

Das Gutachten der bereits erwähnten Kommission vom Jahr 1785 betreffend:

- a) Vermehrung der Spitalpflege und
- b) Qualität und Einkommen eines Spitalmeisters²⁹²

und nach dessen Brand das Neuhaus, Anatomisches Theater sowie angrenzende Privathäuser, z.B. Haus zum Strauß, Losserhaus etc., und zahlreiche Ökonomiegebäude.

²⁹¹ Unter dem Vorsitz von Statthalter Nüscherer, H II I StA Zürich.

²⁹² Im folgenden kurz: *1. Gutachten* genannt, vgl. Anhang S. 168ff.

formuliert deutlich, daß es sich bei den folgenden Anträgen nur um eine Neugestaltung und Verbesserung der Verwaltung handle, im Rahmen einer vom Rat noch aufzustellenden „Amts-Verfassung“. Es liegt also nicht im Sinne dieser Vorschläge, den Grundgehalt der Verfassung zu ändern oder gar eine solche neu zu schaffen; deshalb wurden auch überall die alten Bezeichnungen und Begriffe beibehalten. Immerhin muß hier festgestellt werden, daß durch die Neuordnung der Verwaltung auch die Verfassung des alten Spitals modifiziert wurde. So ist beispielsweise die Spitalpflege nicht mehr selbständiges Bindeglied zwischen dem Rat und der Rechtspersönlichkeit des Spitals, sie wird eher zur Ratskommission, die weitgehend die Funktionen von Rat und Pflege in sich vereinigt. Dem Rat seinerseits wird damit ein Teil seiner Mitwirkungsbefugnis entzogen, er behält nur ein ziemlich farbloses Aufsichtsrecht und, als wichtigste Kompetenz, das bisherige Ernennungsrecht der oberen Beamten im Spital. Auch die Funktion des dritten Spitalorgans der ursprünglichen PflEGschaftsverfassung, des Spitalmeisters, wird stark beschränkt durch die neue, erweiterte Pflege. Er ist nur noch untergeordneter Beamter, von den übrigen, gemeinsam mit dem Spitalschreiber, ausgezeichnet durch Sitz und Stimme in der Spitalpflege. Wenn bei der Darstellung der Spitalverwaltung die frühere Drei-Teilung trotzdem beibehalten wird, so geschieht dies in erster Linie zur deutlichen Gegenüberstellung der früheren und der neuen Zustände: dem eigentlichen Aufbau der Verwaltung entspricht sie nicht mehr.

2. Der Rat

Es muß hier erneut hingewiesen werden auf frühere Ausführungen²⁹³, wonach die dem Rat zustehenden Kompetenzen in der Reformationszeit zwar nicht grundsätzlich erweitert, aber intensiver ausgenützt wurden, wobei Eingriffe des Rates bis in kleine und kleinste Einzelfälle vorkamen. Durch die neue Organisation der Verwaltung bleiben dem Rat die alten Rechte und Pflichten fast unverändert erhalten; er hat auch weiterhin die Regelung von Verfassung und Verwaltung zu besorgen, die Pflege und den Spitalmeister zu ernennen und alljährlich die Rechnung zu prüfen. Die

²⁹³ Vgl. S. 8 u. 98ff.

Mitwirkung in Einzelfällen, die aus dem allgemeinen Aufsichtsrecht abgeleitet wurde, fällt jedoch bei der neuen, umfassenden Gestaltung der Spitalpflege dahin, so beispielsweise die Bestimmung von Geschenken und Gratifikationen, Gesuchsbeantwortung betreffend Ermäßigung von Kostgeld etc. Es wird ganz in das Belieben der Spitalpflege gestellt, wie weit sie dem Rat Mitteilung machen will von den laufenden Geschäften, und wie weit sie von ihm Instruktionen einholen will bei besonders wichtigen Vorkommnissen. Die Spitalpflege, selbst eigentlich eine Kommission des großen Rates, entzieht also dem Plenum des Rates weitgehend zwar nicht die rechtliche, aber die tatsächliche Möglichkeit zur Teilnahme an der Spitalverwaltung.

3. Die Spitalpflege

a) Zahl und Wählbarkeitserfordernisse

Während ursprünglich weder die Zahl noch die passive Wahlfähigkeit der Spitalpfleger irgendwo verankert war und beides durch Tradition weit wahrscheinlicher als durch Rechtssetzung zu einer herrschenden Regel wurde, bestimmen das 1. Gutachten und der gutheiße Ratsbeschluß vom 21. April 1785²⁹⁴ die genaue Anzahl und schreiben ausdrücklich die Ratszugehörigkeit vor. Die Spitalpflege soll sich demnach zusammensetzen aus insgesamt 16 Mitgliedern, nämlich:

- 1 Präsident
- 4 Mitglieder des kleinen Rates
- 8 Mitglieder des großen Rates
- 1 Spitalmeister
- 1 Spitalschreiber
- 1 zweiter Sekretär
- 16 Mitglieder

Sonstige Wahlfähigkeits-Erfordernisse werden nicht genannt außer, daß keine nahen Verwandten²⁹⁵ des Spitalmeisters in die Spitalpflege aufgenommen werden dürfen. Der Ratsbeschluß ergänzt

²⁹⁴ B II 1007 S. 34ff. StA Zürich.

²⁹⁵ Vgl. Ziff. 3 des Gutachtens, Anhang S. 169.

diese Bestimmung noch dahin, daß allfällige Personen, die bereits in der Spitalpflege sitzen, bei Neuwahl eines Spitalmeisters, der zu ihnen in einem nahen verwandtschaftlichen Verhältnisse steht, aus der Pflege auszuschneiden haben²⁹⁶.

b) Bestellung

Sowohl im ersten Gutachten als auch in der zugehörigen Rats-erkenntnis wird die Besetzung der Pflegerstellen ausdrücklich dem kleinen Rat allein, den „Räth“, die Bestellung des Präsidenten dagegen dem großen Rat, den „Räth und Burgern“, vorbehalten, wobei jedoch der Spitalpflege ein Vorschlagsrecht, wenn auch nicht zwingender Natur, eingeräumt wird. Die Wahl der beiden Schreiber (Spitalschreiber und zweiter Sekretär) steht dagegen ohne Mitwirkung des Rates den Pflegern zu.

c) Amtsantritt

Ziffer 5 des ersten Gutachtens²⁹⁷ bestimmt, daß neu eintretenden Mitgliedern der Spitalpflege die noch zu erstellende und vom Rat zu ratifizierende Pflegerordnung überreicht und vorgelesen werden solle, worauf sie ein Handgelübde abzulegen haben, daß sie diese Bestimmungen treulich beobachten wollen.

d) Amtsdauer

Wie in früheren Ordnungen wird auch im ersten Gutachten und in der Ratserkenntnis keine feste Dauer des Pflageramtes statuiert. Es scheint sich bei der Ernennung um eine Wahl auf unbestimmte Zeit zu handeln, wobei ein Ausscheiden durch Tod, Alter und Krankheit, sowie auch mit Bewilligung des Rates aus wichtigen Gründen anzunehmen ist.

e) Ehrenamt

In Ziffer 4 des Gutachtens wird ausdrücklich die absolute Ehrenamtlichkeit des Pflageramtes festgesetzt, also eine Rückkehr zum ursprünglichen Zustand. Alle im Lauf der Zeit eingeführten Sitzungsgelder, Neujahrs- und andere Geschenke in Geld und in Natura werden als unzulässig erklärt und abgeschafft.

²⁹⁶ B II 1007 S. 34ff. StA Zürich.

²⁹⁷ Vgl. Anhang S. 169.

f) Gliederung der Spitalpflege

Einer der größten Unterschiede zur früheren Ordnung liegt wohl in der absolut neuen Einteilung der Spitalpflege in Departemente und Kommissionen. Noch in der Pflegerordnung von 1591²⁹⁸ ist überhaupt kein Anzeichen für eine Kompetenzverteilung innerhalb der Spitalpflege festzustellen. Erst später vermochte sich ein Mitglied derselben, gewöhnlich der jeweilige Stadthalter, zum Präsidenten oder obersten Pfleger aufzuschwingen, ohne daß jedoch diese Vorzugsstellung eine klare Aufteilung der Geschäfte zur Folge hatte. Im ersten Gutachten wird nun erstmals die Verteilung der laufenden Geschäfte auf die einzelnen Pfleger geordnet. Es teilt zu diesem Zweck die ganze Spitalpflege in zwei Departemente, die sich zusammensetzen sollen wie folgt:

erstes Departement		zweites Departement	
Präsident	1	2 Mitgl. des kleinen Rates	2
2 Mitgl. des kleinen Rates	2	5 Mitgl. des großen Rates	5
3 Mitgl. des großen Rates	3	Spitalmeister	1
Spitalmeister	1	zweiter Sekretär	1
Spitalschreiber	1		
insgesamt Mitglieder	8	insgesamt Mitglieder	9

Es soll ferner diesen Departementen freistehen, die zur Erledigung der Geschäfte erforderlichen Unterkommissionen zu bestimmen, im Rahmen einer noch aufzustellenden Pfleger- und Amtsordnung.

g) Kompetenzen

α) *Der vereinigten Spitalpflege.* Die Kompetenzen der vereinigten Spitalpflege werden unter Ziffer 9 des ersten Gutachtens abschließend aufgezählt²⁹⁹. Es sind nur noch die wichtigsten Aufgaben des ehemaligen Pflege: die Überwachung des ganzen Spitalbetriebs, einige besonders wichtige Geschäfte und die Weiterleitung von Gesuchen, Beschwerden etc. an den Rat. Alle Geschäfte der ver-

²⁹⁸ Vgl. Anhang S. 167.

²⁹⁹ Vgl. Anhang S. 171.

einigten Spitalpflege werden zuerst in den dafür zuständigen Departements behandelt und dann „mit gutächtlichem Bericht“ an die Gesamtpflege weitergeleitet.

β) *Des ersten Departements.* Dem 1. Departement oder, wie es auch genannt wird, dem 1. Comité steht die Erledigung aller Geschäfte des *eigentlichen Spitalbetriebs* zu, d. h. die Aufnahme von Pfründern und Hauskindern, die Überwachung aller im Hause tätigen Personen, die Ernennung aller Unterbeamten, die Regelung des Hausverbrauchs etc.³⁰⁰.

γ) *Des zweiten Departements.* Ihm untersteht die Überwachung aller mit der *Landwirtschaft* verbundenen Geschäfte und die Erledigung aller *Baufragen*, soweit sie nicht der ganzen Pflege vorbehalten sind, ferner die Ernennung und Kontrolle aller im landwirtschaftlichen Betrieb tätigen Personen³⁰¹.

δ) *Des Präsidenten.* Erstmals werden im ersten Gutachten auch Stellung und Funktion des Präsidenten genau umrissen. Er hat vor allem zwei wichtige Funktionen: er steht den Sitzungen der vereinigten Spitalpflege und des ersten Departements vor und kann bei Bedarf auch außerordentliche Sitzungen einberufen; ferner hat er weitgehend den Verkehr des Spitals mit Drittpersonen zu besorgen: alle Briefe, Gesuche, Anfragen etc. sind an ihn zu richten und werden von ihm an die zuständige Stelle weitergeleitet, ebenso gehen alle Mitteilungen aus dem Spital nach außen durch seine Hand³⁰².

Auch der Termin aller ordentlichen Sitzungen wird bereits im Gutachten dieser Kommission festgelegt: Die vereinigte Spitalpflege hat sich alle zwei Monate, jedes Departement mindestens einmal im Monat zu besammeln. Die für die Bevölkerung von Zürich besonders wichtigen Sitzungen des ersten Departements, die die Aufnahmen in den Spital behandeln, sollen regelmäßig am 1. Montag des Monats stattfinden.

4. Der Spitalmeister

Der ganze zweite Teil des ersten Gutachtens ist der Stellung des Spitalmeisters gewidmet. In einem ausführlichen Bericht wird zu-

³⁰⁰ Vgl. Anhang S. 169 Ziff. 7.

³⁰¹ Vgl. Anhang S. 170 Ziff. 8.

³⁰² Vgl. Anhang S. 172 Ziff. 10.

erst die historische Entwicklung des Spitalmeisteramtes untersucht, die Größe und Bedeutung des Postens hervorgehoben und schließlich vor allem zwei Sonderfragen, die anlässlich der Reform neu geregelt werden sollten, auf ihre Vor- und Nachteile untersucht:

1. Die Vereinbarkeit oder Unvereinbarkeit des Spitalmeisteramtes mit der Stellung eines kleinen Rates.
2. Die Trennung oder Vermischung der Privathaushaltung des Spitalmeisters mit der des Spitals.

In beiden Fällen kommt die Untersuchungskommission zum Entschluß, daß mit der bisherigen Tradition gebrochen werden müsse, im Interesse des Spitals und nicht zum Nachteil des Spitalmeisters. Besonders in der ersten Frage wird sehr deutlich gesagt, daß das Amt des Spitalmeisters von so großer Bedeutung für das Funktionieren des ganzen Spitalbetriebes und so verantwortungsschwer sei, daß es die ganze Zeit und Kraft eines Mannes in Anspruch nehme. Es sei schlechthin unmöglich, neben dieser großen Aufgabe noch die Obliegenheiten eines kleinen Rates zu erfüllen, ohne daß das eine oder das andere der Ämter (oder beide!) darunter leide.

Schwieriger war die Entscheidung der zweiten Frage: es werden gegen die Trennung der Spitalmeister-Haushaltung von der des Spitals ernsthafte Gründe geltend gemacht. Vor allem besorgt man, daß trotz dahin lautender gesetzlicher Bestimmungen auch bei ernsthafter Absicht eine saubere Trennung der beiden Haushaltungen schwierig sein dürfte und daß um so mehr bei Gleichgültigkeit oder gar böser Absicht der Spitalmeister neben der erhöhten festen Besoldung auch noch dies und das aus dem Spital beziehen werde. Auch wird geltend gemacht, daß bei Führung von zwei getrennten Hauswesen der Gesamtbedarf größer werde, als wenn die beiden zusammengelegt würden. Als Argument für eine Trennung wird vor allem angeführt, daß eine solche bereits weitgehend üblich sei: der patriarchalische Brauch, daß der Spitalmeister mit seinen Unterbeamten und den Diensten am gleichen Tisch sitze, sei längst dahingefallen. Die Familie des Spitalmeisters führe tatsächlich bereits eine eigene Haushaltung, nur die Mittel dazu würden bisher ohne genauere Kontrolle je nach Bedarf aus dem Spital bezogen. Damit stehe aber die Höhe seines Gehaltes in der Hand jedes Spitalmeisters,

und es sei anzunehmen, daß in der Regel wohl eher zuviel als zuwenig bezogen werde. Bei einer Fixierung des Anspruches dagegen würden alle diese Mißstände beseitigt und eine genaue Kontrolle ermöglicht. Aus diesen Gründen gelangt die Kommission zum Schluß, daß eine Loslösung der Spitalmeisterhaushaltung von der des Spitals zu begrüßen, und eine Stabilisierung des Geld- sowohl als des Naturallohnes empfehlenswert sei. Nach Vergleich mit dem bisherigen Lohn an Geld und Bezügen aus dem Spital schlägt die Kommission einen Gehalt von 1200 Pfund Geld, 40 Mütt Korn, 30 Eimer Wein und 4 Klafter Holz vor; dabei soll jeder Anspruch auf bisherige Extraleistungen, wie Gratifikationen, Geschenke aller Art etc. aufhören.

In der Erkenntnis des großen Rates vom 21. April 1785 werden beide Vorschläge der Untersuchungskommission vollumfänglich gutgeheißen³⁰³.

An gleicher Stelle werden auch Normen über die *Bestellung* des Spitalmeisters aufgestellt: der Bewerber um das Spitalamt muß dem großen oder dem kleinen Rat angehören und wird durch den Rat ernannt. Die neunjährige Amtsdauer wird beibehalten.

Die Kompetenzen des Spitalmeisters wurden, wie bereits erwähnt, durch die Ausgestaltung der Pflege weitgehend beschränkt. Zwar hat der Spitalmeister in beiden Departements als vollberechtigtes Mitglied Sitz und Stimme, doch werden nun durch diese beiden Kollegia, besonders durch das zweite Departement, manche Obliegenheiten besorgt, die ihm früher allein zustanden, so vor allem die Aufsicht über die Insassen und Unterbeamten, über Hausverbrauch und Landwirtschaft, die Sorge für Disziplin und die Ausfällung von kleinen Strafen, die Ernennung der niederen Beamten etc. Damit bleibt aber von den einst sehr weitgehenden Kompetenzen des Spitalmeisters und seiner großen Selbständigkeit nur wenig übrig. Er hat nur noch die kleinen laufenden Geschäfte, die allerdings sehr zahlreich sind, die unmittelbare Aufsicht über die Unterbeamten und die Verwaltung der Vorräte zu besorgen, aber alles unter der Aufsicht und Kontrolle der Spitalpflege³⁰⁴.

³⁰³ B II 1007 S. 34ff. StA Zürich.

³⁰⁴ Vgl. Anhang S. 172 Ziff. 13.

5. Der Spitalschreiber

Ihm verbleiben alle seine bisherigen Geschäfte und Kompetenzen, die Führung der Bücher, Protokolle etc., wobei sich die Erweiterung der Spitalpflege auch bei seiner Stelle in Form einer vermehrten Kontrolle geltend gemacht haben wird. Alle frisch dazukommenden Aufgaben, wie die Führung des neu eingerichteten landwirtschaftlichen Protokolls, die jährlichen Berichte über Finanzzustand und Änderungen im Spital etc., werden durch den zweiten Sekretär erledigt.

Die Funktion der *übrigen Unterbeamten* wurde durch die Reform von 1785 nicht betroffen; sie wurden nach Bedarf durch die beiden Departements, zum Teil auf Vorschlag des Spitalmeisters, eingestellt und entlassen, das Wahlrecht der vereinigten Spitalpflege für Bau-, Korn- und Kellermeister, Bäcker und Müller sowie zwei Brotväter vorbehalten.

C. Ökonomie

Das Recht der Insassen sowie die ärztlichen und kirchlichen Verhältnisse am Spital wurden durch die Reform von 1785 nicht betroffen; dagegen war die Untersuchungskommission der Ansicht, daß nur bei einer umfassenden Neugestaltung der Landwirtschaft, des sogenannten Gütergewerbs, der Erfolg der angestrebten Verbesserungen einigermaßen gewährleistet sei. Zu diesem Zweck erfolgte eine detaillierte Untersuchung der bestehenden Verhältnisse. In Form einer Tabelle³⁰⁵ wird eine Übersicht über das gesamte Grundeigentum des Spitals gegeben; laut Erklärung der Kommission kamen die meisten dieser Grundstücke durch Vergabung oder als Pfrundschilling an den Spital, einzelne auch durch Kauf oder Tausch.

Ein zweiter Abschnitt orientiert über die Art der Bebauung und die in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeitskräfte, nämlich:

1. eigens dafür angestellte *Knechte*
2. die sogenannten *Tüggeltischer*, Arbeiter ohne Barlohn, nur gegen Unterhalt und Bekleidung
3. *Hauskinder*

³⁰⁵ Vgl. S. 155.

Von den insgesamt 90 Arbeitskräften, die gewöhnlich beschäftigt werden, sind ungefähr 30 Knechte und Tüggeltischer und 60 Hauskinder. Alle drei Gruppen sind im Spital stationiert und werden von dort aus zur Arbeit eingesetzt, wobei durch die ungünstig angesetzten Zeiten von Frühstück und Nachtessen³⁰⁶ und durch den oft weiten Weg zur Arbeitsstätte die Arbeitszeit stark verkürzt wird. Durch die große Abgelegenheit einzelner Güter und die Unübersichtlichkeit des Ganzen ist dem Spitalmeister eine genügende Kontrolle nicht möglich. Auch dem Amt des Baumeisters ist ein einzelner Mann kaum gewachsen, so daß es bei allen Gruppen von Arbeitern an Aufsicht mangelt, was sich auf die Leistungen auswirkt. Um die Bedeutung des landwirtschaftlichen Ertrags für den Spital festzustellen, vergleicht die Untersuchungskommission den Bedarf des Spitals mit dem Ertrag des Gütergewerbs, und zwar in einem Durchschnitt von 12 Jahren. Danach betragen:

Verbrauch des Spitals		Landw. Ertrag
Korn	1977 Mütt	286 Mütt
Weizen	94 Mütt	85 Mütt
Hafer	237 Malter	39 Malter
Roggen	377 Mütt	188 Mütt
Schmalsaat	386 Mütt	162 Mütt
Wein	1216 Eimer	326 Eimer

Die Waldungen des Spitals liefern laut dieser Aufstellung den ganzen Bedarf an Brennholz, ca. 360 Klafter, sowie einen Teil des Bau-, Wagner- und Stichelholzes. Der Rest sowie das Brennholz für die Bäckerei des Spitals muß angekauft werden.

Anschließend werden drei Hauptfragen einzeln beleuchtet, nämlich:

1. Ob es für den Spital vorteilhaft sei, diejenigen Güter, welche er bis dahin mit seinen eigenen Leuten vom Haus aus bebaut habe, in Zukunft ganz oder zum Teil beizubehalten, und was an der bisherigen Bewerbungsart dieser Güter zum Vorteil des Amtes abgeändert werden könnte.

³⁰⁶ Das Mittagessen wurde an Ort und Stelle eingenommen.

2. Wie die Waldungen des Spitals forstmäßig genutzt werden könnten.
3. Ob die dem Spital zustehenden Handlehen-Reben (ohne die dazugehörenden Güter 66¹/₄ Jucharten) dem Amt nützlich oder schädlich seien, ob diese also ferner beibehalten oder losgeschlagen werden sollten.

1. In erster Linie wird hier festgestellt, daß der Grundbesitz des Spitals zwar sehr zerstreut liege, aber nur gutes Land umfasse. Wenn der Ertrag nicht befriedigend sei, so müsse die Ursache in der unrationellen Bewirtschaftung gesucht werden, die ihrerseits vor allem auf den zu großen Grundbesitz zurückzuführen sei. Die Kommission schlägt daher vor, einen Teil der entlegensten Grundstücke zu veräußern, um den Rest desto intensiver und rationeller bebauen zu können. Dabei soll darauf geachtet werden, daß nur so viel Land zurückbehalten werde, als die vorhandenen Arbeitskräfte bewältigen könnten und daß zwischen dem Besitz an Wiesen, Äckern und Reben ein gesundes Verhältnis vorliege. Mit dieser Lösung hofft man, durch bessere Ausnützung des noch vorhandenen fast ebensoviel zu produzieren wie vorher, d. h. den für den Spital nötigen Ertrag. Ferner bietet sich auf diese Weise weiterhin Gelegenheit, die Hauskinder außerhalb des Spitals ihrem Zustand entsprechend zu beschäftigen. Der Erlös aus den verkauften Gütern, zinstragend angelegt, sollte überdies nach den Berechnungen der Kommission einen allfälligen Ausfall an Produkten bei weitem decken.

Die beiden Pferdezüge, die schon oft bei Reformbestrebungen als zu kostspielig angesehen wurden, sollen nach Ansicht der Kommission beibehalten werden, besonders mit Rücksicht auf die häufige Benutzung derselben zu öffentlichen Arbeiten im Auftrag der städtischen Verwaltung.

Als unumgängliche Neuerung wird schließlich die Einführung einer detaillierten Extra-Buchhaltung für alle Teile der Landwirtschaft verlangt, das sogenannte landwirtschaftliche Protokoll. Nur so werde die Übersicht über die Rentabilität der einzelnen Grundstücke sowie die Kontrolle des Baumeisters und der ihm unterstellten Arbeiter gewährleistet.

Übersicht über den Grundbesitz des Spitals 1785

	Häuser	Scheu- nen	Äcker Juchar- ten	Wiesen Mann- werk*)	Reben Juchar- ten	Weide Juchar- ten	Wald Juchar- ten
<i>Rechts der Limmat</i>							
Schönenhaus	1	2	3	14			
Strickhof	1	1	80 ½	23 ½		12	
Kreuz	—	1		2			
Hottingerboden und Holz	—	—	10	—	—	—	22
Krumm-Acker	—	—	2	—	—	—	
Schmelzberg, d. mittl.	—	—	—	—	9 ¾	—	—
Oberhof, Neu-Juchart	—	—	—	—	1	—	—
Schwerzeren, der Königstein	—	—	—	—	3		
Spitzwiese	—	—	—	1 ½	—	—	
Tannacker	—	—	1	—			
Wilden Reben	—	—	—		½		
Ötlißberg an 2 Orten	—	—	—	—	—	—	15
Hirslanderberg 1 Hub	—	—	—	—	—	—	1
Zürich- u. Susenberg	—	—	—	—	—	—	98
Wytikon u. Ötlißberg	—	—	—	—	—	—	24
Lybenstein	—	—	—	—	—	—	22
Sagentobel	—	—	—	—	—	—	10
Bilgerholz und Stöck- tobel	—		—	—	—		38
<i>Links der Limmat</i>							
Bürglin	½	½	½	1 ½	¾		
Enge	—	1		16	4		
Unterhard	1	1		30			
Hardallmend	—	—	8				
Höckler	1	1	12	8	—	45	163
Waldmannsacker	—	2	7	1	—	—	—
Neuguth	—	—	—	2	2	—	—
Sellnau	—	—	—	4	2 ¼	—	—
Sihlfeld, unter und mittler	—	—	41 ½	—	—	—	—
Neu-Acker	—	—	½	—	—	—	
Rüschlikon 9 Stücke	—	—	—	—	—	—	37
Total Grundbesitz	4 ½	9 ½	166	103 ½	23 ¼	55	430

* 1 Mannwerk = 32 a, vgl. Anmerkung S. 179.

Davon soll nach dem Gutachten der Spitalkommission neben den drei Höfen Höckler, Strick- und Hardhof beibehalten werden:

	Wiesen Mannw.	Äcker Juch.	Reben Juch.
Im Sihlfeld: Stiglenacker	—	1 ½	—
„ hinter d. Zehntenscheune	—	16	—
„ die 6 Jucharten	—	6	—
„ Käsmändli	—	3 ½	—
„ Waldmannsacker	1	7	—
„ Studenacker	—	4 ½	—
„ Zwei Jucharten	—	2	—
Beim Schönenhaus	15 ½	6	10 ½
Im Selnau	3	—	2
Neuguth	2	—	2
Drei Scheunen	16	—	4
total	37 ½	46 ½	18 ½

Dagegen sollen bei günstiger Gelegenheit verkauft werden:

	Wiesen Mannw.	Äcker Juch.	Reben Juch.
Im Gießen	—	1 ½	—
Herrenacker	—	1 ½	—
4 Jucharten	—	4	—
Bei der Hauptgrub	—	½	—
Auf dem Hottingerboden	—	¾	—
Neu-Acker im Sihlfeld	—	10	—
Im Bürgli, samt ½ Haus, ½ Scheune, ⅓ Trotte	1	—	¾
Beim Kreuz samt der Scheune	2	—	—
Neu Juchart im Oberhof	—	—	1
Königstein in Fluntern	—	—	3
total	3	18 ¼	4 ¾

2. Die Waldungen des Spitals sollen als äußerst nutzbringend in globo beibehalten werden. Die Nutzung dagegen soll auf das Nötigste beschränkt und der allgemeinen Forstordnung angepaßt werden. Diese wurde im Jahr 1772 durch eine eigens dazu bestellte Kommission aus Mitgliedern der Physikalischen Gesellschaft und

kleinen und großen Räten im Auftrag des Rates ausgearbeitet und nach wohlwollender Genehmigung wurde die betreffende Kommission vom Rat als Aufsichtsbehörde in allen Wald- und Forstfragen über alle Ämter und Vogteien eingesetzt³⁰⁷. Das zweite Departement im im Spital soll auch hier für scharfe Kontrolle der betreffenden Untertanen und für die vorschriftsgemäße jährliche Berichterstattung über die Veränderungen in den Spitalwäldungen an die oben genannte Aufsichtsbehörde sorgen.

3. Die Handlehenreben werden trotz ihrer zum Teil guten Lage als für den Spital unwirtschaftlich, ja geradezu schädlich bezeichnet. Die meisten dieser Reben seien verwahrlost, und ihr Ertrag bleibe weit hinter dem zu erwartenden Resultat zurück. Die Kommission begründet diesen Zustand mit dem mangelnden Interesse der betreffenden Lehensleute und der ungenügenden Möglichkeit der Spitalverwaltung, eine Besserung zu erzwingen. Sie rät deshalb dringend zu möglichst baldigem Verkauf.

Sämtliche drei Postulate der Untersuchungskommission, zusammengefaßt in einem zweiten Gutachten³⁰⁸, wurden vom Rat am 9. Mai 1785 vollumfänglich genehmigt³⁰⁹.

VI. Schluß

Nachdem nun die Geschichte des Spitals Zürich und seine Entwicklung während rund sechs Jahrhunderten gezeigt wurde, sollen im folgenden noch kurz die wichtigsten Punkte mit den Resultaten der übrigen Literatur zum allgemeinen Spitalrecht des Mittelalters verglichen werden.

1. Der Gegensatz zwischen weltlichem und kirchlichem Recht

Reicke betont in seiner Arbeit über das Spitalrecht des Mittelalters, daß auch bei weltlicher Organisation, beispielsweise bei völlig ausgebildeter bürgerlicher Herrschaft, der Spital als kirchliche An-

³⁰⁷ H I 269 Bl. 163, 268, 270 StA Zürich.

³⁰⁸ H II 1 u. H I 270 Bl. 158 StA Zürich.

³⁰⁹ B II 1007 S. 34ff. StA Zürich.

stalt aufgefaßt wurde, und zwar auch in den Fällen, wo der Spital nicht identisch ist mit dem Spitalgotteshaus. Als Beweis für diese Denkweise nennt Reicke typisch kirchliche Rechte solcher Spitäler, wie Ablass, Inkorporation etc.³¹⁰.

Wie weit trifft nun dies auch für den Spital Zürich zu? In der ersten Zeit nach der Gründung sind hier bereits zwei Grundelemente festzustellen: trotz einer mindestens teilweise weltlichen Verfassung und Organisation wird der Spital eindeutig als kirchliche Anstalt betrachtet und als solche unter päpstlichen Schutz genommen. Im Lauf des 13. Jahrhunderts gelangt die Verwaltungsmacht vollends in weltliche Hand, die kirchliche Struktur des Spitals dagegen konnte sich noch bis gegen Ende des 14. Jahrhunderts halten. Als deutlichstes Zeugnis dafür sollen hier die Bestimmungen über den Grundbesitz in toter Hand genannt werden, welche ausdrücklich das Siechenhaus und den Spital als Sonderfall ausnehmen. Grundsätzlich würden beide Anstalten wie Kirchen, Klöster und Stift von dieser Regelung betroffen. Im 15. und vor allem zu Beginn des 16. Jahrhunderts verblaßt aber diese Vorstellung des Spitals als Gotteshaus immer mehr, und beim Beginn der Reformation war aus der ursprünglich halb geistlichen, halb weltlichen Institution bereits eine Anstalt mit rein weltlicher Organisation und weltlichem Charakter geworden. Die Annahme Reickes, daß die kirchliche Struktur des Spitals während des ganzen Mittelalters unverändert geblieben sei, trifft für Zürich also nicht zu. Auch die Inkorporation der St. Peterskirche in den Spital Zürich liefert keinen Gegenbeweis. Die Begründung dieses Rechtsverhältnisses in den Jahren 1378/79 fällt noch in die Zeit, wo der Spital wirklich als Gotteshaus betrachtet wurde, ihre Beibehaltung aber war durchaus nicht mehr abhängig von der kirchlichen Eigenschaft des Spitals, denn diese Inkorporation blieb ja sogar noch nach der Reformation bestehen, als von kirchlichem Charakter des Spitals schon längst nicht mehr die Rede sein konnte.

Bei einem Vergleich der zürcherischen Verhältnisse mit den Resultaten von Pleimes und von Reicke kann man feststellen, daß die Verwaltung des Spitals Zürich verhältnismäßig früh in weltliche Hand gelangte und dies, wie es scheint, ohne großen Widerstand der

³¹⁰ Vgl. Reicke, S., B. II S. 288.

Kirche. Pleimes nennt als Zeitpunkt des Aufkommens von Pflegschaften das 13. Jahrhundert³¹¹. In Zürich haben wir um die Mitte dieses Jahrhunderts bereits eine vollentwickelte Pflegschaft nachweisen können, deren Entstehung wahrscheinlich bis auf den Anfang des Jahrhunderts zurückgeht.

2. Die Rechtspersönlichkeit des Spitals Zürich

Der Charakter der Rechtspersönlichkeit des zürcherischen Spitals entspricht durchaus der allgemeinen Entwicklung. Die Gesamtheit der Insassen, die Gebäude als Anstalt im gemeinrechtlichen Sinn und endlich auch das darin investierte, dem Spitalzweck dienende Kapital helfen mit, dem Spital den Charakter einer juristischen Person zu verleihen. Welches dieser Elemente ausschlaggebend war bei der Personifizierung des Spitals, läßt sich nicht mehr feststellen, jedenfalls aber war durch ihr Zusammentreffen die Rechtspersönlichkeit eine so ausgesprochene, daß man immer wieder versucht ist, die modern rechtlichen, dem Mittelalter aber noch fremden Theorien über die juristische Person zur Anwendung zu bringen.

3. Die Verfassung des Spitals Zürich

Reicke stellt in seinem Werk den Normaltypus einer Pflegschaftsverfassung mit seinen verschiedenen möglichen Varianten dar. Diese Form liegt beim Spital Zürich in ziemlich reiner Form vor; das Hauptmerkmal, die Dreiteilung der Verwaltungsmacht zwischen Rat, Pfleger und Spitalmeister, läßt sich in allen Entwicklungsperioden nachweisen. Im Vergleich zum Durchschnitt der deutschen Spitäler scheint in Zürich vor der Reformation die Verwaltungsmacht eher auf die untergeordneten Organe verlagert zu sein. In Zürich ernennt der Spitalmeister einen großen Teil der Unterbeamten, ferner alle Dienstboten, Krankenpfleger und landwirtschaftlichen Arbeiter, während dies in Deutschland meist Sache der Pfleger ist. Auch sonst ist er ziemlich unabhängig von der Spitalpflege, die vielerorts eine viel strengere Kontrolle ausübt. Der Rat hat in Zürich fast nur noch die Funktion einer Aufsichtsstelle, seine

³¹¹ Vgl. Pleimes, D., S. 25.

Kompetenzen fallen zum Teil an die Spitalpflege. Das „väterliche Regiment“ nach der Reformation änderte diese Verhältnisse weitgehend; durch immer stärkere Betonung der Staatsgewalt wurde auf die unteren Instanzen ein Druck ausgeübt, so daß sich ohne eine Veränderung der Rechtsnormen eine Verschiebung der Kompetenzen zugunsten der oberen Organe ergibt. In dieser späteren Form entsprechen die Verhältnisse am Spital Zürich dann weitgehend denen an deutschen Spitälern.

Das Recht der Insassen entspricht ganz dem Bild, das uns Reicke von den deutschen Verhältnissen zeichnet. Die beiden Grundelemente, die absolute Gehorsamspflicht der Insassen gegenüber Pflegern und Meister und das Erbrecht des Spitals, beide Ergebnis der vollständigen Eingliederung des Einzelnen in die Gemeinschaft der Insassen, lassen sich in gleicher oder ähnlicher Gestalt auch an den deutschen Anstalten nachweisen.

Die kirchliche Ordnung, vor allem die Regelung der Exemption und die Gestaltung der Pfründe, variiert naturgemäß stark von einer Stadt zur andern, ist sie doch Ausdruck der kirchlichen Verhältnisse im betreffenden Gemeinwesen selbst. Als charakteristisch sei an dieser Stelle noch einmal die völlige Unabhängigkeit des Zürcher Spitals von jedem kirchlichen Einfluß hervorgehoben und, als Gegenstück dazu, die enge Verbindung der Spitalkapelle mit der Propstei, der Inhaberin der Kollatur und gleichzeitigen Mutterkirche.

Anhang

1. Bemerkungen zur ältesten urkundlichen Erwähnung des Spitals

Priori et fratribus hospitalis de Thuregum¹.

Solet annuere etc. usque annuentes. Personas et hospitale vestrum quod dilectus filius nobilis vir . . . dux Zeringie pro suorum peccatorum remedio fabricavit, cum omnibus bonis, que in presentiarum etc. in modum protectionis usque communimus. Ad indicium autem huius protectionis a nobis obtente aureum unum nobis nostrisque successoribus annis singulis persolvetis. Nulli ergo etc. Datum Laterani III idus Martii anno septimo (1204 März 13. Lateran).

Das Urkundenbuch Zürich übernahm aus den Auszügen von Schöpflin und Bréquigny die fehlerhafte Form „de Thuregano“². Diese Fassung wurde in der Literatur dann allgemein verwendet und recht verschieden gedeutet. Reicke in seinem grundlegenden Werk über den deutschen Spital³) bezweifelt sogar, daß sich diese Stelle überhaupt auf den Spital Zürich beziehe.

Ungewiß ist, ob es sich bei diesem dux Zeringie um Herzog Berchtold IV. oder V. handelt. Für Berchtold IV. spricht, daß er eher kirchlich gesinnt und freigebiger gewesen sei als sein Sohn Berchtold V.; das Urkundenbuch nimmt deshalb den Vater als Stifter an. Vögelin in seinem Buch über das alte Zürich⁴ bezeichnet dagegen Berchtold V. als Gründer, weil im Text keine Bezeichnung darauf schließen lasse, daß der Stifter bereits gestorben sei. Die übrigen Autoren nehmen ohne weitere Begründung die Auffassung Vögelins oder die des Urkundenbuches an⁵. Ob die Beweisführung Vögelins bei der Unvollständigkeit des Textes als stichhaltig betrachtet werden kann, ist fraglich, aber auch die Erklärung des Urkundenbuches kann nicht befriedigen.

¹ Wortlaut nach Bernoulli, *Acta pontificorum Helvetica*, Bd. I S. 25.

² UB Zürich 359 Bd. I S. 240.

³ Reicke, S., a.O., Bd. I S. 215.

⁴ Vögelin, S., a.O., Bd. I S. 440.

⁵ Heyck, E., *Herzöge von Zähringen*, S. 457. — Reicke, S., a.O., Bd. I S. 215.

Aus dem Itinerar der beiden Zähringerherzöge ergeben sich in der fraglichen Zeit je zwei nachweisbare Aufenthalte in Zürich⁶. *Berchtold IV.* verzichtete am 2. Juli 1177 in Zürich für sich und seine Nachkommen auf die Einsetzung des Leutpriesters der Propstei, die er vorher im guten Glauben an sein Recht vorgenommen hatte⁷. Kurz vor seinem Tod wollte *Berchtold IV.* noch einmal in Zürich, wo er am 10. April 1185 einen Schiedsspruch zwischen der Propstei und dem Leutpriester Lütbold von Schwenningen in der schwäbischen Baar zur Beurkundung brachte⁸. Diese Beurkundung ist die letzte uns bekannte Handlung *Berchtolds IV.* Da Heyek berichtet, der Herzog sei schon „seit Jahren siech gewesen“⁹, könnte man sich eine Spitalgründung pro remedio suorum peccatorum in diesem Zeitpunkt psychologisch gut erklären.

Berchtold V. wollte 1187 in Zürich und gewährleistete am 29. August der Propstei das Recht, ihren Leutpriester selbst zu wählen und zu investieren; materiell eine Bestätigung der Urkunde *Berchtolds IV.* von 1177, aber in der Form eines neuen Privilegs¹⁰. Ein zweiter Aufenthalt *Berchtolds V.* in Zürich fällt auf das Jahr 1200, wo er für das Kloster St. Blasien urkundet¹¹. Ziemlich sicher ist bei einem solchen Besuch in Zürich der Spital gegründet worden.

Heyek berichtet¹², daß *Berchtold V.* am 29. Juni 1201 mit andern Anhängern König Philipps mit dem päpstlichen Bann belegt wurde. Einer Aufforderung Innozenz III., als alleinigen rechtmäßigen König Otto IV. anzuerkennen und zu unterstützen, leistete er keine Folge. Anfangs des Jahres 1202 unterzeichnete der Zähringerherzog mit andern zusammen ein Protestschreiben an den Papst, das sich gegen die Einmischung der Geistlichkeit in Fragen der Königswahl richtet. Das Schreiben erreichte den gewünschten Zweck nicht. Philipp wurde nicht anerkannt und seine Anhänger blieben im Bann. Am 13. Dezember 1203 befand sich *Berchtold V.* immer noch auf staufischer Seite und im Kirchenbann, wie aus einer erneuten Mahnung des Papstes ersichtlich ist. 1207 ist in einer Urkunde König Philipps Herzog *Berchtold* von Züringen unter den Zeugen genannt, befindet sich also immer noch auf der Seite der Staufer. Kann man angesichts dieser Umstände annehmen, daß Innozenz den von ihm mit dem Bann belegten Herzog *Berchtold V.* als dilectus filius nobilis vir bezeichnet und den von ihm gestifteten Spital unter apostolischen Schutz nimmt? Es ist doch wahrscheinlicher, daß mit dem Dux Zeringiae der Papsturkunde der bereits verstorbene *Berchtold IV.* gemeint ist. Dann wäre die Gründung des Zürcher Spitals

⁶ Weitere Aufenthalte *Berchtolds V.* in Zürich fallen in die Zeit nach 1204.

⁷ Heyek, E., a.O. S. 401.

⁸ Heyek, E., a.O. S. 414.

⁹ Heyek, E., a.O. S. 415.

¹⁰ Heyek, E., a.O. S. 427.

¹¹ Heyek, E. a.O., S. 454.

¹² Heyek, E., a.O. S. 457ff.

wohl auf das Jahr 1185 anzusetzen, auf die Zeit, wo der alte Herzog zum letzten Male in Zürich weilte. Daß die Bestätigung des Papstes erst 19 Jahre nach der Gründung erfolgte, scheint mir keinen Gegenbeweis zu liefern, da auch bei andern Spitalern oft eine geraume Zeit verstrich bis zur Bestätigung durch den Papst¹³. Auch die Tatsache, daß im päpstlichen „*Liber censuum*“ von 1192 der Spital Zürich fehlte und erst später nachgetragen wurde¹⁴, beweist hier nichts, denn die päpstliche Urkunde von 1204 begründet ja erst die Zinspflicht als Gegenwert für den erhaltenen apostolischen Schutz: *indicium autem huius protectionis aureum unum persolvetus*.

2. Pfründerordnung vom Jahr 1528

kenner soll syn
pfründ ußhin gen

Ein jeder pfründer, er sige ober ald unnderpfründer, so ein pfründ ze kouffen begert, sol ee unnd er angenommen wirt, eigentlich erkunnen, was jedem inn syner pfründ, inn spyss, tranck unnd annderen dingen unnd nutzungen gehöre, dargägen, was er ouch nach luth volgenden artigklen zethündt schuldig sige¹⁵, unnd so ime söllichs geliept unnd annemlich, selb persönlich vor den herren pflegern unnd meystern des spittals erschynen unnd an eydts statt geloben unnd verheissen, dem spittal syn frommen unnd nutz ze schaffen, schaden zewenden, unnd, so er etwas säche, das dem spittal zü nachteyl schaden unnd abtrag diene, dasselb einem spittalmeyster anzutzeygen, unnd ouch den pflägern unnd einem spittalmeyster

¹³ Augsburg 6, Erfurt 8, Salzwedel 19 Jahre. In Straßburg erfolgte die bischöfliche Bestätigung des Mehreren-Spitals erst 1319, 56 Jahre nach der Gründung, H II 1 StA Zürich.

¹⁴ Fabre, P. u. Duchesne, L., *Le Liber censuum de l'Eglise Romaine*, Bd. I 2. Série S. 158, Paris 1910.

¹⁵ Ergänzung am Rand aus dem Jahr 1569: Welliches dann möge alles eigentlich vergeläsen und geoffnet und darby heiter und luter angezeigt werden soll, das man ime und andern pfründern vermög der ordnung uff die bestimpten tag das fleisch, ja wann mandas wol ankommen möge, geben und werden lassen. So aber inn der metzg fleischs halb mangel, das man dann inen das zegeben nit schuldig noch verbunden syn, sonnder sy mit gmeiner burgerschafft ein mitlyden haben und sich uff die selbig zyt anderer gepürlicher unnd dienstlicher spysen, so man inen für das fleisch ordne, benügenn lassen und zefriden syn, dess man sich versehen.

gehorsam zesyn inn allen zimlichen, billichenn sachen unnd fürnemlich jeder, so er das gesundtheyt halb tûn mag, alle tag zur predig gon, das heylig göttlich wort hören. Ee ouch einer die pfründ anfacht nießen, sol zuvor, wie unnd waß maaß er ein pfrund koufft, desse inn synem costen ein brief nemmenn.

Unnd was dann jedem pfründer, wyb oder man, inn spyß unnd tranck wirt unnd von alter kon ist unnd einer koufft, der sol söllich syn pfründ im spittal nießen¹⁶, (im werde dann die ußhin ze kouffen gegeben), unnd was einer oder eine also nit essen oder trincken mag, dasselb gar niendert hin thûn, weder zuverschencken, nach zuverkouffen, sonder es dem spittal widerumb inn hafen anntwurten, damit die frömbden bilgeri, die den spittal besûchen, daruß mögen gespyßt werden. Hierumb man keinem wyter zegeben schuldig ist, dann von einem brot sechs haller unnd umb ein quertli wyn dryg haller¹⁷.

keyner soll gest han

Zudem sol ouch keiner kein gast im spittal han unnd zû im setzen, mit im essen lassen, sy sigen, wer sy wöllenn, sonnder die pfründen uff ire eigne lyb und nit feerer nießen. Wellicher aber das nit halten wurde, dem sol ein spittalmeyster acht tag syn pfründ abschlachen, einer möchte aber so untrüwlich hanndlen, die pfläger unnd meystere wurdend einen wyter straffen¹⁶. (Unnd so ein spittalmeyster inen sölliche straaß welte übersehen, sol er von jedem fünf schilling den armen inn der siechstuben zû bûs schuldig syn.

der nit anheimsch,
dem ist man nüt
schuldig

Unnd soll ein jeder pfründer, ußgnan die gemeinen oberppfründer, syn pfründ an denen orten unnd uff die genampt stund, so man die ußteylt, selbs empfangen, unnd so einer nit inn der statt und an heimsch, ist man nit schuldig, im die zegeben unnd nachvolgen zelassen. Im sol sy ouch niemand nemmenn. Wellicher das reycht unnd empfieng oder sonnst nach der gesetzten stund keme, soll nach gûtdunken der pflägern unnd meystern gestrafft werdenn¹⁸.

¹⁶ Das folgende (...) ist gestrichen.

¹⁷ Ergänzung 1626: welcher aber erfunden wurde, brot ald wyn usserhthalb dem spittal verkoufft haben, der soll uff sechs wuchen syner pfründ entsetzt syn.

pfründer, so
nit eelûth sollend mit
einandrenze zâchen
nit zusammen sitzen

¹⁸ Ergänzung 1626: Was ouch under den pfrüderen nit eelûth sind, die sollend zwüschent dem imbis und nachtmal mit einanderen ze zâchen und zwölffen nit zusammen sitzen und insonderheit weder an sunn- noch

houwet
ernd

Demnach sollen alle pfründer, so pfründ kouffen, außgenommen, die sich desse fryg abkouffen, schuldig unnd verbunden syn, wo der spittal mit geschefft uberfallen wirt zû zegryffen, fürnemlich im hōwat unnd embdet, dasselb helffen rathsamen unnd innhin thun, inn der ernd zeschnyden unnd sammeln, namlich alle tag, so lang jedes wärt, von zwölffen an, da sy uff dem fäld syn sōnd, bis zû den fünffen ze abent. Hierumb man keinem wyter zegen schuldig ist, dann ein zimlich abent brodt.

gartnen

Unnd zû zyten, so man gartnet, einanndern helffen gartnen, das krut kölen, die reben uß züchen, das als weschen, beschnyden unnd bis inn hafen oder kessel über das fûyr rüsten, on all ußzüg unnd widerred, dann wellicher söllichs überseche oder sonst gefaarlich an die arbeyt gieng, der soll acht tag von gantzer syner pfründ gstrafft unnd gestoßen werden.

spinnen

Ein jede pfründerin sol ouch dem spittal alle jar vier pfund garn spinnen, so man ir das werch gibt.

sond nüt klagen

Unnd hieruf soll keiner nützit klagen, dann was niemand im anlyt, einem meyster. Welt aber der inn nit verhören unnd im nit hellffen, dannenthin mag er syn sych den pflägern fürlegen, welltend sy ime ouch nit hilflich syn, mag demnach er unsere herren nachlouffen unnd forhin nit. Wellicher das übersächen, dem soll ein spittalmeyster, angentz so im das fürkompt, syn pfründ wyn abschlachen, bis uff der pflägern ankunfft, die inn dann wyter zestrafen haben, je nach gestalt der sach.

schalcken
schlachen

Wer ouch, das jemand mit dem anndern schalckte oder schlüge mit worten oder wercken oder sonnst

pfründer sollen un-
erlaubt sich nit ver-
ehelichen

anderen fyrtagen bis in die nacht wyt anhin trincken und zēchen, sonder ein jeder und jede nach empfangnem nachtmal an ire better zeruwen gahn, damit durch ir unghorsam wüsten mit den lichterem nit etwan brunst und schaden widerfare, darnēbent dheiner under den pfründeren dhein schēnke ansehen, sonders sich sölcher unnothwendiger zehrhafte müssigen. Und welcher sich in dem unghorsam erzeigte, den soll ein spitalmeister, so es beschicht, den nechsten in kerkel zelegen gwalt haben.

Welcher pfründer ald pfründerin, sy seyend jung oder alt, ohne erlaubnus der pflēgeren wybet oder mannet, den und die sollend der pfründen verwürkt haben und inhalt der alten ordnungen angēnz uss dem spital zēdullen, dann ein solches dheins wegs im spital zedullen.

etwas uneinigkeyt anfieng, hannd pfleger unnd meyster gwalt, nach gelegenheyt der sach zestraffen luth der freygheyt brief (fen., ergänzt).

lügen

Keyner sol anndern heyßen liegen, by straf fünf schillingen.

schweren

Es soll ouch keiner schweren nach sonst unzuchtigs reden.

spitals dienst nit
beleidigen

Denne soll ouch kein pfründer des spittals diennst beleydigen nach mit inen umb sachen die pfründen belangend zanken nach haderen keins wegs, sonnder was jedem unlydenlich von denen begegnet, dasselb einem meyster anzeygen, by verlierung acht tag pfründ wynns.

spital erbt pfrunder

Ein jeder pfründer sol eigen kleyder unnd geliger habenn an spittals schaden, unnd was dann einer oder eine, jung oder alt, inn spittal bringt unnd überkompt unnd daselbs nach tod hinder ime verlaßt, darüber ist der spittal erbt, an intrag mengklichs. Die pfründ sol ouch mit demselben abgestorben, tod unnd abgangen syn. Unnd ob jemand gefaarlicher wyß etwas, was das wer, ußhin verschanckte oder verkouffte, soll doch dasselb kein crafft nach bestandt han unnd nüt gelten, sonnder dem spittal wider zügestellt, ouch der pfründer, so man söliche untrüw by synem leben erfart, ongestrafft nit gelassen werden, luth der frygheyt briefen¹⁹.

nit uff pruggen sitzen

Uß erkanntnus unnsere herren burgermyster unnd rath soll keyn pfründer uff der bruggen sitzen, sonnder ir kurtzwyl uff dem graben süchen, damit ander lüth nit ouch zu müßiggon gereytzt werdenn.

umb bättzyt imspital

Unnd so man zu bätten verlüth hat, soll jeder pfründer im spittal syn. Wellicher darnach an das thor kumpt, sol nit ingelassen unnd darzu acht tag umb syn pfründ gestraafft werdenn.

nit zum wyn gon

Die ouch, so man uß gnaden vergebens inn spittal genommen oder die, so sonnst ire pfründen nit allencklich unnd ganntz, nach myner herren gütdunken, als spittals ordnung unnd bruch, zü betzalen gehebt habend, söllendn nienderthin zum wyn gaan unnd biderb lüth in urtinen unüberloffen lan unnd daheim

gült ußlychen

¹⁹ Ergänzung 1626: Was ouch ein pfründer an barem gölt ußlychen wil, das sol er nienert anderstwohin göben, dann einem spitalmeister, der es ime syn, des ußlychers, läbenlang jerlich gebürlichen ouch verzinsen sol.

belyben; dem spittalmeyster, was er sy dem spittal
ußrichten heyßt gehorsam syn. Wellicherr das über-
sächen unnd nit thûn wurde, [dem soll] der spittal-
meyster jederzyt die pfrunden abschlagen oder
sonnst nach der gepür straffenn. Actum sambstags,
den VIIIten septembris anno etc. LIII²⁰.

Unnderschyber zû Zürich.

3. Pflegerordnung von 1591

Da mgn.H. wegen Herren Stadthalter Engelhart's und Seckelmeister Schwerzenbachers „Lybs-Übelmögende“ gezwungen worden sind, dem Spitalmeister zwei andere Pfleger vom kleinen Rat nach der Ordnung zuzuordnen, haben sie zu denselben ihre lieben Miträte Meister Heintr. Bräm und Herrn Landvogt Schwerzenbacher erwählt und genommen. Damit sie nun wissen, was ihr und des dritten Pflegers, der aus dem großen Rat ist (momentan J. Marx Stapfer) „bruchlich“ sei und was ihnen an diesem Amt zu verrichten und zu verhandeln zustehe und gehöre, haben mgn.H. ihnen diese Ordnung aufgestellt und ihnen bei ihren Treuen befohlen, sie zu halten und fleißig zu beobachten, nämlich:

Daß sie wöchentlich oder mindestens einmal pro Monat beim Spitalmeister und seinen Unterbeamten und Diensten Kontrolle machen und sich erkundigen, wie die Haushaltung im Spital geführt werde, was man

tag und nachtwach

²⁰ Ergänzung 1626: Demnach so habend unser herren burgermeister und rath sich ouch dessen erkennt, diewyl mengklicher in gemeiner irer burgerschaft die wachen, fürnemlich aber die nachtwachen, zû versêhen schuldig, das die pfrûnder all gmeinlich und sonderlich, welche des lybshalber thûn mögend, den spital by tag und nacht zû verwachen und sy das under einanderen umbgahn lassen schuldig und verbunden syn sôllen, wie dann das vor demetwann mehr gebrucht ist worden, damit der spital sich vor fhûrs nôtten ald anderen schädlichen dingen dest minder zû besorgen haben, ouch das volck in besser ordnung gehalten werden möchte. Welcher aber sich dest widerete und unghorsam wêre, der sol von einem meister oder den pflegeren je nach gstaltsame und synem verdien nach gebüßt und gestrafft werden.

ordnung alle monat
verlesen

Und dann für das letst, damit jemand's sich der unwissenheit zû entschuldigen habe, so sol disere jezbeschribne ordnung für hin in der stuben, all da sy hanget, alle monat, wann das volk by einanderen versamlet ist, von einem under inen den pfrûnderen von artikel zû artikel abglêsen werden, das mengklicher sich darnach zû verhalten und ime selbst vor straff zû syn wüsse.

brauche, wie man die Sachen verwende, wieviel noch vorhanden sei an Früchten, Anken, Holz etc. und wie diese Vorräte für den kommenden Verbrauch verwendet werden sollen. Demzufolge sollen die Pfleger nicht nur beim Annehmen oder Abweisen der Pfründer mitwirken, sondern um die ganze Verwaltung der Spitalhaushaltung und die Bewirtschaftung der Güter Bescheid wissen und Aufsicht führen. Gleichfalls über Bestand an Vieh, Pferden, Verbrauch für dieselben, und falls irgend etwas nicht in Ordnung wäre, sollen sie Ordnung schaffen und für Wahrung der Spitalinteressen sorgen. Der Spitalmeister soll nicht ohne Wissen der Pfleger für den Spital handeln, sondern alles ihnen melden, und sie allein sollen zum Handeln berechtigt sein. Falls sie sich über irgend etwas unter sich und mit dem Spitalmeister nicht einigen könnten oder ihnen eine Sache zum selbständigen Handeln zu bedeutend scheint, sollen sie sie vor den kleinen Rat bringen und seinen Bescheid abwarten.

Die früheren Erkenntnisse, betr. den Spital, die die Abhaltung von Gastmälern im Spital und andere Mißbräuche untersagen, sollen sie befolgen und so „husen“, daß sie es vor Gott und dem Rat verantworten können, wie mgn.H. den drei geordneten Herren Pflegern und dem Herrn Spitalmeister das wohl zutrauen.

Und weil der Spital zur Zeit an Kernen und Geld eine sehr große Restanz hat (ohne Schulden der Lehenleute), und zum großen Teil auf Personen, so ist mgn.H. ernstlicher Befehl, die drei Spitalpfleger und der Meister sollen für raschen Einzug dieser Restanzen sorgen. Der Spitalmeister soll den Bedarf des Spitals aus den Einnahmen decken können und nicht stets aus dem Obmannamt Zuschuß beziehen.

prä. Bürgermeister und beid Rät.

4. Auszug aus dem Gutachten der Spitalkommission betr. Vermehrung der Spitalpflege

17. März 1785

.... glauben wir, die über den Spital zu verordnende Pflege müsse in Zukunft:

1. Aus einem Präsidenten, vier Mitgliedern des kleinen und acht des großen Rats, einem jeweiligen Herrn Spitalmeister, dem Spitalschreiber und noch einem zweiten Sekretär bestehen.
2. Bei Ergänzung eines abgehenden Mitgliedes, welches für den Präsidenten vor Rät und Burgern, für die übrigen Mitglieder vor mgn.H. den Räten geschehen müßte, sind wir überzeugt, daß mgn.H. immer auf diejenigen Herren vorzüglich Rücksicht zu nehmen nicht abge-

neigt sein werden, welche sich die Pflege selbst zu Mitarbeitern wünscht. Die Wahl eines Spitalschreibers, sowie auch des zweiten Sekretärs bliebe uneingeschränkt und ohne der Bestätigung vor einer höheren Behörde zu bedürfen, allein bei der Spitalpflege.

3. Söhne und Tochtermänner, Brüder und Schwäger eines Herrn Spitalmeisters wären von der Fähigkeit, an die Spitalpflege zu gelangen, ausgeschlossen.
4. Die ganze Pflege und der zweite Sekretär müßte ohne alle Besoldung dienen, und alle diejenigen Emolumente, so bis dahin von den Herren Pflegern bezogen worden, als Sesselfeld, Strafgeld, Gutjahr, Sitzgeld bei Abnahme der Rechnungen, kurz alle Beschenkungen und Gratifikationen an Geld und Victualien, auch selbst das Siegelgeld für den Herrn Präsidenten würden auf immer abgetan und dem Amt zu gut kommen.
5. Für die künftigen Pfleger würde eine bestimmte Pflegerordnung aufgesetzt, diese nach erhaltener Ratifikation jährlich wenigstens einmal der ganzen Pflege vorgelesen, den neuen Mitgliedern zur Einsicht nach Hause gegeben und für die gewissenhafte Handhabe derselben von sämtlichen Herren Pflegern, wie auch von den neu angehenden jedesmal ein fügliches Handgelübde geleistet.
6. Diese Spitalpflege würde in zwei Comités eingeteilt, von denen das erste aus dem Präsidenten, zwei Herren aus dem kleinen und drei aus dem großen Rat, dem jeweiligen Herrn Spitalmeister und dem zweiten Sekretär bestehen.
7. Das erste Departement versammelte sich alle ersten Montage jedes Monats, um die im Lauf des abgewichenen Monats durch Absterben ledig gewordenen Hauskinderplätze wieder zu besetzen, Pfründer aufzunehmen, Fleisch, Brot, Wein oder sogenannte Stuck, insoweit nämlich dieser Handel nach beendigter Spitalreform noch stattfinden wird, zu verkaufen, die nähere Aufsicht auf alle Bewohner, Kranke, Hauskinder, Abwarten und beide Brotväter oder wer unter irgend einer anderen schicklicheren Benennung diese Stellen in der Zukunft versehen wird, alle Beamten und Diensten, so nicht unmittelbar bei dem Gütergewerb gebraucht werden, also unter gewissen Einschränkungen der Kellermeister, Metzger, Beck und Müller — gebührte, sowie das Strafamt über diese Personen, wann sie fehlbar zum Vorschein kämen, uneingeschränkt dieser Committé (sic) mit dem einzigen Vorbehalt, daß die Entlassung dieser Beamten mit Vorwissen und Bewilligung der ganzen Spitalpflege geschehen müßte.

Diejenigen aber der benannten Personen, die von einem jeweiligen Herrn Spitalmeister diesem Departement zur Auswahl und unbedingter Bestätigung vorgeschlagen werden, würden auch ganz allein von diesem Departement ihres Dienstes entsetzt werden können.

Das Detail der Haushaltungs-Öconomie, Ankauf und Herbeischaffung aller Kleidungsbedürfnisse für diejenigen Leute, die der Spital zu kleiden hat, als Tuch, Leder, Strümpf etc., dann des Betzgeräts, aller Mobilien, des Küchengeräts, nebst allen Victualien, Butter, Käse, Ziger, Salz, Lichter u.s.f. sowie auch vorzüglich die Aufsicht über die Speise- und Vorratskammer, würde der Direktion dieses Departements überlassen.

Die Aufsicht über alle in oder außert dem Spital für denselben arbeitenden Handwerker, und Professionisten, so keine besondere Beziehung auf den Gütergewerb haben, wäre auch diesem Departement anzuweisen. Derselben Conti müßten, bevor sie von dem Herrn Spitalmeister bezahlt würden, von dieser Stelle revidiert und, wann sie richtig befunden worden, unterzeichnet werden.

Sollte der Spital an seinen Rechtsamen und Freiheiten gekränkt werden, so würde auch dieses Departement die nächste und erste Verpflichtung auf sich haben, zu glücklicher Behauptung und Verfechtung dieser Rechtsamen und Freiheiten dieses Hauses gutachtliche Vorschläge an die ganze Spitalpflege zu entwerfen.

Alles in mehrerem Detail nach Anweisung einer nach beendeter Remedur abzufassenden Pfleger- und Amtsordnung.

8. Das zweite Departement würde die Öconomie des Gütergewerbs und die Bauangelegenheiten im Großen und im Detail besorgen. Der Baumeister, Kornmeister, Knechtenbrotvater, alle Fuhr- und Güterknechte, und die Tüggeltischer stünden unter den Befehlen dieses Komitees, welches über die Fehlenden unter diesen Personen das Strafamt nach Gutbefinden auszuüben hätte. Sollte aber ein Baumeister, Kornmeister oder Knechtenbrotvater seines Dienstes entsetzt werden müssen, so wäre solches alsdann ungesäumt der ganzen Pflege anzuzeigen, damit solche sogleich zur Wahl eines neuen Subjekts schreiten könnte. Wagner, Kübler und Tischmacher und alle Handwerker, so für den Gütergewerb auch außert dem Spital beschäftigt sind, wären der unbedingten Auswahl und Abänderung dieses Komitees, sowie die Fuhr- und Güterknechte, die ein Herr Spitalmeister demselben vorzuschlagen hat überlassen.

Alle diejenigen Conti, welche entweder Bauangelegenheiten oder den Gütergewerb betreffen, müßten, ehe sie der Herr Spitalmeister ausbezahlt, an dieser Stelle untersucht und gutgeheißen werden.

Der Ankauf und Verkauf der Pferde und des zum Gütergewerb erforderlichen Hornviehs besorgte besagtes Komitee ebenfalls, sowie überhaupt alles, was in engstem oder ausgedehntestem Sinn den Gütergewerb betreffen kann, demselben überlassen würde.

So wie es nun dieses Departements nähere Pflicht wäre, auf alle die eigenswerbenden Besitzungen des Spitals, auf derselben Bebauung, das Einsammeln der Sommer- und Herbstfrüchte und alle

und jede Feldarbeiten die genaueste Aufsicht zu haben und alles diesfällige anzuordnen, so hätte es nicht weniger Verbindlichkeit, auf die Aufnahme der dem Spital zustehenden Waldungen und auf die Unterhaltung der bei den eigenen und Handlehengütern stehenden Wohngebäuden und Scheunen ein aufmerksames Auge zu richten; dieses Komitee müßte in Zukunft alle Holzfrevel, sowie jeden den eigenen und Handlehengütern (solange solch letztere nicht losgeschlagen sein werden) zugefügten Schaden alles Ernsts ahnden und bestrafen.

Ebenso würden diesem Komitee die Bewerkstelligung und Handhabung der von dieser höchsten Behörde aus erst kürzlich zur Beschränkung des Holzkonsums am Spital getroffenen Verfügungen aufgetragen.

Die Kornböden und alle Keller mit Ausnahme des Hausbrauckellers stünden gleichfalls unter demselben und von ihm würden alle dahin schlagenden Verfügungen veranstaltet.

In Gegenwart einiger hierzu verordneter Mitglieder dieses Departements müßten die jährlich zu entrichtenden Kompetenzen an Früchten, Wein und Holz zugemessen und sogleich vom übrigen Vorrat weggenommen und an die Behörde abgegeben werden.

Übrigens aber werden sich die Hauptzüge dieses sowie des ersten Departements noch näher aus der neuen Amtsordnung bestimmen lassen: einige der erwähnten Gegenstände können ausschließlich diesem Departement überlassen werden, andere erfordern gemeinschaftliche Beratung und Verfügungen von Seiten der vereinigten Spitalpflege, und müßten also gutächtiglich dahin verwiesen werden.

9. Der vereinigten Spitalpflege gebührte die Ausübung der Judikatur und aller andern Rechtsamen und Freiheiten, welche mgn.H. von Zeit zu Zeit der Spitalpflege eingeräumt und zugesichert haben, und dieselbe wäre auch verpflichtet, für die ungekränkte Beibehaltung dieser und solcher Rechtsamen zu sorgen, die mgn.H. etwa in Zukunft noch einer Spitalpflege überlassen möchten. Das Wahlrecht, so die Pflege dermalen ausübet und vermög dessen sie einen Spitalprediger, Spitalschreiber und noch einige andere Stellen ernennt, bliebe derselben, nebst der Bestellung eines zweiten Sekretärs und der Annahme aller Unterbeamten.

Derselben gebührte auch, nebst der Aufsicht auf die beiden besondern Departements, alle Ratschläge und Verfügungen über alle und jede wichtigeren Angelegenheiten und Vorfälle, welche nicht bestimmt einem der beiden Departements allein zugewiesen sind, die Disposition über eingehende, anzuleihende oder aufzusagende Gelder, über den allfälligen Verkauf trockener und nasser Früchte, sowie der Entscheid in letzter Instanz über Hauptgebäude oder Abänderungen an solchen. Abänderungen an Güterbesitzungen,

kurz über alle und jede Ausgaben (den Ankauf der Lebensmittel ausgenommen), welche die Summe von 50 Pfund übersteigen würden.

Verleihungen von Schanzen- oder anderen Lehen, Belehnungen nebst allen Geschäften dieser Art stünden ebenfalls bei der ganzen Pflege.

Jährlich würde die Amtsrechnung, ehe sie vor den Geheimen- und Rechenrat gelegt würde, der ganzen Spitalpflege vorgelesen, vorher aber müßte sie von einigen aus dem Mittel der Herren Spitalpfleger hierzu eigens zu verordnenden Beisitzern der Pflege genau untersucht werden, alsdann, bei erwähnter Versammlung der ganzen Spitalpflege würde von diesen Herren das Nötige bemerkt werden, und bei diesem Anlaß über alle diejenigen Gegenstände, deren Verbesserung oder Abänderung gewünscht werden möchte, in gemeinschaftlicher Beratung eingetreten, das Nötige verfügt, und alles dasjenige in Rat genommen, was etwa zum Vorteil des Spitals an höchste Behörde hinterbracht werden sollte.

Allfällige Schenkungen, Diskretionen und jede Gratifikation oder Belohnungen können allein von der ganzen Pflege bestimmt werden.

In ihrem Namen werden alle Instrumente, Traktate, Erkenntnisse, Lehenbriefe usw. ausgefertigt und vom Präsidenten besiegelt.

10. So wie bis dahin, so würden auch in Zukunft alle Schreiben der Herren Geistlichen zu Stadt und Land wegen anzunehmenden Hauskindern an den Präsidenten gerichtet, und jedermann, der schriftlich oder mündlich irgend ein Gesuch an die Pflege gelangen lassen möchte, müßte sich vorher an den Herrn Präsidenten wenden, so wie ihm auch von allen Ratschlägen und Verhandlungen des zweiten Departements, welchen er beizuwohnen nicht pflichtig ist, unverweilt Nachricht gegeben werden sollte.

Wenn es nötig ist, so stehet es an ihm, die Spitalpflege auch außert der festgesetzten Versammlungstage außerordentlich zusammenzurufen, so wie auch wie bis dahin das Siegel der Pflege in seiner Verwahrung bleiben müßte.

11. Die ganze Spitalpflege würde sich alle zwei Monate, jedes Departement monatlich zweimal (das erste immer am ersten Montag des Monats), zu bestimmten Tagen und Stunden besammeln.
12. Beiden Departements wäre überlassen, die von den Geschäften abhängenden Unterabteilungen nach eigenem Gutbefinden und nach Erfordernis der Umstände unter sich zu verabreden und zu bestimmen.
13. Jeden Samstag würden abwechselungsweise zwei der Herren Pfleger die Wochenrechnungen und den Zustand der Kassa besichtigen.
14. Briefschaften, wichtige Dokumente und dasjenige bare Geld, welches über die Gebrauchskassa hinaus etwa vorrätig daliegen möchte, müßten entweder in dem Archiv oder an einem sonst sicheren Ort

in Verwahrung liegen, und dahin mehrere Schlüssel führen, von welchen einer dem jeweiligen Herrn Spitalmeister, der andere aber eigens hierzu aus dem Mittel der Herren Pfleger zu ordnenden Schlüßleren anvertraut wären.

15. Ein jederweiliger Herr Spitalschreiber besorgt alle bis dahin mit seiner Stelle verbunden gewesenen Geschäfte: alle neueren Verrichtungen, das landwirtschaftliche Protokoll, alle Gutachten des zweiten Departements und jährlich ein Konspekt der vorgefallenen Abänderungen und des vollständigen Finanzzustands des Amts müßte der zweite Sekretär besorgen.

* * *

Actum Donnerstags, den 17. März 1785.

Präsentibus: Mgn. H. Stadthalter Nüscheler und übrige zur Remedur des Spitals verordnete Herren Committierten.

5. Erklärungen zur Insassenstatistik

Auf Seite 174 wird der Versuch gemacht, die den Spitalrechnungen von 1670 an beigelegte Insassenstatistik graphisch darzustellen. Von den verschiedenen Angaben dieser Statistik wurde nur die Gesamtinsassenzahl berücksichtigt. Leider läßt sich nicht mehr feststellen, ob mit der Formulierung: „Am 1. Januar waren . . . Personen im Spital“ nur die eigentlichen Spitalinsassen, die Pfründer, Patienten etc. gemeint sind oder ob diese Zahlen auch die Diensten und Beamten in sich schließen. Da jedoch die Zahl dieser Angestellten ziemlich konstant und im Verhältnis zur Gesamtinsassenzahl klein ist (ca. 8%), hat sie auf das Gesamtbild keinen allzu großen Einfluß.

Die Kurve, die sich leider nur über rund ein Jahrhundert erstreckt, zeigt ein sehr markantes Bild: Ein ruhiger, meist eher ansteigender Verlauf wird unterbrochen von zwei starken Cäsuren, von denen die erste in den Jahren nach 1708, also zur Zeit vor dem zweiten Villmergerkrieg und während seiner Dauer, eine Reduktion der Insassenzahl um mehr als einen Viertel anzeigt. Auch der zweite Rückschlag in den 1760er Jahren von rund einem Siebentel ist sehr auffällig.

Wie sind nun diese Veränderungen zu erklären? Die Lösung liegt bei einer Betrachtung der Spitalrechnungen und der Ratserkenntnisse jener Zeiten auf der Hand: Beide Male wurde die Insassenzahl absichtlich reduziert, entweder durch Erlaß von schärferen Aufnahmebestimmungen oder durch stark einschränkende Interpretierung der bestehenden Ord-



nungen, um besonders schlimmen finanziellen Verhältnissen am Spital ein Ende zu setzen. Besonders im ersten Fall läßt sich der Gang der Dinge genau verfolgen:

Die vorhergehende starke Überbelastung des Spitals führte zu einer Schwächung der Reserven. Es wurden verschiedene neue Anordnungen getroffen zu einer Besserung der Finanzlage, die aber mangels genügender Durchführung wirkungslos blieben. Staatliche Unterstützungen überbrückten die Schwierigkeiten wenigstens vorläufig. Die Vorbereitungen zum zweiten Villmergerkrieg beanspruchten aber die Staatskasse so, daß keine Zuwendungen mehr möglich waren. Durch rigorose Anwendung der genannten Bestimmungen, vor allem durch Beschränkung der Aufnahme von allen Kategorien der Spitalinsassen wurde eine Reduktion von rund $\frac{1}{4}$ erreicht.

Aber auch im Jahr 1760 lagen ähnliche Verhältnisse vor: auch hier folgte auf eine Zeit der Überbeanspruchung eine Reduktion der Aufnahmen und damit der Insassen.

6. Übersicht über die Zehnten im Besitz des Spitals 1500—1750

Ort	enthalten in Sp.-Rechnung						lt. Urbarien dem Spital ¹	Zitat
	1500	1550	1600	1650	1700	1750		
Altstetten		²					1361 –1797	H II 18
Bassersdorf							(1634)–1797	H I 37
Dielsdorf ³							(1563)–1797	H I 48
Eichbifang (Hard)							(1559)–1797	H II 18
Enge							1361 –1797	H II 18
Hard							(1435)–1797	H I 62
Höragenfeld ⁴							1564 –1797	H I 158
Leimbach							1361 –1510	H II 18
Nänikon							1564 –1797	H I 158
Niederhasli Mettmenhasli							1564 –1797	H I 158
Riet ⁵							1525 –1797	H I 156
Schlieren							1361 –1797	H II 19
Utzingers Hub ⁶							1550 –1797	H I 43
Volketswil							(1548) 1797	H II 19
Winkel							1541 –1797	H II 19

¹ Die Jahreszahl links bedeutet die erste Erwähnung in den Urbarien, ist sie nicht eingeklammert, fällt sie zusammen mit dem Erwerb des betr. Zehntens.

² Während längerer Zeit ohne Grundangabe nicht in die Spitalrechnung aufgenommen; wahrscheinlich verliehen oder verpfändet.

³ Um 1563 nur kleiner Zehnten, ab 1567 ganzer Zehnten dem Spital Zürich, abzüglich die sog. Quart an den Spital Baden.

⁴ In der Kilchhöri Bülach, auch Hünragenfeld genannt.

⁵ Riet bei Steinmaur im sog. Neuamt.

⁶ In Bachenbülach.

Einnahmen

Jahrgang 1500	Geld fl.	Korn M.	Hafer Mlt.	Weizen M.	Roggen M.	Schmal- saat M.	Wein Eimer
1. Zinsen und Zehnten:							
Zinsen	619	553	70	—	3	—	240
Zehnten	5	324	76	—	16	40	31
2. Spital:							
Tischgelder	7	—	—	—	—	—	—
Pfrundschillinge- und Leibdingkäufe	955	—	—	—	—	—	—
Ererbt	144	—	—	—	—	—	—
3. Landwirtschaft:							
Ertrag	—	142	56	12	8	30	490
Mühle	311	60	—	—	—	2	—
Fuhrlohn (nicht aus- gesch.)	—	—	—	—	—	—	—
4. Kauf, Verkauf, Tausch	3321	—	21	—	—	—	233
5. Diverses: Bußen	4	—	—	—	—	—	—
Allerlei	342	—	—	—	—	—	—
Jahreseinnahmen	5708	1079	223	12	27	72	994
Vorrat vom Vorjahr *	339	971	63	—	10	66	850
Wertänderungen:							
aufgenomm. Gülten	100	—	—	—	—	—	—
abgelöste Gülten	364	—	—	—	—	—	—
Total lt. Spitalrechnung	6511	2050	286	12	37	138	1844

* Das Rechnungsjahr deckt sich besonders im 16. Jahrhundert nicht mit dem Kalenderjahr.

7. Erläuterungen zu den Spitalrechnungen

Aus Gründen der Übersichtlichkeit war es nötig, die besonders im 16. Jahrhundert noch sehr wenig geordneten Spitalrechnungen zu vereinfachen und umzuformen.

a) Gliederung

An Stelle der in den Spitalrechnungen des 18. Jahrhunderts üblichen Einteilung wurde hier eine Darstellung gewählt, die einen möglichst genauen Überblick über Bedeutung und Rentabilität jeder einzelnen

Ausgaben

Jahrgang 1500	Geld	Korn	Hafer	Weizen	Roggen	Schmal- saat	Wein
	§	M.	Mlt.	M.	M.	M.	Eimer
1. Zinsen und Zehnten	103	135	13	—	—	—	3
2. Spital:							
Leibgedinge	641	6	—	—	—	—	6
Löhne	248	8	2	—	—	5	—
Gottesgaben	76	—	—	—	—	—	—
Hausverbrauch	1233	479	136	—	—	49	381
Handwerker	425	—	—	—	—	—	—
3. Landwirtschaft:							
Saatgut	—	43	12	2	3	9	—
Löhne	49	—	—	—	—	—	—
Div. Unkosten	179	—	—	—	—	—	—
4. Kauf, Verkauf, Tausch	56	840	27	—	23	18	162
5. Diverses:							
Div. Verluste	17	10	1	—	—	—	12
Allerlei	440	—	—	—	—	—	—
Jahresausgaben	3467	1521	191	2	26	81	564
Laufende Schulden	1	—	—	—	—	—	—
Wertänderungen:							
gekaufte Gülden	1375	—	—	—	—	—	—
abgelöste Gülden	208	—	—	—	—	—	—
Total lt. Spitalrechnung	5051	1521	191	2	26	81	564

Abteilung innerhalb des Spitals gewähren soll. In erster Linie wurden daher Krankenhaus und Pfrundanstalt mit ihren Einnahmen und Ausgaben ausgediebt, und unter der Bezeichnung Spital im engeren Sinne oder schlechthin Spital zusammengefaßt.

Als zweite einheitliche Gruppe ließ sich ferner der landwirtschaftliche Betrieb abgrenzen unter Einbeziehung von Mühle und Fuhrhalterei, welche mit der eigentlichen Landwirtschaft in engem Zusammenhang stehen²¹.

Das Hauptinteresse bei einer Untersuchung der ökonomischen Verhältnisse am Spital gilt den wichtigsten Einnahmequellen der Anstalt.

²¹ Leider konnte der Ertrag der Fuhrhalterei nicht von Anfang an erfaßt werden, da er in den älteren Spitalrechnungen in den Posten „Allerlei“ einbezogen war; es ist jedoch eine ziemlich gleichmäßige Entwicklung anzunehmen.

Einnahmen

Jahrgang 1550	Geld g	Korn M.	Hafer Mlt.	Weizen M.	Roggen M.	Schmal- saat M.	Wein Eimer
1. Zinsen und Zehnten:							
Zinsen	3500	1072	136	—	24	12	517
Zehnten	64	511	119	—	85	16	27
2. Spital:							
Leibdingzinsen	161	15	—	—	—	—	8
Leibding- u. Pfrund- kauf	4714	—	—	—	—	—	—
Zuwendungen	79	—	—	—	—	—	—
Ererbt	26	—	—	—	—	—	7
3. Landwirtschaft:							
Ertrag	—	371	86	12	12	73	307
Mühle	—	195	—	—	—	—	—
4. Kauf, Verkauf, Tausch	5918	14	2	—	1	24	702
5. Diverses: Bußen	4	—	—	—	—	—	—
Allerlei	181	—	—	—	—	—	—
Jahreseinnahmen	14647	2178	343	12	122	125	1568
Vorrat vom Vorjahr	10312	2737	616	6	116	90	3674
Wertänderungen:							
abgelöste Gülden	281	—	—	—	—	—	—
verkaufte Gülden	370	—	—	—	—	—	—
Total lt. Spitalrechnung	25610	4915	959	18	238	215	5242

ihrer Leistungsfähigkeit und Stabilität. Um diese Fragen beantworten zu können, war eine weitere Unterteilung der restlichen Einnahmen und der zugehörigen Ausgaben nötig: als relativ sehr stabile und vor allem sehr ergiebige Einnahmenquelle konnten die Zinsen und Zehnten des Spitals ausgedacht werden, denen als variabler Posten der Ertrag an Geld oder Naturalien infolge Verkauf oder Kauf zur Seite tritt. Je nach Ertrag der Landwirtschaft und Größe des Vorrats wird dieser Posten die Kasse belasten oder ihr im Gegenteil noch Einnahmen einbringen.

Die Sammelgruppe Diverses umfaßt in erster Linie viele kleine Einzelposten, dann aber auch einmalige größere Summen, die ihrem Charakter nach nicht einer der anderen Gruppen zugewiesen werden konnten²².

²² Genauere Angaben über die einzelnen Posten vgl. S. 96 u. 97.

Ausgaben

Jahrgang 1550	Geld	Korn	Hafer	Weizen	Roggen	Schmal- saat	Wein
	℔	M.	Mlt.	M.	M.	M.	Eimer
1. Zinsen und Zehnten	64	156	19	—	—	—	2
2. Spital:							
Leibgedinge	1329	136	—	—	—	—	128
Löhne	642	161	15	—	—	—	41
Gottesgaben	275	—	—	—	—	—	—
Hausverbrauch	2051	1128	253	2	44	109	767
Handwerker	581	—	—	—	—	—	—
3. Landwirtschaft:							
Saatgut	—	51	11	1	1	12	—
Löhne	204	—	—	—	—	—	—
Div. Unkosten	2297	2	4	—	—	—	—
4. Kauf, Verkauf, Tausch	3591	765	86	—	61	—	41
5. Diverses:							
Div. Verluste	180	28	14	—	8	4	—
Zehrung u. Botenlohn	24	—	—	—	—	—	—
Allerlei	243	—	—	—	—	—	—
Jahresausgaben	11481	2427	402	3	114	125	979
Wertänderungen:							
gekaufte Gülden	2551	—	—	—	—	—	—
abgelöste Gülden	105	—	—	—	—	—	—
Total lt. Spitalrechnung	14137	2427	402	3	114	127	979

b) Umformungen und Vereinfachungen

Zur Erlangung einer übersichtlichen Darstellung war eine weitgehende Vereinfachung der sehr detaillierten Spitalrechnungen nicht zu vermeiden. Vor allem mußten sich die Angaben in den Tabellen auf die wichtigsten Naturalien beschränken, unter Weglassung von manchen, vielleicht interessanten Einzelheiten; ebenfalls wurden verschiedene Doppelspurigkeiten beseitigt. So werden beispielsweise die in der Spitalrechnung gesondert aufgeführten Fäsen jeweils in das entsprechende Quantum Korn umgerechnet²³. Alles Geld wurde in Pfund aufgeführt, wobei

²³ Korn (auch Dinkel oder Spelz, in den Spital-Rechnungen Kernen genannt) zerfällt beim Dreschen nicht wie Weizen in die Körner und Stroh und Spelzen etc., sondern in kleine Einzelährchen, die sogenannten Fäsen, die neben den Kernen auch die Spelzen, Grannen etc. enthalten. Durch Rellen werden diese von den Körnern getrennt.

Einnahmen

Jahrgang 1600	Geld fl.	Korn M.	Hafer Mlt.	Weizen M.	Roggen M.	Schmal- saat M.	Wein Eimer
1. Zinsen und Zehnten:							
Zinsen	7653	1058	137	—	19	8	273
Zehnten	130	748	111	5	168	45	20
2. Spital:							
Leibdingzinsen	1016	—	—	—	—	—	—
Pfundkauf	7575	—	—	—	—	—	—
Zuwendungen	89	—	—	—	—	—	—
Ererbt	401	—	—	—	—	—	—
3. Landwirtschaft:							
Ertrag	—	401	43	12	107	107	159
4. Kauf, Verkauf, Tausch	4293	—	—	—	—	1	427
5. Diverses: Bußen	146	—	—	—	—	—	—
Allerlei	734	—	—	—	—	—	—
Jahreseinnahmen	22037	2207	291	17	294	161	879
Vorrat vom Vorjahr	45856	1801	325	3	278	111	3736
Wertänderungen:							
abgelöste Gülden	120	—	—	—	—	—	—
verk. Häuser	190	—	—	—	—	—	—
Total lt. Spitalrechnung	68203	4008	616	20	572	272	4615

sowohl die Goldwährung der fl. wie auch die Mark Silber in die allgemein übliche Pfundwährung umgerechnet wurden²⁴. Unter der Bezeichnung Schmal Saat fassen die Tabellen, entsprechend den Spitalrechnungen des 18. Jahrhunderts, verschiedene Getreidesorten und vor allem Hülsenfrüchte zusammen, nämlich: Gerste, Hirse, Bohnen, Erbsen, Linsen.

²⁴ Vgl. Tabelle über zürcherische Maße, Münzen und Gewichte in Hedinger, H., Geschichte des Städtleins Regensberg, Zürich 1927, der auch die folgenden Angaben entnommen sind:

1 Mark Silber = 2½ Gulden (fl.).

1 Gulden = 2 Pfund (fl.) = 16 Batzen = 40 Schilling (ß) = 480 Pfennige (Pf.) = 960 Heller (hl.).

1 Malter (Miter) = 333 Liter = 4 Mütt (M) = 16 Viertel.

1 Saum = 150 Liter = 4 Eimer = 3 Ohm = 16 Viertel.

1 Kopf = 3½ Liter = 2 Maß.

1 Mannwerk = 32 Aren.

1 Jucharte (Juch) Wald = 40 Aren.

1 Jucharte Acker = 36 Aren.

1 Jucharte Reben = 32 Aren.

Ausgaben

Jahrgang 1600	Geld fl.	Korn M.	Hafer Mlt.	Weizen M.	Roggen M.	Schmal- saat M.	Wein Eimer
1. Zinsen und Zehnten	372	214	30	—	—	—	3
2. Spital:							
Löhne	779	23	7	—	—	—	29
Gottesgaben	493	—	—	—	—	—	—
Hausverbrauch	7785	1636	270	4	329	71	588
Handwerker	1422	—	—	—	—	—	—
3. Landwirtschaft:							
Saatgut	—	75	7	—	21	17	—
Div. Unkosten	2149	—	—	—	—	—	—
Löhne	116	—	—	—	—	—	—
4. Kauf, Verkauf, Tausch	5141	330	5	—	—	—	129
5. Diverses:							
Div. Verluste	98	—	4	—	—	—	33
Trinkgelder etc.	57	—	—	—	—	—	—
Allerlei	667	—	—	—	—	—	—
Jahresausgaben	19079	2278	323	4	350	88	782
Wertänderungen:							
Ankauf Gülden	200	—	—	—	—	—	—
Ankauf Häuser und Güter	727	—	—	—	—	—	—
Total lt. Spitalrechnung	20006	2278	323	4	350	88	782

Kicheren²⁵ etc. Kleine Mengen von Mischfrucht²⁶ sowie heute nicht mehr bekannte Getreidesorten wie Fench²⁷, Emmer²⁸ und der quantitativ verschwindend kleine Umsatz an Hanf wurden weggelassen.

²⁵ Kicheren, auch Chicheren, Chücheren: Zucker-, Süßerbse, pisum sativum.

²⁶ Vor allem Kernen mit einem Zusatz von Weizen oder Roggen.

²⁷ Fench, auch Fennich, Pfennech, Pfench etc.: Hühnerhirse, panicum crus galli, weitverbreitetes Nahrungsmittel früherer Zeiten, vor allem als Brei zubereitet. Der Ortsname Fällanden ist auf Fennich-landa zurückzuführen.

²⁸ Emmer oder Zweikorn, eine dem Korn nahe verwandte Getreideart, triticum dicocum.

Die Angaben der Anmerkungen 25—28 wurden dem Schweiz. Idiotikon entnommen.

Einnahmen

Jahrgang 1650	Geld	Korn	Hafer	Weizen	Roggen	Schmal- saat	Wein
	fl.	M.	Mlt.	M.	M.	M.	Eimer
1. Zinsen und Zehnten:							
Zinsen	14706	1086	137	—	54	14	240
Zehnten	246	619	105	10	165	52	63
2. Spital:							
Leibdingzinsen	1925	7	—	—	—	—	3
Pfrund- u. Leibding- kauf	16556	—	—	—	—	—	—
Zuwendungen	1899	—	—	—	—	—	—
Ererbt	1234	—	—	—	—	—	—
3. Landwirtschaft:							
Ertrag	—	352	66	—	139	83	170
Fuhrlohn	30	—	—	—	—	—	—
Mühlen-Ertrag	—	374	—	—	—	—	—
4. Kauf, Verkauf, Tausch	22874	—	—	—	—	—	244
5. Diverses: Bußen	10	—	—	—	—	—	—
„ Allerlei	1351	16	15	—	20	10	—
Jahreseinnahmen	60831	2454	323	10	378	159	720
Vorrat vom Vorjahr	157903	4031	325	10	704	333	2566
Wertänderungen: abgelöste Gülden	300	15	—	—	—	—	—
Total lt. Spitalrechnung	219034	6500	648	20	1082	492	3286

Eine weitere unumgängliche Vereinfachung bestand in der Wahl eines einheitlichen Maßes für jede der berücksichtigten Naturalien-gattung, unter entsprechender Auf- oder Abrundung von Bruchteilen. So wurde Hafer in Malter, Korn, Weizen, Roggen und Schmal-
saat in Mütt und Wein in Eimern aufgeführt.

c) Darstellung

In den Spitalrechnungen wurde regelmäßig auch der Saldo vom Vor-jahr an Geld und alle Vorräte an Naturalien sowie ein allfälliger Erlös aus verkauften Häusern und Gülden und aufgenommene Darlehen als Einnahmen gebucht. Ebenso figurieren unter den Ausgaben die Tilgun-gen von Schulden, Kaufpreise für Liegenschaften und Schuldbriefe etc.

Ausgaben

Jahrgang 1650	Geld fl.	Korn M.	Hafer Mlt.	Weizen M.	Roggen M.	Schmal- saat M.	Wein Eimer
1. Zinsen und Zehnten	244	226	31	—	—	—	3
2. Spital:							
Leibgedinge	337	—	—	—	—	—	—
Löhne	967	73	15	—	—	—	53
Gottesgaben	1486	—	—	—	—	—	—
Hausverbrauch	15172	1898	259	—	272	91	856
Handwerker	2505	—	—	—	—	—	—
3. Landwirtschaft:							
Saatgut	—	80	13	3	21	19	—
Löhne	109	—	—	—	—	—	—
Div. Unkosten	2577	—	—	—	—	—	—
4. Kauf, Verkauf, Tausch	1154	1133	55	—	386	152	13
5. Diverses:							
Div. Verluste	1511	7	—	1	13	15	15
Trinkgelder etc.	21	—	—	—	—	—	—
Allerlei	1141	51	3	—	63	43	—
Jahresausgaben	27224	3468	376	4	755	320	940
Wertänderungen:							
gekaufte Gülden	4100	—	—	—	—	—	—
gekaufte Schuldbriefe	7102	—	—	—	—	—	—
Total lt. Spitalrechnung	38426	3468	376	4	755	320	940

In die vorliegenden Tabellen, die einen Überblick über die regelmäßige Finanzlage und einen Vergleich der Einnahmen und Ausgaben eines Jahres ermöglichen sollen, durften diese sehr unregelmäßigen substanzändernden Geschäfte nicht aufgenommen werden, da eine Bilanz und damit die entsprechende Gegenbuchung nicht aufgestellt werden kann. Andererseits aber war es wünschenswert, die Übereinstimmung mit den Originalrechnungen möglichst weitgehend herzustellen. Auf diese beiden Erfordernisse nimmt die vorliegende Darstellung möglichst Rücksicht, wenn sie in einem Zwischentotal die regelmäßigen Jahreseinnahmen und Ausgaben zeigt und dann nach Addition der Vorräte und der sogenannten Wertänderungen die gleichen Totalsummen aufweist, wie die betreffende Spitalrechnung.

Einnahmen

Jahrgang 1700	Geld ₰	Korn M.	Hafer Mlt.	Weizen M.	Roggen M.	Schmal- saat M.	Wein Eimer
1. Zinsen und Zehnten:							
Zinsen	23209	1317	164	—	97	14	154
Zehnten	177	620	72	15	165	40	126
2. Spital:							
Leibdingzinsen	721	4	—	—	—	—	4
Tischgelder	301	—	—	—	—	—	—
Pfrund- und Leib- dingkäufe	9541	—	—	—	—	—	—
Zuwendungen	1400	—	—	—	—	—	—
Ererbt	203	—	—	—	—	—	—
3. Landwirtschaft							
Ertrag	—	464	79	34	241	61	200
Mühle	36	295	—	—	—	1	—
Fuhrlohn	50	—	—	—	—	—	—
4. Kauf, Verkauf, Tausch	5634	23	58	1	7	43	504
5. Diverses:							
Staatsbeitrag (Täuferg.)	3000	—	—	—	—	—	—
Bußen	30	—	—	—	—	—	—
Allerlei	161	—	—	—	—	—	—
Jahreseinnahmen	44363	2723	373	50	510	159	988
Vorrat vom Vorjahr	248428	3161	402	—	426	210	2551
Wertänderungen:							
verkaufte Häuser	800	—	—	—	—	—	—
aufgen. Darlehen	4000	—	—	—	—	—	—
Total lt. Spitalrechnung	297691	5884	775	50	936	369	3539

Ausgaben

Jahrgang 1700	Geld fl.	Korn M.	Hafer Mlt.	Weizen M.	Roggen M.	Schmal- saat M.	Wein Eimer
1. Zinsen und Zehnten	865	43	9	—	—	—	—
2. Spital:							
Leibgedinge	957	—	—	—	—	—	—
Löhne	1996	168	31	—	—	—	59
Gottesgaben	4027	—	—	—	—	—	—
Hausverbrauch	25365	2262	279	23	400	121	1048
Handwerker	3258	—	—	—	—	—	—
Baukosten	487	—	—	—	—	—	—
3. Landwirtschaft:							
Saatgut	—	80	12	9	38	19	—
Löhne	181	—	—	—	—	—	—
Div. Unkosten	4202	49	—	—	22	3	4
4. Kauf, Verkauf, Tausch	4782	161	25	2	7	6	1
5. Diverses:							
Div. Verluste	471	34	22	—	44	46	18
Trinkgelder	173	—	—	—	—	—	—
Zins an Obmannamt	180	—	—	—	—	—	—
Allerlei	940	—	—	—	—	—	—
Jahresausgaben total = Ausgaben laut Spital- rechnung	47884	2797	378	34	511	195	1130

Einnahmen

Jahrgang 1750	Geld	Korn	Hafer	Weizen	Roggen	Schmal- saat	Wein
	fl.	M.	Mlt.	M.	M.	M.	Eimer
1. Zinsen und Zehnten:							
Zinsen	21331	1384	171	—	97	14	296
Zehnten	255	733	85	4	144	65	110
2. Spital:							
Leibdingzinsen	3262	—	—	—	—	—	—
Tischgeld und Kammermiete	909	—	—	—	—	—	—
Pfund- u. Leibding- käufe	17818	—	—	—	—	—	—
Zuwendungen	5300	—	—	—	—	—	—
Ererbt	1050	—	—	—	—	—	—
3. Landwirtschaft:							
Ertrag	—	451	87	51	215	193	308
Mühlen	268	405	—	—	—	—	—
Fuhrlohn	86	—	—	—	—	—	—
4. Kauf, Verkauf, Tausch	12444	5	210	—	—	33	361
5. Diverses:							
Staatsbeitrag (Seckel-A.)	4000	—	—	—	—	—	—
Bußen	120	—	—	—	—	—	—
Allerlei	1084	1239	—	—	1	—	456
Jahreseinnahmen	67927	4217	553	55	457	305	1531
Vorrat vom Vorjahr	324138	3943	217	—	650	149	3745
Wertänderungen: verk. Häuser	2600	—	—	—	—	—	—
Total lt. Spitalrechnung	394665	8160	770	55	1107	454	5276

Ausgaben

Jahrgang 1750	Geld	Korn	Hafer	Weizen	Roggen	Schmal- saat	Wein
	—	M.	Mlt.	M.	M.	M.	Eimer
1. Zinsen und Zehnten	31	43	9	—	—	—	—
2. Spital:							
Leibgedinge	218	—	—	—	—	—	—
Löhne	3397	187	31	—	—	—	73
Gottesgaben	2738	—	—	—	—	—	—
Hausverbrauch	29926	3258	241	49	390	172	1285
Handwerker	6464	—	—	—	—	—	—
Baukosten	598	14	—	—	—	—	17
Entschädigung f. Brot u. Wein an Pfründer*	14196	—	—	—	—	—	—
3. Landwirtschaft:							
Saatgut	—	36	12	6	27	26	—
Löhne	140	—	—	—	—	—	—
Div. Unkosten	3808	6	—	—	2	—	—
4. Kauf, Verkauf, Tausch	7668	314	127	—	14	9	17
5. Diverses:							
Div. Verluste	41	18	5	—	1	1	21
Trinkgelder etc.	176	—	—	—	—	—	—
Allerlei	1424	5	5	—	3	5	8
Zins an Obmannamt	220	—	—	—	—	—	—
Jahresausgaben total = Ausgaben laut Spital- rechnung	71045	3881	430	55	436	213	1421

* Früher unter „Hausbrauch“ der Spitalrechnungen, 1500 52 ℔, 1550 23 ℔, 1600 15 ℔, 1650 239 ℔, 1700 578 ℔.

Literaturverzeichnis

1. Quellenmaterial

a) Gedrucktes

- Urkundenbuch* der Stadt und Landschaft Zürich, herausgegeben von Escher und Schweizer, 12 Bände, Zürich 1888—1939 (UB Zürich).
- Die *Zürcher Stadtbücher* des 14. und 15. Jahrhunderts, herausgegeben von H. Zeller-Werdmüller und H. Nabholz, 3 Bände, Leipzig 1899—1906.
- Aktensammlung zur Geschichte der *Zürcher Reformation* in den Jahren 1519—1533, herausgegeben von E. Egli, Zürich 1879.
- Steuerbücher* von Stadt und Landschaft Zürich des 14. und 15. Jahrhunderts, bearbeitet von H. Nabholz, F. Hegi, E. Hauser, W. Schnyder, 6 Bände, Zürich 1918—48.
- Der *Richtebrief* der Burger von Zürich, herausgegeben von Friedr. Ott, Archiv für Schweizergeschichte Bd. 5, Zürich 1847.
- Bernoulli, Joh., *acta pontifica Helvetica* Bd. I. Liber censuum de l'Eglise Romaine I.

b) Ungedrucktes

- Originalurkunden* im Staatsarchiv Zürich, den Spital betreffend, zitiert C II 18 Nr. 1—1689 StA Zürich.
- Aktensammlungen und Kopialbände* der Abteilungen H I und H II im Staatsarchiv, zitiert H I Nr. . . bzw. H II Nr. . . StA Zürich, insbesondere: Erkenntnisse und Akta H I 257ff.
- Spitalrechnungen H I 629.
- Urteibücher H I 216ff.
- Allerlei betr. Spital H I 278.
- Reformen H II 1.
- Eide und Ordnungen H II 2.
- Pfründer und Kranke H II 6 u. 7.
- Ratsmanuale* von Stadt- und Unterschreiber im Staatsarchiv Zürich B II 6 1060.
- Spitalpläne* im Baugeschichtl. Museum der Stadt Zürich (Helmhaus) IX J 12—16.

2. Literatur

- Baltischweiler, Wilh., Die Institutionen der evangelisch-reformierten Landeskirche des Kantons Zürich. Diss. Zürich 1904.
- Bauhofer, Arth., Geschichte des Stadtgerichtes von Zürich, Zürich 1943.
- Zürich und die geistliche Gerichtsbarkeit, Z. f. schweiz. Gesch. 1936.
- Die Gerichtsorganisation des Großmünsterstifts und das Gericht von Sankt Christoffel, Zürcher Taschenbuch 1943.
- Bericht der Spitalpflege an den Regierungsrat betr. den alten Spital vom 27. Dez. 1862.
- Bischoff, Heinr., Juristische Personen als Subjekte öffentlicher Rechte und Pflichten, Diss. Zürich 1918.
- Bluntschli, Hans Heinr., Memorabilia Tigurina, Zürich 1704, 1742, 1780.
- Bluntschli, Joh. Casp., Staats- und Rechtsgeschichte der Stadt und Landschaft Zürich, 2 Bd., Zürich 1838.
- Dändliker, Karl, Geschichte der Stadt und des Kantons Zürich, 3 Bd., Zürich 1908—12.
- Denzler, Alice, Geschichte des Armenwesens im Kanton Zürich im 16. und 17. Jahrhundert, Zürcher Volkswirtschaftliche Stud., Neue Folge H. 7, Zürich 1920.
- Ein Wort an das Publikum von Stadt und Land und die Tit. Mitglieder des großen Rates von Seiten der Pflege oder Verwaltung des Kantonsspitals, Zürich 1832.
- Fleiner, Fritz, Institutionen des deutschen Verwaltungsrechts, 8. Aufl., Zürich 1939.
- Furrer, Konr., Geschichte der Kirche und Gemeinde St. Peter Zürich, Zürich 1906.
- Geering, Zum Rechtsbegriff „Anstalt“, Z. f. schweiz. Recht, Neue Folge 1942.
- Giacometti, Zach., Über die Grenzziehung zwischen Zivilrechts- und Verwaltungsrechtsinstitutionen in der Judikatur des schweiz. Bundesgerichts, Zürich 1924.
- Gierke, Otto v., Rechtsgeschichte der deutschen Genossenschaft, 4 Bd., Berlin 1868.
- Greuter, Rob., Das Recht der öffentlichen Sachen im Kanton Zürich, Diss. Zürich 1919.
- Hadorn, Peter, Die öffentliche Anstalt, mit bes. Berücksichtigung des bernischen Rechts, Diss. Bern 1929.
- Hauser, K., Der Spital in Winterthur 1300—1530, Neujahrsblatt der Hilfsgesellschaft Winterthur, Winterthur 1917.
- Hedinger, Hch., Geschichte des Städtleins Regensburg, Zürich 1927.
- Heusler, Andr., Institutionen des deutschen Privatrechts, 2 Bd., Leipzig 1885/86.
- Heyck, Ed., Geschichte der Herzöge von Zähringen, Freiburg i. Br. 1891.

- Hofmann, Mor., Irrenfürsorge im alten Spital und Irrenhaus Zürichs im 19. Jahrh. bis zur Eröffnung der Heilanstalt Burghölzli, Uznach 1922.
- Hünerwadel, Arnold, Über die Organisation und Rechtsstellung der selbständigen öffentlichen Unternehmungen des Kantons Zürich, Diss. Zürich 1945.
- Knöpfl, Alb., Geschichte des Heiligeist-Spitals Bischofszell, Bischofszell 1937.
- Köhler, Walth., Armenpflege und Wohltätigkeit in Zürich zur Zeit Ulrich Zwinglis. Neujaarsbl. der Hülfs-gesellschaft Zürich 1919.
- Lampert, Ur., Die kirchlichen Stiftungen, Anstalten und Körperschaften, Zürich 1912.
- Largiadèr, Anton, Die Anfänge des Zürcherischen Stadtstaates, aus Festgabe für Paul Schweizer, Zürich 1922.
- Lavater, Joh. Casp., Memorial der Gemeindsverwaltung von Zürich an die Helvetische Regierung.
- Lutz, J., Unsere Kantonalen Kranken- und Versorgungsanstalten, S.A. aus Zürich. Jahrb. f. Gemeinnützigkeit 1908—1909.
- Mayer, Otto, Die juristische Person und ihre Verwertbarkeit im öffentlichen Recht, Staatsrechtliche Abhandlungen. Festgabe für Laband 1908.
- Meßmer, Beat Ludw., Der Inselspital in Bern, Bern 1825.
- Das Siechenhaus oder äußere Krankenhaus von Bern, Bern 1828.
- Der Burgerspital von Bern, Bern 1831.
- Niquille, Jeanne, L'Hôpital de Notre-Dame à Fribourg, Diss. Fribourg 1921.
- Nüscher, Arn., Die Gotteshäuser der Schweiz, Zürich 1873.
- Orelli, Aloys v., Geschichte der Kirchgemeinde St. Peter in Zürich, Zürich 1871.
- Ott, Sal., Heilig-Geistes-Hospital in Zürich, Neujaarsbl. d. Hülfs-gesellschaft Zürich 1819.
- Pestalozzi, Carl, Das Zürcherische Kirchengut in seiner Entwicklung zum Staatsgut, Zürich 1903.
- Pleimes, Dietr., Weltliches Stiftungsrecht, Weimar 1938.
- Rechtsproblematik des Stiftungswesens, Diss. Weimar 1938.
- Reicke, Sigfr., Das deutsche Spital und sein Recht im Mittelalter, Stuttgart 1932.
- Rüttsche, Paul, Der Kanton Zürich und seine Verwaltung zur Zeit der Helvetik, Diss. Zürich 1900.
- Saxer, Ernst, Die Zurerische Verfassungsreform von 1713, Diss. Zürich.
- Schrämli, Joh. Jak., Das neue kantonale Krankenhaus, Zürich 1855.
- Schwarz, Dietr. W. H., Münz- und Geldgeschichte Zürichs im Mittelalter, Aarau 1940.
- Steffen-Zehnder, Josy-Maria, Das Verhältnis von Staat und Kirche im spätmittelalterlichen Zürich, Diss. Zürich, Immensee 1935.
- Vögelin, Sal., Das Heilig-Geistes-Hospital in Zürich, Neujaarsbl. der Hülfs-gesellschaft Zürich 1831.

- Vögelin, Sal., Das alte Zürich, 2 Bd., 2. Aufl., Zürich 1878/90.
- Vogel, Friedr., Die alten Chroniken oder Denkwürdigkeiten der Stadt und Landschaft Zürich von den ältesten Zeiten bis 1820, Zürich 1845.
- Wehrli, Gust. Ad., Die Bader, Barbieri und Wundärzte im alten Zürich. Mitt. d. Antiquarischen Ges. in Zürich, Band XXX, Heft 3, Zürich 1927.
- Die Bader und Wundärzte Zürichs als zünftige Organisation. Mitt. d. Antiquarischen Ges. XXX, Heft 8, Zürich 1931.
- Die Krankenanstalten und die öffentlich angestellten Ärzte und Wundärzte im alten Zürich. Mitt. d. Antiquarischen Ges. Zürich XXXI, Heft 3, Zürich 1934.
- Wyß, Geo v., Geschichte der Abtei Zürich. Mitt. d. Antiquarischen Ges. in Zürich VIII. 1851—58 Zürich.
- Zimmermann, G. Rud., Die Zürcher Kirche von der Reformation bis zum dritten Reformationsjubiläum, Zürich 1878.
- Zweifel, A., Von den Versorgungsanstalten für Arme, Kranke und Bresthafte im alten Zürich, Zürcher Monatschron. Jahrg. 1933, H. 11/12.
- Zürcher Zunftthistorien, aufgezeichnet von S. F. Gyr, 2. Aufl., Zürich 1929.

Curriculum vitae

Ich wurde am 29. Oktober 1920 in meinem Heimatort Zürich geboren und besuchte hier 6 Jahre die Primar- und anschließend die Töcherschule, wo ich im Herbst 1939 die Maturitätsprüfung Typus B bestand. In Lausanne erwarb ich das Handelsdiplom einer Privatschule und immatrikulierte mich dann im Frühjahr 1941 an der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich.

